

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

Das Jugendamt in Zusammenarbeit mit anderen
Institutionen zur schnellen Bekämpfung von
Jugendkriminalität in Baden-Württemberg

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Martina Henger
Brotackerweg 15
72160 Horb a.N.

Studienjahr 2015/2016

Erstgutachterin: Frau Prof. Ute Vondung
Zweitgutachterin: Frau Daniela Klose

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	II
Abkürzungsverzeichnis.....	IV
Abbildungsverzeichnis.....	VI
Anlagenverzeichnis.....	VII
1. Einleitung.....	1
2. Jugendkriminalität in Baden-Württemberg.....	2
2.1 Definition und Allgemeines.....	2
2.2 Aktueller Stand in Zahlen und voraussichtliche Entwicklung.....	5
3. Berührungspunkte des Jugendamts mit Jugendkriminalität.....	8
3.1 Jugendhilfe.....	8
3.1.1 Allgemeine Aufgaben, Ziele und Strukturen.....	8
3.1.2 Aufgaben im Zusammenhang mit delinquenten Jugendlichen.....	10
3.2 Jugendgerichtshilfe.....	11
3.2.1 Ein Teilbereich der Jugendhilfe.....	11
3.2.2 Organisation und Fachkräfte.....	12
3.2.3 Tätigwerden und Aufgaben.....	12
3.3 Weitere Berührungspunkte.....	14
4. Das Jugendstrafverfahren.....	15
4.1 Experteninterviews zu Kapitel 4.....	15
4.1.1 Aufbau und Inhalt.....	16
4.1.2 Ablauf und Vorgehensweise.....	17
4.1.3 Auswertung.....	17
4.2 Allgemeines zum Jugendstrafverfahren.....	18

4.3	Beteiligung der Jugendgerichtshilfe.....	26
4.3.1	Ermittlungstätigkeit.....	26
4.3.2	Leistungsprüfung nach § 52 Abs. 2 SGB VIII.....	29
4.3.3	Überwachungstätigkeit.....	31
4.3.4	Allgemeine Betreuungstätigkeit.....	32
4.4	Beteiligung anderer Institutionen.....	34
4.4.1	Polizei.....	34
4.4.2	Jugendstaatsanwaltschaft.....	36
4.4.3	Jugendrichter.....	38
4.4.4	Bewährungshilfe.....	38
4.5	Zusammenarbeit aller Institutionen am Beispiel des Landkreises Freudenstadt.....	41
4.5.1	Wichtige Aspekte, Voraussetzungen und Effekte einer guten Zusammenarbeit.....	41
4.5.2	Mögliche Hindernisse für eine gute Zusammenarbeit....	43
4.5.3	Eingeschätzter Bedarf an Verbesserungen.....	46
5.	Das Haus des Jugendrechts.....	47
5.1	Beschreibung der Institution.....	47
5.2	Chancen und Vorteile der Institution.....	48
5.3	Nachteile der Institution.....	50
5.4	Alternativen zum Haus des Jugendrechts im ländlichen Raum..	51
6.	Fazit.....	53
	Literaturverzeichnis.....	55
	Erklärung der Verfasserin.....	59
	Anlagen (auf beiliegender CD)	

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst des Jugendamtes
BewHi	Bewährungshilfe
Bsp.	Beispiel
bspw.	Beispielsweise
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
etc.	et cetera
f.	folgende
FDS	Freudenstadt
ff.	fortfolgende
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
HdJR	Haus des Jugendrechts
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
i.V.m.	in Verbindung mit
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JGH	Jugendgerichtshilfe
JH	(Kinder- und) Jugendhilfe

JuKoP	Jugendamt – Kooperation – Polizei im Landkreis Tuttlingen
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes
s.	siehe
S.	Satz
SGB VIII	Achtes Buch Sozialgesetzbuch, Kinder und Jugendhilfe
StA	Staatsanwaltschaft
StPO	Strafprozessordnung
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl für Jugendliche im Zeitraum 2011 bis 2013.....	7
Abbildung 2:	Überblick über das Jugendstrafverfahren.....	25

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1:** Statistisches Landesamt Baden - Württemberg, Verurteilte in Baden – Württemberg (Tabelle)
- Anlage 2:** Bundeskriminalamt, Auszug aus der PKS 2014 (Tabelle)
- Anlage 3:** Broschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kinder und Jugendhilfe, Achtes Buch Sozialgesetzbuch (Auszüge)
- Anlage 4:** KVJS: Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz (Auszüge)
- Anlage 5:** Diversionsrichtlinien des Landes Baden-Württemberg
- Anlage 6:** Interview mit Herrn Fahrbach (Jugendsachbearbeiter Polizei)
- Anlage 7:** Interview mit Frau Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin)
- Anlage 8:** Interview mit Herrn Benz (Jugendrichter)
- Anlage 9:** Interview mit Herrn Gaus (Bewährungshelfer)
- Anlage 10:** Kooperationsvereinbarung und Projektbeschreibung zwischen Polizeidirektion und Landkreis Tuttlingen für die behördenübergreifende Einrichtung JuKoP (Jugendamt – Kooperation – Polizei)
- Anlage 11:** Flyer der Einrichtung JuKoP
- Anlage 12:** Broschüre des Haus des Jugendrechts in Stuttgart (Auszüge)
- Anlage 13:** Bals, Nadine: Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht – die breite Palette des Jugendgerichtsgesetzes verantwortungsvoll nutzen (Aufsatz im Onlineportal der DVJJ)
- Anlage 14:** DVJJ: Polizeilich registrierte Kriminalität 2014 - Jugendgewalt erneut deutlich zurückgegangen (Beitrag im Onlineportal der DVJJ)

- Anlage 15:** Jugendstrafrecht, Jugendgerichte (Beitrag im Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung)
- Anlage 16:** Lorenz, Alexander: Jugendkriminalität in Deutschland (Beitrag im Onlineportal des Statistischen Bundesamtes)
- Anlage 17:** Miesner, Christian: Jugendkriminalität – Tatsachen und öffentliche Wahrnehmung (Beitrag im Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung)
- Anlage 18:** Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) (Beitrag im Onlineportal des Bundeskriminalamtes)
- Anlage 19:** Ostendorf, Heribert: Ziele und Aufgaben des Jugendstrafrechts (Beitrag im Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung)
- Anlage 20:** Polizeipräsidium Oberbayern Nord, Straßenkriminalität (Beitrag im Onlineportal der Polizei Bayern)
- Anlage 21:** Polizeipräsidium Tuttlingen, JuKoP (Beitrag im Onlineportal der Polizei Baden – Württemberg)

1. Einleitung

Beim Stichwort „Jugendamt“ gehen den meisten Menschen wohl sofort etwa folgende Assoziationen und Bilder durch den Kopf:

Probleme in der Familie, verwahrloste Kinder, zerrüttete Familienverhältnisse, überforderte alleinerziehende Mütter, die Unterbringung von Kindern im Heim usw.. In diesen Fällen werden die Tätigkeitsbereiche des Jugendamtes gesehen.

Dass dem Jugendamt aber auch im Jugendstrafverfahren und in der Arbeit mit jugendlichen und heranwachsenden Straftätern eine unersetzbare und verantwortungsvolle Funktion zukommt, wissen wahrscheinlich die wenigsten.

Das Jugendamt ist zusammen mit der Polizei, der Staatsanwaltschaft, den Jugendrichtern und der Bewährungshilfe direkt am Jugendstrafverfahren beteiligt. Obwohl die beteiligten Institutionen teilweise etwas andere Wege gehen, verfolgen sie dennoch alle gemeinsam dasselbe Ziel:

Jugendkriminalität soll effektiv, schnell und auch auf lange Sicht bekämpft und zurückgedrängt werden! Es soll dabei nicht darum gehen, die jungen Menschen vordergründig zu bestrafen, sondern sie zur Einsicht und Verantwortung zu ziehen und durch geeignete, erzieherische Maßnahmen in gemeinsamer Zusammenarbeit wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Es ist das Ziel meiner Arbeit, genau diese Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen genauer zu beleuchten und aufzudröseln:

Wie arbeitet das Jugendamt mit anderen Institutionen zusammen, um Jugendkriminalität schnell und effektiv in BW zu bekämpfen?

Um dieser Fragestellung auf den Grund zu gehen, soll jede Institution in ihren Aufgaben, Tätigkeiten und Arbeitsweisen beschrieben werden. Es soll daraus aber auch das Netz der Zusammenarbeit ersichtlich, nachvollziehbar und verständlich gemacht werden. Vor allen anderen beteiligten Institutionen, steht dabei das Jugendamt in seiner Position, Beteiligung und Aufgabe im Mittelpunkt meiner Arbeit.

Das Ziel der Arbeit ist erreicht, wenn dem Leser vor Augen geführt werden konnte, warum es so wichtig ist, dass alle beteiligten Institutionen miteinander kooperieren und an einem Strang ziehen, um Jugendkriminalität schnell und effektiv zurückzudrängen. Es soll deutlich werden, welche besonders wichtige Rolle dabei der Jugendhilfe zukommt.

Um dem Ziel der Arbeit gerecht zu werden, soll zu Beginn zunächst ein kurzer Überblick über die Jugendkriminalität in BW verschafft werden. Anschließend sollen die Berührungspunkte des Jugendamtes mit Jugendkriminalität aufgezeigt und die Aufgaben der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren und im Zusammenhang mit straffällig gewordenen jungen Menschen hergeleitet werden. In Kapitel 4 steht schließlich das Jugendstrafverfahren im Mittelpunkt. An dieser Stelle werden nach einem allgemeinen Überblick über das Verfahren selbst, die einzelnen Institutionen in ihren Aufgaben vorgestellt und beschrieben. Im Anschluss soll dann die Zusammenarbeit aller Institutionen am Beispiel des Landkreises Freudenstadt genauer unter die Lupe genommen werden. Es sollen notwendige und wichtige Aspekte einer guten Zusammenarbeit, aber auch mögliche Hindernisse für diese Kooperation aufgezeigt werden. In Kapitel 5 soll dann abschließend noch das „Haus des Jugendrechts“ als Einrichtung und Chance der besonderen Kooperation zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe vorgestellt werden.

2. Jugendkriminalität in Baden-Württemberg

2. 1 Definition und Allgemeines

Die Jugendkriminalität wird ganz selbstverständlich als separater Teil zur Gesamtkriminalität betrachtet. Sie zeichnet sich durch mehrere Eigen-

schaften und Merkmale von anderen Arten an Kriminalität ab.¹ Die allgemein, herrschende Definition der Jugendkriminalität legt ihren Schwerpunkt auf das wohl eindeutigste und markanteste Merkmal dieser besonderen Art an Kriminalität: das Alter der Tatverdächtigen.

So werden als Jugendkriminalität im Allgemeinen diejenigen strafrechtlich relevanten Verstöße bezeichnet, die von jungen Menschen im Alter von 14 bis unter 21 Jahren begangen werden. Dabei richtet sich diese Definition nach dem Altersrahmen des Jugendstrafrechts, das nicht nur für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch noch auf Heranwachsende ab 18 bis unter 21 Jahren angewendet werden kann.²

Um den Charakter der Jugendkriminalität in seiner Gesamtheit erfassen zu können, darf der Fokus aber bei Weitem nicht nur auf das reine Alter der Tatverdächtigen gelegt werden, denn viele weitere Merkmale führen sogar so weit, dass in Bezug auf Jugendkriminalität von einem „eigenen Phänomen“ gesprochen wird.³

Als junge Menschen befinden sich Jugendliche und Heranwachsende nämlich in einer besonderen Lebensphase mit einem einmaligen Lebensgefühl,⁴ in der sie jugendtypische Eigenschaften aufweisen. Zu diesen Eigenschaften zählen vor allem eine erhöhte Emotionalität und Risikobereitschaft, das ständige Gefühl etwas zu versäumen, das Streben nach Anerkennung und Respekt und auch eine überraschende Offenheit.⁵ Diese jugendtypischen Eigenschaften wirken sich automatisch auf das Verhalten der jungen Menschen aus und prägen den Charakter der Jugendkriminalität dadurch erheblich. So werden die meisten Straftaten nicht im Voraus geplant, sondern spontan, leichtsinnig, unüberlegt und mit keinem besonders kriminellen Einfallsreichtum begangen. Allein der Alltag, das tägliche Umfeld und die nähere Umgebung bieten zahlreiche Tatanreize, durch die sich junge Menschen oftmals unüberlegt zu Straftaten

¹ Vgl. Walter/Neubacher, Jugendkriminalität, 2011, S.23.

² Vgl. Lorenz, Jugendkriminalität in Deutschland, Anlage 16, S. 1.

³ Vgl. Walter/Neubacher, Jugendkriminalität, 2011, S. 23.

⁴ Vgl. Dietsch/Gloss, Handbuch der polizeilichen Jugendarbeit, 2005, S.16.

⁵ Vgl. Dietsch/Gloss, Handbuch der polizeilichen Jugendarbeit, 2005, S. 23 f.

verleiten lassen. Auch der Umgang in Cliquen und anderen Gruppen mit Gleichaltrigen spielt in diesem Alter eine sehr große Rolle und kann kriminelles Verhalten herausfordern und verstärken.⁶ Dementsprechenden Charakter weisen auch die am häufigsten von jungen Menschen begangenen Straftaten auf:

Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurden jugendliche Tatverdächtige im Jahr 2014 vor allem wegen Körperverletzung, Ladendiebstahl, Rauschgiftdelikten und sog. „Straßenkriminalität“⁷ polizeilich registriert. Bei den Heranwachsenden sieht die Deliktstruktur sehr ähnlich aus. Hier lagen die Deliktschwerpunkte im Jahr 2014 vor allem beim Betrug, der Körperverletzung und dem Diebstahl.⁸ Genaue Zahlenwerte zu den Delikten folgen in Kapitel 2.2.

Obwohl die Jugendkriminalität mit ihren Charaktereigenschaften auf der einen Seite als „eigenes Phänomen“ bezeichnet wird, ist sie auf der anderen Seite ein „normales Phänomen“. So haben Forschungen ergeben, dass Jugendkriminalität nicht Länder- Gesellschafts- oder Kultur gebunden, sondern überall verbreitet und für alle sozialen Schichten nachzuweisen ist.⁹

Die meisten Menschen zeigen im Laufe ihrer Jugend strafrechtlich relevantes Verhalten. So geben bei Befragungen 86% der Männer und 70% der Frauen zu, im Alter zwischen 13 und 19 Jahren mindestens ein Delikt begangen zu haben. Dieses strafrechtlich relevante Verhalten in der Jugendzeit darf aber keinesfalls automatisch und stets als Einstieg in eine kriminelle Laufbahn gewertet werden. Im Gegenteil:

Jugendkriminalität ist ganz „normal“. Sie ist eine Begleiterscheinung der jugendlichen Entwicklungsphase, so zu sagen eine übliche Nebenwirkung des Erwachsenwerdens, die sich mit den persönlichen und sozialen Ver-

⁶ Vgl. Miesner, Jugendkriminalität – Tatsachen und öffentl. Wahrnehmung, Anlage 17, S. 2.

⁷ Hierzu zählen bspw. Sachbeschädigungen, Automatenaufrüche, Diebstähle und Raubüberfälle auf Kioske, Schaufenster, Vitrinen, Passanten usw.; vgl. Polizei Bayern, Straßenkriminalität, Anlage 20.

⁸ Vgl. DVJJ, Jugendgewalt erneut deutlich zurück gegangen, Anlage 14, S. 2.

⁹ Vgl. Lorenz, Jugendkriminalität in Deutschland, Anlage 16, S. 1.

änderungen und Reifeprozessen im Laufe der Zeit in der Mehrheit aller Fälle wieder legt.

Mit diesem Wissen um die Charaktereigenschaften der Jugendkriminalität und ihrer Tatverdächtigen wird nun auch deutlich, warum ein angemessener und verantwortungsvoller Umgang mit straffällig gewordenen jungen Menschen so unheimlich wichtig ist.¹⁰

2.2 Aktueller Stand in Zahlen und voraussichtliche Entwicklung

Die aktuellsten Zahlen zur Kriminalität in Deutschland und den Bundesländern liefern die einzelnen Statistischen Landesämter und das Bundeskriminalamt im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Die Statistiken dieser Ämter stützen sich auf Straftaten, die von der Polizei registriert werden konnten.¹¹ Man spricht hier deshalb vom sog. Hellfeld.¹²

Im Jahr 2013 wurden insg. 72.492 Menschen vor den Gerichten in BW schuldig gesprochen. Mit einem Anteil von 16,3 % war dabei etwa jeder sechste Verurteilte zwischen 14 und 21 Jahren alt. Dieser prozentuale Anteil teilt sich mit einer Anzahl von 7.474 Verurteilten (10,3 %) auf die Heranwachsenden und mit einer Anzahl von 4.323 Verurteilten (6,0 %) auf die Jugendlichen auf.¹³ Dabei zeigten sich die Jungs und jungen Männer im Jahr 2014 mit einem Anteil von 78,5 % aller Tatverdächtigen bei den Heranwachsenden und einem Anteil von 70,5 % aller Tatverdächtigen bei den Jugendlichen, deutlich straffälliger als die jungen Damen.¹⁴

¹⁰ Vgl. Bals, Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht, Anlage 13, S.1.

¹¹ Vgl. Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, Anlage 18.

¹² Vgl. Bals, Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht, Anlage 13, S.2 f.

¹³ Vgl. Statistisches Landesamt BW, Verurteilte Deutsche in BW, Anlage 1.

¹⁴ Vgl. Bundeskriminalamt, Auszug aus der PKS 2014, Tatverdächtige insgesamt nach Alter und Ländern, Anlage 2.

Laut der PKS wurden die Jugendlichen im Jahr 2014 vor allem wegen Körperverletzung (20,5%), Ladendiebstahl (19,6%) und „Straßenkriminalität“ (17,6%) polizeilich registriert. Bei den Heranwachsenden lagen die Deliktschwerpunkte im selben Jahr vor allem beim Betrug (23,8%), der Körperverletzung (21,5%) und beim Diebstahl (21,2%).¹⁵

Setzt man die verschiedenen Bundesländer bezüglich der Jugendkriminalität nun zueinander in den Vergleich, so lässt sich allgemein feststellen, dass BW zusammen mit Bayern die niedrigsten Belastungszahlen aufweist. Das lässt sich unter anderem anhand der sog. Tatverdächtigenbelastungszahl nachweisen. Die Tatverdächtigenbelastungszahl gibt an, wie viele Tatverdächtige pro 100.000 Personen einer Altersgruppe polizeilich registriert wurden. Diese Maßgröße war bspw. im Jahr 2012 in Berlin mit einer Anzahl von 1.700 drei Mal so hoch wie in Bayern mit einer Anzahl von 527.¹⁶

Als nächstes stellt sich natürlich die Frage, wie diese aktuellen Zahlen durch den Vergleich zur Vergangenheit auf mögliche Entwicklungen für die Zukunft gewertet werden können. Während die Allgemeinheit der Bevölkerung den Eindruck hat, dass die Jugend immer gewalttätiger und krimineller wird, bestätigen die Statistiken diese Wahrnehmung aber keinesfalls. Im Gegenteil:

Es zeigten sich in den letzten Jahren sowohl im Blick auf die polizeilich registrierte Kriminalität junger Menschen (sog. Hellfeld) als auch mit Blick auf selbstberichtete Delinquenz (sog. Dunkelfeld) deutliche Rückgänge.¹⁷

Dieser Rückgang der Jugendkriminalität wurde dabei nicht nur in BW, sondern auch in den anderen fünfzehn Bundesländern und somit in allen Regionen Deutschlands nachgewiesen.¹⁸ So ging die oben erläuterte Tatverdächtigenbelastungsziffer über die Jahre 2011, 2012 und 2013 nicht nur in

¹⁵ Vgl. DVJJ, Jugendgewalt erneut deutlich zurück gegangen, Anlage 14, S. 2.

¹⁶ Vgl. Baier/Pfeiffer/Hanslmaier, ZJJ 3/2013, S. 282.

¹⁷ Vgl. Bals, Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht, Anlage 13, S. 2 f.

¹⁸ Vgl. Baier/Pfeiffer/Hanslmaier, ZJJ 3/2013, S. 282.

einzelnen Strafbereichen, sondern für alle Delikte und auch im Rahmen der Gewaltkriminalität kontinuierlich zurück.¹⁹

Abb. 1: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl für Jugendliche, 2011 bis 2013

	TVBZ 2013	TVBZ 2012	TVBZ 2011
alle Delikte	5940,6	6244	6701,6
Diebstahl insgesamt	2169,9	2447,9	2754,2
darunter: einfacher Ladendiebstahl	1232,9	1424,2	1603,3
Sachbeschädigung	761,8	901,4	1030,5
Gewaltkriminalität	745,5	844,8	990,2
darunter: schwere/gef. Körperverletzung	567,8	656,8	787,1
darunter: Raub	203,6	218,8	243,4
darunter: Vergewaltigung	21,3	23,3	21,9
darunter: Mord/Totschlag	4,4	4,6	5,2
vorsätzliche, leichte Körperverletzung	828,4	907,4	965,4

Quelle: Bals, Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht, in: Onlineportal DVJJ, Anlage 13, S.3.

Auch die PKS für das Jahr 2014 bestätigt in ihren Ergebnissen weiterhin den Rückgang der Jugendkriminalität im Vergleich zu den Vorjahren.²⁰ Somit scheint sich der rückläufige Trend fortzusetzen. Aufgrund dieser Ergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass die Jugendkriminalität auch in den kommenden Jahren weiterhin sinken, zumindest aber gleich bleiben und nicht ansteigen wird.

Experten haben versucht, diesem rückläufigen Trend der Jugendkriminalität in entsprechenden Befragungsstudien auf den Grund zu gehen. Die Ergebnisse dieser Befragungen haben ergeben, dass verschiedene Gründe hierfür verantwortlich sein könnten:

Das verstärkte Engagement der Schulen gegen Gewalt, die zunehmende Missbilligung von Gewalt und Kriminalität unter Gleichaltrigen, die immer größer werdende Anzeigebereitschaft der Bevölkerung, die hohe Aufklärungsquote der Polizei oder nicht zuletzt die immer besser werdenden technischen Vorkehrungen wie Warenschutzsysteme im Bereich des Ladendiebstahls.²¹

¹⁹ Vgl. Bals, Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht, Anlage 13, S. 3.

²⁰ Vgl. DVJJ, Jugendgewalt erneut deutlich zurückgegangen, Anlage 14, S. 1 f.

²¹ Vgl. Baier/Pfeiffer/Hanslmaier, ZJJ 3/2013, S. 283 ff.

3. Berührungspunkte des Jugendamtes mit Jugendkriminalität

3.1 Jugendhilfe

3.1.1 Allgemeine Aufgaben, Ziele und Strukturen

Einfach ausgedrückt soll die JH im Namen des Staates als Ansprechpartner, als helfende und unterstützende Hand für alle Mädchen, Jungen und deren Familien da sein. Gesetzliche Grundlage der JH ist dabei das SGB VIII. Dort sind ihre Aufgaben, Ziele und Strukturen genau festgelegt.²²

Die Erziehung und Entwicklung von Kindern ist zuallererst die Aufgabe der Eltern. Dennoch tragen der Staat und die Gesellschaft eine Mitverantwortung, denn jeder junge Mensch hat nach § 1 Abs. 1 SGB VIII ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.²³

Oberstes Ziel und Auftrag der JH ist es deshalb, durch geeignete Hilfen zur Verwirklichung dieses Rechts beizutragen, wenn die vorhandenen Ressourcen des jungen Menschen sowie seines familiären und sozialen Umfelds hierzu nicht ausreichen.²⁴ Im Rahmen dieses obersten Ziels soll die JH nach § 1 Abs. 3 SGB VIII junge Menschen insbesondere in ihrer Entwicklung fördern, Benachteiligungen abbauen, die Erziehungsberechtigten beraten und unterstützen, die jungen Menschen vor Gefahren schützen und positive Lebensbedingungen und eine kinder- und familienfreundlichen Umwelt schaffen.

„Zur Erfüllung ihres Auftrags weist die Kinder- und Jugendhilfe ein Leistungsspektrum auf, das von der Beratung für Familien in allgemeinen Er-

²² Vgl. Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014, Anlage 3, S. 5 f.

²³ Vgl. Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014, Anlage 3, S. 2.

²⁴ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 5.

ziehungsfragen über die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege bis hin zu den Hilfen zur Erziehung reicht.“²⁵

Neben diesem Angebot an Sozialleistungen in § 2 Abs. 2 SGB VIII hat die JH nach § 2 Abs. 3 SGB VIII aber auch noch die so genannten „anderen Aufgaben“ zu erfüllen.

Diese Aufgaben ergeben sich vor allem aus der Wächterrolle des Staates.²⁶ Denn obwohl die Eltern primär das Recht und die Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder haben, sind sie dabei nicht völlig frei, sondern müssen sich am Wohl der Kinder orientieren. Um eine Erziehung zum Wohl der Kinder zu gewährleisten, ist die JH nach Art. 6 Abs. 2 GG dazu berechtigt und verpflichtet, die elterliche Erziehung zu überwachen und gegebenenfalls einzugreifen, um das Kindeswohl durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen.²⁷ So gehören zu den „anderen Aufgaben“ nach § 2 Abs. 3 SGB VIII bspw. die Inobhutnahme (§ 42) oder die Heimaufsicht (§ 45).

„Die Jugendämter sind die zentralen Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Familien.“²⁸ Als **öffentliche Träger** der Jugendhilfe sind alle Landkreise und kreisfreien Städte dazu verpflichtet, ein Jugendamt einzurichten. Die Jugendämter sind dann für alle Aufgaben nach dem SGB VIII zuständig. Sie haben die Gesamtverantwortung dafür, dass alle Angebote und Leistungen der JH zur Verfügung stehen und die Aufgaben nach dem SGB VIII somit angemessen erfüllt und wahrgenommen werden.

Dabei arbeiten die Jugendämter mit den **freien Trägern** der JH zusammen. Das sind bspw. Vereine, Jugend- und Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen und private Träger von Einrichtungen. Die Jugendämter sind nach § 4 SGB VIII sogar dazu verpflichtet, mit den freien Trägern zusammen zu arbeiten und diese zu fördern. Dadurch soll eine Vielzahl ver-

²⁵ Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014, Anlage 3, S.2.

²⁶ Vgl. Winkler, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 38 f.

²⁷ Vgl. Schleicher, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 269.

²⁸ Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014, Anlage 3, S. 11.

schiedener Angebote gewährleistet und ermöglicht werden, dass unterschiedliche Wertorientierungen, Inhalte und Methoden in der JH zum Einsatz kommen.

Die freien Träger sind hauptsächlich im Rahmen der Angebote und Sozialleistungen tätig, die in § 2 Abs. 2 SGB VIII aufgelistet sind. Das Angebot ihrer Leistungen hat dabei nach § 4 Abs. 2 SGB VIII sogar Vorrang zum Leistungsangebot des Jugendamtes.

Die Jugendämter sind hauptsächlich und in der Regel für die „anderen Aufgaben“ nach § 2 Abs. 3 SGB VIII zuständig, die sich aus der bereits erklärten Wächterrolle und dem Auftrag zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren (§ 1 Abs. 3 SGB VIII) ergeben. Dabei darf das Jugendamt nicht erst im Notfall eingreifen, sondern soll präventiv wirken und muss sogar einschreiten, wenn es Kenntnis von konkreten Kindeswohlgefährdungen erlangt.²⁹

Grundsätzlich ist die JH für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen zuständig. Die Nationalität der Kinder und Jugendlichen spielt dabei keine Rolle. Allerdings haben nur die Ausländerinnen und Ausländer einen einklagbaren Anspruch auf Leistungen nach dem SGB VIII, die rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben.³⁰

3.1.2 Aufgaben im Zusammenhang mit delinquenten Jugendlichen

Zu den Aufgaben der JH gehört auch die Begleitung und Unterstützung von jungen Menschen, die straffällig geworden sind. Die Hilfeleistung für Jungen und Mädchen in dieser Situation ist die in § 52 SGB VIII normierte **Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz.**³¹

²⁹ Vgl. Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014, Anlage 3, S. 9 ff.

³⁰ Vgl. Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014, Anlage 3, S. 8.

³¹ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 5.

Während die übrigen „anderen Aufgaben“ der JH sehr präzise, umfassend und komplett im SGB VIII ausgestaltet sind, ergibt sich die Ausgestaltung der Hilfeleistung in § 52 SGB VIII aber hauptsächlich aus einem anderen Gesetz: dem **Jugendgerichtsgesetz** (JGG).

Das JGG kommt nach § 1 Abs. 1 JGG immer dann zur Anwendung, wenn ein Jugendlicher oder Heranwachsender eine Straftat begangen hat und regelt folglich das allgemeine Jugendstrafrecht und das Jugendstrafverfahren.

Die zugehörigen Regelungen zum § 52 SGB VIII finden sich dabei in § 38 JGG und § 50 Abs. 3 JGG. Diese Vorschriften des SGB VIII und des JGG beschreiben in Kombination die Hilfeleistung der JH für straffällig gewordene junge Menschen. Sie beschreiben das Tätigwerden, die Aufgaben, Rechte und Pflichten der JH als sog **Jugendgerichtshilfe (JGH)**.³²

3.2 Jugendgerichtshilfe

3.2.1 Ein Teil der Jugendhilfe

Wie in Kapitel 3.1.2 hergeleitet, nimmt die JGH die Aufgabe der JH im Zusammenhang mit straffällig gewordenen jungen Menschen war. Da es sich bei dieser Aufgabe um eine sog. „andere Aufgabe“ der JH nach § 2 Abs. 3 SGB VIII handelt, sind in der Regel die Jugendämter für die Aufgaben der JGH zuständig.³³ Daher kommt das Jugendamt auch hauptsächlich im Rahmen der Tätigkeiten der JGH mit delinquenten Jugendlichen und der Jugendkriminalität in Kontakt. Anders als die Gerichtshilfe im Allgemeinen, ist die JGH somit keine Institution der Justiz, sondern ein eigenständig arbeitender Teilbereich der JH.³⁴

³² Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 34 f.

³³ Vgl. Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014, Anlage 3, S. 10.

³⁴ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 379.

3.2.2 Organisation und Fachkräfte

Die Organisation der JGH kann innerhalb der Jugendämter im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung unterschiedlich gestaltet werden. Aus der Praxis sind vor allem zwei Formen der Organisation geläufig:

So gehört die JGH häufig als eigene Abteilung oder als Spezialdienst zum Sachgebiet der Allgemeinen Erziehungshilfe. Als zweite Form ist sie aber auch häufig als Arbeitsgruppe oder eigenes Arbeitsgebiet beim ASD angesiedelt.

Es ist umstritten, welche Organisationsform allgemein betrachtet die besseren Ergebnisse liefert. Die Erfahrung aus der Praxis lässt aber vermuten, dass die JGH generell als eigene Abteilung bzw. Spezialdienst ihren Platz im Jugendamt haben sollte. Die Sachbearbeiter der JGH sollen sich dadurch im Rahmen ihrer Arbeit auf straffällig gewordene Jugendliche und ihre besonderen Problemlagen konzentrieren und auch fachlich spezialisieren können.³⁵

Für das Berufsfeld und die Tätigkeiten der JGH eignen sich vor allem studierte Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Sie bringen durch ihre studien- tische Ausbildung beratende, betreuende und vor allem pädagogische Fähigkeiten und Qualifikationen mit. Des Weiteren sollten die Jugendgerichtshelfer aber auch über Kenntnisse zum Jugendhilferecht und Jugendstrafrecht verfügen.³⁶

3.2.3 Tätigwerden und Aufgaben

Wie bereits erläutert, wird die JGH immer dann beteiligt und tätig, wenn ein Jugendlicher oder Heranwachsender mit Strafrechtsnormen in Konflikt geraten ist.³⁷ Da alle Straftaten im Normalfall zuerst der Polizei und StA bekannt werden, kann die JGH in der Regel nicht von sich aus tätig und

³⁵ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 379 f.

³⁶ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 46 f.

³⁷ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 5.

aktiv werden. Sie muss zuerst von einer dieser beiden Institutionen im Rahmen der strafrechtlichen Ermittlungen informiert werden.

Dabei ist es sehr wichtig, dass die JGH so schnell wie möglich über die Einleitung eines Verfahrens benachrichtigt und mit ins Boot geholt wird, denn das Jugendstrafverfahren ist für junge Menschen oft sehr belastend und kann teilweise durchaus auch schädliche Nebenwirkungen haben. Je eher betreuende Maßnahmen durch die JGH eingeleitet werden können, desto höher sind die Aussichten auf Erfolg, den jungen Straftäter dadurch positiv zu beeinflussen und ihn in die richtige Richtung zu lenken.³⁸ Auch der Gesetzgeber teilt diese Auffassung. So hält er in § 38 Abs. 3 S.1 und 2 JGG fest, dass die JGH so früh wie möglich und im gesamten Verfahren gegen einen Jugendlichen herangezogen werden soll.

Trotz allem darf die JGH aber auch nicht zu früh tätig werden. Es muss zumindest ein hinreichender Tatverdacht gegen den entsprechenden Jugendlichen vorliegen. Grund dafür ist zum einen die in Art. 1 GG geschützte Privatsphäre des jungen Menschen. Zum anderen geht es hier aber auch um die bestehende Gefahr, dass sich die Hilfefunktion der JGH durch einen unzureichenden oder vielleicht sogar falschen Tatvorwurf ins Gegenteil für den jungen Menschen kehren könnte.³⁹

Die Aufgaben der JGH ergeben sich wie bereits erläutert aus dem SGB VIII (§ 52) und dem JGG (§§ 38 und 50 Abs.3). Sie sind allgemein sehr umfangreich und gehen in unterschiedliche Tätigkeitsrichtungen mit jeweils anderen Anforderungen und rechtlichen Rahmenbedingungen:⁴⁰

- (1) Ermittlungstätigkeit
- (2) Leistungsprüfung nach § 52 Abs. 2 SGB VIII
- (3) Überwachungstätigkeit
- (4) Allgemeine Betreuungstätigkeit

³⁸ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 60 ff.

³⁹ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 181.

⁴⁰ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 380.

Eine detaillierte Beschreibung dieser einzelnen Aufgaben soll erst unter Gliederungspunkt **4.3 Beteiligung der Jugendgerichtshilfe** (am Jugendstrafverfahren) erfolgen, da gerade dabei gleichzeitig auch die Beteiligung der JGH am Jugendstrafverfahren deutlich wird.

3.3 Weitere Berührungspunkte

Weitere Berührungspunkte des Jugendamtes mit Jugendkriminalität ergeben sich noch im Bereich der (Amts-) Vormundschaften.

Allgemein wird für einen Minderjährigen immer dann ein Vormund eingesetzt, wenn dessen Eltern die gesamte elterliche Sorge – oder zumindest die gesetzliche Vertretung – aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht wahrnehmen können (§ 1773 Abs.1 BGB). So kommt ein Vormund z.B. für Voll- oder Halbwaisen und Findelkinder in Betracht oder dann, wenn den leiblichen Eltern die elterliche Sorge entzogen werden musste. In „Notfällen“ kann die Vormundschaft somit als Ersatz für die elterliche Sorge und Betreuung eingesetzt werden. Der Vormund tritt in diesen Fällen dann an die Stelle der Eltern und nimmt deren Aufgaben wahr.⁴¹

Die Vormundschaft kann dabei auf Einzelpersonen, Ehepaare, Vereine oder auch das Jugendamt übertragen werden. Wird die Vormundschaft vom Jugendamt ausgeübt, so spricht man hier von einer sog. Amtsvormundschaft.⁴² Das Jugendamt teilt die Aufgaben der Vormundschaft für einen bestimmten Minderjährigen dann einem konkreten Beamten oder Angestellten zu.⁴³ Dieser Mitarbeiter hat dann als Vormund grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten wie sie auch leibliche Eltern aufgrund ihrer elterlichen Sorge haben (vgl. §§ 1793, 1800, 1631 BGB).⁴⁴

Wird der minderjährige Mündel nun straffällig, so ist es folglich die Aufgabe des amtlichen Vormundes, dem jungen Menschen auch in dieser Situa-

⁴¹ Vgl. Schleicher, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 373 ff.

⁴² Vgl. Schleicher, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 377.

⁴³ Vgl. Winkler, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 120.

⁴⁴ Vgl. Schleicher, in Schleicher (Hrsg.) Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 378.

tion beizustehen, ihn zu begleiten und zu unterstützen. Das Jugendamt kommt in diesem Fall also wie die Eltern eines straffällig gewordenen Jugendlichen mit Jugendkriminalität und dem Jugendstrafverfahren in Kontakt.

4. Das Jugendstrafverfahren

4.1 Experteninterviews zu Kapitel 4

Um die aus den Fachbüchern und Gesetzeskommentaren erworbenen, theoretischen Kenntnisse mit Informationen aus der Praxis ergänzen und zudem erforschen und bewerten zu können, was aus Sicht der beteiligten Institutionen für eine gute Zusammenarbeit im Jugendstrafverfahren notwendig und wichtig ist, wurden zum 4. Kapitel der Arbeit Experteninterviews durchgeführt.

Das Experteninterview ist eine empirische Untersuchungsmethode und gehört dabei zur Erhebungsmethode der „Befragung“. Für die Durchführung einer mündlichen Befragung hat sich dabei der Begriff „Interview“ durchgesetzt.⁴⁵

Der „Experte“ darf dabei keinesfalls nur mit Personen gleichgesetzt werden, die in besonders herausgehobenen Positionen arbeiten. Experte ist vielmehr jede Person, die an den zu untersuchenden Prozessen unmittelbar beteiligt ist und daher über ein besonderes Wissen verfügt.⁴⁶ „[Der] Experte beschreibt die spezifische Rolle des Interviewpartners als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte. Experteninterviews sind eine Methode dieses Wissen zu erschließen.“⁴⁷

⁴⁵ Vgl. Gläser/Laudel, Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 2009, S. 38 ff.

⁴⁶ Vgl. Gläser/Laudel, Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 2009, S. 11 f.

⁴⁷ Gläser/Laudel, Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 2009, S. 12.

4.1.1 Aufbau und Inhalt

Bei den durchgeführten Interviews handelt es sich um sog. halbstandardisierte Interviews. D.h. es wurden allen Experten dieselben Fragen gestellt und dabei keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben.⁴⁸

Dadurch sollte jeder Experte, als „Vertreter“ einer beteiligten Institution, dazu angeregt und angeleitet werden, in einer vorgegebenen Reihenfolge und unter bestimmten Gesichtspunkten möglichst frei von seiner Aufgabe, Beteiligung und Funktion im Jugendstrafverfahren zu berichten und sich anschließend bewertend zu der Zusammenarbeit aller Institutionen zu äußern. Das Interview gliederte sich daher bei allen Experten in drei Blöcke und bestand aus 11 Fragen.

Im **ersten Block (3 Fragen)** wurde der Experte zu seiner Person und seinem Beruf befragt. Er sollte sich dabei nochmals als Fachperson in seinem derzeitigen Beruf, mit entsprechender studentischer Laufbahn und seinen allgemeinen beruflichen Aufgaben, vorstellen.

Im **zweiten Block (4 Fragen)** folgten gezielte Fragen zum Jugendstrafverfahren. Es sollte dadurch untersucht werden, wie jede Institution konkret am Jugendstrafverfahren beteiligt ist, welche Aufgaben sie dabei hat und wie sie im Rahmen ihrer Beteiligung und Aufgaben konkret mit der JGH, aber auch mit anderen Institutionen zusammenarbeitet.

Durch die Fragen im **dritten Block (4 Fragen)** sollte schließlich erforscht und bewertet werden, was aus Sicht der Befragten für eine gute Zusammenarbeit aller Institutionen zur schnellen und effektiven Bekämpfung von Jugendkriminalität wichtig ist und welche Hindernisse hierbei auch im Weg stehen und zu Problemen führen können.

⁴⁸ Vgl. Gläser/Laudel, Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 2009, S. 41.

4.1.2 Ablauf und Vorgehensweise

Im Zeitraum vom 5. August bis 25. August wurde mit vier Experten ein Interview durchgeführt. Es wurde dabei telefonisch bei den Experten für das Interview angefragt und auch auf diesem Wege ein Termin vereinbart. Damit sich die Experten auf das anstehende Interview einstellen konnten, wurden ihnen bereits im Vorfeld die Interviewfragen per E-Mail zugeschickt. Sie wurden für das Interview dann jeweils am Arbeitsplatz besucht. Die Interviews wurden über eine Dauer von etwa 1,5 Stunden durchgeführt, mit einem Tonband aufgenommen und anschließend transkribiert.

Es wurde von der Polizei, der StA, dem Gericht, der BewHi und somit von jeder Institution, die neben der JGH am Jugendstraßverfahren beteiligt ist, jeweils ein Experte befragt. Alle Interviewpartner sind in ihrer Position für den Zuständigkeitsbereich FDS tätig und stehen daher in direkter Zusammenarbeit zueinander. Die konkreten Interviewpartner waren:

Herr Fahrbach (Jugendsachbearbeiter bei der Kriminalpolizei FDS), Frau Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin für den Bereich FDS), Herr Benz (Jugendrichter beim Amtsgericht FDS) und Herr Gaus (Bewährungshelfer im Bereich FDS).

4.1.3 Auswertung

Die Ergebnisse und Informationen aus den geführten Experteninterviews fließen ergänzend zur Fachliteratur an verschiedenen Stellen des 4. Kapitels ein.

Eine konkrete Auswertung erfolgt schließlich in Kapitel 4.6 und bezieht sich hauptsächlich auf den dritten Fragenblock der Interviews. Es soll dort ausgewertet werden, was aus Sicht der Befragten für eine gute Zusammenarbeit aller Institutionen, hinsichtlich einer schnellen und effektiven Bekämpfung von Jugendkriminalität, notwendig und wichtig ist und welche

möglichen Hindernisse oder Probleme dabei auch im Weg stehen können.

4.2 Allgemeines zum Jugendstrafverfahren

Das Jugendstrafverfahren richtet sich nach dem Jugendstrafrecht. Das Jugendstrafrecht ist ein Sonderstrafrecht für junge Menschen, die straffällig geworden sind und ist im bereits erwähnten JGG geregelt.⁴⁹

Der Gesetzgeber schafft durch das JGG einen eigenen Rechtsrahmen für den Umgang mit Jugendkriminalität und macht dadurch deutlich, dass die Reaktionen bei straffälligen jungen Menschen anders ausfallen müssen als bei straffälligen Erwachsenen.⁵⁰ Dabei legt das JGG allerdings keine eigenen Jugendstraftatbestände fest. Das Jugendstrafrecht verfolgt somit genau die gleichen Straftatbestände wie das Erwachsenenstrafrecht. Der entscheidende Unterschied liegt in der Art und Weise, wie die Straftaten verfolgt und mit welchen Rechtsfolgen auf sie reagiert wird.⁵¹ Dieser Unterschied kommt dadurch zustande, dass das Jugendstrafrecht ein ganz anderes Ziel als das Erwachsenenstrafrecht verfolgt.

Im Erwachsenenstrafrecht steht vor allem der **Schuldausgleich** im Vordergrund.⁵² Es geht darum, den Täter für das begangene Delikt angemessen zu bestrafen, Vergeltung auszuüben und dadurch gleichzeitig eine Sicherung und Abschreckung der Allgemeinheit zu erreichen.⁵³

Im Jugendstrafrecht steht hingegen nicht die Bestrafung, sondern, der in § 2 Abs. 1 JGG verankerte, **Erziehungsgedanke** im Vordergrund. Es ist dabei das Ziel, die jungen Menschen durch geeignete Hilfemaßnahmen und Sanktionen zur Verantwortung zu ziehen, sie dadurch wieder auf den richtigen Weg zurück zu führen und im besten Falle zu erreichen, dass sie in

⁴⁹ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 133.

⁵⁰ Vgl. Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 7.

⁵¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Jugendstrafrecht – Jugendgerichte, Anlage 15, S. 1.

⁵² Vgl. Meier /Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 7.

⁵³ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 133.

Zukunft straffrei bleiben und leben können.⁵⁴ Um dieses Ziel erreichen und dem Erziehungsgedanken gerecht werden zu können, darf deshalb nicht die begangene Straftat im Mittelpunkt stehen. Es geht darum, einen „ganzheitlichen“ Blick auf den jungen Menschen zu werfen,⁵⁵ ihn in seiner persönlichen Situation, Umgebung und Entwicklung zu sehen und Defizite an entsprechenden Stellen durch geeignete Hilfen auszugleichen.⁵⁶

Dem Erziehungsgedanken entsprechend soll im Jugendstrafverfahren daher auch vorrangig mit erzieherischen Maßnahmen auf Jugendkriminalität reagiert werden, um dadurch eben diesen Defiziten des jungen Menschen entgegen wirken zu können. Entsprechende Möglichkeiten bietet dabei vor allem das Diversionsverfahren nach §§ 45,47 JGG, auf das später noch etwas genauer eingegangen werden soll. Erst wenn erzieherischen Maßnahmen nicht ausreichen, um den jungen Menschen zu erreichen, sollen strafrechtliche Sanktionen des JGG infrage kommen.⁵⁷

Dem Jugendstrafrecht liegt somit die Erkenntnis zugrunde, dass sich junge Menschen in einem nicht immer einfachen Übergangsstadium der Kindheit zum Erwachsensein befinden.⁵⁸ Daher erstreckt sich der persönliche Anwendungsbereich des JGG nach § 1 auch nicht nur auf **Jugendliche** zwischen 14 und 18 Jahren, sondern auch noch auf **Heranwachsende** zwischen 18 und 21 Jahren.

Wird ein Jugendlicher oder Heranwachsender straffällig, dann muss er sich auf den Kontakt mit verschiedenen Institutionen gefasst machen. Im Folgenden sollen zur Übersicht ein grober Ablauf und möglichen Wege im Jugendstrafverfahren aufgezeigt werden:

Wie allgemein bekannt, werden alle Straftaten in der Regel zuerst bei der **Polizei** gemeldet. Die Polizei registriert die Straftaten und nimmt selbst-

⁵⁴ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 2 f.

⁵⁵ Vgl. Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 7.

⁵⁶ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 133.

⁵⁷ Vgl. Rössner in, Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 383 f.

⁵⁸ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 133.

ständig Ermittlungen zur Aufklärung des Vorfalls auf. Sie soll dabei so früh wie möglich die StA über die eingeleiteten Ermittlungen informieren,⁵⁹ denn diese leitet nach § 160 StPO sowohl die Ermittlungen im Erwachsenen- als auch im Jugendstrafrecht. Während der Ermittlungen soll auch die JGH schon so frühzeitig wie möglich von StA und Polizei informiert werden.⁶⁰ Die JGH unterstützt bei den Ermittlungen zur Persönlichkeit des Täters, überprüft frühzeitig, ob eventuell Leistungen der JH in Betracht kommen und nimmt erste Kontakte zum Beschuldigten auf.⁶¹

Durch die Ermittlungen der StA wird das sog. **Vorverfahren** eingeleitet. Das Vorverfahren bereitet ein mögliches Hauptverfahren bei Gericht vor.⁶²

Die abgeschlossenen Ermittlungen gehen schließlich als Verfahrensakte an die **Jugendstaatsanwaltschaft (StA)**.⁶³ Diese hat im Rahmen ihrer Aufgaben und des Vorverfahrens nun mehrere Möglichkeiten:

- ❖ Einstellung nach allgemeinen Vorschriften der StPO
- ❖ Einstellung im Rahmen der Diversion (§§ 45, 47 JGG)
- ❖ Antrag auf Vereinfachtes Verfahren beim Jugendrichter (§ 76 JGG)
- ❖ Anklage beim Jugendrichter⁶⁴

Hinsichtlich der Möglichkeit zur Einstellung nach **allgemeinen Vorschriften der StPO** ist im Besonderen die Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO zu nennen. Sie muss dann zur Anwendung kommen, wenn die Ergebnisse der Ermittlungen keinen hinreichenden Tatverdacht liefern oder die Tatvorwürfe so belanglos sind, dass eine vollständige Ausermittlung völlig unverhältnismäßig wäre.⁶⁵

⁵⁹ Vgl. Frister, in Lisken/Denninger (Hrsg.), Handbuch des Polizeirechts, 2012, S. 612.

⁶⁰ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 60 ff.

⁶¹ Genauer hierzu in Kapitel „4.3 Beteiligung der Jugendgerichtshilfe“.

⁶² Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 173.

⁶³ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 2.

⁶⁴ Vgl. Experteninterview mit Hr. Benz (Jugendrichter), Anlage 8, S. 2 f.

⁶⁵ Vgl. Blessing/Weik, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 466 f.

Die Möglichkeit zur **Diversion**, kann sich bei kleineren bis mittelschweren Delikten ergeben. Seit dem Jahr 2010 wird konstant etwa in 70 % aller Jugendstrafverfahren dieses sog. Diversionsverfahren angewendet.⁶⁶ Da die JGG hierbei zudem eine sehr wichtige Rolle einnimmt und der Begriff „Diversion“ deshalb immer wieder in dieser Arbeit auftauchen wird, soll im Folgenden kurz etwas genauer auf dieses Instrument der StA eingegangen werden:

Die **Diversion (Ablenkung, Umleitung)**⁶⁷ bezeichnet die besonderen Einstellungsmöglichkeiten im Jugendstrafrecht nach den §§ 45, 47 JGG. Im Rahmen der Diversion hat die StA die Möglichkeit, von einer Anklage bei Gericht und einer weiteren Strafverfolgung abzusehen, wenn stattdessen erzieherische Methoden zum Einsatz kommen.⁶⁸ Durch die Diversion kann also auf ein förmliches Verfahren vor Gericht und ein Urteil verzichtet werden, indem die Behandlung des Falls stattdessen auf die Durchführung erzieherischer Maßnahmen „umgeleitet“ wird.

Die StA kann dabei im Rahmen der Diversion, ohne Zustimmung des Jugendrichters, von der Verfolgung einer Straftat absehen und das Verfahren einstellen, wenn die Schuld des Täters im Sinne des § 153 StPO als gering anzusehen ist und kein öffentliches Interesse der Strafverfolgung besteht (§ 45 Abs.1 JGG) oder wenn bereits erzieherische Maßnahmen eingeleitet wurden (§ 45 Abs. 2 JGG).⁶⁹

Die **erzieherischen Maßnahmen** sollen so ausgestaltet sein, dass der Jugendliche bzw. Heranwachsende sich mit der begangenen Straftat auseinandersetzt und seine Einsicht, in das Unrecht und die Folgen der Tat, gefördert wird.⁷⁰ Diese Maßnahmen können von den Erziehungsberechtigten selbst (z.B. Verhängung von Hausarrest, Taschengeldsperre, Entschuldigung

⁶⁶ Vgl. Richtlinien zu § 45 JGG Nr. 1, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 456 ff.

⁶⁷ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 174.

⁶⁸ Vgl. Diversionsrichtlinien des Landes Baden-Württemberg, Anlage 5, S. 1.

⁶⁹ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 174 f.

⁷⁰ Vgl. Richtlinien zu § 45 JGG Nr. 3, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 456.

gung beim Opfer⁷¹) aber auch von der Schule, dem Ausbilder, anderen Bezugspersonen oder der **JGH** eingeleitet und durchgeführt werden.⁷²

Die JGH spielt hierbei also eine besonders wichtige Rolle, da sie die Voraussetzungen für eine Einstellung nach § 45 Abs. 2 JGG schaffen kann, indem sie die jungen Beschuldigten in Hilfeleistungen wie z.B. Betreuungshilfen, erzieherische Gruppenarbeit, soziale Trainingskurse, etc. vermittelt.

Wurden noch keine erzieherischen Maßnahmen ergriffen, dann kann die StA aber auch selbst die Voraussetzungen für eine Einstellung nach § 45 Abs. 2 JGG schaffen, indem sie z.B. ein erzieherisches Gespräch mit dem Beschuldigten führt, ihn ermahnt oder eine Schadenswiedergutmachung im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleich nahelegt.⁷³

Als dritte Möglichkeit der Diversion kann die StA beim Jugendrichter anregen, dass dem Jugendlichen angemessene Weisungen oder Auflagen (z.B. die Anordnung von Sozialarbeitsstunden) erteilt werden. Stimmt der Jugendrichter dieser Anregung zu und erfüllt der Jugendliche bzw. Heranwachsende die Weisungen und Auflagen, dann sieht die StA von der Klageerhebung ab und stellt das Verfahren ein (§ 45 Abs. 3 JGG).⁷⁴

Die Anwendung des Diversionsverfahrens ist aber dennoch begrenzt: Insbesondere bei mehrfach vorbelasteten Tätern und im Rahmen schwerer wiegender Kriminalität stößt sie an ihre Grenzen.⁷⁵

Wenn die Anwendung des Diversionsverfahrens nicht mehr möglich ist oder der StA nicht mehr ausreichend erscheint, dann bleiben noch zwei weitere Möglichkeiten, um mit der Jugendstrafsache zu verfahren:

Die StA kann nach § 76 S. 1 JGG beim Jugendrichter einen Antrag auf Entscheidung im **Vereinfachten Verfahren (§ 76 JGG)** stellen, wenn als

⁷¹ Vgl. Blessing/Weik, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 473.

⁷² Vgl. Richtlinien zu § 45 JGG Nr. 3, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 456.

⁷³ Vgl. Richtlinien zu § 45 JGG Nr. 3, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 456 f.

⁷⁴ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 175.

⁷⁵ Vgl. Blessing/Weik in, Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 461.

Sanktionen keine Jugendstrafe, sondern nur die Erteilung von Weisungen, die Anordnung einer Erziehungsbeistandschaft, die Verhängung von Zuchtmittel oder eines Fahrverbots, die Entziehung oder der Verfall der Fahrerlaubnis, zu erwarten ist. Dieser Antrag verhindert und ersetzt nach § 76 S.2 JGG dann eine Anklage.

Ziel des Vereinfachten Verfahrens ist nach § 78 Abs. 3 S. 1 JGG, eine Vereinfachung, Beschleunigung und jugendgemäße Gestaltung des Verfahrens. Zu diesem Zweck darf der Jugendrichter von Verfahrensvorschriften des allgemeinen Strafprozesses abweichen, solange das eigentliche Jugendstrafverfahren dadurch substantiell nicht entwertet wird.⁷⁶ So muss er im Gegensatz zum Hauptverfahren z.B. nicht erst einen Eröffnungsbeschluss erlassen, sondern kann sofort einen Termin zur Verhandlung festsetzen.⁷⁷ Der Jugendrichter entscheidet im Vereinfachten Verfahren gem. § 78 Abs. 1 S. 1 JGG in einer mündlichen Verhandlung durch ein entsprechendes Urteil. Dabei muss zwar der Angeklagte, nicht aber die StA anwesend sein.⁷⁸

Die Anwendung des Vereinfachten Verfahrens wird zum einen dadurch beschränkt, dass es nur bei Jugendlichen, nicht aber bei Heranwachsenden durchgeführt werden darf. Zum anderen kann es aufgrund der vereinfachten Verfahrensvorschriften und der beschränkten Sanktionsmittel auch nur im Bereich kleinerer und mittlerer Delinquenz zur Anwendung kommen.⁷⁹

Scheidet auch die Anwendung des Vereinfachten Verfahrens aus, so erhebt die StA schließlich als letzte Möglichkeit **Anklage** bei Gericht.

In der Hauptverhandlung vor Gericht sind dann alle Sanktionen möglich, die das JGG vorsieht.

Der Jugendrichter kann das Verfahren bei geringer Schuld immer noch nach § 47 JGG, mit oder ohne Weisungen und Auflagen, einstellen. Er

⁷⁶ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 143 ff.

⁷⁷ Vgl. Experteninterview mit Hr. Benz (Jugendrichter), Anlage 8, S. 2 f.

⁷⁸ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 143.

⁷⁹ Vgl. Buhr in, Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 732 ff.

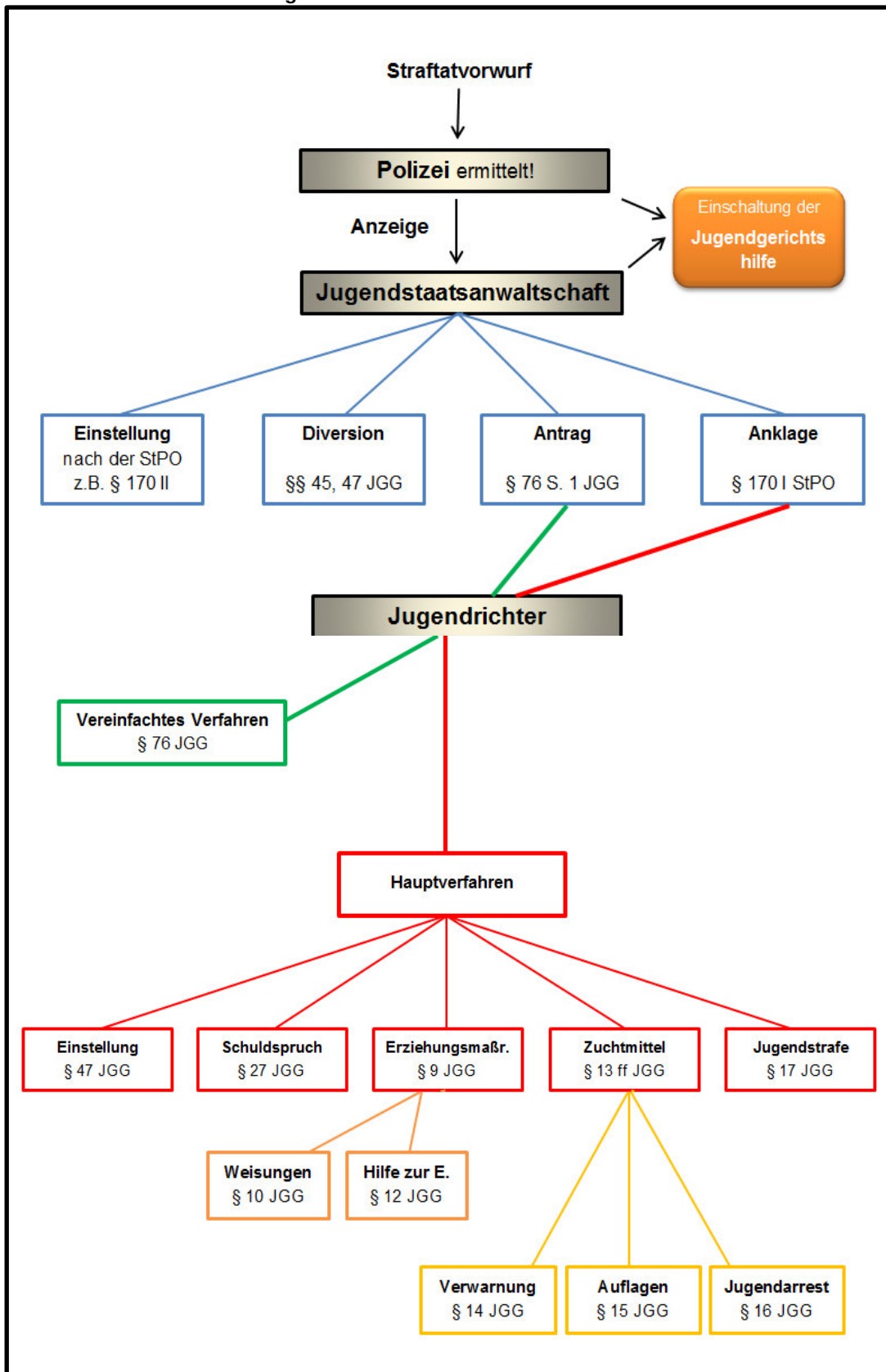
kann Erziehungsmaßnahmen (§ 9 ff JGG), Zuchtmittel (§ 13 ff JGG) oder aber auch eine Jugendstrafe (§ 17 JGG) verhängen. Die Jugendstrafe kann dabei nach den Vorschriften in § 21 ff JGG mit oder ohne Bewährung verhängt werden. In der Bewährungszeit sollen dem Jugendlichen bzw. Heranwachsenden nach § 23 JGG Weisungen oder Auflagen vom Gericht auferlegt werden. Kommt der junge Straftäter diesen Verpflichtungen nach, so kann ihm die Jugendstrafe nach § 26a JGG vom Jugendrichter erlassen werden.

Als letzte Handlungsmöglichkeit des Jugendrichters ist schließlich noch der „Schuldspruch ohne Strafe“ nach § 27 JGG aufzuführen. Dieser Schuldspruch bietet dem Jugendrichter die Möglichkeit, den Jugendlichen bzw. Heranwachsenden zwar durch einen Beschluss schuldig zu sprechen, ihn aber zuerst während einer Bewährungszeit im Auge zu behalten und anschließend anhand des gezeigten Verhaltens zu bewerten und zu entscheiden, ob die angedrohte Jugendstrafe verhängt oder erlassen werden kann.⁸⁰

Die folgende Abbildung soll den allgemeinen Ablauf des Jugendstrafverfahrens und die möglichen Wege nochmals veranschaulichen und auf einen Blick darstellen:

⁸⁰ Vgl. Experteninterview mit Hr. Benz (Jugendrichter), Anlage 8, S. 2 ff.

Abb. 2: Überblick über das Jugendstrafverfahren



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an das JGG und das Interview mit Herrn Benz (Jugendrichter), Anlage 8, S. 2 ff.

4.3 Beteiligung der Jugendgerichtshilfe

Die Beteiligung der JGH am Jugendstrafverfahren ist sehr umfangreich und ergibt sich automatisch aus ihren Hauptaufgaben und Tätigkeiten:

4.3.1 Ermittlungstätigkeit

Eine umfassende Aufgabe der JGH ist ihre Tätigkeit als **Ermittlungshilfe**. Die JGH hat nach § 38 Abs. 2 S.2 JGG die wichtige Aufgabe, die Persönlichkeit, Entwicklung und Umwelt des jungen Straftäters zu erforschen. Sie soll die Ergebnisse ihrer Nachforschungen anschließend ins Jugendstrafverfahren einbringen und dort somit auch die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Aspekte zur Geltung bringen.⁸¹

Die JGH wirkt im Rahmen dieser Persönlichkeitsforschung im Umfang des § 43 Abs. 1 JGG bei den Ermittlungen der StA mit. Es ist danach ihre Aufgabe, die Lebens- und Familienverhältnisse, den Werdegang und weitere Umstände zu erforschen, die StA und Jugendrichter später helfen können, die Person und Eigenart des jungen Menschen einzuschätzen und dieses Wissen in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.^{82/83}

Die JGH trägt die Ergebnisse ihrer Persönlichkeitsforschung schließlich in einem **Bericht** zusammen und reicht diesen dann an die StA oder das Gericht weiter.⁸⁴

In diesem Bericht führt sie zunächst die von ihr erhobenen Tatsachen zur Persönlichkeit, der Lebenslage, der persönlichen und familiären Situation, dem sozialen Umfeld, Freundeskreis, der schulischen/ beruflichen/ finanziellen Laufbahn und der persönlichen Einstellung und Einschätzung des Beschuldigten zum Tatvorwurf selbst, auf.

⁸¹ Vgl. § 38 Abs. 2 S. 1 und 2 JGG

⁸² Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 63 f.

⁸³ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 382 f.

⁸⁴ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 91.

An die ermittelten Tatsachen und Angaben sollen dann aber auch fachliche Bewertungen, Prognosen und Einschätzungen hinsichtlich der derzeitigen und weiteren Entwicklung des jungen Menschen anschließen. Hierzu gehören insbesondere eine Bewertung zur strafrechtlichen Verantwortung gemäß § 3 JGG bei Jugendlichen und gegebenenfalls eine Stellungnahme zur Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende nach § 105 JGG.⁸⁵

Generell soll sich der Bericht nicht nur auf die Vergangenheit beziehen und auf gar keinen Fall nur die Defizite und Fehler in der Persönlichkeitsentwicklung des jungen Menschen darstellen. Vielmehr soll der Schwerpunkt in der Beschreibung der Ressourcen und Fähigkeiten des jungen Menschen liegen.⁸⁶ „Mit dieser Sichtweise können dann auch die Leistungsangebote der JH zur Stärkung der vorhandenen Fähigkeiten und als Alternativen zu den Sanktionen des JGG plausibel gemacht werden.“⁸⁷

Abschließend soll sich die JGH im Bericht zu möglichen Maßnahmen äußern. Sie soll eine Vorgabe dazu machen, welche Maßnahmen aus ihrer Sicht am sinnvollsten und geeignetsten wären. Dadurch wird der JGH aber keinesfalls der „schwarze Peter“ oder gar die Entscheidung über die festzulegenden Sanktionen zugeschoben.^{88/89} Sie erhält vielmehr die Chance und Möglichkeit, die sozialpädagogischen Überlegungen und Grundsätze der JH in den Vordergrund zu rücken und als Kontra zur rein strafjuristischen Betrachtung in die Entscheidung der StA oder des Richters miteinfließen zu lassen. Die JGH soll sich deshalb auch nicht nur zu den im JGG vorgesehenen Sanktionen wie Erziehungsmaßnahmen, Zuchtmitteln oder der Jugendstrafe, sondern hauptsächlich auch zu den Einstellungsmöglichkeiten der Diversion nach §§ 45, 47 JGG äußern und auf diese hinwirken.⁹⁰

⁸⁵ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 21.

⁸⁶ Vgl. Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S. 662.

⁸⁷ Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S. 662.

⁸⁸ Vgl. § 38 Abs. 2 S. 2 HS.2 JGG

⁸⁹ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 94 ff.

⁹⁰ Vgl. Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S. 663.

Grundlage und **wichtigste Quelle** für den Bericht sind persönliche Gespräche mit dem jungen Beschuldigten selbst.⁹¹ Die JGH ist dabei dazu verpflichtet, den jungen Menschen beim Erstgespräch über ihre Funktion aufzuklären, ihn über die Verwertung seiner Angaben zu belehren und ihn auch auf sein Aussageverweigerungsrecht hinzuweisen.⁹² Die Ergebnisse der Ermittlungen und der Umfang des Berichts hängen allgemein also zum Großteil auch von der Mitwirkungsbereitschaft des jungen Täters ab.⁹³ Weitere Erkenntnisse sollen sich für die JGH nach § 43 Abs. 2 S.2 JGG zudem aus Gesprächen mit den Erziehungsberechtigten, Lehrern, Ausbildern, weiteren Bezugspersonen oder der Heranziehung schriftlicher Unterlagen, wie z.B. Akten des Jugendamtes, ergeben.⁹⁴

Die JGH arbeitet im Rahmen ihrer Ermittlungen komplett unabhängig und selbstständig.⁹⁵ Sie nimmt somit folglich erst durch die Berichterstattung an die StA und das Gericht ganz konkret und direkt am Jugendstrafverfahren teil.

Der Bericht gelangt im Normalfall vor der Verhandlung zu den Akten bei Gericht und kann somit schon bei den Vorbereitungen vom Jugendrichter berücksichtigt werden.⁹⁶ Die eigentliche Berichterstattung erfolgt dann in der Regel mündlich in der Hauptverhandlung.⁹⁷ Im Rahmen einer formlosen Anhörung nach § 50 Abs. 3 S. 2 JGG trägt die JGH dort die Ergebnisse ihrer Nachforschungen und ihre Einschätzung zu den zu ergreifenden Maßnahmen anhand des Berichtes vor.⁹⁸

Doch auch im Vorverfahren kann dem Ermittlungsbericht der JGH schon eine bedeutende Rolle zukommen: So ist er zum Beispiel bei den staats-

⁹¹ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 65.

⁹² Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 382.

⁹³ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 21.

⁹⁴ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 65 f.

⁹⁵ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 382.

⁹⁶ Vgl. Experteninterview mit Hr. Benz (Jugendrichter), Anlage 8, S. 4.

⁹⁷ Vgl. Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S. 662.

⁹⁸ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 119 f.

anwaltlichen Diversionsentscheidungen nach § 45 JGG oder in Haftsachen nach §§ 72 f JGG eine unersetzbare Entscheidungshilfe.⁹⁹

In der Praxis sieht es dabei sogar oft so aus, dass die StA telefonisch Kontakt zur JGH aufnimmt und sich dort einen Rat einholt. Hierbei geht es z.B. um die Einschätzung, ob der junge Mensch inzwischen Hilfe annimmt, oder ob vielleicht sogar weitere Straftaten zu befürchten sind. Die StA lässt diese Meinung und Hinweise der JGH dann in ihre Entscheidung einfließen. Damit solche Absprachen möglich sind, ist es allerdings sehr wichtig, dass die StA „ihre Jugendgerichtshelfer“ persönlich kennt und diese schnell kontaktieren kann.¹⁰⁰

4.3.2 Leistungsprüfung nach § 52 Abs.2 SGB VIII

Eine weitere Aufgabe der JGH ist die Leistungsprüfung nach § 52 Abs.2 SGB VIII:

Wird die JGH über einen Straftatvorwurf gegen einen Jugendlichen oder Heranwachsenden informiert, so soll sie diesen Vorwurf zum Anlass nehmen, um zu prüfen, ob der junge Beschuldigte in seiner derzeitigen Situation unterstützt werden kann und welche Leistungen der JH dafür am besten geeignet sind.¹⁰¹ Sie soll dabei die gesamte Palette der Jugendhilfeleistungen (Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, Förderung der Erziehung in der Familie usw.) berücksichtigen.¹⁰² Liegt ein Hilfebedarf vor, dann vermittelt sie den jungen Menschen an die entsprechenden Leistungen und leitet dadurch einen Hilfeprozess ein.¹⁰³

Diese Leistungsprüfung soll nach § 52 Abs. 2 S.1 SGB VIII möglichst „frühzeitig“ von der JGH durchgeführt werden. Dadurch soll erreicht werden, dass die jungen Menschen in ihrer Situation so schnell wie möglich betreut werden können, da sie in ihrer Entwicklungsphase oft auch zu emotional-

⁹⁹ Vgl. Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S. 662.

¹⁰⁰ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 3 ff.

¹⁰¹ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 381.

¹⁰² Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 18.

¹⁰³ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 5.

en „Kurzschlusshandlungen“ neigen (z.B. Abbrechen der schulischen Ausbildung, Aufgabe des Arbeitsplatzes).¹⁰⁴ Durch eine schnelle Betreuung und Hilfeleistung möchte man zudem weiteren möglichen Straftaten des Beschuldigten zuvor kommen.¹⁰⁵

Konnten geeignete Leistungen der JH gewährt und vermittelt werden, dann informiert die JGH nach § 52 Abs. 2 S. 2 SGB VIII umgehend die StA oder das Gericht über diesen eingeleiteten Hilfeprozess. Dabei sollte die JGH zunächst den bisherigen Entwicklungs- und Erziehungsverlauf aufzeigen und anschließend die möglichen weiteren Schritte und Hilfeperspektiven des jungen Menschen im Rahmen der JH oder auch in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten zur Geltung bringen.¹⁰⁶

Durch diese Berichterstattung kann dann von StA oder Gericht geprüft werden, ob durch den bereits eingeleiteten Hilfeprozess im Rahmen der Diversion von einer weiteren Verfolgung der Straftat abgesehen (§ 45 JGG) oder das Verfahren eingestellt (§ 47 JGG) werden kann. Vor allem auch aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass die Jugendgerichtshilfe „frühzeitig“ in Betracht kommende Hilfeleistungen prüft, den Hilfeprozess einleitet und die Justiz entsprechend informiert.¹⁰⁷

Während der Leistungsprüfung arbeitet die JH komplett eigenständig nach den Vorgaben des Jugendhilferechts und ihren eigenen fachlichen Standards.¹⁰⁸ Erst durch die Berichterstattung über die eingeleiteten Hilfen nimmt sie wieder aktiv am Jugendstrafverfahren teil und kann dadurch sogar zur Entscheidungsfindung des Gerichts oder der StA beitragen.¹⁰⁹

¹⁰⁴ Vgl. Küppers, in Schleicher (Hrsg.), Jugend- und Familienrecht, 2014, S. 180 f.

¹⁰⁵ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 381.

¹⁰⁶ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 16.

¹⁰⁷ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 19.

¹⁰⁸ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 381.

¹⁰⁹ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 16.

4.3.3 Überwachungstätigkeit

Die Überwachungstätigkeit der JGH steht im Zusammenhang mit den Weisungen und Auflagen, die der junge Täter zu erfüllen hat. Diese Weisungen und Auflagen können dem jungen Menschen entweder von der StA durch Beschluss im Rahmen der Diversion (§§ 45, 47 JGG) oder vom Jugendrichter durch Urteil auferlegt werden. Weisungen und Auflagen sind somit Maßnahmen der Justiz, die gleichzeitig Überwachungs- und Kontrollaufgaben für die Jugendgerichtshilfe enthalten.¹¹⁰

Zunächst muss die JGH nach § 38 Abs. 3 S.3 1. HS aber stets vor jeder Weisungserteilung angehört werden, denn durch ihre Ermittlungstätigkeit steht die JGH in der Regel im direkten Kontakt zu dem jungen Straftäter und seiner Familie. Sie weiß über seine derzeitige Lebenssituation und mögliche Ursachen seiner Straffälligkeit Bescheid¹¹¹ und kann anhand dieser Kenntnisse und ihrer pädagogischen Ausbildung besser als StA und der Jugendrichter beurteilen, welche Weisungen und Auflagen im Einzelfall zweckmäßig, geeignet und auch realisierbar sind.¹¹²

Bei persönlichen Ermittlungs- und Betreuungsgesprächen kann die JGH zudem schon vor der Gerichtsverhandlung oder der staatsanwaltlichen Entscheidung mit dem jungen Beschuldigten besprechen, welche Weisungen und Auflagen in Frage kommen könnten und dabei seine Einsicht und Bereitschaft zur Mitarbeit abklären.

Im Rahmen der Anhörung nach § 38 Abs. 3 S.3 1. HS hat sie dann schließlich die Möglichkeit, sich anhand ihrer gewonnenen Einschätzung zu den geplanten Weisungen und Auflagen zu äußern und auch eigene, individuell ausgearbeitete Vorschläge zu unterbreiten.¹¹³

Die eigentliche **Überwachungstätigkeit** der Jugendgerichtshilfe ergibt

¹¹⁰ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 23.

¹¹¹ Vgl. Verweis auf Kapitel „4.3.1 Ermittlungshilfe“

¹¹² Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 162.

¹¹³ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 23 f.

sich dann schließlich aus § 38 Abs. 2 S.5 JGG.

Wird der Jugendliche oder Heranwachsende nämlich von keinem Bewährungshelfer begleitet, so ist es nach dieser Vorschrift automatisch die Aufgabe der JGH, darüber zu wachen, dass der junge Straftäter den auferlegten Weisungen und Auflagen nachkommt. Kommt der junge Mensch den Weisungen und Auflagen allerdings in untragbarem Ausmaß nicht nach, dann muss die JGH den Richter bzw. die StA darüber informieren.¹¹⁴ Damit der JGH im Rahmen ihrer Kontrollaufgabe aber dennoch ein pädagogischer Spielraum bleibt, müssen erst „erhebliche Zuwiderhandlungen“ gemeldet werden. Dadurch erhält die JGH die Möglichkeit, das Fehlverhalten zunächst selbst pädagogisch mit dem jungen Straftäter aufzuarbeiten und darauf hinzuwirken, dass er die Erfüllung der Weisungen und Auflagen wieder regelmäßig aufnimmt.¹¹⁵

In der Praxis werden im Rahmen dieser Überwachungstätigkeit kurze Wege und Absprachen zwischen dem Jugendrichter und der JGH als sehr wichtig angesehen. Beide Institutionen müssen sich unbedingt rasch gegenseitig kontaktieren können, wenn schnell etwas geschehen muss.¹¹⁶

4.3.4 Allgemeine Betreuungstätigkeit

Die JGH ist im Rahmen der sozialen Arbeit ein Spezialdienst im Jugendamt.¹¹⁷ Deshalb zieht sich eine allgemeine Betreuungstätigkeit wie ein roter Faden durch alle ihre Aufgaben. Diese allgemeine Pflicht zur Betreuung, Begleitung und Beratung der jungen Beschuldigten ergibt sich aus den Vorschriften in § 52 Abs. 3 SGB VIII und § 38 Abs. 2 S. 9 JGG:¹¹⁸

Die JGH soll den jungen Beschuldigten nach § 52 Abs. 3 JGG über das gesamte Strafverfahren hinweg betreuen. Es soll eine grundsätzliche Be-

¹¹⁴ Vgl. § 38 Abs. 2 S. 5 und 6 JGG

¹¹⁵ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 384.

¹¹⁶ Vgl. Experteninterview mit Hr. Benz (Jugendrichter), Anlage 8, S. 6.

¹¹⁷ Vgl. Kapitel „3.2.2 Organisation und Fachkräfte“

¹¹⁸ Vgl. Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S. 666.

treuungskontinuität gewährleistet sein.¹¹⁹ Die Pflicht zur Betreuung erstreckt sich daher auch nicht nur bis zum und über das gerichtliche Verfahren hinweg, sondern auch auf die Zeit danach. So ist die JGH dazu verpflichtet, den jungen Menschen auch während dem Vollzug stationärer Maßnahmen, wie Arrest oder Jugendstrafe, zu betreuen und ihn anschließend auch bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen.¹²⁰

Um ihrer allgemeinen Betreuungsaufgabe gerecht zu werden, nimmt die JGH Kontakt zu den jungen Beschuldigten auf und wendet in persönlichen Gesprächen unterschiedliche, methodische Arbeitsweisen zur Begleitung und Beratung an. So können in diesen Gesprächen Ziele, Aufgaben, Befugnisse und Vorgehensweisen besprochen werden, die dem jungen Menschen dabei helfen sollen, das Strafverfahren zu durchlaufen und anschließend wieder auf den richtigen Weg zu kommen.¹²¹ Die jungen Menschen sollen dabei unterstützt werden, sich wieder geordnete Rahmenbedingungen aufzubauen (Ausbildungs-/ Arbeitsplatzsuche, Wiedereingliederung in die Schule, Vermittlung von Wohnraum etc.).¹²²

In den gemeinsamen Gesprächen sollen die Jugendlichen und Heranwachsenden auf unterschiedliche Hilfs- und Mitwirkungsmöglichkeiten hingewiesen und dazu motiviert werden, sich mit diesen Chancen auseinander zu setzen und sich aktiv daran zu beteiligen. Dabei werden auch die Erziehungsberechtigten in angemessenem und notwendigem Umfang von der JGH in den Betreuungs- und Beratungsprozess mit einbezogen.¹²³

Besonders im Rahmen der Hauptverhandlung vor Gericht ist es notwendig, dass die JGH verstärkt in ihrer betreuenden Funktion tätig wird. Sie soll den jungen Beschuldigten durch Gespräche auf die Hauptverhandlung vorbereiten, in dem sie unter anderem den Ermittlungsbericht, die in Be-

¹¹⁹ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 18 f.

¹²⁰ Vgl. Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S.670.

¹²¹ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S. 18 f.

¹²² Vgl. Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S.667.

¹²³ Vgl. KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG, Anlage 4, S.19.

tracht kommenden Maßnahmen und auch den formalen Ablauf der Verhandlung mit ihm bespricht. Dadurch soll möglichen Ängsten und negativen Auswirkungen des Hauptverfahrens auf den Betroffenen entgegen gewirkt werden.¹²⁴

Damit die Betreuung auch während der Verhandlung gesichert ist, wird der JGH in § 50 Abs. 3 S. 1 ein Anwesenheits- und in § 50 Abs.3 S.2 JGG ein Äußerungsrecht in der Hauptverhandlung zugesprochen. Demnach sind StA und Gericht dazu verpflichtet, der JGH Ort und Zeit der Verhandlung mitzuteilen und ihr in der Verhandlung auf Verlangen das Wort zu erteilen. Durch diese betreuende und mitwirkende Tätigkeit in der Hauptverhandlung ist die JGH wieder direkt am Jugendstraßverfahren beteiligt.

Allgemein ist die JGH durch ihr Anwesenheits- und Anhörungsrecht aber dennoch nicht zur Teilnahme an der Hauptverhandlung verpflichtet. Anhand pädagogischer Gesichtspunkte bestimmt sie grundsätzlich selbst über Art und Umfang ihrer justiziellen Tätigkeit und darüber, in welchem Maß Betreuungstätigkeiten im Einzelfall erforderlich sind.¹²⁵ Sie sollte allerdings einen gewissen Schwerpunkt auf die Betreuung der sog. Intensiv- oder Mehrfachtäter legen. „Dabei handelt es sich etwa um ca. 5 % der ermittelten jugendlichen Tatverdächtigen, auf die rund ein Viertel der Delikte bei Straßenraub und Kraftwagendiebstahl und fast die Hälfte der Wohnungseinbrüche und der Diebstahldelikte aus Kraftfahrzeugen entfallen.“¹²⁶

4.4 Beteiligung anderer Institutionen

4.4.1 Polizei

Die Aufgaben der Polizei teilen sich insgesamt in zwei große Aufgabenge-

¹²⁴ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 106.

¹²⁵ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S.110 ff.

¹²⁶ Riekenbrauk, in Kunkel (Hrsg.), SGB VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2014, S. 666.

bierte: Die **Gefahrenabwehr** und die **Strafverfolgung**. Im Rahmen der Gefahrenabwehr nimmt die Polizei präventive (= strafverhütende) Aufgaben wahr. Sie wird tätig, bevor etwas passiert und versucht dadurch erwartete Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren. Im Rahmen der Strafverfolgung nimmt die Polizei repressive (= strafverfolgende) Aufgaben wahr. In diesem Fall ist schon ein Schadensfall eingetreten.¹²⁷ Liegt dabei eine Straftat vor, die von staatlicher Seite aus verfolgt werden muss, dann führt die Polizei im Rahmen der Strafverfolgung die erforderlichen Ermittlungen zur Tataufklärung durch. In dieser Weise ist die Polizei auch am Jugendstrafverfahren beteiligt.¹²⁸

Nach § 163 Abs. 1 StPO wird die Polizei dabei allgemein gesetzlich dazu verpflichtet, von sich aus Ermittlungen aufzunehmen, wenn ihr der Anfangsverdacht eines strafbaren Verhaltens bekannt wird.¹²⁹ Die Polizei ist dabei als „verlängerter Arm“ und Ermittlungsorgan der StA tätig, die das gesamte Ermittlungsverfahren anleitet.¹³⁰

In der Praxis sieht es allerdings so aus, dass die Polizei die Ermittlungen oft komplett eigenständig durchführt.¹³¹ Das hängt natürlich auch von der Art und Schwere des Delikts und dem zeitlichen und organisatorischen Umfang der Ermittlungsarbeiten ab. In diesen Fällen fertigt die Polizei anschließend eine Strafanzeige an und reicht diese in Form einer Verfahrensakte abschlussreif an die StA weiter. Bei umfangreicheren und aufwändigeren Ermittlungen wird die StA in der Regel schon früher informiert, vor allem dann, wenn im Rahmen der Ermittlungen Entscheidungen der StA notwendig sind. So müssen z.B. geplante Wohnungsdurchsuchungen oder Inhaftnahmen über die StA bei Gericht beantragt und dort mittels Beschluss genehmigt werden. Erst dann darf die Polizei diese Maßnahmen durchführen. Die Polizei darf aber dennoch viele Ermittlungstätigkeiten

¹²⁷ Vgl. Denninger, in Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 2012, S. 252 f.

¹²⁸ Vgl. Experteninterview mit Hr. Fahrbach (Jugendsachbearbeiter Polizei), Anlage 6, S. 1.

¹²⁹ Vgl. Frister, in Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 2012, S. 612.

¹³⁰ Vgl. Joecks, Strafprozessordnung, Studienkommentar, 2011, S. 415.

¹³¹ Vgl. Frister, in Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 2012, S. 612.

selbstständig durchführen. Hierzu gehören u.a. die Zeugen- Beschuldigten- und Geschädigtenvernehmungen.¹³²

Insoweit unterscheidet sich die Ermittlungstätigkeit der Polizei im Jugendstrafrecht zunächst nicht zu derjenigen im Erwachsenenstrafrecht. Das ändert sich allerdings durch verschiedene gesetzliche Regelungen, Dienstverordnungen (z.B. Polizeidienstvorschrift 382 „Bearbeitung von Jugendsachen“) und Richtlinien (Diversionsrichtlinien des Landes BW vom 13.12.2011), die im gesamten Verfahren gegen einen Jugendlichen bzw. Heranwachsenden zusätzlich von der Polizei beachtet und berücksichtigt werden müssen.¹³³ Aus § 67 JGG ergibt sich für die Polizei z.B. die Pflicht, dass nicht nur der minderjährige Beschuldigte, sondern auch dessen Erziehungsberechtigten vor Vernehmungen belehrt und informiert werden müssen. Die Erziehungsberechtigten sollen dadurch in die Entscheidung miteinbezogen werden, ob der Jugendliche überhaupt aussagen soll oder nicht.

Die konkrete Zusammenarbeit zwischen Polizei und JGH ergibt sich daher aus der Pflicht für StA und Polizei, die JGH so früh wie möglich ins Verfahren mit einzubeziehen. Je nach interner Regelung kann diese Informationspflicht sogar komplett auf die Polizei übertragen werden. So wurde im Landkreis FDS z.B. vereinbart, dass die Polizei immer direkt ein Akten-doppel an die JGH schickt. Die Polizei steht der JGH zudem als wichtiger Ansprechpartner für Rückfragen bereit und unterstützt sie dadurch bei der Persönlichkeitsforschung.¹³⁴

4.4.2 Jugendstaatsanwaltschaft

Auch im Jugendstrafverfahren ist die StA vor allem durch ihre Aufgaben im sog. Vorverfahren beteiligt. Als „Herrin des Vorverfahrens“ führt die StA

¹³² Vgl. Experteninterview mit Hr. Fahrbach (Jugendsachbearbeiter Polizei), Anlage 6, S. 2.

¹³³ Vgl. Czerner/Habetha, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 432.

¹³⁴ Vgl. Experteninterview mit Hr. Fahrbach (Jugendsachbearbeiter Polizei), Anlage 6, S. 3.

auch dort die allgemeinen Ermittlungen an.¹³⁵ Sie entscheidet darüber, ob und in welcher Weise Ermittlungen durchgeführt werden, um Straftaten und Straftäter aufzuklären.¹³⁶ Dabei gelten die allgemeinen Ermittlungsgrundsätze der StPO nach den §§ 152, 160 ff. Diese allgemeinen Regelungen werden im Jugendstrafverfahren aber durch den § 43 JGG ergänzt. Entsprechend dem Erziehungsgedanken soll die StA nach dieser Vorschrift auch die Persönlichkeit des jungen Beschuldigten, sein Umfeld und die Umstände, die zur Tat geführt haben, erforschen und im weiteren Vorgehen und bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.¹³⁷

Die StA wird im Rahmen ihrer Ermittlungen von der Polizei (Tatsachenermittlung) und der JGH (Persönlichkeitserforschung) als Ermittlungsorgane unterstützt.¹³⁸

Sind die Ermittlungen abgeschlossen, dann hat die StA im nächsten Schritt zu entscheiden, wie das Verfahren abzuschließen ist. Sie beschäftigt sich dabei mit den Fragen: „Einstellung, ja oder nein?“ und „Anklage, ja oder nein?“. ¹³⁹ Wie unter Kapitel 4.2 bereits genauer erläutert, hat die StA dabei mehrere Möglichkeiten:

Einstellung nach allgemeinen Regelungen der StPO (z.B. § 170 Abs. 2 StPO), Einstellung im Rahmen der Diversion (§ 45, 47 JGG), Antrag auf Vereinfachtes Verfahren (§ 76 JGG) oder Anklage (§ 170 Abs. 1 StPO) bei Gericht.

Tritt schließlich der Fall ein, dass im Rahmen einer Hauptverhandlung vom Jugendrichter entschieden werden muss, welche Konsequenzen nun auf die vorliegenden Straftaten folgen sollen, dann ist es eine weitere Aufgabe der StA, das Verfahren vor Gericht zu begleiten. Sie nimmt an der Haupt-

¹³⁵ Vgl. Czerner/Habetha, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 431.

¹³⁶ Vgl. Frister, in Liskén/Denninger (Hrsg.), Handbuch des Polizeirechts, 2012, S. 611.

¹³⁷ Vgl. Czerner/Habetha, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 431 f.

¹³⁸ Vgl. Kapitel „4.3.1 Ermittlungstätigkeit“ (der JGH) und „4.4.1 Polizei“

¹³⁹ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 1.

verhandlung teil, vertritt dort die Anklage und hält auch entsprechend das Plädoyer.¹⁴⁰

4.4.3 Jugendrichter

Sieht die StA keinen Weg, ein Verfahren im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzustellen und somit abzuschließen, dann gibt sie die Entscheidung darüber, wie die Straftat zu verfolgen und bestrafen ist, an den Jugendrichter ab. Dazu erhebt sie Antrag oder Klage bei Gericht.¹⁴¹

Mit der Klageerhebung geht die Leitung und Verfahrensherrschaft schließlich auf den Jugendrichter über.¹⁴² Dieser entscheidet dann im Vereinfachten Verfahren (§ 76 JGG) oder in einer Hauptverhandlung darüber, ob aus erzieherischen Gründen eine Maßnahme oder strafrechtliche Sanktion des JGG notwendig ist und setzt anschließend ein entsprechendes Urteil fest.¹⁴³ Die einzelnen Maßnahmen und Möglichkeiten, die sich dem Jugendrichter im Rahmen dieser beiden Verfahren bieten, wurden bereits in Kapitel 4.2 aufgeführt.

Anders als im Erwachsenenstrafrecht gibt der Jugendrichter die Vollstreckung der Maßnahmen und Sanktionen dann aber nicht an die StA ab.¹⁴⁴ Er ist nach § 82 Abs. 1 JGG selbst Leiter der Vollstreckung.

4.4.4 Bewährungshilfe

Wie im Erwachsenenstrafrecht, gibt es auch im Jugendstrafrecht Möglichkeiten der Bewährung. Diese ergeben sich bei der Verhängung einer Jugendstrafe (§§ 21 ff. JGG), dem Schuldspruch ohne Strafe (§§ 27 ff. JGG)

¹⁴⁰ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 1.

¹⁴¹ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 3.

¹⁴² Vgl. Frister, in Liskén/Denninger (Hrsg.), Handbuch des Polizeirechts, 2012, S. 611.

¹⁴³ Vgl. Kapitel „4.2 Allgemeines zum Jugendstrafverfahren“

¹⁴⁴ Vgl. Experteninterview mit Hr. Benz (Jugendrichter), Anlage 8, S. 1.

und bei der möglichen Aussetzung einer schon zum Teil erbrachten Jugendstrafe (§ 88 JGG).¹⁴⁵

Die Bewährungszeit ist für den jungen Verurteilten dabei in der Regel mit zu erfüllenden Weisungen oder Auflagen verbunden, die ihm nach § 23 Abs. 1 S. 1 und 2 JGG vom Jugendrichter im Bewährungsbeschluss auferlegt werden. Durch diese Verpflichtungen soll der junge Mensch zum einen bei der Bewältigung seiner Probleme und Defizite unterstützt und zum anderen ein Ausgleich zur vermiedenen Strafe geschaffen werden.¹⁴⁶ Als mögliche Weisungen und Auflagen wären bspw. die Verpflichtung zu regelmäßigen Urinkontrollen bei Drogendelikten, die Anordnung gemeinnütziger Arbeit oder die Teilnahme an Terminen bei der psychologischen Beratungsstelle zu nennen.

Steht der junge Straftäter die Bewährungszeit schließlich mit positivem Verhalten durch, indem er den Weisungen und Auflagen nachkommt und nicht erneut straffällig wird, dann bleibt ihm im Falle der §§ 21, 27 JGG die Jugendstrafe erspart und wird ihm im Falle des § 88 JGG der Rest der Jugendstrafe erlassen. Er ist dann wieder ein unverschuldeter Bürger.¹⁴⁷ In allen drei Fällen soll dem jungen Menschen dabei vom Jugendrichter ein Betreuungshelfer zur Seite gestellt werden.¹⁴⁸

Für den Betreuungshelfer ergeben sich aus § 24 Abs. 3 JGG zwei Hauptaufgaben: Er soll dem jungen Straftäter **betreuend und helfend** beistehen (§ 24 Abs. 3 S. 1 JGG) und die Erfüllung der ihm auferlegten **Weisungen und Auflagen überwachen** (§ 24 Abs. 3 S. 2 JGG).¹⁴⁹ „Man spricht hierbei von einem „doppelten Mandat“.“¹⁵⁰

Auf der einen Seite steht die „**helfende und betreuende**“ **Aufgabe**. Der Bewährungshelfer soll dem jungen Menschen in der Bewährungszeit als beratender Ansprechpartner zur Seite stehen und ihn dabei unterstützen,

¹⁴⁵ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 171.

¹⁴⁶ Vgl. Meier, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 267.

¹⁴⁷ Vgl. Experteninterview mit Hr. Gaus (Bewährungshelfer), Anlage 9, S. 2.

¹⁴⁸ Vgl. hierzu § 24 Abs. 1 S. 1 JGG, § 29 S. 1 JGG und § 88 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 24 Abs. 1 S. 1 JGG.

¹⁴⁹ Vgl. Meier, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 274.

¹⁵⁰ Experteninterview mit Hr. Gaus (Bewährungshelfer), Anlage 9, S. 1.

seine Weisungen und Auflagen zu erfüllen. Nach dem Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollen Defizite und Probleme mit dem jungen Menschen aufgearbeitet werden. Der Bewährungshelfer soll ihn ermutigen und darauf hinwirken, selbst tätig zu werden.¹⁵¹ Es ist das Ziel der BewHi, mit dem Klienten nicht nur die Bewährungszeit zu überstehen, sondern ihm auch eine Prognose zu geben, die ihn dazu befähigt, auch in Zukunft nicht mehr straffällig zu werden. Diese Tätigkeit setzt ein Vertrauensverhältnis zum Klienten voraus.¹⁵²

Auf der anderen Seite steht die **überwachende und kontrollierende Aufgabe**. Die BewHi wird hier im Auftrag und als Hilfe für das Gericht tätig. Sie ist dadurch direkt ins Jugendstrafverfahren involviert. Es ist ihre Aufgabe, die Erfüllung der Weisungen und Auflagen zu überwachen (§ 24 Abs. 3 S. 2 JGG), dem Gericht grobe Verstöße mitzuteilen und über die allgemeine Lebensführung des jungen Straftäters zu berichten (§ 25 JGG). Der Jugendrichter kann im Rahmen dieser Pflicht jederzeit auf die Bewährungshilfe zurückgreifen und einen Bericht anfordern.

Diese so gegensätzlichen Aufgaben führen oft zu einem beachtlichen Spannungsverhältnis, denn das für die Betreuung notwendige Vertrauensverhältnis zum Klienten kann durch die Überwachungs- und Berichtspflicht des Bewährungshelfers schnell schwer belastet oder gestört werden.¹⁵³

Die Zusammenarbeit zwischen BewHi und JGH ist dabei in § 38 Abs. 2 S. 8 JGG geregelt. Sie beinhaltet, unter der Beachtung datenschutzrechtlicher Grenzen, einen Informationsaustausch dieser beider Institutionen.¹⁵⁴ So tritt die JGH schon im Ermittlungsverfahren mit dem jungen Straftäter, seiner Familie und seinem Umfeld in Kontakt. Bis zur Verhandlung führt sie die Anamnese durch, ermittelt Informationen über seine Lebenslage, Kindheit, Schule, besondere Vorkommnisse etc. und leistet eine gewisse Vorarbeit, indem sie ihren Ermittlungsbericht an das Gericht weiter gibt.

¹⁵¹ Vgl. Meier, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 273 ff.

¹⁵² Vgl. Experteninterview mit Hr. Gaus (Bewährungshelfer), Anlage 9, S. 1.

¹⁵³ Vgl. Meier, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 273 ff.

¹⁵⁴ Vgl. Laubenthal, Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993, S. 171 ff.

Die Bewährungshilfe kommt erst dann ins Spiel, wenn der junge Beschuldigte beim Erstverfahren verurteilt wird. Die JGH stellt der BewHi dann ihr erarbeitetes Wissen zur Verfügung und tritt ab diesem Zeitpunkt eher in den Hintergrund: Nun ist die BewHi näher am Straftäter, seiner Familie und seinem Umfeld „dran“.

Kommt es dann allerdings zu einem Zweitverfahren, so ist es sinnvoll, wenn JGH und BewHi sich austauschen, beraten und vielleicht sogar zusammen überlegen können, welches weitere Vorgehen Sinn macht, denn schließlich muss die JGH im Zweitverfahren wieder einen Maßnahmenvorschlag bei Gericht vortragen. Damit dieser Austausch allerdings möglich ist, muss vom Beschuldigten eine sog. Schweigepflichtentbindung unterzeichnet werden.¹⁵⁵ Die BewHi ist nämlich, außer dem Gericht, jedem gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet.¹⁵⁶

4.5 Zusammenarbeit aller Institutionen am Beispiel des Landkreises Freudenstadt

Dieses Kapitel beinhaltet die Auswertung der im Zuständigkeitsbereich FDS geführten Experteninterviews (s. Anlagen 6 – 9).

4.5.1 Wichtige Aspekte, Voraussetzungen und Effekte einer guten Zusammenarbeit

Im Zuständigkeitsbereich Freudenstadt wird die Zusammenarbeit von allen am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen als positiv und sehr gut beschrieben. Hakt man etwas genauer nach, so führen die dort befragten Mitarbeiter der Polizei und der Bewährungshilfe, die Jugendstaatsan-

¹⁵⁵ Vgl. Experteninterview mit Hr. Gaus (Bewährungshelfer), Anlage 9, S. 3 ff.

¹⁵⁶ Vgl. Meier, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 276 f.

wältin und der Jugendrichter diese gute Zusammenarbeit auf verschiedene Aspekte zurück:

Über allem scheint dabei eine **gute Kooperationsbereitschaft und Vernetzung** der Institutionen miteinander zu stehen. Die Beteiligten halten diese beiden Aspekte für unheimlich wichtig, da nur so ein schneller, offener Austausch an Informationen und Meinungen möglich sei. Nur durch kurze Wege und einen schnellen Informationsfluss kann gemeinsam, schnell auf die Straftaten junger Menschen reagiert und das Jugendstrafverfahren zügig durchgeführt werden. Es geht hier allerdings nicht nur darum, schnell zu reagieren, sondern in Zusammenarbeit auch die aus erzieherischen Gründen geeignetste Maßnahme zu finden, um den Jugendlichen wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Die befragte Jugendstaatsanwältin und der befragte Jugendrichter weisen an dieser Stelle besonders auf den „guten und schnellen Draht“ zur JGH hin. Sie schätzen spontane, regelmäßige, telefonische und persönliche Absprachen mit der JGH als sehr wichtig ein, um sich einen Rat einholen und entsprechend dem Erziehungsgedanken richtig und schnell entscheiden zu können.

Aus Sicht der befragten Personen ist eine gute Kooperationsbereitschaft und Vernetzung allerdings nur dann möglich, wenn sich die einzelnen Beteiligten gegenseitig kennen, konkrete Ansprechpartner füreinander sind und ein gewisses Vertrauensverhältnis vorhanden ist. In diesem Zusammenhang spielen daher auch Arbeitskreise, runde Tische und Veranstaltungen der einzelnen Institutionen eine sehr große Rolle. Hier können sich die Beteiligten kennen lernen, persönliche Kontakte knüpfen und dadurch eine gute Zusammenarbeit aufbauen und pflegen.

Neben dem bereits angesprochenen Vertrauen, spielen auch gegenseitige Verlässlichkeit, Wertschätzung, Akzeptanz und Respekt der Institutionen eine wichtige Rolle. Nur durch diese Werte ist ein gutes Arbeitsklima und Arbeitsverhältnis unter den beteiligten Personen möglich. Ein schlechtes Arbeitsverhältnis kann sich hingegen sogar negativ auf die Kooperations-

bereitschaft und Vernetzung auswirken und somit das Jugendstrafverfahren zeitlich ausbremsen.

Wichtigster Effekt und wichtigstes Ziel einer guten Zusammenarbeit ist aus Sicht des befragten Jugendrichters dabei eine möglichst schnelle und, mittels geeigneter Maßnahmen, richtige Abwicklung des Jugendstrafverfahrens. Gerade bei jungen Menschen müsse noch ein Bezug zur Straftat vorhanden und gewährleistet sein, denn nach einem halben Jahr habe der Jugendliche bzw. Heranwachsende oft schon fast vergessen, was er gemacht habe. Damit der junge Mensch also erreicht und auch präventiv auf sein zukünftiges Verhalten hingewirkt werden kann, müssten rasch und erkennbar richtige Reaktionen auf sein straffälliges Verhalten folgen. Als Grundlage sei daher vor allem auch eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und StA wichtig. Nur durch ein schnelles Ermittlungsverfahren könne gegebenenfalls auch zügig eine Verhandlung vor Gericht folgen.

4.5.2. Mögliche Hindernisse für eine gute Zusammenarbeit

Einer guten Zusammenarbeit der Institutionen können aus Sicht der Befragten im Zuständigkeitsbereich Freudenstadt aber durchaus auch Hindernisse im Weg stehen:

Natürlich spielt dabei auch der **Datenschutz** eine Rolle. Hierbei sind StA und Gericht nach Angaben der Befragten aber eher weniger betroffen. Wirft man zu dieser Aussage einen Blick ins Gesetz, so lässt sich feststellen, dass es der JGH nach § 62 Abs. 3 Nr. 2c SGB VIII erlaubt ist, die im Rahmen ihrer Ermittlungs- und Überwachungstätigkeit erforschten Informationen an die Justiz weiter zu geben.¹⁵⁷ Auch für die BewHi ergibt sich aus § 25 S. 3,4 JGG das eindeutige Recht, aber auch die Pflicht, dem

¹⁵⁷ Vgl. Rössner, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 385.

Jugendrichter jegliche Informationen und Auskunft zu erteilen.¹⁵⁸ Auf Anfragen der StA darf die BewHi von sich aus zwar zunächst keine Auskunft geben, über den Jugendrichter können aber gegebenenfalls Informationen der BewHi an die StA weiter gegeben werden.¹⁵⁹

Erhebliche Hindernisse ergeben sich aber z.B. aus Sicht der Polizei: Im Rahmen der Tataufklärung geht es der Polizei nämlich auch darum, die Persönlichkeit und das soziale Umfeld des Beschuldigten bestmöglich zu erfassen. Dadurch kann sie die in den Vernehmungen getroffenen Aussagen hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit z.B. besser beurteilen. Im Vergleich zur Polizei arbeiten andere Institutionen, wie bspw. die JGH oder BewHi, aber viel öfter, näher und dauerhafter mit den Beschuldigten zusammen. Daher wäre es für die Polizei sehr hilfreich, wenn sie die eine oder andere Information von diesen Institutionen erhalten könnte. Dieser Austausch ist aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen aber nicht erlaubt.

Auch aus Sicht des befragten Bewährungshelfers kann der Datenschutz ein nicht unbeachtliches Hindernis sein und vor allem auch die Zusammenarbeit mit der JGH einschränken. Die Bewährungshilfe ist nämlich, mit Ausnahme des Gerichts, gegenüber jeder anderen Institution zur Verschwiegenheit verpflichtet.¹⁶⁰ Vor allem im Zweitverfahren gegen einen jungen Straftäter, der bereits unter Bewährung steht, wäre ein Austausch und eine Beratung dieser beiden Institutionen aber durchaus sinnvoll, da die BewHi zu diesem Zeitpunkt enger mit dem jungen Menschen zusammenarbeitet und besser über seine Entwicklung und sein derzeitiges Verhalten Bescheid weiß, die JGH aber dennoch auch im Zweitverfahren einen Maßnahmenvorschlag bei Gericht unterbreiten muss.

Es gibt allerdings eine Möglichkeit, das Hindernis „Datenschutz“ teilweise oder sogar ganz auszuschalten. Hierzu muss sich der junge Straftäter aber kooperationsbereit zeigen und dazu bereit sein, eine sog. Schweige-

¹⁵⁸ Vgl. Meier, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 276.

¹⁵⁹ Vgl. Experteninterview mit Hr. Gaus (Bewährungshelfer), Anlage 9, S. 5.

¹⁶⁰ Vgl. zur Verschwiegenheitspflicht der Bewährungshilfe: Meier, in Meier/Rössner/Trüg/Wulf (Hrsg.), JGG, Kommentar, 2014, S. 276.

pflichtsentbindung zu unterzeichnen. Dadurch kann er die JGH, BewHi, Polizei, aber auch anderen Institutionen dazu berechtigen, sich gegenseitig auszutauschen, zu besprechen und zu beraten. Ist der junge Straftäter allerdings nicht kooperationsbereit, so sind den beteiligten Institutionen in der Zusammenarbeit und im Austausch an Informationen durchaus die Hände gebunden. Der Datenschutz behindert dadurch nicht nur einen schnellen Ablauf des Jugendstrafverfahrens, sondern auch eine möglichst sinnvolle Betreuung des jungen Menschen, da wichtige Informationen und Erkenntnisse hierzu nicht zusammengetragen werden können.

Doch auch für die von allen Befragten als unverzichtbar eingestufte Kooperationsbereitschaft und Vernetzung, können sich Hindernisse ergeben:

Aus Sicht der befragten Jugendstaatsanwältin könnte eine gute Kooperationsbereitschaft und Vernetzung vor allem in den Großstädten durch unübersichtliche Zuständigkeiten gehemmt werden. So sind im Zuständigkeitsbereich Freudenstadt nur wenige Jugendsachbearbeiter bei der Polizei, drei Jugendgerichtshelfer, eine Jugendstaatsanwältin und ein Jugendrichter eingesetzt. Diese kennen sich alle persönlich und schätzen sich als konkrete und zuverlässige Ansprechpartner gegenseitig sehr.

In Großstädten hingegen, erfordert eine größere Bevölkerungsanzahl weit aus mehr Personal in den einzelnen Positionen. Unter diesen Voraussetzungen ist es folglich fast unmöglich, dass sich alle Beteiligten persönlich kennen. Um im Einzelfall den richtigen Ansprechpartner zu finden, müssen sich die Institutionen oftmals zuerst durchfragen. Dieser Aufwand wirke nach Aussage der befragten Jugendstaatsanwältin natürlich abschreckend.

Als weiteres, mögliches Hindernis wurde auch eine häufige Fluktuation in den verschiedenen Positionen der beteiligten Institutionen angeführt. Durch wechselndes Personal müssen Kooperationsbereitschaft und Vernetzung folglich zuerst immer wieder neu geschaffen werden. Persönliche Kontakte, Vertrauen, Verlässlichkeit und gegenseitige Wertschätzung können nicht verordnet, sondern müssen generell von den Beteiligten ge-

meinsam erarbeitet und gepflegt werden, so der befragte Bewährungshelfer.

Aus den Angaben der Befragten im Zuständigkeitsbereich Freudenstadt lässt sich allgemein der Schluss ziehen, dass eine gute Kooperationsbereitschaft und Vernetzung auf keinen Fall immer gewährleistet und selbstverständlich sind. Diese Eigenschaften der Zusammenarbeit hängen immer auch von der derzeitigen personellen Besetzung ab. Fehlender Wille und zu wenig Einsatz und Bereitschaft zur Kooperation einzelner Beteiligter können daher ein großes Hindernis sein und einer guten Zusammenarbeit erheblich im Wege stehen.

4.5.3 Eingeschätzter Bedarf an Verbesserungen

Die im Zuständigkeitsbereich FDS befragten Experten beschreiben die derzeitige Zusammenarbeit untereinander als durchweg positiv. Allgemein wird dabei die Meinung vertreten, dass aufgrund der sehr guten Kooperationsbereitschaft und der engen persönlichen Kontakte zueinander, sehr schnell und richtig auf die Straftaten junger Menschen im Bereich FDS reagiert werden kann und daher derzeit auch keine Verbesserungen der Zusammenarbeit notwendig sind – auch nicht hinsichtlich einer möglichst schnellen und effektiven Bekämpfung von Jugendkriminalität. Die Befragten führen diesen Erfolg aber zum Großteil auch auf die derzeitige personelle Besetzung zurück und darauf, dass sich alle Beteiligten persönlich kennen.

Nur der befragte Experte der Polizei äußert im Interview die Überlegung, ob die derzeitige, gute Zusammenarbeit durch eine dem „Haus des Jugendrechts“ ähnliche Organisation vielleicht sogar noch verbessert werden könnte. Unter anderem deshalb, soll nun anschließend in Kapitel 5 auf diese besondere Einrichtung mit ihren Vorteilen, Nachteilen und Chancen eingegangen werden.

5. Das Haus des Jugendrechts

5.1 Beschreibung der Institution

Das „Haus des Jugendrechts“ (HdJR) ist eine Einrichtung, in der Polizei, StA und JGH zusammengeführt werden. Durch die Zusammenarbeit „unter einem Dach“ sollen diese drei Institutionen im Jugendstrafverfahren enger kooperieren und dadurch schneller und in besserer Abstimmung auf jugendliche Delinquenz reagieren können.¹⁶¹

Das erste HdJR wurde am 01.06.2009 als bundesweit einmaliges Modellprojekt in Stuttgart eröffnet und nahm ab diesem Zeitpunkt zunächst nur für die Stadtbezirke Bad Cannstatt und Münster seine Arbeit auf.¹⁶² Mittlerweile wurde diese örtliche Zuständigkeit aber auch noch auf sieben weitere Stadtbezirke (Weilimdorf, Feuerbach, Zuffenhausen, Stammheim, Mühlhausen, Untertürkheim, Obertürkheim) erweitert.¹⁶³

In der Konzeption des Stuttgarter Modells wurden dabei Ziele der Institution festgelegt, die aufeinander aufbauen und sehr nahe beieinander liegen: So soll im HdJR die behördenübergreifende Zusammenarbeit optimiert werden. Es soll rasch und zeitnah auf das delinquente Verhalten junger Menschen reagiert und das Jugendstrafverfahren beschleunigt werden können. Allgemein soll eine effektivere Bekämpfung und auch eine langfristige Reduzierung der Jugendkriminalität erreicht werden.¹⁶⁴

Im Rahmen dieser Zielsetzung nehmen die Mitarbeiter des HdJR daher nicht nur repressive Aufgaben in der Strafverfolgung, sondern auch präventive Aufgaben in enger Kooperation mit den Schulen und verschiedenen Jugendhilfeeinrichtungen wahr.

Mittlerweile hat sich das HdJR in Stuttgart längstens bewährt.¹⁶⁵ So wird

¹⁶¹ Vgl. Riekenbrauk, ZJJ 1/2011, S. 74.

¹⁶² Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 3.

¹⁶³ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 8.

¹⁶⁴ Vgl. Gerhard, ZJJ 2/2008, S. 185.

¹⁶⁵ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 16 ff.

es bis heute weiter geführt und erhält allgemein eine breite Anerkennung. Heute ist das HdJR Bad Cannstatt daher längst nicht mehr die einzige Institution seiner Art, denn es wurde zum Vorbild in ganz Deutschland. So wurden inzwischen insgesamt elf weitere Einrichtungen bundesweit eröffnet, die zwar teilweise etwas andere Bezeichnungen führen (z.B. Jugendstation), aber dennoch in Teilen oder sogar komplett die Kooperationsstruktur des ersten Modellprojekts in Stuttgart übernommen haben. Das neueste Haus des Jugendrechts wurde erst am 01.01.2015 in Mannheim eröffnet.¹⁶⁶

5.2 Chancen und Vorteile der Institution

Die Akteure des „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart sehen in ihrer Institution durchweg und ausschließlich sehr positive Aspekte.

Ein erster Vorteil der Einrichtung findet sich dabei mit Sicherheit in der täglichen Zusammenarbeit. Während die Zuständigkeiten der beteiligten Institutionen in den Großstädten nämlich oft unübersichtlich sind, da die große Bevölkerungszahl dort eine höhere Anzahl an Personal auf den einzelnen Positionen der Polizei, StA und JGH im Jugendbereich erfordert,¹⁶⁷ so sind im HdJR einheitliche und übersichtliche Zuständigkeiten vorhanden. Aufgrund der Zusammenarbeit „unter einem Dach“, kennen sich die Mitarbeiter automatisch persönlich und können ohne große Mühe und Hindernisse konkrete Ansprechpartner füreinander sein.¹⁶⁸

Des Weiteren ermöglicht die gemeinsame Einrichtung für jede Institution einen Blick hinter die Kulissen der anderen Institutionen und somit ein vertieftes Verständnis für und über alle Strukturen und Verfahrensabläufe zwischen Polizei, StA und JGH. Dieser Gesamtüberblick bereichert die Arbeit miteinander. Er führt zu Verständnis und Vertrauen untereinander und erweitert zudem die fachlichen Kenntnisse.¹⁶⁹

¹⁶⁶ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 19.

¹⁶⁷ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 5 f.

¹⁶⁸ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 10.

¹⁶⁹ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 3.

Der größte Vorteil und zugleich wichtigste Erfolgsfaktor der Einrichtung liegt aber wohl in der täglich engen, persönlichen Zusammenarbeit der drei Institutionen „Tür an Tür“.

Die StA kann sofort und problemlos über alle eingeleiteten Ermittlungen der Polizei informiert werden und auch für die Polizei eröffnen sich durch die kurzen Wege und die ständige Präsenz der StA ganz neue Möglichkeiten im Rahmen ihrer Ermittlungsarbeit. Beide Institutionen können zu jedem Zeitpunkt der Ermittlungen Kontakt zueinander aufnehmen, das weitere Vorgehen gemeinsam besprechen, gegebenenfalls durch unmittelbare Absprachen Haft- oder Durchsuchungsgenehmigungen einleiten und auch die JGH zum richtigen Zeitpunkt und so früh wie möglich mit ins Boot holen.

Durch die Zusammenarbeit „unter einem Dach“ und die kurzen Wege sind zudem regelmäßige Absprachen und Rückkopplungen zwischen Polizei, StA und JGH möglich. So kann in Frühbesprechungen das aktuelle Tagesgeschehen und der Ausgang von Gerichtsverhandlungen besprochen werden. Zeigt sich ein junger Straftäter während der polizeilichen Vernehmung besonders uneinsichtig, frech oder aggressiv, so kann direkt im Anschluss an die Vernehmung ein gemeinsames Gespräch bei der StA mit ihm stattfinden. Zu diesen sog. **Fallkonferenzen** werden von StA und Polizei oft auch die JGH und die Eltern des Beschuldigten hinzugezogen. Dort kann mit dem jungen Beschuldigten dann gemeinsam der momentane Verfahrensstand besprochen werden. Ihm können Hilfen aufgezeigt aber auch mögliche Konsequenzen nochmal klar vor Augen geführt werden. In den Fallbesprechungen kann sich nicht nur die StA schon früh ins Verfahren einbringen, sich einen Eindruck von dem jungen Menschen verschaffen und mehr über sein familiäres und soziales Umfeld erfahren. Auch der junge Beschuldigte steht gleich zu Beginn der Ermittlungen derjenigen Person gegenüber, die in seinem Verfahren die Entscheidung treffen wird. Diese Konfrontation „face to face“ hinterlässt oft einen wichtigen Eindruck.¹⁷⁰

¹⁷⁰ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 10 ff.

Die Institution in Stuttgart sieht ihre Arbeit abschließend in wissenschaftlichen Ergebnissen bestätigt: Hiernach ist es dem HdJR wohl gelungen, die Reaktionszeiten auf jugendliches Fehlverhalten erheblich zu verkürzen und die Verfahrenszeiten von der polizeilichen Ermittlungstätigkeit bis zur staatsanwaltlichen Entscheidung von 105,1 auf 51,6 Kalendertage und somit um 51 % zu reduzieren.¹⁷¹

5.3 Nachteile der Institution

Neben den Mitarbeitern des „Haus des Jugendrechts“ und zahlreichen Befürwortern, gibt es allerdings auch Kritiker, die nicht nur positive Aspekte und Vorteile in diesen Einrichtungen erkennen. Es werden in der engen Zusammenarbeit „unter einem Dach“ durchaus auch Nachteile bzw. negative Aspekte gesehen.

So wird immer wieder auf die erschwerte Konsequenz zur Einhaltung des Datenschutzes hingewiesen. Denn Polizei und StA erwarten als Ermittlungsbehörden natürlich möglichst viele und umfassende Informationen von der JGH als „Kooperationspartner“ im Haus.¹⁷² Die behördenübergreifende Zusammenarbeit im HdJR wird allgemein aber dennoch, auch unter Berücksichtigung des Datenschutzes, als durchaus machbar angesehen.

Des Weiteren wird kritisiert, dass es für die jungen Straftäter, ihre Eltern und weitere Betroffene nur schwer möglich sei, die drei Institutionen innerhalb der Einrichtung voneinander abzugrenzen und einzeln, mit ihren verschiedenen Aufgaben und Tätigkeitsbereichen, wahrzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkt stehen daher vor allem die bereits erwähnten Fallkonferenzen in der Kritik, da dort StA, Polizei und JGH sogar gemeinsam mit den Betroffenen an einem Tisch sitzen.¹⁷³

¹⁷¹ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 16.

¹⁷² Vgl. Riekenbrauk, ZJJ 1/2011, S. 74.

¹⁷³ Vgl. Gerhard, ZJJ 2/2008, S. 185 f.

Allgemein wird vor allem die Position und Tätigkeit der JGH im HdJR als kritisch bewertet und angesehen. Durch die gemeinsame Arbeit und Unterbringung mit Polizei und StA „unter einem Dach“, kann bei jungen Straftätern nämlich schnell der Eindruck entstehen, dass die JGH zur Justiz gehört.¹⁷⁴ Zudem wird der JGH auch vorgeworfen, dass sie sich im HdJR durch den engen Kontakt zu den Handlungsfeldern von StA und Polizei beeinflussen lässt und sich in ihrer Sozialarbeit nicht mehr vor allem an der Prävention orientiert, sondern immer mehr auch den strafrechtlichen Blick im Vordergrund stellt.¹⁷⁵

5.4 Alternativen zum Haus des Jugendrechts im ländlichen Raum

Auf der Suche nach Alternativen zum HdJR, gibt es mancherorts Überlegungen, die auf ein „**virtuelles**“ HdJR auf rein elektronischer und telefonischer Ebene abzielen. Diese mögliche Alternative scheint zunächst natürlich besonders verlockend, da sie schnell, ohne finanziellen und organisatorischen Aufwand umsetzbar ist. Im Rahmen dieser „virtuellen“ Alternative sind aber weder die kurzen Wege „Tür an Tür“ für die Institutionen, noch der persönliche Kontakt „face to face“ für die Jugendlichen zu ihren Ansprechpartnern bei der Polizei, StA und JGH möglich.¹⁷⁶

Zudem ist eine enge, telefonische Zusammenarbeit vor allem im ländlichen Raum vielerorts schon üblich, da sich die einzelnen Beteiligten dort aufgrund der übersichtlichen Zuständigkeiten persönlich kennen. So berichtet bspw. die im Landkreis FDS zuständige Jugendstaatsanwältin, dass für sie jederzeit ein kurzer, offener Austausch an Problemen und Meinungen mit der JGH möglich ist, da sie die drei zuständigen Jugendgerichtshelfer mittlerweile gut kenne.¹⁷⁷

¹⁷⁴ Vgl. Philipp, ZJJ 4/2014, S. 386.

¹⁷⁵ Vgl. Gerhard, ZJJ 2/2008, S. 186.

¹⁷⁶ Vgl. Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12, S. 8.

¹⁷⁷ Vgl. Experteninterview mit Fr. Wilmsmann (Jugendstaatsanwältin), Anlage 7, S. 5.

Führt man sich das HdJR mit seinen Vorteilen nochmals genau vor Augen, so scheinen auch **Arbeitskreise** einer Alternative zu dieser Einrichtung nicht gerecht werden zu können. Während im HdJR nämlich tägliche Absprachen in der laufenden Fallbearbeitung möglich sind, können Arbeitskreise aus zeitlichen Kapazitäten der einzelnen Beteiligten in der Regel nur im Abstand mehrerer Wochen stattfinden.

Als mögliche Alternativen im ländlichen Raum können aber auf jeden Fall kleine, abgespeckte Versionen des „Haus des Jugendrechts“ gesehen werden. Ein Bsp. hierfür ist die sog. **JuKoP (Jugendamt-Kooperation-Polizei)** im Landkreis Tuttlingen.¹⁷⁸

Das Konzept JuKoP ist eine Fachstelle zwischen der Polizei und dem Landkreis (Jugendamt), die im Jahr 2011 zunächst nur probeweise nach dem Vorbild des HdJR in Stuttgart eingerichtet wurde.¹⁷⁹ Dort arbeiten zwei Sozialarbeiter des Jugendamtes und zwei Jugendsachbearbeiter der Polizei Tuttlingen in gemeinsamen Räumlichkeiten des Polizeireviers zusammen.¹⁸⁰ Die Fachstelle JuKoP ist dabei für den gesamten Landkreis Tuttlingen zuständig. In ihr Aufgabengebiet fallen aber vor allem Fälle, die im Rahmen der Diversion sofort abgeschlossen werden können.

Wie im HdJR, arbeiten die Fachkräfte der Jugendhilfe und der Polizei auch im JuKoP „unter einem Dach“ und Hand in Hand eng miteinander zusammen. Im Rahmen der gemeinsamen Fallbearbeitung und der direkten Kommunikation, kann so vor allem die JGH auch schon im Vorfeld parallel und schnell tätig werden. Wie im HdJR, finden auch zwischen JuKoP und der zuständigen StA in einzelnen Fällen Fallkonferenzen statt, in denen konkrete Verfahrensschritte miteinander abgesprochen werden können.¹⁸¹ Auch wenn im JuKoP nur Polizei und Jugendhilfe direkt „unter einem Dach“ vereint sind, scheint dieses Konzept dennoch eine gute, wirksame

¹⁷⁸ Vgl. Experteninterview mit Hr. Fahrbach (Jugendsachbearbeiter Polizei), Anlage 6, S. 6.

¹⁷⁹ Vgl. Kooperationsvereinbarung des Konzepts „JuKoP“, Anlage 10, S. 1 f.

¹⁸⁰ Vgl. Polizei Baden-Württemberg, JuKoP, Anlage 21.

¹⁸¹ Vgl. Kooperationsvereinbarung Konzepts „JuKoP“, Anlage 10, S. 3 ff.

und gleichzeitig mit weniger Aufwand umsetzbare Alternative für den ländlichen Raum zu sein, denn:

Im Jahr 2013 konnte 14 % weniger Jugendkriminalität im Landkreis Tuttlingen festgestellt werden und die Verfahrensdauer konnte, im Vergleich zu den Vorjahren, im Schnitt um 180 Tage verkürzt werden.¹⁸²

6. Fazit

Wie arbeitet das Jugendamt mit anderen Institutionen zusammen um Jugendkriminalität schnell und effektiv zu bekämpfen?

Betrachtet man die JGH unter dieser Fragestellung in Zusammenarbeit mit der Polizei, der Jugendstaatsanwaltschaft, dem Jugendrichter und der Bewährungshilfe, so lässt sich zunächst feststellen, dass wohl keine andere Institution in so vielfältiger Art und Weise wie die JGH dazu beiträgt, dass der **Erziehungsgedanke** im Jugendstrafverfahren gelebt und verwirklicht werden kann:

Die JGH „taucht“ im Umfang ihrer Arbeit in die Lebenssituation des Beschuldigten ein und lernt dabei den jungen Menschen selbst, seine Familie und sein soziales Umfeld kennen. Dadurch wird sie im Rahmen ihrer **Betreuungsaufgabe** nicht nur zu einem wichtigen Ansprechpartner und einer Unterstützung für den jungen Menschen in seiner schwierigen und belastenden Situation, sondern auch zu einem vermittelnden Bindeglied zur Justiz. Denn im Rahmen ihrer **Ermittlungstätigkeit, Leistungsprüfung und Überwachungstätigkeit** ist die JGH nicht nur ein wichtiger Helfer, sondern auch ein unersetzbarer Ratgeber für die StA und den Jugendrichter. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, dass diese die Persönlichkeit, Defizite und Entwicklung des jungen Menschen und auch mög-

¹⁸² Vgl. Flyer der Einrichtung „JuKoP“, Anlage 11, S. 3.

liche Alternativen zu strafrechtlichen Reaktionen des JGG erkennen und in ihren Entscheidungen berücksichtigen können.

Damit schnell und effektiv gegen Jugendkriminalität vorgegangen werden kann, ist aber nicht nur eine gute Zusammenarbeit zwischen JGH und der Justiz wichtig. Wirft man einen zusammenfassenden Blick auf den Ablauf des Jugendstrafverfahrens und die Beteiligung jeder einzelnen Institution, so lässt sich erkennen, dass alle Institutionen in ihren zu erfüllenden Aufgaben miteinander vernetzt und verbunden sind.

Um rasch und richtig auf die Straftaten junger Menschen reagieren zu können, müssen daher alle beteiligten Institutionen unbedingt eng miteinander kooperieren und einen guten Kontakt zueinander pflegen. Nur so werden kurze Wege in der Zusammenarbeit und eine schnelle Reaktion möglich. Die Reaktion muss der Tat auf den Fuß folgen! Denn nur wenn die jungen Menschen noch einen Bezug zur begangenen Straftat erkennen, können sie erreicht und nachhaltig beeinflusst werden.

Im Rahmen der im Landkreis FDS geführten Experteninterviews konnte herausgefunden werden, dass eine gute Kooperationsbereitschaft und enge Vernetzung allerdings nicht immer selbstverständlich und vor allem in Großstädten auch oft nur unter erheblichem Aufwand möglich sind.

Als **fortlaufender Trend und zukünftige Entwicklung**, die zu einer neuen und verbesserten Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen beitragen soll, werden Einrichtungen wie das „Haus des Jugendrechts“ daher mit Sicherheit eine immer bedeutendere Rolle spielen. Diese Vermutung lässt sich nicht nur an der Tatsache festmachen, dass bundesweit immer mehr Einrichtungen dieser Art gegründet werden, sondern auch daran, dass sogar im ländlichen Raum, wo die Zusammenarbeit zwischen Polizei, StA und JGH oft schon sehr gut funktioniert, mittlerweile kleine, abgespeckte Versionen des Haus des Jugendrechts entstehen.

Literaturverzeichnis

Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Hanslmaier, Michael: Rückgang der Jugendkriminalität: Ausmaß und Erklärungsansätze, in: ZJJ 3/2013, S.279-288

-zit. als: Baier/Pfeiffer/Hanslmaier, ZJJ 3/2013-

Bals, Nadine: Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht – Die breite Palette des Jugendgerichtsgesetzes verantwortungsvoll nutzen, Beitrag am 13.05.2015 als PDF, in: Onlineportal des DVJJ, http://www.dvjj.de/sites/default/files/medien/imce/documente/bals_richterohnerobe.pdf [27.07.2015], Anlage 13

-zit. als: Bals, Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht-

Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pks___node.html?__nnn=true [17.07.2015], Anlage 18

-zit. als: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik-

Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2014, Tatverdächtige insgesamt nach Alter – Länder, Tabelle 20,

<http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2014/2012BKATabellen/pks2014BKATabellenLaenderKreisUndStaettedatenTatverdachtTabellenLaenderK.html> [22.07.2015], Anlage 2

-zit. als: Bundeskriminalamt, Auszug aus der PKS 2014, Tatverdächtige insgesamt nach Alter und Ländern, PKS 2014 -

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Kinder- und Jugendhilfe, Aches Buch Sozialgesetzbuch, 5. Auflage, 2014, Anlage 3

-zit. als: Broschüre des Bundesministeriums, Kinder- und Jugendhilfe, 2014-

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Jugendstrafrecht, Jugendgerichte, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22429/jugendstrafrecht> [14.08.2015], Anlage 15
-zit. als: Bundeszentrale für politische Bildung, Jugendstrafrecht, Jugendgerichte-

Deutscher Verband für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V. (DVJJ): Polizeilich registrierte Kriminalität 2014: Jugendgewalt erneut deutlich zurückgegangen, Beitrag vom 13.05.2015, <http://www.dvjj.de/nachrichten-aktuell/polizeilich-registrierte-kriminalitaet-2014-jugendgewalt-erneut-deutlich-zurueckgegangen> [27.07.2015], Anlage 14
-zit. als: DVJJ, Jugendgewalt erneut deutlich zurück gegangen-

Dietsch, Wilfried/Gloss, Werner: Handbuch der polizeilichen Jugendarbeit, 2005

Gerhard, Holger: Das „Haus des Jugendrechts“: Wohnsitz kriminalpräventiver Ansätze oder Unterschlupf repressiven Vorgehens?, in: ZJJ 2/2008, S. 184-189
-zit. als: Gerhard, ZJJ 2/2008-

Gläser, Jochen/Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 3. Auflage, 2009

Haus des Jugendrechts: Polizeipräsidium Stuttgart, Staatsanwaltschaft Stuttgart, Jugendamt Stuttgart, Amtsgericht Stuttgart Bad Cannstatt (Hrsg.): Das Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014, Anlage 12
-zit. als: Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014-

Joecks, Wolfgang: Strafprozessordnung, Studienkommentar, 3. Auflage, 2011

Kunkel, Peter-Christian (Hrsg.): Sozialgesetzbuch VIII, Kinder und Jugendhilfe, Lehr- und Praxiskommentar, 5. Auflage, 2014

KVJS (Hrsg.): Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz, 2007, Anlage 4
-zit. als: KVJS, Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG-

Laubenthal, Klaus: Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren, 1993

Lisken, Hans/Denninger, Erhard: Handbuch des Polizeirechts, 5. Auflage, 2012

Lorenz, Alexander: Jugendkriminalität in Deutschland, Beitrag vom 24.01.2008, in: DESTATIS, Onlineportal des Statistischen Bundesamtes, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Rechtspflege/2008_1/2008_1Jugendstrafen.html [17.07.2015], Anlage 16
-zit. als: Lorenz, Jugendkriminalität in Deutschland-

Meier, Bernd-Dieter u.a. (Hrsg.): Jugendgerichtsgesetz, Handkommentar, 2. Auflage, 2014

Miesner, Christian: Jugendkriminalität – Tatsachen und öffentliche Wahrnehmung, Beitrag vom 14.06.2012, in: Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/77562/jugendkriminalitaet?p=all> [14.08.2015], Anlage 17
-zit. als: Miesner, Jugendkriminalität – Tatsachen und öffentl. Wahrnehmung-

Ostendorf, Heribert: Ziele und Aufgaben des Jugendstrafrechts, Beitrag vom 27.04.2010, in: Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/izpb/7770/ziele-und-aufgaben-des-jugendstrafrechts> [14.08.2015], Anlage 19

-zit. als: Ostendorf, Ziele und Aufgaben des Jugendstrafrechts-

Philipp, Bruno: Jugendgerichtshilfe im Laufe der Zeit, in: ZJJ 4/2014, S. 383-386

-zit. als: Philipp, ZJJ 4/2014-

Polizei Baden-Württemberg: JuKoP (Jugendamt-Kooperation-Polizei), Beitrag vom 02.10.2014,
<https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/PPTuttlingen/Seiten/02.10.2014---Vorstellung-der-Jugendamt-Kooperation-Polizei-%28JuKoP%29-im-Landkreis-Tuttlingen.aspx> [30.08.2015], Anlage 21

-zit. als: Polizei Baden-Württemberg, JuKoP-

Polizei Bayern: Straßenkriminalität, Beitrag vom 21.05.2015,
http://www.polizei.bayern.de/oberbayern_nord/kriminalitaet/statistik/index.html/89760 [17.07.2015], Anlage 20

-zit. als: Polizei Bayern: Straßenkriminalität-

Riekenbrauk, Klaus: Haus des Jugendrechts und Sozialdatenschutz, in: ZJJ 1/2011, S. 74-83

-zit. als: Riekenbrauk, ZJJ 1/2011-

Schleicher, Hans (Hrsg.): Jugend- und Familienrecht, Ein Studienbuch, 14. Auflage, 2014

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Verurteilte Deutsche in Baden-Württemberg seit 1990 nach Altersgruppen,

http://www.statistik-bw.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/rp_sv_vu_dt_ag.asp
[22.07.2015], Anlage 1

-zit. als: Statistisches Landesamt BW, Verurteilte Deutsche in BW-

Walter, Michael/Neubacher, Frank: Jugendkriminalität – Eine systematische Darstellung, 4. Auflage, 2011

Erklärung der Verfasserin

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum

Unterschrift


Anlage 1:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:

Verurteilte Deutsche in Baden-Württemberg seit 1990 nach Altersgruppen,

[http://www.statistik-](http://www.statistik-bw.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/rp_sv_vu_dt_ag.asp)

[bw.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/rp_sv_vu_dt_ag.asp](http://www.statistik-bw.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/rp_sv_vu_dt_ag.asp) [22.07.2015]

 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg						
Service Kontakt Links Suchbegriff »Suchen Suchtipps Sitemap						
Start » Gesundheit, Soziales, Rechtspflege » Landesdaten » Verurteilte Deutsche						
Verurteilte Deutsche nach Altersgruppen						
Verurteilte Deutsche in Baden-Württemberg seit 1990 nach Altersgruppen						
Jahr	Deutsche insgesamt			Deutsche Jugendliche		
				14 bis unter 18 Jahre		
	Verurteilte	Bevölkerung	Verurteiltenziffer ¹⁾	Verurteilte	Bevölkerung	Verurteiltenziffer ¹⁾
1990	84.264	7.416.021	1.136	4.310	341.544	1.262
1991	80.550	7.504.529	1.073	3.196	332.556	961
1992	75.561	7.542.564	1.002	3.140	331.830	946
1993	76.070	7.558.444	1.006	3.230	331.024	976
1994	77.905	7.567.235	1.030	3.165	336.192	941
1995	78.897	7.581.438	1.041	3.629	345.958	1.049
1996	80.624	7.600.658	1.061	4.221	357.984	1.179
1997	82.505	7.624.292	1.082	4.693	370.777	1.266
1998	86.164	7.681.235	1.122	5.284	383.027	1.380
1999	82.878	7.715.421	1.074	5.555	386.070	1.439
2000	81.391	7.757.102	1.049	5.756	389.734	1.477
2001	81.431	7.811.143	1.042	6.134	397.961	1.541
2002	84.352	7.875.216	1.071	6.724	408.101	1.648
2003	87.913	7.939.665	1.107	6.938	422.475	1.642
2004	92.094	7.988.373	1.153	7.347	432.624	1.698
2005	92.336	8.038.569	1.149	7.322	440.778	1.661
2006	90.360	8.077.022	1.119	6.897	444.561	1.551
2007	91.620	8.104.023	1.131	7.487	439.706	1.703
2008	88.258	8.129.939	1.086	7.284	436.618	1.668
2009	85.198	8.148.394	1.046	6.591	425.894	1.548
2010	80.362	8.161.270	985	5.778	417.802	1.383
2011	78.173	8.175.384	956	5.386	413.978	1.301
2012	75.112	8.194.435	917	4.875	412.834	1.181
2012 ²⁾	75.112	8.060.798	932	4.875	410.976	1.186
2013	72.492	8.077.191	897	4.323	411.001	1.052

1) Zahl der Verurteilten bezogen auf 100.000 der entsprechenden Altersgruppe der Wohnbevölkerung.
 2) Ab 2012 vorläufige Ergebnisse nach der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011, davor auf Basis der Volkszählung 1987.

Verurteilte Deutsche in Baden-Württemberg seit 1990 nach Altersgruppen						
Jahr	Deutsche Heranwachsende			Deutsche Erwachsene		
	18 bis unter 21 Jahre			21 Jahre und älter		
	Verurteilte	Bevölkerung	Verurteiltenziffer ¹⁾	Verurteilte	Bevölkerung	Verurteiltenziffer ¹⁾
1990	9.465	361.777	2.616	70.489	6.712.700	1.050
1991	8.175	334.330	2.445	69.179	6.837.643	1.012
1992	7.548	305.745	2.469	64.873	6.904.989	940
1993	7.124	279.152	2.552	65.716	6.948.268	946
1994	7.215	263.281	2.740	67.525	6.967.762	969
1995	7.036	260.881	2.697	68.232	6.974.599	978
1996	7.656	258.636	2.960	68.747	6.984.038	984
1997	7.909	260.860	3.032	69.903	6.992.655	1.000
1998	8.434	265.905	3.172	72.446	7.032.303	1.030
1999	8.815	277.570	3.176	68.508	7.051.781	971
2000	9.076	289.964	3.130	66.559	7.077.404	940
2001	9.591	301.238	3.184	65.706	7.111.944	924
2002	10.076	304.972	3.304	67.552	7.162.143	943
2003	10.456	307.618	3.399	70.519	7.209.572	978
2004	10.875	308.511	3.525	73.872	7.247.238	1.019
2005	10.767	315.881	3.409	74.247	7.281.910	1.020
2006	10.385	322.393	3.221	73.078	7.310.068	1.000
2007	10.626	332.657	3.194	73.507	7.331.660	1.003
2008	9.723	335.423	2.899	71.251	7.357.898	968
2009	9.632	342.379	2.813	68.975	7.380.121	935
2010	8.626	339.391	2.542	65.958	7.404.077	891
2011	8.007	337.158	2.375	64.780	7.424.248	873
2012	7.998	329.536	2.427	62.239	7.452.065	835
2012 ²⁾	7.998	327.509	2.442	62.239	7.322.313	850
2013	7.474	319.701	2.338	60.695	7.346.489	826
1) Zahl der Verurteilten bezogen auf 100.000 der entsprechenden Altersgruppe der Wohnbevölkerung. 2) Ab 2012 (unterhalb der Linie) vorläufige Ergebnisse nach der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011, davor auf Basis der Volkszählung 1987.						

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015 

Anlage 2:

Bundeskriminalamt, Auszug aus der PKS 2014

1	Polizeiliche Kriminalstatistik					Tabelle 20				
2	Aufgliederung der Tatverdächtigen nach Alter und Geschlecht					Bereich: Bundesrepublik Deutschland (70)				
3	Erstellt am: 27.02.2015					Berichtszeitraum: 01.01.2014 bis 31.12.2014				
4	Schl.- zahl der Tat	Straftat	Bundesland	S e x u s	Tatver- dächtige insgesamt	Jugendliche		Heran- wachsende 18 bis unter 21	Tatver- dächtige unter 21 Sp. 11+12+14	
5						14	16			Jugendl. 14 < 18
6						bis unter	bis unter	Sp. 11 + 12		
7	1	2		3	4	11	12	13	14	15
10	-----	Straftaten insgesamt	Baden-Württemberg	M	184.041	6.760	10.874	17.634	19.713	43.044
11	-----	Straftaten insgesamt	Bayern	M	228.453	7.080	12.298	19.378	23.924	49.779
12	-----	Straftaten insgesamt	Berlin	M	104.759	2.505	3.880	6.385	7.954	17.169
13	-----	Straftaten insgesamt	Brandenburg	M	50.240	1.850	2.058	3.908	3.348	8.997
14	-----	Straftaten insgesamt	Bremen	M	19.040	556	1.110	1.666	1.899	3.964
15	-----	Straftaten insgesamt	Hamburg	M	57.989	1.843	3.148	4.991	5.310	12.104
16	-----	Straftaten insgesamt	Hessen	M	122.603	3.510	6.202	9.712	11.603	23.736
17	-----	Straftaten insgesamt	Mecklenburg-Vorpomme	M	34.809	1.118	1.330	2.448	2.299	6.049
18	-----	Straftaten insgesamt	Niedersachsen	M	162.632	5.953	8.719	14.672	16.116	35.666
19	-----	Straftaten insgesamt	Nordrhein-Westfalen	M	362.311	12.463	18.901	31.364	35.628	77.164
20	-----	Straftaten insgesamt	Rheinland-Pfalz	M	84.310	2.728	4.200	6.928	8.326	17.558
21	-----	Straftaten insgesamt	Saarland	M	21.658	713	1.185	1.898	2.028	4.522
22	-----	Straftaten insgesamt	Sachsen	M	76.290	2.203	2.760	4.963	5.087	12.745
23	-----	Straftaten insgesamt	Sachsen-Anhalt	M	51.264	1.559	1.751	3.310	3.473	8.555
24	-----	Straftaten insgesamt	Schleswig-Holstein	M	56.209	2.218	3.184	5.402	5.489	12.598
25	-----	Straftaten insgesamt	Thüringen	M	42.232	1.197	1.691	2.888	2.919	7.112
26	-----	Straftaten insgesamt	Bund	M	1.597.241	52.860	80.666	133.526	148.049	329.277
27	-----	Straftaten insgesamt	Baden-Württemberg	W	59.320	3.618	3.778	7.396	5.406	15.260
28	-----	Straftaten insgesamt	Bayern	W	74.533	3.384	3.807	7.191	6.339	16.515
29	-----	Straftaten insgesamt	Berlin	W	39.357	1.608	1.651	3.259	3.130	7.653
30	-----	Straftaten insgesamt	Brandenburg	W	17.084	836	669	1.505	961	3.154
31	-----	Straftaten insgesamt	Bremen	W	5.869	336	405	741	545	1.485
32	-----	Straftaten insgesamt	Hamburg	W	17.271	926	910	1.836	1.373	3.898
33	-----	Straftaten insgesamt	Hessen	W	41.723	1.788	2.173	3.961	3.509	8.612
34	-----	Straftaten insgesamt	Mecklenburg-Vorpomme	W	11.536	580	501	1.081	711	2.322
35	-----	Straftaten insgesamt	Niedersachsen	W	54.937	2.923	3.047	5.970	4.555	12.475
36	-----	Straftaten insgesamt	Nordrhein-Westfalen	W	122.217	6.877	7.058	13.935	10.619	28.751
37	-----	Straftaten insgesamt	Rheinland-Pfalz	W	29.749	1.457	1.477	2.934	2.439	6.236
38	-----	Straftaten insgesamt	Saarland	W	7.852	418	408	826	717	1.870
39	-----	Straftaten insgesamt	Sachsen	W	28.423	1.238	1.079	2.317	1.731	5.423
40	-----	Straftaten insgesamt	Sachsen-Anhalt	W	19.364	816	747	1.563	1.199	3.561
41	-----	Straftaten insgesamt	Schleswig-Holstein	W	18.540	1.039	1.088	2.127	1.497	4.357
42	-----	Straftaten insgesamt	Thüringen	W	14.906	657	657	1.314	946	2.818
43	-----	Straftaten insgesamt	Bund	W	552.263	28.003	28.823	56.826	44.240	121.659
44	-----	Straftaten insgesamt	Baden-Württemberg	X	243.361	10.378	14.652	25.030	25.119	58.304

Quelle:

Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2014, Tatver-
dächtige insgesamt nach Alter – Länder, Tabelle 20,

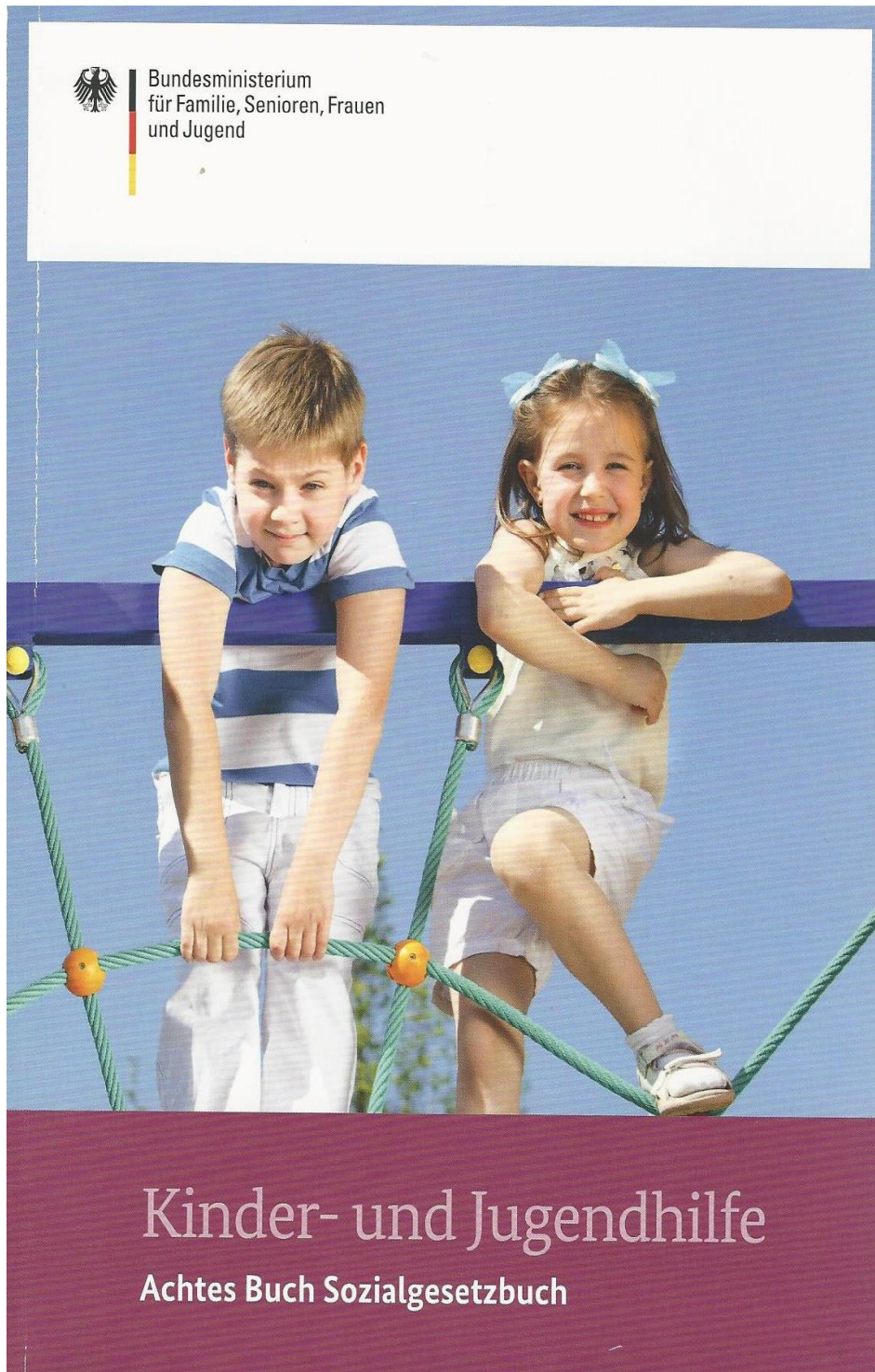
<http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2014/2012BKATabellen/pks2014BKATabellenLaenderKreisUndStaettedatenTatverBKATabellenLaenderK.html> [22.07.2015]

Anlage 3:

Broschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Kinder- und Jugendhilfe, Achtes Buch Sozialgesetzbuch,

5. Auflage, 2014, (Auszüge)



Vorwort

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,



die Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe erreichen nahezu alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Das zeigt sich besonders an ihren beiden größten Leistungsbereichen: Fast jedes Kind in Deutschland wird in einer Kindertageseinrichtung oder von einer Tagesmutter bzw. einem Tagesvater betreut und gefördert. Und immerhin rund eine Million junger Menschen wird bundesweit von erzieherischen Hilfen erreicht. Die Kinder- und Jugendhilfe leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag für ein gutes Aufwachsen in Deutschland. Sie hat den Auftrag, dazu beizutragen, dass jeder junge Mensch das Recht auf Erziehung und auf Förderung seiner Entwicklung verwirklichen kann.

Zuallererst sind die Erziehung und Entwicklung von Kindern die Aufgaben der Eltern. Der Staat und die Gesellschaft – also wir alle – tragen aber eine Mitverantwortung. Dabei ist die Herstellung von Chancengleichheit für alle jungen Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von höchster Priorität. Chancengleichheit, die Vermeidung und der Abbau von Benachteiligungen und auch der Schutz junger Menschen vor Gefahren sind demnach auch Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe – heute und in Zukunft. Zur Erfüllung ihres Auftrags weist die Kinder- und Jugendhilfe ein Leistungsspektrum auf, das von der Beratung für Familien in allgemeinen Erziehungsfragen über die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege bis hin zu den Hilfen zur Erziehung reicht.

Vorwort

Die Menschen, die hinter diesen vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben stehen, arbeiten hauptsächlich im Jugendamt und in einer Vielzahl von Einrichtungen und Diensten in öffentlicher und freier Trägerschaft. Das sozialpädagogische Handeln steht dabei im Mittelpunkt. Ganz im Sinne der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen haben Kinder und Jugendliche bei den sie betreffenden Entscheidungen Mitsprachemöglichkeiten. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt die fachliche und fachpolitische Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe durch vielfältige Maßnahmen.

Als soziale Dienstleistung passt sich die Kinder- und Jugendhilfe stets den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und Herausforderungen an. Auch der Bundesgesetzgeber hat in den letzten Jahren mit wichtigen gesetzlichen Maßnahmen auf neue Anforderungen reagiert und das Kinder- und Jugendhilferecht weiterentwickelt: Am 1. August 2013 ist der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kita oder in Kindertagespflege für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahrs eingeführt worden. Am 1. Januar 2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft getreten – um nur zwei zentrale Weiterentwicklungen des SGB VIII zu nennen.

In dieser Broschüre erhalten Sie einen ersten Überblick über das Aufgabenspektrum der Kinder- und Jugendhilfe und ihre Akteure. Neben dem Gesetzestext des SGB VIII und des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) werden die zentralen rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe erläutert. Fachkräften gibt die Broschüre eine knappe Zusammenfassung; Eltern und interessierte Bürgerinnen und Bürger finden einen gut verständlichen Einblick

in die Vielfalt der Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, und Kinder, die die Broschüre aufschlagen, werden feststellen: Das ist kein Buch mit sieben Siegeln. Hier geht es um uns.

Damit ein Gesetz wirkt, muss es bekannt sein. Kinder und Jugendliche können ihre Rechte besser und umfassender verwirklichen, wenn sie wissen, worauf sie ein Recht haben und welche Leistungen und Angebote die Kinder- und Jugendhilfe für sie und ihre Familien bereitstellt. Dazu trägt diese Broschüre bei. Ich wünsche Ihnen eine interessante und anregende Lektüre.



Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Das SGB VIII

Eine Broschüre zu den Rechtsgrundlagen
der Kinder- und Jugendhilfe für engagierte
Menschen

**„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner
Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwort-
lichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ (§ 1)**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ob Sie Ihr Kind in den Kindergarten bringen, Ihre Tochter in ein Mädchenzentrum geht, ob Ihre Freunde ein Kind in Pflege genommen oder adoptiert haben, immer haben Sie es mit Jugendhilfe zu tun. Außerhalb der Familie und der Schule gibt es vielfältige Angebote für Kinder und Jugendliche in wechselnden Lebenssituationen. Wir haben ein hoch entwickeltes System in den Bereichen Erziehung und Bildung, ein Baustein davon ist das Achte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VIII). Es ist das grundlegende Gesetz für die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.

Das SGB VIII ist aber nicht das einzige Gesetz, in dem Sachverhalte geregelt werden, die die Kinder- und Jugendhilfe betreffen. Beispielsweise ergeben sich aus dem Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches, dem Bundeselterngeldgesetz, dem Unterhaltsvorschussgesetz, dem Jugendarbeitsschutzgesetz, den sonstigen Büchern des Sozialgesetzbuchs und anderen Gesetzen Berührungspunkte zur Kinder- und Jugendhilfe.

Das SGB VIII

Die Kinder- und Jugendhilfe ist für alle Mädchen und Jungen und ihre Erziehungsberechtigten da. Die Fachkräfte sprechen von einer Sozialisationsinstanz neben Familie und Schule. Daneben ist sie aber auch eine Instanz der Krisenintervention, die Hilfe leistet für Kinder und Eltern in Notsituationen, bei Familien mit Erziehungsschwierigkeiten, bei sexuellem Missbrauch, Drogenkonsum, Gewalt unter Jugendlichen und vielem mehr.

Das SGB VIII ist ein Instrument zur Vorbeugung, zur Hilfestellung und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern. Das Gesetz verpflichtet die Jugendämter zur Hilfe und schafft den Rahmen für die Unterstützung von Sorgeberechtigten, Müttern sowie Vätern zum Wohle ihrer Kinder. Es soll Kindern und Jugendlichen Recht und Stimme verschaffen und Handwerkszeug sein für Fachkräfte und engagierte Menschen. Dazu sind alle gefordert – nicht nur die hauptamtlichen Fachkräfte und die Ehrenamtlichen in der Jugendhilfe, sondern auch Politikerinnen und Politiker, Verwaltungsfachkräfte, Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen, Jugendbeauftragte bei der Polizei, Ärztinnen und Ärzte, Pfarrer, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und der Kultur.

Allen diesen Personengruppen und interessierten Laien soll diese Broschüre Grundinformationen geben. Der Informationsteil soll eine Hinführung zum Gesetzestext sein. Oder wussten Sie schon, dass mindestens für diejenigen Kinder unter drei Jahren Plätze in Tageseinrichtungen oder in Kindertagespflege vorzuhalten sind, deren Eltern oder alleinerziehender Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht, sie aufnimmt oder sich in irgendeiner Weise beruflich fortbildet (§ 24), und ab August 2013 für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung besteht?

Was ist Kinder- und Jugendhilfe?

Leitbilder, Daten und Fakten

Die grundlegenden Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe werden in § 1 Abs. 3 des Gesetzes beschrieben. Danach soll sie:

1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,
2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,
3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,
4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden einerseits durch die **Jugendämter** der Städte oder Landkreise erbracht und andererseits durch **Träger der freien Jugendhilfe** wie Initiativen, Vereine oder Stiftungen. Gewollt ist eine vielfältige Trägerlandschaft, in der unterschiedliche Wertorientierungen und vielfältige Inhalte, Methoden und Arbeitsformen angeboten werden (§ 3 Abs. 1).

Neben diesem Pluralitätsgebot gibt es noch eine Reihe weiterer **Leitbilder der Kinder- und Jugendhilfe**. So etwa das Gebot der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Träger (§ 4 Abs. 1) unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen (§ 8 Abs. 1).

Was ist Kinder- und Jugendhilfe?

Weiterhin soll die Kinder- und Jugendhilfe die kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien berücksichtigen (§ 9 Nr. 2) sowie den unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen Rechnung tragen, Benachteiligungen abbauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen fördern (§ 9 Nr. 3).

Die Kinder- und Jugendhilfe ist grundsätzlich für alle jungen Menschen zuständig, die in Deutschland leben. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie deutscher oder anderer Nationalität sind, ob sie behindert oder nicht behindert sind. Allerdings haben Ausländerinnen und Ausländer auf Leistungen nach diesem Gesetz nur dann einen einklagbaren Anspruch, wenn sie rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben. Das schließt jedoch nicht aus, dass ihnen auch ohne diese Voraussetzungen aufgrund über- und zwischenstaatlichen Rechts Leistungen gewährt werden. Für **junge Menschen** mit geistiger oder körperlicher Behinderung kommen noch die Eingliederungshilfen, die sie zur Überwindung behinderungsbedingter Nachteile erhalten, nach den Rechtsgrundlagen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe (SGB XII) hinzu.



Öffentliche und freie Jugendhilfe

Die Situation wird noch vielfältiger, wenn die verschiedenen Institutionen, Organisationen und Gruppen (Initiativen und Träger der freien Jugendhilfe) angesprochen werden, die vor Ort neben dem Jugendamt einen großen Teil der Einrichtungen und Dienste für Mädchen, Jungen und Familien betreiben. Diese Vielfalt ist jedoch kein „Wildwuchs“, sondern gewollt. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass in der Jugendhilfe unterschiedliche Wertorientierungen, Inhalte und Methoden zum Einsatz kommen.

Das ist auch der Grund, weshalb die Kinder- und Jugendhilfe nicht nur von den Städten und Landkreisen (**öffentliche Jugendhilfe**), sondern auch von Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Selbsthilfegruppen, Initiativen und anderen Trägern von Einrichtungen und Diensten (**freie Jugendhilfe**) (Adressen S. 68 ff.) durchgeführt wird. Die Leistungsberechtigten (Kinder, Jugendliche, Eltern und junge Erwachsene) sollen das Recht haben, zwischen verschiedenen Anbietern zu wählen. Dies wird ihr „**Wunsch- und Wahlrecht**“ (§ 5) genannt.

Die Zusammenarbeit der öffentlichen mit der freien Jugendhilfe wird durch folgende Grundsätze bestimmt:

- Öffentliche und freie Jugendhilfe sollen partnerschaftlich zusammenarbeiten (§ 4 Abs. 1).
- Wenn die freie Jugendhilfe Aufgaben übernehmen kann, soll die öffentliche Jugendhilfe davon absehen (§ 4 Abs. 2).
- Die öffentliche Jugendhilfe – das Jugendamt – ist für die Jugendhilfe insgesamt verantwortlich (§ 79) und zur Unterstützung und finanziellen Förderung der freien Jugendhilfe (§ 74) bzw. zur Kostenübernahme (§§ 78a ff.) verpflichtet.

Das Jugendamt ist zudem aufgefordert, mit anderen Stellen, die in Kontakt mit jungen Menschen und ihren Familien kommen (z. B. Gerichte, Schulen, Schwangerschaftsberatungsstellen, Polizei), zur Abstimmung von Grundsatzfragen zusammenzuarbeiten (§ 81). Seit dem Bundeskinderschutzgesetz sollen sich zudem alle Akteure im Kinderschutz in lokalen Netzwerken zusammenfinden, um sich gegenseitig über ihre Hilfeangebote zu informieren und diese weiterzuentwickeln sowie gemeinsam abzusprechen, wie in Kinderschutzfragen grundsätzlich vorgegangen werden soll (§ 3 KKG).

Daneben gibt es aber Aufgaben, die in der Regel vom Jugendamt selbst wahrzunehmen sind. Hierzu gehört unter anderem die Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren (§ 50) und bei Strafverfahren gegen Jugendliche (14 bis unter 18 Jahren) und Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahren) im Rahmen der Jugendgerichtshilfe (§ 52).

Bei **Strafverfahren gegen Jugendliche oder Heranwachsende** besteht die Aufgabe darin, einerseits den jungen Menschen während des Verfahrens zu betreuen und frühzeitig zu prüfen, ob für ihn Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen. Daneben sollen persönliche und soziale Belange der jungen Menschen als ein Kriterium zur Beurteilung der Straftat und der Bemessung der Strafe ins Verfahren eingebracht werden.

Was macht das Jugendamt?

Das Jugendamt ist **die zentrale Anlaufstelle** für Kinder, Jugendliche und Familien. Eingeführt wurde das Jugendamt durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922, um die zuvor zersplitterten Zuständigkeiten, Aufgaben und Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien in einer Stelle zu bündeln. Seither ist jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt verpflichtet, ein Jugendamt (manchmal heißt es auch „Amt für Jugend“, „Amt für Kinder, Jugendliche und Familien“, „Fachbereich Jugend“ etc.) einzurichten (§ 69). Auch wenn in einzelnen Angelegenheiten andere Stellen zuständig sind (z. B. für das Kindergeld oder bei Leistungen für körperlich oder geistig behinderte Kinder), kann das Jugendamt Rat und wichtige Informationen geben und beim Weg durch den „Behörden-dschungel“ helfen.

Auf jeden Fall ist das Jugendamt zuständig für alle Leistungen und Aufgaben nach dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe).

Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die Kreise und Städte, haben die hierfür erforderlichen finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen. Sie sollen gewährleisten, dass Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen ausreichend zur Verfügung stehen und eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung (§ 79a) in allen Arbeitsfeldern erfolgt (vgl. § 79 Abs. 2). Das Jugendamt muss dabei nicht alle Leistungen selbst durchführen, sondern soll mit freien Trägern der Jugendhilfe, den Verbänden und Vereinen, und mit Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten. Das Jugendamt hat aber die Gesamtverantwortung dafür, dass tatsächlich auf örtlicher Ebene die Aufgaben nach dem SGB VIII angemessen wahrgenommen werden.

Dies bedeutet unter anderem, dass das örtliche Jugendamt dafür Sorge zu tragen hat, dass **Angebote und Leistungen**

- der Jugendarbeit (§§ 11 und 12) und der Jugendsozialarbeit (§ 13),
- der allgemeinen Beratung und Familienförderung (§ 16),
- der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung (§ 17) und bei der Ausübung der Personensorge (§ 18),
- der Tagesbetreuung für Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (§§ 22 ff.),
- der Hilfe zur Erziehung (§§ 27 ff.), der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a) und der Hilfen für junge Volljährige (§ 41) und
- weitere Leistungen (vgl. § 2 Abs. 2) ausreichend, d. h. bedarfsgerecht, zur Verfügung stehen.

Das Jugendamt ist ferner für Aufgaben zuständig, die sich aus dem Auftrag zur Sicherung des Kindeswohls und zum **Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren** ergeben (§ 1 Abs. 3 Nr. 3), was auch als „staatliches Wächteramt“ bezeichnet wird.

Das Jugendamt soll präventiv wirken und muss einschreiten, wenn es Kenntnis von konkreten Kindeswohlgefährdungen erlangt (z. B. bei Vernachlässigung oder bei körperlicher, psychischer oder sexueller Gewalt gegen Kinder oder Jugendliche). Dafür sieht das Gesetz ein spezielles Verfahren zum Vorgehen in Situationen von Kindeswohlgefährdungen vor (§ 8a), das bei entsprechenden Hinweisen auch bei freien Trägern der Jugendhilfe durchzuführen ist. Auch Berufsgruppen außerhalb der Jugendhilfe (z. B. Kinderärztinnen und Kinderärzte, Hebammen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schwangerschaftsberatungsstellen) haben seit dem Bundeskinderschutzgesetz eine eigene Befugnis, von ihnen wahrgenommene Hinweise auf eine Kindeswohlgefährdung dem Jugendamt

Was macht das Jugendamt?

mitzuteilen (§ 4 KKG), und können sich, um die Gefahr für das Kind besser einschätzen zu können, von einer speziellen Fachkraft beraten lassen (§ 4 Abs. 2 KKG, § 8b Abs. 1 SGB VIII). Sollten Eltern nicht willens oder in der Lage sein, die Gefährdung durch die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung abzuwenden, muss nötigenfalls das Familiengericht angerufen werden, um die für das Kind notwendigen Hilfen initiieren und durchsetzen zu können. Im akuten Gefahrenfall ist das Jugendamt verpflichtet, das Kind in Obhut zu nehmen (§ 42).

Ein weiterer Aufgabenbereich des Jugendamtes bezieht sich auf die **Mitwirkung in familien- und kindschaftsrechtlichen Angelegenheiten sowie in Jugendgerichtsverfahren**, um die rechtlichen und materiellen Belange von Kindern und Jugendlichen zu vertreten und zu günstigen Entwicklungsbedingungen beizutragen.

Hierzu gehören:

- die Beratung und Unterstützung bei der Vaterschaftsfeststellung und bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen (§ 52a),
- die Mitwirkung in Verfahren vor Familiengerichten (z. B. bei der Regelung der elterlichen Sorge oder des Umgangsrechts, § 50),
- die Führung von Beistandschaften, Ergänzungspflegschaften und Vormundschaften, wenn hierfür Einzelpersonen nicht zur Verfügung stehen (§ 55 ff.) und
- die Mitwirkung in Jugendgerichtsverfahren, mit denen Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender geahndet werden sollen (Jugendgerichtshilfe, § 52).

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



An dem Einführungstext zum SGB VIII haben folgende Autoren mitgearbeitet:
Prof. Ullrich Gintzel, Dr. Erwin Jordan, Dr. Reinhold Schöne, Reinhard Schwalbach,
Norbert Struck;
vollständige inhaltliche Überarbeitung der 2. Auflage durch Diana Eschelbach und
Lydia Schönecker

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: 5BR44

Stand: August 2014, 5. Auflage

Gestaltung: www.avitamin.de

Bildnachweis Frau Schwesig: Bundesregierung/Denzel

Bildnachweis: Titel: www.fotolia.com/© Anatolly Samara; S. 11: www.fotolia.com/© DURIS
Guillaume; S. 14: www.fotolia.com/© Paco Ayala; S. 20: www.fotolia.com/© Aramanda; S. 26:
© BananaStock; S. 37: www.fotolia.de/© Astock; S. 42: www.fotolia.com/© drubig-photo; S. 49: www.fotolia.com/;
S. 55: www.fotolia.com/© Kathleen Palnau; S. 60: www.fotolia.com/© Uschi Hering
Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

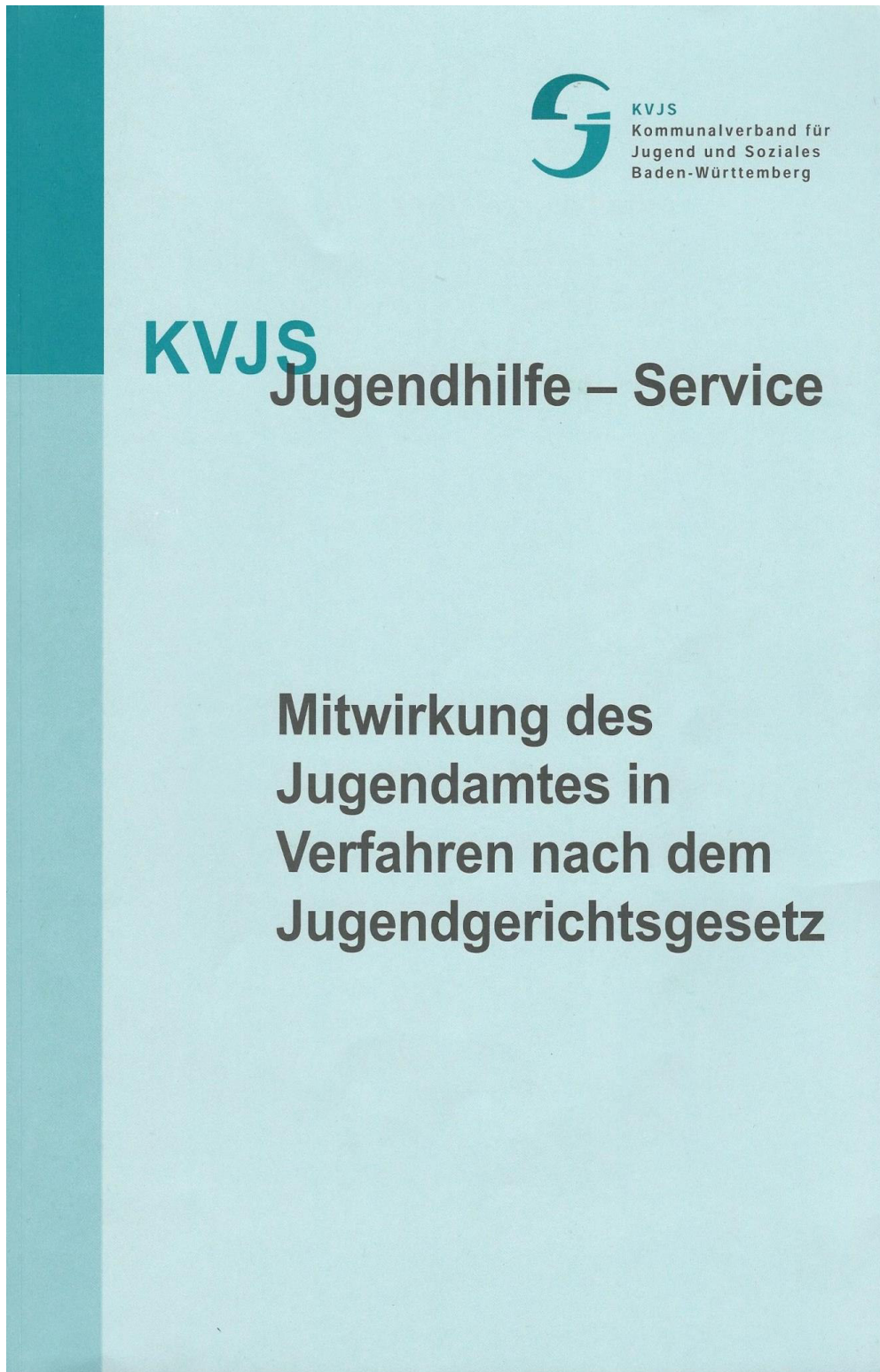
* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche
Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung.
Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen,
Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.

Anlage 4:

Kommunaler Verband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS):

Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG,

2007 (Auszüge)





KVJS
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Teil 1: Das Positionspapier



Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	5
1. Das Verhältnis von Jugendhilfe und Justiz im Jugendstraferfahren allgemein	6
2. Das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen – datenschutz-rechtliche Aspekte	7
2.1 Selbstbestimmungsrecht	7
2.2 Datenschutzrechtliche Aspekte	8
3. Die Mitwirkung der Jugendhilfe im Jugendstraßverfahren	8
3.1 Informations- und Prüfungspflichten	9
3.2 Formen der Mitwirkung	9
3.3 Betreuungskontinuität	10
3.4 Kooperation zwischen Jugendämtern/Örtliche Zuständigkeit und Amtshilfe	10
3.5 Dokumentation und Statistik	11
3.6 Personelle und sachliche Ausstattung	11
3.7 Steuerungsverantwortung der Jugendhilfe nach § 36a SGB VIII	11
4. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention	12



Vorbemerkung

Das vorliegende Positionspapier zur Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren nach dem JGG ist die Fortschreibung des bisher vorliegenden Positionspapiers, die aufgrund verschiedener Gesetzesänderungen notwendig wurde. Eine Arbeitsgruppe aus Fachkräften von Jugendämtern, die die Aufgabe der Mitwirkung in Verfahren nach dem JGG umsetzen hat das Papier überarbeitet mit dem Landesjugendamt Baden-Württemberg überarbeitet. Große Zustimmung erhielt diese Überarbeitung von den teilnehmenden Fachkräften auf der Arbeitstagung „Jugendgerichtshilfe“ im April 2007.

Die Mitwirkung im Jugendstraßverfahren ist im Sinne des seit 1991 geltenden SGB VIII zu verstehen. Mit diesem Papier, das durch eine ausführliche Arbeitshilfe ergänzt wird, ist der Diskussionsprozess nicht abgeschlossen. Es bedarf einer ständigen Überprüfung unter Berücksichtigung aktueller und wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Wie kontrovers das Aufgaben- und Selbstverständnis hinsichtlich der Mitwirkung im jugendstraßgerichtlichen Verfahren auch innerhalb der Fachkräfte der Jugendämter gesehen wird, zeigt die Diskussion um die Verwendung des Begriffs „Jugendgerichtshilfe“. Dieser Begriff, der 1922 ins RJWG und 1923 ins JGG aufgenommen wurde, steht für die – auch widersprüchliche – Tradition der Jugendhilfe bei der straßgerichtlichen Mitwirkung. Das SGB VIII verzichtet bewusst auf den Begriff „Jugendgerichtshilfe“ um deutlich zu machen, dass die Mitwirkung in Verfahren nach dem JGG

- eindeutig im Verantwortungsbereich der Jugendhilfe liegt – und nicht wie auch in der Vergangenheit diskutiert einer „außerhalb des Jugendamtes bestehenden Institution“ (vgl. Münder a.a.O.) – ähnlich der Gerichtshilfe oder Bewährungshilfe und
- nach den Grundsätzen des SGB VIII zu erfolgen hat.

Nach langen Diskussionen wurde auf der Arbeitstagung „Jugendgerichtshilfe“ im April

2007 entschieden, dass in diesem Papier, das ja die Position der Mitwirkung aus Sicht der Jugendhilfe beschreibt, der Begriff Jugendgerichtshilfe konsequenterweise nicht verwendet werden darf.

Dennoch wird auch von den Fachkräften betont, dass der Begriff „Jugendgerichtshilfe“ in der Öffentlichkeit und vor allem bei den Betroffenen ein eingeführter Begriff ist, der klare Vorstellungen und Erwartungen beinhaltet. Deshalb wäre es fatal, in der Alltagsspraxis auf den Begriff zu verzichten und zum Beispiel alle Jugendgerichtshilfen, die in auch so benannten Fachdiensten in den Jugendämtern organisiert sind, umzubenennen, oder den Betroffenen gegenüber den Begriff „Jugendgerichtshilfe“ nicht mehr zu gebrauchen.

Es gilt, die sozialpädagogische Handlungsebene von Jugendhilfe für junge Menschen, die strafrechtlich in Erscheinung treten, sowie für deren Eltern und andere Erziehungsberechtigte auszugestalten, neue Zugangswege zu erschließen und erweiterte Hilfmöglichkeiten zu entwickeln. Konsequenterweise wird in unserem Papier auch unterschieden, ob von „Leistungen“ beziehungsweise von „anderen Aufgaben“ der Jugendhilfe gesprochen wird oder von „Maßnahmen“ nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG).

Dieses Positionspapier und die ergänzende Arbeitshilfe sollen einen Beitrag leisten zur **praktischen Umsetzung des § 52 SGB VIII**. Sie sind aber insbesondere zu verstehen als eine Aufforderung, den Diskussions- und Entwicklungsprozess von Jugendhilfe zugunsten delinquenter Jugendlicher und Heranwachsender zu verstärken. Auch sollen sie zu einer **Verbesserung der Kooperation zwischen Jugendhilfe, Polizei und Justiz** beitragen, denn diese Kooperation ist auf örtlicher Ebene in vielfältiger Weise erforderlich und gelingt erfahrungsgemäß am ehesten dann, wenn Aufgaben und Selbstverständnis klar definiert sind.



1. Das Verhältnis von Jugendhilfe und Justiz im Jugendstrafverfahren allgemein

Straffälligkeit von jungen Menschen löst in Jugendhilfe und Justiz unterschiedliche Abklärungs- und Entscheidungsnotwendigkeiten aus. Jugendhilfe und Justiz sind zwei verschiedene Systeme mit unterschiedlichen gesetzlichen Aufgaben. Für beide Institutionen ist zu klären, welche Konsequenzen das Tätigwerden der jeweils einen Institution für die andere hat.

Die **Justiz** hat im Jugendstrafverfahren neben der Aufgabe der Wahrheitsfindung insbesondere das Ziel, unter Beachtung des Erziehungsgedankens des JGG Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender zu sanktionieren. Ziel der **Jugendhilfe** ist es, zur Verwirklichung des Rechts junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit beizutragen (s. § 1 SGB VIII). Reichen hierzu die vorhandenen Ressourcen des jungen Menschen sowie des familialen und sozialen Bezugssystems nicht aus, soll die Jugendhilfe die im Einzelfall notwendigen und geeigneten Hilfen anbieten, und zwar in Form von **Leistungen** oder auch durch Wahrnehmung der sogenannten **anderen Aufgaben** der Jugendhilfe **zugunsten junger Menschen und Familien** (§ 2 SGB VIII). Die in § 52 SGB VIII normierte **Mitwirkung des Jugendamtes im Verfahren nach dem JGG** ist also in erster Linie eine **Hilfeleistung für junge Menschen**, nämlich für diejenigen, die mit Strafrechtsnormen in Konflikt geraten sind. Diese Hilfeleistung schließt bei Minderjährigen grundsätzlich die Beratung und Unterstützung der **Eltern** und anderer Erziehungsberechtigter mit ein.

Im Zusammenhang mit Jugendkriminalität darf jedenfalls „der Systemzweck der Jugendhilfe, nämlich die Verwirklichung des

Wohls des jungen Menschen, dem Systemzweck der Jugendstrafjustiz, nämlich die Sanktionierung der Straftat durch Strafe und Erziehung, **nicht untergeordnet** werden“¹.

Die Zusammenarbeit mit der Justiz ist **für die Jugendhilfe** in § 52 SGB VIII geregelt. Danach hat das Jugendamt

- nach Maßgabe der §§ 38 und 50 Abs. 3 Satz 2 JGG im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mitzuwirken
- frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen
- wenn Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen, bereits eingeleitet oder gewährt worden sind, ist umgehend die Staatsanwaltschaft oder das Gericht davon zu unterrichten, damit geprüft werden kann, ob diese Leistungen ein Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) oder eine Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG) ermöglichen
- sicherzustellen, dass der/die für die Wahrnehmung der Mitwirkungsaufgaben verantwortliche Mitarbeiter/in den Jugendlichen/jungen Volljährigen während des gesamten Verfahrens betreut.

Die Jugendhilfe überprüft und entscheidet auf der Grundlage des SGB VIII, ob auf dem Hintergrund der psychosozialen Situation des jungen Menschen beziehungsweise dessen Erziehungsberechtigten **Hilfen** erschlossen, vermittelt oder gewährt werden können oder müssen. Im Mittelpunkt des Tätigwerdens des Jugendamtes aus Anlass eines Strafverfahrens steht die Aufgabe, soweit erforderlich, einen wie auch immer gearteten Hilfeprozess einzuleiten und zu begleiten. **Dies ist in jedem Fall vor einer eingeforderten Mitwirkung der einzulösende eigenständige Prüfauftrag der Jugendhilfe.** Dieser Teil der Mitwirkung des Jugendamtes im Jugendgerichtsverfahren kann auch zur **Entschei-**

¹ Maas, Soziale Arbeit als Verwaltungshandeln, München Juventa Verlag 1996, S. 246



dungsfindung des Gerichts beitragen, indem die Fachkräfte der Jugendhilfe den bisherigen Entwicklungs- und Erziehungsverlauf, die möglichen weiteren Schritte und die Hilfperspektiven des jungen Menschen in enger Zusammenarbeit mit ihm und gegebenenfalls den Erziehungsbe-rechtigten zur Geltung bringen. Für die Justiz kann dies zur Folge haben, dass sie prüfen muss, ob sie auf strafrechtliche Maßnahmen ganz oder teilweise verzichten kann.

Ein großer Teil der Jugendkriminalität ist nach übereinstimmender Erkenntnis der Kriminologie eine alterstypische Erscheinung, die weder besondere erzieherische Hilfen noch strafrechtliche Konsequenzen erforderlich macht. Auch deshalb sind die Möglichkeiten, auszuschöpfen, **förmliche justizielle Maßnahmen zu vermeiden (Diversion)**. Die am 01.01.2005 in Kraft getretenen Diversionsrichtlinien des Landes Baden-Württemberg betonen, dass die Jugendhilfe bei Diversionsverfahren im Rahmen ihres Auftrages in eigener Zuständigkeit tätig wird und dabei prüft, ob weitergehende Hilfen gemäß SGB VIII einzuleiten sind.

Damit die unterschiedlichen Systeme Jugendhilfe und Justiz auf örtlicher Ebene im erforderlichen Rahmen zusammenarbeiten können, sind einzelfallübergreifende Absprachen ein notwendiger Bestandteil gelingender Kooperation und ist eine genaue Rollenklärung und Aufgabenverteilung zwischen Jugendhilfe und Justiz zwingend. Es empfiehlt sich, die Eckpunkte der Kooperation schriftlich zu vereinbaren.

2. Das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen – datenschutzrechtliche Aspekte

2.1 Selbstbestimmungsrecht

Bei der Wahrnehmung der Mitwirkungsaufgaben nach § 52 SGB VIII hat die Jugendhilfe die Subjektstellung Jugendlicher und

damit ihr Selbstbestimmungsrecht in besonderer Weise zu beachten.

Kinder sind von Geburt an Grundrechtsträger. Da sie die hieraus resultierenden Rechte zunächst nicht eigenständig wahrnehmen können, haben die Eltern die Pflicht, ihr Elternrecht im Interesse ihres Kindes auszuüben (Elternverantwortung). Mit zunehmendem Alter ist das Kind in seiner Eigenständigkeit zu respektieren. Art und Umfang dieser wachsenden **Grundrechtsmündigkeit** hängen von der Einsichts- und Urteilsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen ab. Diese Teil-mündigkeit des Jugendlichen begründet aber auch eine strafrechtliche Verantwortlichkeit. Minderjährige, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, sind, wenn sie eine Straftat begehen und zum Tatzeitpunkt nach ihrer sittlichen und geistigen Entwicklung reif genug sind, das Unrecht ihrer Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln, strafrechtlich verantwortlich (§ 3 JGG).

Insbesondere **höchstpersönliche Rechte des Kindes oder des Jugendlichen** haben Vorrang gegenüber dem Bestimmungsrecht der Sorgeberechtigten. Diese Vorrangigkeit stellt keinen Eingriff in das Elternrecht dar, sondern ist Ausdruck der verfassungsrechtlich garantierten Subjektstellung von Kindern und Jugendlichen, die von den Eltern und der Jugendhilfe nicht beeinträchtigt werden darf, nach den Vorgaben des SGB VIII sogar gefördert werden muss.

Aus den von der Rechtsprechung und der Rechtslehre entwickelten Kriterien für die Beurteilung der Einsichts- und Urteilsfähigkeit ergibt sich aber auch, dass Minderjährigen diese Teil-mündigkeit nicht generell, sondern nur für Entscheidungen zuerkannt wird, die ihre höchstpersönlichen Bereiche berühren (Beispiele: Entscheidung über die Einnahme von Verhütungsmitteln, Entscheidung über bestimmte medizinische Behandlungen, Einwilligung in die Weitergabe anvertrauter Informationen u.ä.).



Fachkräfte der Jugendhilfe müssen daher **im Einzelfall** klären, ob und inwieweit Jugendliche in der Lage sind, eine aktuelle Situation sowie die möglichen Wirkungen von Entscheidungen realistisch einzuschätzen, und ferner beurteilen, ob sie damit eigenverantwortlich umgehen können. Auf dem Hintergrund der Subjektstellung Jugendlicher kommt auch ihrem Recht auf informationelle Selbstbestimmung – auch gegenüber den Sorgeberechtigten – hohe Bedeutung zu.

§ 8 SGB VIII **verpflichtet** die öffentliche Jugendhilfe, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen **zu beteiligen**. Befindet sich der Jugendliche im Hinblick auf die Personensorgeberechtigten in einer Not- und Konfliktlage, so kann dem Wunsch nach Beratung gemäß § 8 Abs. 3 SGB VIII auch ohne deren Kenntnis entsprochen werden.

2.2 Datenschutzrechtliche Aspekte

Das Datenschutzrecht des SGB VIII gilt auch für die Mitwirkung in Jugendstrafverfahren uneingeschränkt. (Der Verweis in § 61 Abs. 3 SGB VIII a.F. zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten auf das JGG – in dem es aber keine für die Jugendhilfe relevante Datenschutzbestimmung, insbesondere keine datenschutzrechtliche Befugnisnorm gibt – wurde mit der Novellierung des SGB VIII zum 01.10.2005 aufgehoben).

Das Kernelement des Datenschutzes in der Jugendhilfe, der funktionale Schutz des Vertrauens zwischen Klient/in und Fachkraft, ist handlungsleitend für den Umgang mit Sozialdaten bei der Mitwirkung in Jugendstrafverfahren. Wesentliches Kriterium für die Zulässigkeit einer Informationsgewinnung oder Informationsweitergabe in jedem Einzelfall ist, ob dies für die Aufgabenerfüllung der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren und den damit gegebenenfalls eingeleiteten und begleiteten Hilfeprozess hilfreich ist.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Befugnisnorm in § 62 Abs. 3 Ziffer 2 SGB

VIII zur Datenerhebung ohne Mitwirkung des Betroffenen zu sehen. Diese Befugnis ist eng auszulegen und ihre Anwendung absolute Ausnahme. Gerade in der Aufgabenwahrnehmung in Jugendstrafverfahren ist der Grundsatz der Mitwirkung – personenbezogene Daten sind beim Betroffenen zu erheben – von fundamentaler Bedeutung. Datenschutzrechtlich Betroffene mit umfassendem Selbstbestimmungsrecht über ihre Daten sind gerade die Jugendlichen und Heranwachsenden in Jugendstrafverfahren. In Analogie zur Handlungsfähigkeit nach § 36 SGB I (selbständig Sozialleistungen zu beantragen oder entgegenzunehmen), sind Jugendliche ab Vollendung des 15. Lebensjahres auch datenschutzrechtlich eigenständig handlungsfähig, sofern sie in der Lage sind, die Tragweite ihrer Handlung zu verstehen.

Junge Menschen werden vor allem auch im Zusammenhang mit Straftatvorwürfen mit den Konsequenzen ihrer eigenständigen Entscheidungen konfrontiert. Es bedarf einer umfassenden Information und Beratung sowie einer genauen Einzelfallprüfung, um entscheiden zu können wie sich Mitwirkung und Selbstbestimmung zugunsten der Betroffenen verbinden lassen, zum Beispiel in welcher Form und Ausführlichkeit die Informationsweitergabe an Staatsanwaltschaft oder Gericht erfolgen soll. Eine Informationsweitergabe an die Justiz kann in seltenen Fällen durchaus gegen den Willen des Betroffenen stattfinden, wenn es für die Aufgabenerfüllung hilfreich ist und dadurch der Erfolg einer zu gewährenden Hilfe nicht gefährdet wird, niemals jedoch ohne dessen Kenntnis.

3. Die Mitwirkung der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren

Aufgabe der Jugendhilfe im Strafverfahren ist die Mitwirkung gemäß **§ 52 SGB VIII** in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz. Das **Jugendamt** hat in diesen Verfahren **frühzeitig zu prüfen**, ob



für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen **Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen** (§ 52 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII). In **Haftsachen** berichtet das Jugendamt beschleunigt über das **Ergebnis der Nachforschungen** (§ 38 Abs. 2 Satz 3 JGG) und den eventuellen Hilfebedarf. Diese frühzeitige Prüfung beziehungsweise beschleunigte Berichterstattung durch die Jugendhilfe ist nur möglich, wenn diese rechtzeitig Kenntnis von einem eingeleiteten Strafverfahren erhält.

3.1 Informations- und Prüfungspflichten

Für die **Polizei** besteht eine **Informationspflicht** gegenüber dem Jugendamt, wenn schon während der polizeilichen Ermittlungen erkennbar wird, dass Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen.²

Staatsanwaltschaft und **Jugendgericht** sind verpflichtet, so früh wie möglich das Jugendamt von allen eingeleiteten Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende zu informieren.³ Bei Erlass eines Haftbefehls gegen Jugendliche/Heranwachsende muss die Staatsanwaltschaft beziehungsweise der Haftrichter das Jugendamt unverzüglich unterrichten.⁴ Dies soll dazu beitragen, Haftalternativen aufzuzeigen, um dadurch eine Haftvermeidung oder eine Haftverkürzung zu erreichen.

Das Jugendamt hat besonders in den Fällen drohender Untersuchungshaft frühzeitig zu prüfen, ob und wie durch Leistungen der Jugendhilfe eine Inhaftierung vermieden werden kann, und zwar nicht nur durch Bereitstellung stationärer Alternativen, sondern auch durch geeignete ambulante und teilstationäre Hilfen sowie Angebote anderer Leistungsträger. Hierin sollen auch Angebote für junge Volljährige enthalten sein, denn auf sie findet ebenfalls § 72 a JGG Anwendung⁵.

In Fällen von unter 16-jährigen Jugendlichen zwingt § 72 Abs. 2 JGG den Haftrichter zu einer einzelfallbezogenen Prüfung von Haftalternativen. Wenn entsprechende Alternativen vorbereitet worden sind, kann das Jugendamt Haftprüfungstermine anregen.

Es empfiehlt sich, die Verfahrensmodalitäten fallunabhängig auf örtlicher Ebene zwischen den beteiligten Institutionen abzusprechen.

3.2 Formen der Mitwirkung

Das Jugendamt ist gemäß § 52 Abs. 2 SGB VIII verpflichtet, frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen. Es ist Aufgabe der Jugendhilfe und der Justiz, **vielfältige Hilfen** zu entwickeln, die dazu beitragen, die **Diversions** zu fördern und somit förmliche Strafverfahren zu vermeiden.

Im Weiteren bringt das Jugendamt die erzieherischen, sozialen und fürsorglichen Gesichtspunkte im Jugendstrafverfahren zur Geltung. Handlungsleitend hierfür ist die Zielsetzung des SGB VIII. Voraussetzung hierfür ist der persönliche Kontakt mit dem jungen Menschen, gegebenenfalls den Personensorgeberechtigten und/oder weiteren Bezugspersonen. **Die Form und der Umfang der Mitwirkung sowie die Stellungnahme wird von den Erfordernissen des Einzelfalls bestimmt und hängt von der Mitwirkungsbereitschaft des Betroffenen ab. Die Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren hat das Recht, an der Hauptverhandlung mitzuwirken.** Dieses Recht ist eine Chance, Einfluss auf das Verfahren zu nehmen, darf aber nicht als Anwaltsfunktion missverstanden werden, sondern muss sich **ausschließlich**

² Polizeidienstvorschrift (PDV) 382, Allgemeine Verfahrensgrundsätze, Ziffer 3.2.7

³ § 38 Abs. 3 JGG, MiStra 32, JGG-Richtlinien

⁴ §§ 72 und 72 a JGG -> siehe Anhang der Arbeitshilfe

⁵ Dass die Heranwachsenden nicht ausdrücklich erwähnt werden, bezeichnet Ostendorf als „redaktionelles Versehen des Gesetzgebers“, da § 72 a erst im Zuge der Gesetzesberatung als selbstständige Norm eingeführt wurde.



am Hilfeauftrag orientieren. Gemäß § 50 Abs. 3 JGG sind Ort und Zeit mitzuteilen. Dies soll so frühzeitig wie möglich geschehen.

Wenn aus Sicht des Jugendgerichts konkrete Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass von der Jugendgerichtshilfe weitere Aufklärung zur Gewinnung eines möglichst vollständigen Bildes von der Persönlichkeit, der Entwicklung und Umwelt des Betroffenen zu erwarten ist **und dadurch** Art und Höhe der Sanktion **maßgeblich** beeinflusst werden können, hat das Gericht die Jugendgerichtshilfe ausdrücklich auf die Unverzichtbarkeit ihrer Teilnahme hinzuweisen und die Anwesenheit zu begründen.⁶ Umgekehrt besteht für die Jugendgerichtshilfe auch eine Begründungspflicht, wenn sie aufgrund ihrer Einzelfallbeurteilung anderer Auffassung ist und diesem Ersuchen nicht entsprechen will.⁷

An der Hauptverhandlung soll der-/diejenige Mitarbeiter/-in teilnehmen, der/die den jungen Menschen während des bisherigen Verfahrens begleitet hat beziehungsweise begleiten wird. Dies erfordert eine Beratung mit dem Beschuldigten über Sinn und Zweck der Teilnahme. Wünscht der junge Mensch nach Beratung ausdrücklich keine Teilnahme der Jugendhilfe an der Hauptverhandlung, so ist dies in der Regel zu akzeptieren und dem Gericht mitzuteilen.

3.3 Betreuungskontinuität

Weisungen und Auflagen gemäß §§ 10 und 15 JGG können durch Beschluss im vorläufig eingestellten Verfahren (§ 45, 47 JGG) oder durch Urteil auferlegt werden. Die Jugendhilfe hat hierzu die Möglichkeit, **eigene und individuell ausgearbeitete Vorschläge zu unterbreiten**, die die im JGG aufgeführten Weisungen und Auflagen ergänzen. Die **Jugendgerichtshilfe**

überwacht die Durchführung von Weisungen und Auflagen, soweit nicht die Bewährungshilfe dazu berufen ist (§ 38 Abs. 2 Satz 5 JGG).

Sowohl § 52 Abs. 3 SGB VIII als auch § 38 Abs. 2 JGG weisen ausdrücklich auf die **Kontinuität der Betreuung** während des gesamten Verfahrens hin. Der Kontakt ist auch **während der U-Haft und des Strafvollzugs** aufrechtzuerhalten.

Dabei ist eine enge **Kooperation mit den Jugendstrafvollzugsanstalten** erforderlich, wie sie § 15 des Jugendstrafvollzugsgesetzes vorsieht. In die Planung und Gestaltung der Erziehung im Vollzug soll auch die Jugendhilfe, soweit wie möglich einbezogen werden, ebenso bei der Vorbereitung der Entlassung. Dies setzt aber eine umgehende Mitteilung über die Aufnahme eines jungen Gefangenen, beziehungsweise eine rechtzeitige Mitteilung über die beabsichtigte Entlassung voraus. Eine Zusammenarbeit mit der Bewährungshilfe kann sich dann anschließen.

3.4 Kooperation zwischen Jugendämtern/Örtliche Zuständigkeit und Amtshilfe

Die Zuständigkeit für die Mitwirkung bleibt bis zum Abschluss des Verfahrens beim bisherigen Jugendamt bestehen. Durch Umzug der Personensorgeberechtigten während eines laufenden Strafverfahrens in den Bereich eines anderen Jugendamtes kann die **örtliche Zuständigkeit** für die spätere Gewährung von Leistungen an diesen Träger übergehen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer **engen Kooperation der beteiligten Jugendämter**. Ferner ist während des gesamten Verfahrens eine personelle Kontinuität in der Betreuung wünschenswert (s. § 52 Abs. 3 SGB VIII und § 38 Abs. 2 Satz 4 JGG). Daher sollte das nach § 87b SGB VIII zustän-

⁶ Ostendorf: § 50 JGG, 7. Auflage 2007 RdNr. 12; Brunner/Dölling: § 38 JGG, RdNr. 8

⁷ Anmerkung: Diese Begründungspflichten dienen dazu, die jeweiligen Standpunkte deutlich herauszuarbeiten.



dige Jugendamt grundsätzlich alle Möglichkeiten ausschöpfen, im Rahmen dieser Empfehlung **selbst tätig** zu werden. Es nimmt also den Kontakt mit dem jungen Menschen auf, nimmt an der Hauptverhandlung teil, gewährleistet die erforderliche persönliche Betreuung und hält die Verbindung während des Vollzugs aufrecht. Soweit der Aufwand verhältnismäßig ist, schließt dieses Arbeitsprinzip in der Konsequenz entsprechende Dienstreisen mit ein. In diesem Sinne ist auch die Kooperation im Rahmen von Amtshilfe zu bewerten: Eine ersuchte Behörde braucht Amtshilfe gemäß § 4 Abs. 3 SGB X nicht zu leisten, **wenn sie** die Amtshandlung **nur mit einem wesentlich größeren Aufwand** wahrnehmen könnte als die ersuchende Behörde (§ 4 Abs. 1, Nr. 5 SGB X). Der zu leistende Aufwand definiert sich nicht nur anhand von Fahrtzeiten und so weiter sondern vor allem an dem zu leistenden Beratungs- und Betreuungsaufwand im Sinne dieses Positionspapiers. Leistet die ersuchte Behörde aber Amtshilfe, hat die ersuchende Behörde unter Gewährleistung der datenschutzrechtlichen Bedingungen gemäß §§ 62, 64 und 65 SGB VIII alle erforderlichen Unterlagen weiterzureichen, damit die ersuchte Behörde die Amtshilfe sachgerecht wahrnehmen kann.

3.5 Dokumentation und Statistik

Statistik kann nur auf sorgfältiger **Dokumentation** aufbauen. Leistungen der Jugendhilfe im Strafverfahren sind vorrangig einzelfallbezogen. Die erforderliche Aktenführung soll Hilfeleistungen in den jeweiligen Handlungsschritten nachvollziehbar erkennen lassen. Der Ablauf des Hilfeprozesses erfordert ständige Aktualisierung, die es ermöglicht, ihn jederzeit auf die Zielvorstellungen hin zu überprüfen. Das Ergebnis soll einer Auswertung zugänglich sein. Die daraus resultierenden Aussagen bilden die Basis für eine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, die dem Handeln der Jugendhilfe die notwendige Transparenz gibt und damit Prävention leistet.

Die Führung einer **differenzierten Statistik** ist Grundlage für Aussagen, welche Leistungen die Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren erbracht hat. Darüber hinaus sollte sie Daten und Fakten beinhalten, die Feststellungen zur Delinquenz Jugendlicher und Heranwachsender ermöglichen. Die Auswertung der Statistik gibt der Jugendhilfe die Möglichkeit, ihre Leistungen darzustellen, aber auch Entwicklungen zu erkennen, darauf zu reagieren und im Rahmen von **Jugendhilfeplanung** im Sinne des § 80 SGB VIII tätig zu werden.

3.6 Personelle und sachliche Ausstattung

Nach § 72 SGB VIII werden nur Fachkräfte eingesetzt, die eine entsprechende Ausbildung haben (Hochschulabschluss) und aufgrund besonderer Kenntnisse in der Lage sind, im Jugendgerichtsverfahren mitzuwirken. Dabei unterliegen die Fachkräfte der Jugendgerichtshilfe auch der Überprüfung der persönlichen Eignung gemäß § 72 a SGB VIII. Auch muss das Zusammenwirken verschiedener Fachkräfte und die Möglichkeit zum fachlichen Austausch mit anderen Kollegen (Teamarbeit), Fortbildung und Praxisberatung/Supervision sichergestellt sein. Zur Aufgabenerfüllung bedarf es angemessener sachlicher und räumlicher Ausstattung, zum Beispiel um vertrauliche Gespräche zu ermöglichen. Weiterhin ist es aufgrund der besonderen Erfordernisse bei der Arbeitserledigung notwendig, die Arbeitszeit flexibel gestalten zu können (Hausbesuch, Begegnung in Jugendtreffs, Wahrnehmung von Gerichtsterminen, Besuch in der Justizvollzugsanstalt, Teilnahme an interdisziplinären Arbeitskreisen usw.).

3.7 Steuerungsverantwortung der Jugendhilfe nach § 36a SGB VIII

Die Formulierung des § 36a SGB VIII betont die Eigenverantwortlichkeit der Jugendhilfe für ihren Geltungsbereich (SGB VIII) auch gerichtlichen Entscheidungen



gegenüber. Auch diese Aussage stellt keine Neuerung im SGB VIII dar, sondern ist nur eine Konkretisierung bisherigen Rechts, das in der Praxis aber immer wieder umstritten war.

Das Jugendgericht hat, wenn es Anordnungen der Hilfe zur Erziehung nach § 12 JGG oder Anordnungen von Weisungen nach § 10 JGG trifft, keinen Anspruch darauf, dass die Jugendhilfe diese Maßnahmen umsetzt. § 36a SGB VIII macht die bisherige Gesetzeslage nochmals deutlich: Nur das Jugendamt kann entscheiden, ob diese Hilfe zur Erziehung oder die Weisung (sofern sie von der Jugendhilfe verantwortet und finanziert werden muss) gewährt wird. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe muss nur solche Hilfen bezahlen, über die er selbst entschieden hat. Das Jugendgericht kann eine Hilfe zur Erziehung nach § 12 JGG nur dem jungen Menschen gegenüber anordnen, nicht gegenüber dem Jugendamt oder gegenüber dem Personensorgeberechtigten. Da diese Hilfe aber vom Jugendamt gewährt wird, muss der Jugendrichter ein Einvernehmen mit dem Jugendamt herbeiführen.

Um die Aufgabe des Jugendamtes der Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz fachlich angemessen wahrnehmen zu können, ist es notwendig, dass das Jugendamt geeignete erzieherische Hilfen vorhält und im Bedarfsfalle gewährt. Die in § 36a SGB VIII normierte Steuerungsverantwortung darf nicht als Instrument zur Kostenersparnis missbraucht werden. Notwendige erzieherische Hilfen müssen gewährt und in geeigneter Weise mit dem Jugendstrafverfahren verbunden werden. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass Leistungen der Jugendhilfe keine funktionellen Äquivalente zu strafrechtlichen Sanktionen darstellen, sondern auch in Jugendstrafverfahren auf der Grundlage einer Bedarfsfeststellung nach dem SGB VIII erbracht wird.

Keine Überschneidung mit der Jugendhilfe gibt es bei den Weisungen, Arbeitsstunden zu leisten (§ 10 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 JGG beziehungsweise der entsprechenden Auflage als Zuchtmittel nach § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 JGG) oder am Verkehrsunterricht teilzunehmen (§ 10 Abs. 1 S. 3 Nr. 9 JGG). Bei diesen Maßnahmen handelt es sich nicht um Aufgaben der Jugendhilfe nach § 2 SGB VIII. Das Jugendamt hat deshalb für diese Weisungen keine Infrastruktur vorzuhalten; es hat weder die Gesamtverantwortung noch die Gewährleistungspflicht nach § 79 SGB VIII für solche jugendhilfefremden Aufgaben.⁸

4. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention

Im Sinne des SGB VIII versteht sich die Jugendhilfe als ein von den Hilfesuchenden (junge Menschen und deren Erziehungsberechtigte) gewünschtes und mitgestaltetes soziales Dienstleistungsangebot. Um dem auch bei der Mitwirkung im Jugendstrafverfahren ausreichend Rechnung zu tragen, ist es erforderlich, dass Jugendhilfe bereits im Vorfeld der Einzelfallhilfe tätig wird. Nach § 13 SGB I sind die Leistungsträger „verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeit, die Bevölkerung über die Rechte und Pflichten“ nach dem Sozialgesetzbuch aufzuklären. Für die Jugendhilfe bedeutet dies, dass – unabhängig vom Jugendstrafverfahren – ihre Beratungs- und Unterstützungsangebote in der Öffentlichkeit bekannt sein müssen.

In Bezug auf das Thema „Mitwirkung im Jugendstrafverfahren/Jugendgerichtshilfe“ geht es vor allem darum, diejenigen Hilfen aufzuzeigen, die (spätestens) bei bekannt werden eines Strafverdachts gegen eine/n Strafmündige/n ihr/ihm und den Eltern angeboten werden können. Im Sinne von Lebenswelt-, Alltagsorientierung und Partizipation sollten die Betroffenen über

⁸ vgl. Kunkel ... „Steuerungsverantwortung des Jugendamtes – § 36a SGB VIII – und eventuelle Auswirkungen auf das Jugendstrafverfahren“ Jugendhilferecht, 5 Auflage 2006, Baden-Baden



die Rechtslage und die Angebotsstruktur der Jugendhilfe **informiert sein**. Dies kann über Prospekte, Faltblätter, Pressemitteilungen, Hintergrundberichte in Zeitungen oder im lokalen Rundfunk, aber auch durch persönliche Gespräche und Informationsveranstaltungen (z. B. an Schulen oder anderen Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten) erfolgen.

Information der Öffentlichkeit über Hilfeangebote ist ein Teil **präventiver Arbeit**. Auch die Jugendhilfe im Jugendstraßverfahren/Jugendgerichtshilfe hat die Aufgabe der Kriminalprävention mit der Zielsetzung der Vermeidung von Straftaten und der Förderung sozialer Integration junger Menschen im Sinne des § 1 SGB VIII. Kriminalisierung und Stigmatisierung von Jugendlichen soll verhindert werden (z. B. durch Diversion). Effektive Prävention sollte auf verschiedenen Ebenen der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention ansetzen, zu

deren Umsetzung die Jugendhilfe in Strafverfahren anregt beziehungsweise beiträgt. Prävention ist eine umfassende Aufgabe, die ein gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Handeln vor Ort im Sinne einer Vernetzung erfordert. Kooperationspartner hierfür sind freie Träger der Jugendhilfe, Schulen, soziale Einrichtungen, Justiz, Polizei und so weiter. Mögliche Kooperationsformen sind:

- Einrichtung von und Mitarbeit in interdisziplinären und regionalen Arbeitskreisen
- Initiierung und Durchführung gemeinsamer Projekte
- Gestaltung von Unterrichtseinheiten in Schulen
- Informationsveranstaltungen (z. B. Elternabende, Podiumsdiskussionen, Gespräche mit Jugendgruppen)
- Bereitstellung von Informationsmaterialien (z. B. Faltblätter).



KVJS
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Teil 2: Die Arbeitshilfe



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
1. Mitwirkung der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren unter Präventionsgesichtspunkten	18
2. Der Zusammenhang von Leistungsprüfung und Mitwirkung gemäß § 52 SGB VIII	19
2.1 Eigene Prüfungsaufträge und Unterrichtspflichten Dritter dem Jugendamt gegenüber	20
2.1.1 Aufklärung und Beratung	20
2.1.2 Die Tätigkeiten der Leistungsprüfung im Sinne des 2. Kapitels des SGB VIII	20
2.1.3 Leistungsgewährung von Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige	21
2.1.4 Begleitung und Beratung/Betreuungskontinuität	21
2.2 Förderung der Diversion	22
2.3 Unterrichtung der Staatsanwaltschaft und des Gerichts	23
2.4 Haftentscheidungshilfe/Haftvermeidungshilfe	24
2.4.1 Unterrichtspflichten Dritter	24
2.4.2 Folgen für das Jugendamt	25
2.5 Hauptverhandlung	25
2.6 Weisungen und Auflagen	26
2.7 Kontakt während der Untersuchungshaft und des Strafvollzugs	27
2.8 Ansprechpartner nach Beendigung des Strafverfahrens	27
2.9 Zuständigkeit / Amtshilfe	27
2.10 Ablaufschema	29
3. Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung	30



1 Mitwirkung der Jugendhilfe im Jugendstraßverfahren unter Präventionsgesichtspunkten

Jugendhilfe hat auch im Rahmen von Mitwirkungstätigkeiten im Jugendstraßverfahren die Aufgabe der Prävention. Das Ziel dieser Aufgabe wird durch § 1 SGB VIII bestimmt, wonach jeder junge Mensch „ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ hat.

Dazu gehört auch Kriminalprävention mit der Zielsetzung der Vorbeugung von Delinquenz und so genannter sozialpädagogischer Normalisierungsarbeit, **für die zunächst nicht die Straffälligkeit das entscheidende Problem ist, sondern die realen Schwierigkeiten und Bedürfnisse junger Menschen.**

Unter Bezugnahme auf das „Eckpunktepapier: Kinder- und Jugenddelinquenz in Baden-Württemberg und deren Prävention aus der Sicht der Jugendhilfe“ des Landesbeirates für Soziale Jugendhilfe vom 15.12.1998 hat Prävention „Vorrang vor Strafverfolgung und Repression“, wobei sich das Sozialministerium zur Aufgabe gemacht hat, Präventionsstrategien zu fördern, „die das Entstehen von Jugenddelinquenz möglichst verhindern sollen“¹. Im Kontext von Prävention trägt Diversion (insbesondere Konfliktschlichtungsverfahren) zur Vermeidung von Kriminalisierung und Stigmatisierung² bei.

Die Umsetzungen solcher Strategien ist eine umfassende Aufgabe, die ein gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Handeln vor Ort im Sinne einer Vernetzung erfordert. Kooperationspartner der öffentlichen Jugendhilfe sind die freien Träger der Jugendhilfe, Schulen, soziale Einrichtungen, Justiz, Polizei und so weiter. Mögliche Kooperationsformen sind:

- Einrichtung von und Mitarbeit in interdisziplinären und regionalen Arbeitskreisen
- Initiierung und Durchführung gemeinsamer Projekte
- Gestaltung von Unterrichtseinheiten in Schulen
- Informationsveranstaltungen (z. B. Elternabende, Podiumsdiskussionen, Gespräche mit Jugendgruppen)
- Bereitstellung von Informationsmaterialien (z. B. Faltblätter)
- Mitwirkung in sozialraumorientierten Arbeitsgemeinschaften (z. B. Stadtteilkonferenzen).

Effektive Prävention setzt auf verschiedenen Ebenen der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention an. In Bezug auf die notwendigen Präventionsmaßnahmen dieser drei Ebenen wird auf die Ausführungen des Landesbeirates für soziale Jugendhilfe verwiesen (siehe Anhang).

Die im folgenden Kapitel 2 dieser Arbeitshilfe beschriebenen Tätigkeiten sind im Gesamtzusammenhang mit diesen Aussagen zu verstehen.

¹ Das „Eckpunktepapier“ wurde veröffentlicht im Rundschreiben 63/1999 des Landkreistages Baden-Württemberg vom 28.01.99. In der Einleitung zum Stichwort Prävention heißt es auf Seite 8: „Stigmatisierung und pauschale Vorverurteilungen von jungen Menschen sowie Überreaktionen auf delinquentes Verhalten führen zu weiteren Ausgrenzungsprozessen und zur Verfestigung abweichenden Verhaltens. - Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Jugendlichen von heute - einschließlich der straffällig gewordenen - die Erwachsenengesellschaft von morgen bilden werden. **Jede - auch mit erheblichem Aufwand gelungene Sozialisation eines jungen Menschen entlastet, jede misslungene Sozialisation belastet die künftige Gesellschaft** (Hervorhebung d. Verf. der Arbeitshilfe). Die Diskussion zum Thema „Jugenddelinquenz“ muss deshalb versachlicht werden. Dies kann nur durch eine noch engere Zusammenarbeit aller Beteiligten (Justiz, Polizei, Jugendhilfe, Schule bzw. Arbeitswelt, Medien und Familie) erreicht werden.“



2 Der Zusammenhang von Leistungsprüfung und Mitwirkung gemäß § 52 SGB VIII

Das Jugendamt hat die Aufgabe gem. § 52 Abs. 1 SGB VIII nach Maßgabe der §§ 38 und 50 Abs. 3 Satz 2 JGG im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mitzuwirken. Der Gesetzgeber schreibt vor, dass **spätestens** dann, wenn ein Straftatvorwurf bekannt wird, die Notwendigkeit einer Jugendhilfeleistung zu prüfen und gegebenenfalls anzubieten und/oder einzuleiten ist, wenn ein erzieherischer Hilfebedarf besteht. Diese als Mitwirkung bezeichnete Aufgabe ist eine Norm, die den allgemeinen gültigen Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe, Hilfe zu leisten, konkretisiert.

Die Mitwirkungsaufgabe beinhaltet gemäß § 52 Abs. 2 SGB VIII eine **Prüfungs-** sowie eine **Unterrichtungspflicht** und eine **Pflicht zur Gewährleistung der Betreuungskontinuität**. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Pflichten bezieht sich auf den gesamten Leistungskatalog des SGB VIII.

Die Pflicht zur Prüfung, ob beziehungsweise welche Leistungen zu erbringen sind sowie die Pflicht zur Gewährleistung der Betreuungskontinuität beziehen sich auf das Binnenverhältnis zwischen Jugendhilfe und ihren Adressaten (vorrangig: Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige). Die Unterrichtungspflicht berührt die Kommunikation zwischen Jugendhilfe und Justiz.

Die **Prüfungspflicht** (siehe auch 2.1) enthält die Aufgabe zu klären, ob beziehungsweise welche **Leistungen** der Jugendhilfe für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen in Betracht kommen.

Die **Unterrichtungspflicht** (siehe 2.3) normiert die Weitergabe der Informationen an die Justiz. Wenn **Leistungen** der Jugendhilfe in Betracht kommen, bereits ein-

geleitet oder gewährt worden sind, sind Staatsanwaltschaft oder Gericht davon umgehend zu informieren, damit geprüft werden kann, ob diese Leistungen ein Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) oder eine Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG) ermöglichen.

Die **Pflicht zur Betreuungskontinuität** gemäß § 52 Abs. 3 SGB VIII schreibt vor, dass sicherzustellen ist, dass der/die für die Wahrnehmung der Mitwirkungsaufgaben verantwortliche Mitarbeiter/in den Jugendlichen/Heranwachsenden während des gesamten Verfahrens betreut (siehe auch 2.9).

Das Jugendamt überprüft und entscheidet auf der Grundlage des SGB VIII, ob auf dem Hintergrund der psychosozialen Situation des jungen Menschen beziehungsweise dessen Erziehungsberechtigten Hilfen erschlossen, vermittelt oder gewährt werden können oder müssen. Im Mittelpunkt des Tätigwerdens des Jugendamtes aus Anlass eines Strafverfahrens steht die Aufgabe – soweit erforderlich – einen wie auch immer gesteuerten Hilfeprozess einzuleiten und zu begleiten. Dies ist in jedem Fall von eingeforderter Mitwirkung der einzulösende eigenständige Prüfungsauftrag der Jugendhilfe.

Dieser **Teil der Mitwirkung** des Jugendamtes im Jugendgerichtsverfahren kann auch zur Entscheidungsfindung des Gerichts beitragen, indem die Fachkräfte der Jugendhilfe den bisherigen Entwicklungs- und Erziehungsverlauf, die möglichen weiteren Schritte und die Hilfeperspektiven des jungen Menschen in enger Zusammenarbeit mit ihm und gegebenenfalls den Erziehungsberechtigten **zur Geltung bringen**. Für die Justiz kann dies zur Folge haben, dass sie prüfen muss, ob sie auf strafrechtliche Maßnahmen ganz oder teilweise verzichten kann.



2.1 Eigene Prüfungsaufträge und Unterrichtspflichtigen Dritter dem Jugendamt gegenüber

Generell gilt:

Wie bereits ausgeführt, hat das Jugendamt frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen (§ 52 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII). **Insbesondere in Haftsachen** berichtet das Jugendamt **beschleunigt** über das Ergebnis der Nachforschungen (§ 38 Abs. 2 Satz 3). Diese frühzeitige Prüfung beziehungsweise beschleunigte Berichterstattung ist nur möglich, wenn es **rechtzeitig Kenntnis** von einem eingeleiteten Strafverfahren erhält, das heißt wenn die Unterrichtspflichtigen Dritter gegenüber dem Jugendamt eingehalten werden.

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht haben unterschiedliche Unterrichtspflichten:

Für die Polizei besteht eine Informationspflicht gegenüber dem Jugendamt, wenn schon während der polizeilichen Ermittlungen erkennbar wird, dass Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen³.

Die Staatsanwaltschaft und das Jugendgericht sind verpflichtet, **so früh wie möglich** das Jugendamt von allen eingeleiteten Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende zu informieren⁴. Bei Erlass eines Haftbefehls gegen Jugendliche/Heranwachsende muss die Staatsanwaltschaft bzw. der Haftrichter das Jugendamt unverzüglich unterrichten⁵.

2.1.1 Aufklärung und Beratung

Das Jugendamt hat gemäß SGB I (§ 13) gegenüber der Bevölkerung eine Aufklärungs- und Informationspflicht. Jeder Bür-

ger hat einen Anspruch auf Beratung gemäß § 14 SGB I. Darüber hinaus hat das Jugendamt im Hinblick auf das gesamte Aufgabenspektrum des SGB VIII einen allgemeinen Beratungsauftrag.

Dies setzt eine offensive Haltung der sozialpädagogischen Fachkräfte voraus, um Jugendlichen, deren Erziehungsberechtigten und auch jungen Erwachsenen alle örtlich vorgehaltenen Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten so anzubieten, dass diese über ihre Ansprüche gut informiert sind und die Leistungen tatsächlich abrufen können. Durch gezielte Formen von **Öffentlichkeitsarbeit** sollen **Betroffene** unter Einbeziehung ihrer Angehörigen **motiviert werden, sich eigeninitiativ an den/die Mitarbeiter/in der Jugendhilfe zu wenden**, um ihren Unterstützungsbedarf deutlich zu machen.

2.1.2 Die Tätigkeiten der Leistungsprüfung im Sinne des 2. Kapitels des SGB VIII

Wenn das Jugendamt vom Vorwurf einer Straftat bezüglich eines Minderjährigen oder jungen Volljährigen Kenntnis erlangt, wird es umgehend von sich aus tätig:

Grundsätzlich ist zu prüfen, ob dem betroffenen jungen Menschen Betreuung während des gesamten Verfahrens im Sinne des § 52 Abs. 3 SGB VIII anzubieten ist. Unter Beachtung des Entwicklungsziels im Sinne des SGB VIII (Erziehung zur eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit) prüft das Jugendamt **zunächst** einmal, ob in dieser vorliegenden Situation für die Notwendigkeit besteht, den jungen Menschen in seiner individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen.

³ Polizeidienstvorschrift (PDV) 382, Allgemeine Verfahrensgrundsätze, Ziffer 3.2.7

⁴ § 38 Abs. 3 JGG, MiStra 32, JGG-Richtlinien

⁵ §§ 72 und 72 a JGG -> siehe Anhang



In diesem Zusammenhang müssen folgende Fragen beantwortet werden:

- Kann durch vermittelnde Tätigkeiten im Sozialraum ein Netzwerk geschaffen werden, das stabilisierend auf den jungen Menschen wirken kann?
- Können allgemeine Angebote der Jugendhilfe außerhalb der Hilfen zur Erziehung helfen, die Situation des jungen Menschen zu verbessern?
- Besteht ein Beratungs- und/oder Unterstützungsbedarf der Eltern oder anderer Sorgberechtigter im Sinne der §§ 27 ff SGB VIII?
- Gibt es gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a SGB VIII?
- Benötigt der junge Volljährige eine Unterstützung gemäß § 41 SGB VIII?

Ergibt die Prüfung einen Handlungsbedarf für die Jugendhilfe, muss als weiterer Schritt mit dem methodischen Instrument der Hilfeplanung im Sinne des § 36 SGB VIII die geeignete und notwendige Hilfe bereitgestellt werden. Dabei ist die ganze Palette der Jugendhilfeleistungen zu berücksichtigen (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Förderung der Erziehung in der Familie, Hilfen zur Erziehung, usw.).

Ergibt die Prüfung, dass Leistungen der Jugendhilfe nicht notwendig sind, so **kann** die Tätigkeit der Mitwirkung mit einer entsprechenden Mitteilung an die Justiz enden.

Grundsätzlich sollen der/die beschuldigte Jugendliche und seine/ihre Erziehungsberechtigten oder der Heranwachsende über die Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe unterrichtet werden. Über konkrete Gesprächstermine sind die Erziehungsberechtigten in der Regel mit dem Hinweis zu unterrichten, **dass ihre Beteiligung gewünscht wird**. Das Ziel ist es dabei, sie zu motivieren, an Beratungsgesprächen teilzunehmen, an der Betreuung mitzuwirken und sie in ihrer Verantwortung zu stärken.

Befindet sich der/die Jugendliche in Bezug auf seine Eltern in einer Not- und Konfliktlage, so ist gemäß § 8 Abs. 3 SGB VIII seinem Wunsch nach Beratung ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten zu entsprechen.

Wird an das Jugendamt von den Betroffenen der Wunsch um Unterstützung und Begleitung während des Verfahrens herangetragen, ist dies ein Kriterium für eine weitergehende Mitwirkung. Diese Unterstützung ist eine Form der (Beratungs-) Leistung im Sinne des § 52 Abs. 2 in Verbindung mit den ersten und zweiten Kapiteln des SGB VIII.

2.1.3 Leistungsgewährung von Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige

Wenn ein erzieherischer Bedarf im Grundsatz bejaht wird, muss im Rahmen der **Hilfeplanung** gemäß § 36 SGB VIII geprüft werden, ob und inwieweit Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff. SGB erforderlich sind. Ist eine Hilfe zur Erziehung notwendig und geeignet, so sind die internen Verfahrensabläufe der Jugendämter einzuhalten, um diese Hilfe bereitzustellen.

Wird ein Eingliederungsbedarf gemäß § 35a SGB VIII festgestellt, so ist ebenfalls im Rahmen der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII die geeignete und notwendige Eingliederungshilfe festzustellen und zu gewähren.

Die Leistungsprüfung für junge Volljährige gemäß § 41 SGB VIII erfolgt analog, wobei das Ziel der Hilfe die Persönlichkeitsentwicklung zur eigenverantwortlichen Lebensführung ist.

2.1.4 Begleitung und Beratung/Betreuungskontinuität

Aus dem Grundsatz der Betreuungskontinuität im Sinne des § 52 Abs. 3 SGB VIII



ergibt sich die Notwendigkeit zur Anwendung **unterschiedlicher methodischer Arbeitsweisen zur Begleitung und Beratung im Zusammenhang mit der Mitwirkungsaufgabe.**

Die Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren bewegt sich in der Regel im Bereich der Individualhilfen. Im Mittelpunkt des Beratungsinteresses steht der junge Mensch, der mit den Strafrechtsnormen in Konflikt gekommen ist. Die Erziehungsberechtigten werden in unterschiedlichen Formen in den Beratungsprozess einbezogen. Sinnvoll können getrennt und gemeinsam geführte Gespräche sein, Beratungen in der Dienststelle, in der persönlichen Umgebung der Betroffenen oder an einem Ort, der für alle Beteiligten die Chance bietet, sich einbezogen zu fühlen. **Vertrauensvolle Zusammenarbeit** mit den Betroffenen erfordert zudem professionellen Umgang mit Nähe und Distanz.

Wichtig sind **genaue Absprachen** und eindeutige **Kontrakte** über Ziele, Aufgaben, Befugnisse und beabsichtigte Vorgehensweisen.

Aufsuchende Arbeitsansätze und die so genannte Geh-Struktur Sozialer Dienste unterstreichen die Aufgabe, **sozialraumorientierte Hilfen** anzubieten.

Im Rahmen der Mitwirkung erfordert dies **verschiedene Formen** der Kontaktaufnahme.

Junge Menschen werden auf die unterschiedlichen Hilfs- und Mitwirkungsmöglichkeiten hingewiesen und motiviert, sich damit auseinander zu setzen. Bei der Kontaktaufnahme weist der/die Vertreter/in der Jugendhilfe auf den Vertrauens- und Datenschutz hin. Im Gespräch berät er/sie insbesondere über

Rechte und Pflichten der Betroffenen
Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren
Einflussnahmemöglichkeiten der Jugendhilfe auf den weiteren Verfahrensablauf
Überprüfungs- und Unterrichtspflichten der Jugendhilfe gemäß § 52 Abs. 2 SGB VIII einschließlich der Möglichkeiten der Diversion
den üblichen Verfahrensablauf und mögliche Rechtsfolgen
Unabhängigkeit der Jugendhilfe von Polizei und Justiz.

2.2 Förderung der Diversion⁶

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Jugendkriminalität häufig ein entwicklungstypisches, großteils unentdeckt bleibendes Verhalten ist, das sich im weiteren Reifeprozess von selbst verliert, ist eine förmliche jugendstrafrechtliche Sanktion bei einer Vielzahl von jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten entbehrlich.

Nach § 52 Abs. 2 SGB VIII hat das Jugendamt frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen und im positiven Falle die Staatsanwaltschaft beziehungsweise das Gericht entsprechend zu informieren, damit dort das Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) oder eine Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG) geprüft werden kann.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) benennt in § 12 die vorrangigen Ziele der Jugendhilfe. In § 12 Abs. 9 Satz 2 LKJHG heißt es: „Im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz sorgt sie (die Jugendhilfe) dafür, dass Leistungen, die ein Absehen von der Verfolgung oder eine Einstellung des Verfahrens ermöglichen ... rechtzeitig gewährt werden“⁷.

⁶ Definition von Diversion: „...dem Wortsinn nach: Umleiten, Abbrechen von Strafverfolgung zum frühestmöglichen Zeitpunkt.“, zitiert aus dem „Fachlexikon der sozialen Arbeit“, 5. Auflage 2002, herausgegeben vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge

⁷ siehe auch Anhang „Auszüge aus Gesetzestexten“



Die Diversionsrichtlinien des Landes Baden-Württemberg⁸, die zum 01.01.2005 in Kraft getreten sind, betonen ebenfalls, dass die Jugendhilfe hier im Rahmen ihres Auftrages in eigener Zuständigkeit tätig wird und prüft, ob weitergehende Hilfen nach dem SGB VIII einzuleiten sind.

Leistungen der Jugendhilfe sind somit auch im Rahmen der Diversion entsprechend des notwendigen Bedarfes zu erbringen. Wie im formellen Verfahren ist jedoch auch hier zu beachten, dass Jugendhilfeleistungen keine funktionellen Äquivalente zu strafrechtlichen Sanktionen darstellen, sondern auf Grundlage einer Bedarfsermittlung nach dem SGB VIII erbracht werden.

Eine Vermischung justizieller Aufgaben mit solchen der Jugendhilfe ist zu vermeiden. Die Jugendhilfe hat vielmehr den Transfer ihres Auftrags, nämlich die Prüfung der Notwendigkeit von Jugendhilfeleistungen und – soweit erforderlich – die Einleitung eines Hilfeprozesses, in das Strafverfahren zu leisten.

Zu beachten ist, dass der jeweilige Beschuldigte dadurch nicht stärker belastet wird als im Falle einer Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens mit förmlicher Verurteilung. Sollten daher intensive Leistungen der Jugendhilfe aufgrund der allgemeinen psycho-sozialen Situation und des erzieherischen Bedarfs des Jugendlichen/jungen Volljährigen in Betracht kommen, die nur am Rande mit der Straftat in Zusammenhang stehen, so entspricht dies dem Jugendhilfeauftrag, kann aber im Einzelfall bedeuten, dass die Hilfe nicht (nur) aus Anlass des Strafverfahrens gewährt wird, sich jedoch gleichwohl dafür eignet, von der weiteren Verfolgung gemäß § 45 Abs. 2 JGG abzusehen.

Im Kontakt mit dem Beschuldigten kann sich ergeben, dass zwar keine Jugendhilfeleistungen notwendig sind, aber seitens

der Eltern oder anderer Stellen des sozialen Nahbereichs in einer Art und Weise reagiert wurde, die das Absehen von der weiteren Strafverfolgung gemäß § 45 JGG oder die Einstellung des Verfahrens gemäß § 47 JGG ermöglichen können.

§ 45 Abs. 2 JGG spricht von „erzieherischen Maßnahmen“, die ein Absehen von der Verfolgung ermöglichen. Erzieherische Maßnahmen im Sinne des JGG sind als jede Reaktion zu verstehen, die zur Erziehung des Beschuldigten oder aus Anlass einer Straftat von öffentlicher oder privater Seite durchgeführt wird und somit **nicht** gleichzusetzen mit am erzieherischen Bedarf orientierten Hilfen (zur Erziehung) im Sinne des SGB VIII.

§ 45 Abs. 2 JGG räumt ebenso wie die Diversionsrichtlinien dem Täter-Opfer-Ausgleich einen besonderen Stellenwert ein. Gerade Konfliktschlichtungs-, Mediations- und außergerichtliche Tatausgleichsverfahren tragen in hohem Maße zur Zielerreichung des SGB VIII bei, Aufgaben zugunsten junger Menschen zu erfüllen.

Es ist Aufgabe der Jugendhilfe und der Justiz, solche Ansätze auszubauen und vielfältige neue Hilfen zu entwickeln, die dazu beitragen, die Diversion zu fördern und somit förmliche Strafverfahren zu vermeiden.

2.3 Unterrichtung der Staatsanwaltschaft und des Gerichts

Die Unterrichtungspflicht gemäß § 52 Abs. 2 SGB VIII ist häufig mit der Rückmeldung an das Jugendgericht im Sinne des § 52 Abs. 1 SGB VIII i.V. m. § 38 JGG gekoppelt. Dem wird in der Regel durch Berichterstattung nachgekommen.

Vor dieser Berichterstattung kann bereits eine (Kurz-)Meldung an Staatsanwaltschaft und Gericht erfolgen, und zwar darüber, ob Jugendhilfeleistungen voraus-

⁸ siehe Diversionsrichtlinien im Anhang



sichtlich in Betracht kommen beziehungsweise eingeleitet oder bereits gewährt werden (siehe 2.1.2).

Im Kontext der §§ 1 und 2 SGB VIII bringt das Jugendamt gemäß § 38 JGG die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte im Jugendstrafverfahren zur Geltung, soweit dies dem Zweck der Jugendhilfe entspricht (wie z. B. der positiven Auswirkung auf den Hilfeprozess). Voraussetzung hierfür ist der persönliche Kontakt mit dem jungen Menschen, gegebenenfalls seinen Personensorgeberechtigten und/oder weiteren Bezugspersonen. Die Form und der Umfang der Berichterstattung wird von den Erfordernissen des Einzelfalls bestimmt und hängt von der Mitwirkungsbereitschaft des Betroffenen ab.

Eine Berichterstattung sollte zu folgenden Stichpunkten inhaltliche Aussagen enthalten, wobei diese Inhalte dem jungen Menschen im Beratungsgespräch offen zu legen sind und die Weitergabe an die Justiz mit ihm abzustimmen ist:

1. Personalien/Quellenangaben
2. Beschreibung/Erläuterung der Lebenslage des jungen Menschen (ggf. persönliche und familiäre Situation, soziales Umfeld/Freundeskreis, schulische/ berufliche/ finanzielle Situation)
3. Wiedergabe von Einstellung und Motivation des jungen Menschen zum Tatvorwurf, zu seiner Selbsteinschätzung und gegebenenfalls zu den Auswirkungen des Vorwurfes beziehungsweise der Tat
4. Angaben, weshalb – (keine/welche) – Leistungen der Jugendhilfe eingeleitet/gewährt werden
5. Schlussfolgerungen
 - Prognose
 - Bewertung zur strafrechtlichen Verantwortung gemäß § 3 JGG bei Jugendlichen/gegebenenfalls Stellungnahme zu § 105 JGG bei Heranwachsenden

- Stellungnahme und gegebenenfalls Vorschlag zu den zu ergreifenden Maßnahmen im Sinne des JGG.

Die datenschutzrechtlichen Regelungen des SGB VIII sind in der Berichterstattung gegenüber der Justiz zu berücksichtigen. Sozialdaten sind direkt beim Betroffenen zu erheben. Er ist über die Erhebung und Verwendung der Daten aufzuklären (§ 62 Abs. 2 SGB VIII). Ohne Mitwirkung des Betroffenen ist eine Datenerhebung nur erlaubt, wenn eine Erhebung beim Betroffenen nicht möglich ist oder die Berichterstattung eine Erhebung bei anderen erfordert (§ 62 Abs. 3 SGB VIII). Die Weitergabe der Daten ist mit dem Betroffenen abzustimmen.

2.4 Haftentscheidungshilfe/Haftvermeidungshilfe

Hierbei handelt es sich um Mitwirkungsverpflichtungen, die sich aus der Verbindung von § 52 Abs. 1 SGB VIII mit § 72 a JGG ergeben:

2.4.1 Unterrichtungspflichten Dritter

Polizei, Staatsanwaltschaft und Haftrichter sollen das Jugendamt in Haftsachen so früh wie möglich informieren.

„Die Jugendgerichtshilfe ist unverzüglich von der Vollstreckung eines Haftbefehls zu unterrichten; ihr soll bereits der Erlass eines Haftbefehls mitgeteilt werden. Von der vorläufigen Festnahme eines Jugendlichen ist die Jugendgerichtshilfe zu unterrichten, wenn nach dem Stand der Ermittlungen zu erwarten ist, dass der Jugendliche gemäß § 128 der Strafprozessordnung dem Richter vorgeführt wird.“⁹

Der Termin der Vorführung vor dem Haftrichter soll der Jugendgerichtshilfe mitgeteilt werden.

9 § 72 a JGG - siehe Anhang

2.4.2 Folgen für das Jugendamt

Das Jugendamt soll am Haftprüfungstermin teilnehmen. Die Richtlinie zu § 72 a JGG bestimmt, dass das Jugendamt „so früh wie möglich“ durch Staatsanwaltschaft und Gericht, gegebenenfalls durch die Polizei unterrichtet wird (s. auch PDV 382 im Anhang). Deshalb soll das Jugendamt darauf hinwirken, dass diesen Mitteilungspflichten seitens der Justiz nachgekommen wird. Dies soll dazu beitragen, **Haftalternativen aufzuzeigen**, um dadurch eine Haftvermeidung oder eine Haftverkürzung zu erreichen.

Das Jugendamt hat besonders in den Fällen **drohender Untersuchungshaft** frühzeitig zu prüfen, ob und wie durch Leistungen der Jugendhilfe eine Inhaftierung vermieden werden kann, und zwar **nicht nur** durch Bereitstellung stationärer Alternativen, sondern auch den **Ausbau ambulanter Hilfen**. Hierin sollen auch Angebote für junge Volljährige enthalten sein, denn auf sie findet ebenfalls § 72 a JGG Anwendung.¹⁰

In Fällen von unter 16-jährigen Jugendlichen zwingt § 72 Abs. 2 JGG den Richter zu einer einzelfallbezogenen Prüfung von Haftalternativen. Wenn entsprechende Alternativen vorbereitet worden sind, kann das Jugendamt Haftprüfungstermine anregen.

2.5 Hauptverhandlung

Aus der Verbindung von § 52 Abs. 1 SGB VIII mit § 50 Abs. 3 JGG ergibt sich das Recht des Jugendamts, an der Hauptverhandlung mitzuwirken. Dieses Recht ist eine Chance für die Jugendhilfe, Einfluss auf das Verfahren zu nehmen, darf aber nicht als Anwaltsfunktion missverstanden werden, sondern muss sich **ausschließlich am Hilfeauftrag** orientieren.

Gemäß § 50 Abs. 3 JGG sind Ort und Zeit der Hauptverhandlung mitzuteilen. Dies soll so frühzeitig wie möglich geschehen. Ob die Mitwirkung durch schriftliche Berichterstattung und/oder Teilnahme an der Hauptverhandlung stattfindet, entscheidet sich durch die Einzelfallprüfung der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren.

Der Wunsch des Betroffenen zur Begleitung bei der Hauptverhandlung soll berücksichtigt werden. Wünscht der junge Mensch nach Beratung ausdrücklich keine Teilnahme der Jugendhilfe an der Hauptverhandlung, so ist dies in der Regel zu akzeptieren und dem Gericht mitzuteilen.

Wenn **aus Sicht des Jugendgerichtes** konkrete Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass von der Jugendhilfe weitere Aufklärung zur Gewinnung eines möglichst vollständigen Bildes von der Persönlichkeit, der Entwicklung und Umwelt des Betroffenen zu erwarten ist **und dadurch maßgeblich** Art und Höhe der Sanktion beeinflusst werden können, hat das Gericht die Jugendhilfe ausdrücklich auf die Unverzichtbarkeit ihrer Teilnahme hinzuweisen und die Anwesenheit zu begründen. **Umgekehrt** besteht für die Jugendhilfe auch eine Begründungspflicht, wenn sie aufgrund ihrer Einzelfallbeurteilung anderer Auffassung ist und diesem Ersuchen nicht entsprechen will. Diese Begründungspflichten dienen dazu, die jeweiligen Standpunkte deutlich herauszuarbeiten. Das Jugendamt ist nicht generell verpflichtet, an der Hauptverhandlung durch persönliche Teilnahme mitzuwirken.

Wenn die Entscheidung für eine Teilnahme fällt, dann soll an der Hauptverhandlung der-/diejenige Mitarbeiter/in teilnehmen, der/die den jungen Menschen während des bisherigen Verfahrens begleitet hat beziehungsweise begleiten wird. Im Vordergrund steht das Hilfeangebot für die

¹⁰ Dass die Heranwachsenden nicht ausdrücklich erwähnt werden, bezeichnet Ostendorf als „redaktionelles Versehen des Gesetzgebers“, da § 72a JGG erst im Zuge der Gesetzesberatung als selbstständige Norm eingeführt wurde.



Betroffenen und deren Erziehungsberechtigte. Die Ausgestaltung erfordert eine Beratung mit ihnen über Sinn, Zweck und Erforderlichkeit einer Präsenz der Jugendhilfe in der Hauptverhandlung.

Die Entscheidung des Jugendamtes über die Notwendigkeit einer Präsenz erfordert eine Abwägung zwischen Hilfeleistung im Sinne von Begleitung und Unterstützung der Betroffenen und Erforderlichkeit im justiziellen Verfahren. Für eine Präsenz spricht, dass die bis zum Beginn der Hauptverhandlung gewonnenen Erkenntnisse, die daraus resultierenden Sichtweisen sowie die Vorschläge, die sich in der Berichterstattung niederschlagen, erfahrungsgemäß vorläufigen Charakter haben. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie sich durch Erkenntnisse, Eindrücke und Beobachtungen, die während der Hauptverhandlung gemacht werden, modifizieren können. Daraus folgt die Möglichkeit, dass diese neuen oder modifizierten Aspekte direkt in die laufende Verhandlung einfließen können. Jedoch ist auch hierbei zu berücksichtigen, dass die in § 38 JGG genannte Gesichtspunkte nach der Prüfung der Erforderlichkeit im Sinne des SGB VIII einzubringen sind.

Wenn sich das Jugendamt für eine Präsenz im Strafverfahren entscheidet, ist zu beachten, dass es gem. § 50 Abs. 3 JGG auf Verlangen das Wort erhält und sich dadurch Gehör verschaffen darf.

Auch die Vorschriften in § 38 Abs. 2 und 3 JGG bieten die Möglichkeit, in verschiedenen Phasen der Hauptverhandlung relevante Aspekte für die Unterstützung der Betroffenen beziehungsweise des Hilfeprozesses einzubringen.

Der Grundsatz der Betreuungskontinuität gilt auch nach Beendigung der Gerichtsverhandlung.

2.6 Weisungen und Auflagen

Weisungen und Auflagen gemäß §§ 10 und 15 JGG können durch Beschluss im vorläufig eingestellten Verfahren (§§ 45, 47 JGG) oder durch Urteil auferlegt werden. Sie sind „Maßnahmen“ der Justiz und beinhalten eine Delegation der Kontrollaufgaben an das Jugendamt. Dieser Kontrollauftrag hat den Inhalt, den von der Weisung/Auflage betroffenen jungen Menschen (und seiner Erziehungsberechtigten) darüber zu informieren und konkret zu beraten, welche Weisungen und Auflagen als Tatfolgenreaktion in Betracht kommen können. Seine Bereitschaft zur Mitarbeit ist zu klären. Die Teilnahme am Sozialen Trainingskurs, die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs und die Betreuungsweisung sind nur im Einvernehmen aller Beteiligten sinnvoll.

Das Jugendamt **überwacht** die Durchführung von Weisungen und Auflagen, soweit nicht die Bewährungshilfe dazu berufen ist (§ 38 Abs. 2 Satz 5 JGG).¹¹

Werden Weisungen oder Auflagen nicht erfüllt, klärt das Jugendamt mit dem Betroffenen die Gründe.

Das Jugendamt **regt die Änderung** von Weisungen und Auflagen **an**, wenn dies aus pädagogischen Gründen angezeigt ist.

Hierbei ist eine Betreuungskontinuität (siehe 2.1.4) erforderlich, damit einzelfallbezogene und allgemeine Auswertungen von abgeschlossenen Weisungen und Auflagen ermöglicht werden können.

Das Jugendamt hat die Möglichkeit, eigene und individuell ausgearbeitete Vorschläge zu unterbreiten, die die im JGGgeführten Weisungen und Auflagen **ergänzen**. Für die sogenannten neuen ambulanten Maßnahmen (Sozialer Trainings-

¹¹ Auf örtlicher Ebene sind auch andere Absprachen möglich, z. B., dass Arbeitsstunden direkt durch das Jugendgericht vermittelt und überwacht werden

kurs, Betreuungsweisung, TOA, sozialpädagogisch betreute Arbeitsweisungen) sind von den verschiedenen Fachgremien Standards entwickelt worden, die beachtet werden sollten.¹²

2.7 Kontakt während der Untersuchungshaft und des Strafvollzugs

Sowohl § 52 Abs. 3 SGB VIII als auch § 38 Abs. 2 JGG weisen ausdrücklich auf die Kontinuität der Betreuung während des gesamten Verfahrens hin. **Da diese Betreuung bis zur Beendigung der Rechtsfolgen aufrechterhalten werden kann, ist auch der beratende Kontakt während der Untersuchungshaft und des Strafvollzugs mit einbezogen.** Gemäß § 93 JGG hat der/die Vertreter/in der Jugendhilfe den gleichen Status wie ein Verteidiger beim Umgang mit dem inhaftierten jungen Menschen (z. B. beim Besuch in der Haftanstalt). Die **Jugendstrafanstalten** sind gehalten, den Jugendämtern **die Aufnahme eines jungen Menschen mitzuteilen**. Das Jugendstrafvollzugsgesetz für Baden-Württemberg sieht in § 15 Abs. 2 und 4 ausdrücklich die Zusammenarbeit mit den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe (insbesondere der Jugendgerichtshilfe) vor. Sie sollen „in die Planung und Gestaltung der Erziehung im Vollzug einbezogen werden.“ Dies erfordert auch die Kontaktaufnahme und enge Kooperation mit den Sozialen Diensten im Strafvollzug, was insbesondere bei Vollzug von Jugendstrafe in freien Formen, als auch bei der Vorbereitung einer Entlassung geboten ist. Die Strafanstalten teilen dem Jugendamt die beabsichtigte Entlassung eines Jugendlichen/Heranwachsenden frühzeitig mit.

2.8 Ansprechpartner nach Beendigung des Strafverfahrens

Der/die Mitarbeiter/in der Jugendhilfe, der/die bis dahin für die Hilfegewährung zu-

ständig war, bleibt auch **nach Beendigung des Strafverfahrens** für den jungen Menschen und gegebenenfalls dessen Eltern Ansprechpartner/in. Oft entwickelt sich im Rahmen der Betreuung ein Vertrauensverhältnis, bisweilen bestärkt dadurch, dass die Betroffenen fachlich kompetente Hilfestellung erfahren haben. Ein **weitergehendes Beratungsangebot** soll daher dem jungen Menschen grundsätzlich unterbreitet werden. Dadurch kann zum Beispiel die Hilfestellung zur Bewältigung einer persönlichen Problemsituation, wie etwa Schulprobleme, Arbeitslosigkeit oder Beziehungsstörungen in der Familie auch nach Beendigung der Tätigkeit in Strafverfahren fortgeführt werden. Fragen in Bezug auf Folgen aus dem Strafverfahren, aber auch Abklärungen, welche Auswirkungen abgeschlossene Weisungen und Auflagen haben, können eine Fortsetzung der Beratungsleistung erfordern. Hinsichtlich zivilrechtlicher Forderungen, Kostenrechnungen, verkehrsbehördlicher und ausländerrechtlicher Folgen und ähnliches sind die Rechtsberatungen der Gerichte und Anwälte die geeigneten Stellen zu einer umfassenderen Beratung (siehe Rechtsberatungsgesetz).

2.9 Zuständigkeit/Amtshilfe

Die örtliche Zuständigkeit des Jugendamtes für die Mitwirkung in Verfahren nach dem JGG ist in § 87 b SGB VIII, die Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe sind in § 4 SGB X geregelt.

Die Zuständigkeit im Sinne des § 87 b SGB VIII orientiert sich an der örtlichen Zuständigkeit für Leistungen an Kinder, Jugendliche, Eltern (§ 86 Abs. 1 bis 4 SGB VIII) und für junge Volljährige (§ 86a Abs. 1 und 3 SGB VIII). Dies ist sinnvoll, da im Zusammenhang mit der Mitwirkung jeweils auch geprüft werden muss, ob Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen.

12 z.B.: TOA-Standards, die beschrieben sind in: „Qualitätskriterien für die Praxis des Täter-Opfer-Ausgleichs“ 5. Auflage (unverändert) Hrsg. Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung/BAG TOA, Köln, 2000 sowie „Qualitätsstandards für ambulante Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz in Baden-Württemberg“, Hrsg. LAG BW, 1997



Durch Umzug der Personensorgeberechtigten während eines laufenden Strafverfahrens in den Bereich eines anderen Jugendamtes kann die örtliche Zuständigkeit für die spätere Gewährung von Leistungen an diesen Träger übergehen.

Die Zuständigkeit für die Mitwirkung bleibt bis zum Abschluss des Verfahrens beim bisherigen Jugendamt bestehen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer sehr engen Kooperation der beteiligten Jugendämter. Ferner ist eine höchst mögliche Betreuungskontinuität während des gesamten Verfahrens wünschenswert (s. § 52 Abs. 3 SGB VIII und § 38 Abs. 2 Satz 4 JGG).

Gemäß § 38 Abs. 2 letzter Satz JGG hat die Jugendhilfe sich auch (weiterhin) um diejenigen jungen Menschen zu kümmern, die Jugendstrafe in einer Haftanstalt verbüßen. Das Prinzip der Durchgängigkeit von Hilfen lässt es in der Regel nicht zu, diese Aufgabe von anderen Jugendämtern per Amtshilfe gemäß § 4 SGB X erledigen zu lassen.

Daher soll das nach § 87 b SGB VIII zuständige Jugendamt grundsätzlich alle Möglichkeiten ausschöpfen, im Rahmen dieser Arbeitshilfe selbst tätig zu werden. Im Konkreten bedeutet dies, mit dem jungen Menschen Kontakt aufzunehmen, an der Hauptverhandlung teilzunehmen, gegebenenfalls die erforderliche persönliche Betreuung zu gewährleisten und während des Vollzugs Verbindung zu halten. Dies schließt die entsprechenden Dienstreisen mit ein.

Die Erfüllung der Aufgaben gemäß § 52 SGB VIII im Sinne dieser Arbeitshilfe stellt regelmäßig so hohe Anforderungen, dass sie von einem/r Mitarbeiter/in eines „fremden“ Jugendamtes, das in Amtshilfe tätig würde, nur unter wesentlich erschwerten Bedingungen und mit einem unverhältnismäßigen und zusätzlichen Aufwand zu erfüllen wären. Demnach braucht die ersuchte Behörde Amtshilfe in der Regel ge-

mäß § 4 Abs. 3 SGB X nicht zu leisten, **hat allerdings** – wird sie dennoch um Amtshilfe gebeten – **vor einer eventuellen Ablehnung zu prüfen**, ob die ersuchende Behörde die Amtshandlung nur mit dem beschriebenen wesentlich größeren Aufwand wahrnehmen könnte als die ersuchte Behörde (§ 4 Abs. 1, Nr. 5 SGB X). Bestätigt die Prüfung diesen Sachverhalt, ist Amtshilfe zu leisten. In diesem Fall hat die ersuchende Behörde hierfür alle erforderlichen Unterlagen unter Gewährleistung der datenschutzrechtlichen Bedingungen gemäß §§ 62, 64 und 65 SGB VIII weiterzureichen, damit die ersuchte Behörde die Amtshilfe sachgerecht wahrnehmen kann.



Dezember 2007

**Herausgeber:
Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Dezernat Soziales**

Verantwortlich:
Willi Igel

Gestaltung:
Waltraud Gross

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart

Kontakt:
Telefon 0711 6375-0
Telefax 0711 6375-449

info@kvjs.de
www.kvjs.de

Bestellung/Versand:
Ulrike Cserny
Telefon 0711 6375-469
Ulrike.Cserny@kvjs.de

Anlage 5:

Diversionsrichtlinien des Landes Baden-Württemberg

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums, des Innenministeriums und des Sozialministeriums zur Förderung von Diversionsmaßnahmen und zur Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe bei Straftaten jugendlicher und heranwachsender Beschuldiger sowie delinquentem Verhalten von Kindern (Zusammenarbeits- und Diversionsrichtlinien)

Vom 13. Dezember 2011

VwV d. JuM vom 13. Dezember 2011
(Az.: 4210/0091 JuM, 3-1210/40/362 IM, 22-6940-3 SM)
– Die Justiz 2012 S. 7 –

Bezug: VwV d. JuM vom 20. Dezember 2004
(Az.: 4201/0017 JuM, 3-0522.015 IM,
42-6901-0552-1 SM) – Die Justiz 2005 S. 72 –

Die im Bezug genannte Verwaltungsvorschrift vom 20. Dezember 2004 wird zum 1. Januar 2012 durch folgende Verwaltungsvorschrift ersetzt:

Inhaltsübersicht

1. Allgemeines
2. Anwendungsbereich
 - 2.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG
 - 2.2 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG
 - 2.3 § 47 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1 JGG
 - 2.4 Vereinfachtes Jugendverfahren nach §§ 76 ff. JGG
 - 2.5 Förmliches Jugendstraßverfahren
3. Verfahren und Verfahrensbeteiligte
 - 3.1 Polizei
 - 3.1.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG
 - 3.1.2 Vorgehen in den weiteren Stufen
 - 3.1.3 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG
 - 3.1.4 Erledigung außerhalb der Diversion
 - 3.1.5 Weitere Hinweise zur Sachbearbeitung durch die Polizei
 - 3.2 Staatsanwaltschaft
 - 3.2.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG
 - 3.2.2 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG
 - 3.2.3 Erledigung außerhalb der Diversion
 - 3.3 Jugendgerichtshilfe
 - 3.3.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG
 - 3.3.2 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG
 - 3.3.3 Erledigung außerhalb der Diversion
 - 3.3.4 Weitere Hinweise zur Befassung der Jugendgerichtshilfe
4. Zusammenarbeit in Folge delinquenten Verhaltens von Kindern

5. Kooperation von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe zur Umsetzung dieser Richtlinien

6. Inkrafttreten, Außerkrafttreten und Befristung

Anlage

1. Allgemeines

Nach den Erkenntnissen kriminologischer Forschung ist Jugendkriminalität im Bagatelbereich bis hin zu mittelschweren Verfehlungen zumeist ein entwicklungstypisches, großteils unentdeckt bleibendes Verhalten, das sich im weiteren Reifungsprozess von selbst verliert. Eine jugendstrafrechtliche Reaktion beziehungsweise Sanktion ist somit bei einer Vielzahl von jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten entbehrlich. Die prozessualen Möglichkeiten zur Verfahrenseinstellung gemäß den §§ 45 und 47 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) erlauben es daher, nach anderweitiger erzieherischer Einwirkung auf den Beschuldigten von einer weiteren Strafverfolgung abzusehen (Diversion).

Erzieherische Maßnahmen nach §§ 45 und 47 JGG haben in erster Linie dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit der Tat erfolgen. Daher kommt der Polizei, in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und der Jugendgerichtshilfe, auf Grund ihrer örtlichen und persönlichen Nähe zu den Beschuldigten eine besondere Bedeutung zu.

Bei schwerer wiegenden Delikten oder wiederholter Delinquenz ist es erforderlich, zeitnah mit den formellen und informellen Mitteln des Jugendstrafrechts zu reagieren, deutlich und unmissverständlich Grenzen zu setzen sowie Verhaltensalternativen aufzuzeigen.

Die folgenden Richtlinien sollen die Zusammenarbeit der mit Jugendkriminalität befassten Institutionen noch enger und effektiver aufeinander abstimmen, um ein zeitnahes, gemeinsames, individuelles und ursachenorientiertes Vorgehen unter Berücksichtigung der Tatumstände, der Persönlichkeit des Tatverdächtigen und seines sozialen Umfelds zu gewährleisten. Die Richtlinien sollen weiter zur verstärkten Nutzung der Möglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes zur Vermeidung förmlicher Gerichtsverfahren (Diversion und vereinfachtes Jugendverfahren) beitragen. Diese Richtlinien hindern die Staatsanwaltschaft im Rahmen ihres Beurteilungs- und Ermessensspielraums nicht, bei Vorliegen der hier angenommenen Voraussetzungen im Einzelfall von anderen Reaktionsmöglichkeiten Gebrauch zu machen.

Die folgenden Grundsätze gehen den Richtlinien für das Jugendgerichtsgesetz vor und konkretisieren bei Straftaten von jugendlichen und Heranwachsenden die gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Justiz- und Innenministeriums zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei vom 19. Dezember 2007 Az.: 4111-0050-JUM; 3-1268/22-IM, Die Justiz 2008 S. 62.

2. Anwendungsbereich

Vorbemerkung

Die Anwendung der Einstellungsvorschriften nach § 45 JGG darf nicht zu einer Missachtung der Unschuldsvermutung und zu einer Einschränkung von Verteidigungsrechten

Januar 2012

Die Justiz

VORSCHRIFTENDIENST
BADEN-WÜRTTEMBERG
<http://www.vd-bw.de>

7

führen. Liegt kein für eine Anklageerhebung hinreichender Tatverdacht vor, so ist das Verfahren nach § 170 Absatz 2 der Strafprozessordnung (StPO) einzustellen. Die Anwendung des § 45 Absatz 1 und 2 JGG kommt jedoch auch bei nicht geständigen Beschuldigten in Betracht, sofern der Tat- und Schuldnachweis auf andere Weise geführt werden kann, der Beschuldigte den Tatvorwurf nicht ernstlich bestreitet und zur Mitwirkung bereit ist (Freiwilligkeitsprinzip). § 45 Absatz 3 JGG bleibt unberührt. Zudem verfügt die Staatsanwaltschaft auch nach § 31 a des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) über weit reichende Einstellungsmöglichkeiten im Bereich der so genannten Konsumverfahren. Sind die Voraussetzungen dieser Vorschrift erfüllt, so soll eine vorrangige Anwendung von § 31 a BtMG vor § 45 JGG geprüft werden. Das nachfolgend dargestellte abgestufte Vorgehen (Stufenmodell) soll bei hinreichendem Tatverdacht eine angemessene staatliche Reaktion gewährleisten.

Die Staatsanwaltschaft wendet die Reaktionsmöglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes (Diversion, vereinfachtes Jugendverfahren und förmliches Jugendverfahren) in folgender Abstufung an:

2.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG

§ 45 Absatz 1 JGG wird bei leichten Taten erstmals auffälliger Beschuldigter angewandt, wenn es sich um jugendtypisches Fehlverhalten mit geringem Schuldgehalt und geringer Auswirkung der Straftat handelt, das über die von der Entdeckung der Tat und den vom Ermittlungsverfahren ausgehenden Wirkungen hinaus keine erzieherischen Maßnahmen erfordert.

Im Wiederholungsfall wird die Anwendung von § 45 Absatz 1 JGG regelmäßig ausgeschlossen sein. Nur ausnahmsweise kann auch im Wiederholungsfall von der Verfolgung nach dieser Vorschrift abgesehen werden, wenn der Beschuldigte längere Zeit nicht auffällig geworden ist oder das Delikt im Hinblick auf das geschützte Rechtsgut oder die Art der Tatbegehung von der vorangegangenen Straftat erheblich abweicht. In diesen Fällen ist zu prüfen, ob nicht zumindest ein Gespräch mit den Beschuldigten geboten ist.

Als jugendtypische Straftaten geringen Gewichtes können neben den in der Anlage genannten Delikten auch andere Verfehlungen in Betracht kommen, die durch die Gesamtumstände als geringfügig eingestuft werden können. Entscheidend bleiben bei jeder Verfehlung die Umstände des Einzelfalles.

2.2 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG

Eine Einstellung des Verfahrens nach § 45 Absatz 2 JGG kommt erst dann in Betracht, wenn § 45 Absatz 1 JGG nicht anzuwenden ist. Das Subsidiaritätsprinzip gebietet es, dass sich der Staat mit erzieherischen Maßnahmen immer dort zurückhält, wo solche Maßnahmen bereits von den Eltern oder anderen mit der Erziehung in erster Linie befassten Personen ergriffen worden sind. Erzieherische Reaktionen aus dem sozialen Umfeld des Jugendlichen in zeitnahe Anschluss an die Tat reichen häufig aus, eine Unrechtseinsicht herbeizuführen und das künftige Verhalten zu beeinflussen. Einer solchen Maßnahme steht das ernsthafte Bemühen des Beschuldigten gleich, einen Ausgleich mit dem Verletzten

im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleichs zu erreichen. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist, auch außerhalb der Diversion, angesichts der tatbezogenen Auseinandersetzung mit den Folgen für das Opfer gerade bei jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten von großem erzieherischem Wert. Es soll daher in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs angezeigt ist. Die Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs (§ 45 Absatz 2 Satz 2 JGG) sollte nach Möglichkeit vom Jugendamt oder einem freien Träger in seinem Auftrag vermittelt werden.

Ist eine erzieherische Reaktion noch nicht erfolgt oder erscheinen weitere Einwirkungen notwendig, so leitet die Staatsanwaltschaft geeignete erzieherische Maßnahmen ein, wenn sie weder die Beteiligung des Richters nach § 45 Absatz 3 JGG noch die Erhebung der Anklage für erforderlich hält.

Ein Absehen von der Verfolgung gemäß § 45 Absatz 2 JGG kommt insbesondere bei wiederholter Begehung derjenigen Delikte in Betracht, bezüglich derer das Verfahren im Erstfall sanktionslos gemäß § 45 Absatz 1 JGG eingestellt werden kann, sowie bei Taten, die schwerer wiegen als die in der Anlage genannten Delikte.

Das richterliche Erziehungsverfahren (§ 45 Absatz 3 JGG) hat gegenüber dem förmlichen Jugendstrafverfahren den Vorteil, dass ohne die belastende Förmlichkeit einer Antrags- oder Anklageschrift die richterliche Reaktion schnell und in einem informellen Erziehungsgespräch erfolgen kann. Dieses Verfahren kommt im Einzelfall bei Delikten leichter und mittlerer Kriminalität einschließlich der Wiederholungstaten in Betracht, bei denen erzieherische Maßnahmen über § 45 Absatz 2 JGG hinaus erforderlich, die des § 45 Absatz 3 JGG aber ausreichend erscheinen.

2.3 § 47 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1 JGG

Regt das Jugendgericht zur Vermeidung einer Verurteilung an, das Verfahren gemäß § 47 JGG (vorläufig) einzustellen, so überprüft die Staatsanwaltschaft, ob die Gesichtspunkte, die sie zu einem Antrag gemäß § 76 JGG oder einer Anklage bewogen haben, einer Zustimmung entgegenstehen. Bei ihrer Entscheidung berücksichtigt die Staatsanwaltschaft die inzwischen eingetretenen Veränderungen beim Angeklagten und die beabsichtigten oder durchgeführten erzieherischen Maßnahmen.

2.4 Vereinfachtes Jugendverfahren nach §§ 76 ff. JGG

Eine Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren kommt bei (wiederholten) Straftaten der leichten oder der mittleren Kriminalität in einfach gelagerten Fällen (geringer Aufklärungsaufwand, Beispiel: Geständnis liegt vor) in Betracht, in denen eine oder mehrere Einstellungen nach § 45 JGG bereits erfolgt sind beziehungsweise auf Grund der Umstände der Tat oder in der Persönlichkeit des Jugendlichen liegende Gründe eine Diversion nicht (mehr) angezeigt ist, aber eine formelle Verhandlung noch nicht erforderlich erscheint.

Das vereinfachte Jugendverfahren hat gegenüber dem förmlichen Jugendverfahren insbesondere den Vorteil, dass die

Verhandlung im vereinfachten Jugendverfahren in Abwesenheit der Staatsanwaltschaft und der Jugendgerichtshilfe erfolgen kann. Es stellt daher ein geeignetes Mittel dar, auf delinquentes Verhalten Jugendlicher sehr zeitnah zu reagieren. Es gilt daher, von der Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren verstärkt Gebrauch zu machen.

Die Ausführungen dieser Richtlinien zum vereinfachten Jugendverfahren bei Jugendlichen sind sinngemäß auf das beschleunigte Verfahren bei Heranwachsenden anzuwenden.

2.5 Förmliches Jugendstrafverfahren

Eine Entscheidung im förmlichen Jugendverfahren ist in den Fällen zu beantragen, in denen Diversionsmaßnahmen oder die Durchführung eines vereinfachten Jugendverfahrens nicht in Betracht kommen und eine formelle Verhandlung vor dem Jugendgericht erforderlich erscheint. Dies sind insbesondere auch Verfahren, deren Aufklärung sich besonders schwierig oder langwierig gestaltet und die somit nicht für Diversionsmaßnahmen oder die Erledigung im Rahmen des vereinfachten Jugendverfahrens geeignet sind.

3. Verfahren und Verfahrensbeteiligte

3.1 Polizei

Für einen optimalen Informationsfluss und die Beschleunigung des Jugendstrafverfahrens durch Parallelbefassung der Institutionen ist eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe unerlässlich.

Deshalb hat sich die örtliche Bearbeitungszuständigkeit bei kindlichen und jugendlichen Delinquenten, abgesehen von Sofortmaßnahmen, grundsätzlich an deren Wohnsitz zu orientieren, wie es für die Jugendhilfe (§§ 86 und 86 a des Sozialgesetzbuch Achtes Buch), die Staatsanwaltschaft (§ 143 des Gerichtsverfassungsgesetzes und § 42 JGG) und das Jugendgericht (§ 42 JGG) gilt. Die Bearbeitung nach dem Wohnortprinzip gilt nicht für Heranwachsende oder wenn der Delinquent seinen Wohnsitz außerhalb des Landes Baden-Württemberg hat. Die näheren Einzelheiten sind gesondert zu regeln.

Um eine zeitnahe Parallelbefassung aller mit Jugenddelinquenz befasster Institutionen zu gewährleisten und alle Möglichkeiten zur Vermeidung förmlicher Gerichtsverfahren und förmlicher Verurteilung auszuschöpfen, ist es erforderlich, dass die Ermittlungen der Polizei sämtliche Informationen berücksichtigen, die für eine zeitnahe Entscheidung der Staatsanwaltschaft über den weiteren Verfahrensverlauf relevant sind.

Die Polizei wird nach einer ersten Einordnung des Falles zwischen den verschiedenen Fallgruppen des Stufenmodells unterscheiden und ihre Ermittlungstätigkeit an den hiernach zu treffenden Maßnahmen ausrichten:

3.1.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG

Bei den in der Anlage genannten Straftaten sind eingehende Ermittlungen zu Person und sozialem Umfeld des Beschuldigten in der Regel entbehrlich, wenn es sich um die erste Auffälligkeit handelt, der Beschuldigte den Tatvorwurf nicht

ernstlich bestreitet und keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass er in Zukunft weitere Straftaten begehen wird.

Die Polizei beschränkt sich in diesen Fällen regelmäßig auf ein anlässlich der Beschuldigtenvernehmung zu führendes normverdeutlichendes Gespräch, welches den Beschuldigten beeindrucken und somit die erzieherische Wirkung des Ermittlungsverfahrens unterstützen soll. Bei Jugendlichen können hierzu die Erziehungsberechtigten hinzugezogen werden. Gleichzeitig sollen die Beschuldigten in geeigneten Fällen auf Hilfsangebote staatlicher und sozialer Organisationen, insbesondere von Trägern der Jugendhilfe, hingewiesen werden und gegebenenfalls eine entsprechende Handreichung ausgehändigt bekommen.

Hält die Polizei danach weitere Maßnahmen für entbehrlich, so teilt sie dies unter gleichzeitiger Übersendung der Akten der Staatsanwaltschaft mit.

3.1.2 Vorgehen in den weiteren Stufen

Liegt nach erster Einschätzung der Polizei ein hinreichender Tatverdacht vor und kommt nach ihrer Auffassung eine Befassung im Rahmen der weiteren Stufen des Stufenmodells (Nummer 2.2 bis 2.5) in Betracht, nimmt der Sachbearbeiter der Polizei nach Abschluss der unter Nummer 3.1.3 näher bezeichneten Maßnahmen zeitnah zur Anzeigenaufnahme mit dem zuständigen Dezernenten der Staatsanwaltschaft unter Berücksichtigung der lokalen Vereinbarungen in geeigneter Form (E-Mail, Telefax oder Telefon) Kontakt auf. Diese Kontaktaufnahme unterbleibt, wenn die polizeilichen Ermittlungen nach Durchführung der unter Nummer 3.1.3 näher bezeichneten Maßnahmen abgeschlossen sind. In diesem Fall übersendet die Polizei unverzüglich die Vorgänge an die Staatsanwaltschaft.

Bei der Vorlage des Anzeigenvorgangs an die Staatsanwaltschaft schließt die Polizei in der Regel eine Mehrfertigung der wesentlichen Aktenteile (Erfassungsbeleg Straftat, Erfassungsbeleg Beschuldigter, Niederschrift über die Beschuldigtenvernehmung und Schlussbericht) für die Jugendgerichtshilfe an.

Der Staatsanwalt entscheidet, gegebenenfalls nach vorheriger Heranziehung entsprechender EDV- und Bundeszentralregisterauszüge, über das weitere Vorgehen (Diversion, vereinfachtes Jugendverfahren oder förmliches Jugendverfahren) und unterrichtet den Sachbearbeiter der Polizei über die weiteren Maßnahmen.

Hierbei soll, neben einer Verfahrensbeschleunigung und Parallelbefassung von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe, der Ermittlungsaufwand der Polizei durch möglichst konkrete Ermittlungsaufträge und eine Begrenzung des Verfahrensstoffes nach §§ 154 und 154 a StPO seitens der Staatsanwaltschaft durch Vermeidung nicht gebotener polizeilicher Ermittlungen reduziert werden. Zudem versetzt eine zeitnahe Entscheidung der Staatsanwaltschaft über das weitere Vorgehen die Jugendgerichtshilfe bereits frühzeitig in die Lage, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Zuständigkeit gezielt geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Hält die Staatsanwaltschaft die Mitwirkung der Jugendgerichtshilfe für erforderlich, wird diese gegebenenfalls über

die Polizei über den Sachverhalt und das geplante weitere Vorgehen unterrichtet.

3.1.3 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG

Ist auf Grund dieser Richtlinien eine Einstellung nach § 45 Absatz 1 JGG regelmäßig ausgeschlossen und eine Diversion nach §§ 45 Absatz 2 und 3 JGG in Betracht zu ziehen, sollen regelmäßig vor Kontaktaufnahme mit der Staatsanwaltschaft insbesondere folgende für eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft bedeutsamen Umstände ermittelt und aktenkundig gemacht werden:

- Wirkung des Kontaktes mit der Polizei auf den Beschuldigten,
- erzieherische Maßnahmen, die Erziehungsberechtigte bereits getroffen haben oder die zu erwarten sind,
- nachteilige Folgen der Tat für den Beschuldigten, wie zum Beispiel eigener materieller oder gesundheitlicher Schaden, Verlust der Ausbildungs- oder Arbeitsstelle und
- Schadenersatzleistung oder Entschuldigung, wenn und soweit sie bereits erfolgt sind; andernfalls ist bei den Ermittlungen darauf zu achten, ob ein Täter-Opfer-Ausgleich möglich und sinnvoll erscheint; in geeigneten Fällen sind Beschuldigter und Geschädigter zu befragen, ob sie bereit sind, an einem Täter-Opfer-Ausgleich mitzuwirken; ist dies der Fall, soll unverzüglich eine entsprechende Entscheidung der Staatsanwaltschaft herbeigeführt werden.

Mit Blick auf die Entscheidung der Staatsanwaltschaft zum weiteren Verfahrensgang soll die Polizei in geeigneten Fällen eine in Betracht kommende sofortige Entschuldigung beim Opfer sowie eine sofortige Schadenswiedergutmachung an Ort und Stelle anregen.

Im Anschluss hält die Polizei regelmäßig und möglichst zeitnah zur Anzeigenaufnahme mit der Staatsanwaltschaft Rücksprache über die weiteren Ermittlungen. Hält diese eine Erledigung nach § 45 Absatz 2 JGG für geboten, soll insbesondere erörtert werden

- welche erzieherische Reaktion in Betracht zu ziehen ist und
- ob hierfür eine Einbeziehung der Jugendgerichtshilfe erforderlich erscheint.

Beispielhaft kommen als erzieherische Maßnahmen namentlich in Betracht:

- Teilnahme an einem Verkehrsunterricht,
- Teilnahme an sozialpädagogischen Maßnahmen, die das Jugendamt allgemein anbietet oder vermittelt,
- erzieherisches Gespräch durch Mitarbeiter des Jugendamts oder durch den Jugendsachbearbeiter der Polizei beziehungsweise gemeinsames erzieherisches Gespräch durch Mitarbeiter des Jugendamts und den Jugendsachbearbeiter der Polizei,
- kurzzeitige Hilfsdienste durch gemeinnützige Arbeit,
- Arbeit zur Schadenswiedergutmachung,
- kleinere Geldzahlungen an gemeinnützige Einrichtungen oder
- Vermittlung eines Täter-Opfer-Ausgleiches durch die Jugendgerichtshilfe oder einen vom Jugendamt beauftragten freien Träger.

In Fällen, in denen eine Mitwirkung der Jugendgerichtshilfe nicht erforderlich erscheint, bespricht die Polizei die erzieherischen Maßnahmen mit dem Beschuldigten. Neben dem Beschuldigten sind auch die Sorgeberechtigten zu beteiligen. Dabei ist zu verdeutlichen, dass es sich nicht um eine jugendstrafrechtliche Sanktion, sondern lediglich um eine Anregung handelt, die zu einer späteren Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft führen kann. Erforderlich ist weiter, dass die Beschuldigten die Anregung annehmen und die Sorgeberechtigten nicht widersprechen. Die Polizei stellt fest, ob und inwieweit eine angeregte oder vermittelte erzieherische Maßnahme durchgeführt wurde.

Ist die Polizei nach einem Gespräch mit dem Beschuldigten der Auffassung, dass die erzieherische Wirkung des Gesprächs weitere Einwirkungen erbringt oder zwischenzeitlich aus dem sozialen Umfeld des Beschuldigten eine erzieherische Reaktion getroffen wurde, sind bei der Staatsanwaltschaft entsprechende Änderungen anzuregen.

In Fällen, in denen eine Befassung der Jugendgerichtshilfe zur Durchführung der erzieherischen Maßnahme erforderlich erscheint, verständigt die Staatsanwaltschaft, gegebenenfalls über die Polizei, hierüber die Jugendgerichtshilfe und weist darauf hin, welche freiwilligen Leistungen des Beschuldigten als notwendige Voraussetzung für eine Einstellung des Verfahrens seitens der Staatsanwaltschaft angesehen werden, und bittet die Jugendgerichtshilfe um Mitwirkung bei der Durchführung. Die Jugendgerichtshilfe stellt fest, ob und inwieweit eine von ihr angeregte oder vermittelte erzieherische Maßnahme durchgeführt wurde. Der Jugendgerichtshilfe sind die zur Durchführung der erzieherischen Maßnahme erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Polizei übersendet sodann mit einem entsprechenden Hinweis (weitere Befassung durch Jugendgerichtshilfe) die Akten der Staatsanwaltschaft.

Erscheinen Beschuldigte nicht bei der Polizei, machen sie von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch oder bestreiten sie ernstlich den Tatvorwurf, sieht die Polizei von Reaktionen nach Nummer 3.1.1 und 3.1.3 ab und übersendet die Vorgänge nach Abschluss der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.

3.1.4 Erledigung außerhalb der Diversion

Vereinfachtes Jugendverfahren nach §§ 76 ff. JGG

Ist auf Grund einer ersten Einschätzung der Polizei eine Einstellung nach § 45 JGG auf Grund dieser Richtlinien regelmäßig ausgeschlossen, führt die Polizei entsprechend der Polizeidienstvorschrift (PDV) 382 Ermittlungen zu Person und sozialem Umfeld des Beschuldigten, zum Zusammenhang zwischen Tat und Täter sowie zum Stand seiner sittlichen und geistigen Reife durch. Anschließend stimmt die Polizei zeitnah ihre weiteren Ermittlungsschritte mit der Staatsanwaltschaft ab und klärt, ob die Staatsanwaltschaft voraussichtlich das vereinfachte Jugendverfahren beantragen wird. Wird ein Antrag auf Befassung im vereinfachten Jugendverfahren seitens der Staatsanwaltschaft angestrebt, unterrichtet regelmäßig die Polizei (Vorabmeldung) hierüber die Jugendgerichtshilfe mit der Bitte, der Staatsanwaltschaft beziehungsweise dem Gericht zeitnah schriftlich zu berich-

ten. Hierzu stellt sie der Jugendgerichtshilfe die erforderlichen weiteren Informationen zur Verfügung. Die Polizei schließt das Ermittlungsverfahren im Anschluss beschleunigt ab.

Förmliches Jugendstrafverfahren

Bei Straftaten, in denen Diversionsmaßnahmen oder die Durchführung eines vereinfachten Jugendverfahrens nicht in Betracht kommen und eine formelle Verhandlung vor dem Jugendgericht erforderlich erscheint, führt die Polizei die Ermittlungen gemäß PDV 382 durch und übersendet die Akten der Staatsanwaltschaft. Hierzu zählen insbesondere Verfahren, deren Aufklärung sich besonders schwierig oder durch die Anhörung einer Vielzahl von Zeugen langwierig gestaltet. Die Nummern 2 und 3 der gemeinsamen Verwaltungsvorschriften des Justiz- und Innenministeriums zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei vom 19. Dezember 2007 bleiben hiervon unberührt.

Sofern eine Mitwirkung der Jugendgerichtshilfe bereits während des Ermittlungsverfahrens erforderlich erscheint, informiert die Staatsanwaltschaft, gegebenenfalls über die Polizei, die Jugendgerichtshilfe und bittet diese um Mitwirkung. Nach Abschluss der Ermittlungen übersendet die Polizei eine Mehrfertigung der wesentlichen Akteile der Jugendgerichtshilfe. Hat das Jugendamt Aufgaben der Jugendgerichtshilfe anderen Stellen übertragen, ist bei einvernehmlicher Regelung zwischen Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Polizei eine unmittelbare Unterrichtung dieser Stellen zulässig (PDV 382 Nummer 3.2.7). Darüber hinaus soll in geeigneten Fällen der Beschuldigte beziehungsweise dessen Erziehungsberechtigter auf Hilfsangebote staatlicher und sozialer Organisationen, insbesondere von Trägern der Jugendhilfe, hingewiesen und gegebenenfalls eine entsprechende Handreichung ausgehändigt werden.

Eine vorrangige Fallbearbeitung durch die Polizei erfolgt bei in das Initiativprogramm „Jugendliche Intensivtäter“ aufgenommenen Personen, bei potenziellen Schwellentätern¹ und bei Anordnung der Untersuchungshaft.

3.1.5 Weitere Hinweise zur Sachbearbeitung durch die Polizei

Mit der Bearbeitung der vorgenannten Jugendsachen sind die fachlich qualifizierten und für den Umgang mit Jugendlichen besonders fortgebildeten Jugendsachbearbeiter der Schutz- und Kriminalpolizei zu betrauen.

Erscheinen Leistungen der Jugendhilfe, insbesondere bei Vorliegen einer erkennbaren Gefährdung, schon während der polizeilichen Ermittlungen notwendig, unterrichtet die Polizei unverzüglich das Jugendamt. In allen anderen Fällen ist spätestens mit der Abgabe der Ermittlungsvorgänge an

die Staatsanwaltschaft das Jugendamt zu unterrichten, sofern eine Gefährdung vorliegt.

Sofern eine Einziehung von Tatwerkzeugen oder von durch die Tat hervorgebrachten Gegenständen in Betracht kommt, insbesondere bei Vergehen nach dem Waffengesetz und dem Urheberrechtsgesetz, werden der Beschuldigte und die Sorgeberechtigten befragt, ob auf diese Gegenstände verzichtet beziehungsweise bei Ton- und Bildträgern oder EDV-Programmen in die Löschung eingewilligt wird.

3.2 Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaften streben im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten eine möglichst weitgehende Regionalisierung der Zuständigkeiten der Jugenddezernate an, sodass im optimalen Fall jeder Polizeidienststelle, dem Jugendamt und den Einrichtungen der Jugendhilfe feste Ansprechpartner der Staatsanwaltschaften zur Verfügung stehen. Dies ermöglicht es, Entscheidungsmaßstäbe der Staatsanwaltschaft für die weiteren am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen transparent zu machen und die Abläufe und Zusammenarbeitsstrukturen zwischen den Institutionen vor Ort entscheidend zu verbessern.

Wird das Verfahren nicht gemäß der §§ 153, 154, 154 a oder 170 Absatz 2 StPO oder § 31 a BtMG eingestellt, verfährt die Staatsanwaltschaft wie folgt:

3.2.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG

Stellt die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren nach § 45 Absatz 1 JGG ein, weist sie in der Einstellungsmitteilung darauf hin, welche Tat sie dem Beschuldigten zur Last legt und dass sein Verhalten missbilligt wird. Die Staatsanwaltschaft weist ferner darauf hin, dass er bei künftigen Verstößen nicht mit einer folgenlosen Einstellung des Verfahrens rechnen kann. Bei jugendlichen Beschuldigten ist § 67 Absatz 2 JGG zu beachten.

3.2.2 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG

Die Staatsanwaltschaft entscheidet über die weiteren Ermittlungsschritte, legt möglichst präzise Art und Umfang einer erzieherischen Maßnahme als Voraussetzung einer Einstellung nach § 45 Absatz 2 JGG fest und entscheidet, ob zur Durchführung der erzieherischen Maßnahme eine Mitwirkung der Jugendgerichtshilfe erforderlich erscheint.

Nach Durchführung der erzieherischen Maßnahme prüft die Staatsanwaltschaft auf Grundlage der Akten der Polizei und gegebenenfalls des Berichts der Jugendgerichtshilfe die Einstellung des Ermittlungsverfahrens nach § 45 Absatz 2 JGG. Die Staatsanwaltschaft sieht gemäß § 45 Absatz 2 JGG von der Verfolgung ab, wenn sie die bereits durchgeführten Erziehungsmaßnahmen für ausreichend hält.

¹ Jugendliche Delinquenten, die „dauerhaft“ in die Kriminalität abzugleiten drohen, diejenigen also, die sich auf dem Weg zum Intensivtäter befinden. Deshalb ist frühzeitig und verstärkt auf jene jugendlichen Delinquenten zu achten, deren Delikte nicht oder nicht mehr „jugendtypisch“ sind. Definitorische Ansätze sind hier schwierig. Die Risikofaktoren für Kriminalität sind bekannt, ebenso, dass deren kumulatives Vorliegen die statistische Delinquenzwahrscheinlichkeit deutlich erhöht. Indizien in diesem Sinne sind, wenn auch nicht individualprognostisch, das Vorliegen schwerer Delinquenz in noch sehr jungem Alter, gezieltes und planvolles Vorgehen, aber auch die familiäre Desintegration (Broken-Home-Milieu) und Erziehungsdefizite, Orientierungslosigkeit, Erfahrungen innerfamiliärer Gewalt, sozioökonomische Benachteiligung der Familie und fehlende Zukunftsperspektiven, mangelnde soziale Kompetenz, exzessiver Konsum von Gewalt in Medien, Integrationsprobleme von Ausländern und Aussiedlern, unstrukturiertes Freizeitverhalten und Bedeutung der negativen Peergroup.

Stellt die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren nach § 45 Absatz 2 JGG ein, weist sie in der Einstellungsmitteilung darauf hin, welche Tat sie dem Beschuldigten zur Last legt und dass sein straffälliges Verhalten missbilligt wird. Die Staatsanwaltschaft weist ferner darauf hin, dass er bei künftigen Verstößen mit einer jugendgerichtlichen Sanktion rechnen muss. Bei jugendlichen Beschuldigten ist § 67 Absatz 2 JGG zu beachten.

Kommt im Einzelfall eine Einstellung des Verfahrens nach § 45 Absatz 3 JGG in Betracht, so übersendet die Staatsanwaltschaft die Akten dem Gericht mit einer Anregung gemäß Satz 1 der Vorschrift. Davon unterrichtet die Staatsanwaltschaft, gegebenenfalls über die Polizei, die Jugendgerichtshilfe mit der Bitte, dem Gericht beschleunigt zu berichten. Die Staatsanwaltschaft kann sich auf die Anregung beschränken, dass die von der Jugendgerichtshilfe vorgeschlagenen Maßnahmen oder Auflagen angeordnet werden sollen.

3.2.3 Erledigung außerhalb der Diversion

Vereinfachtes Jugendverfahren nach §§ 76 ff. JGG

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen macht die Staatsanwaltschaft vom vereinfachten Jugendverfahren gemäß den §§ 76 ff. JGG bevorzugt Gebrauch. Dabei berücksichtigt sie, dass § 78 Absatz 3 JGG eine erzieherisch wünschenswerte, zeitnah auf die Tat folgende Reaktion ebenso wie eine jugendgemäße formlose Gestaltung der mündlichen Verhandlung in Abwesenheit der Staatsanwaltschaft ermöglicht.

Die Staatsanwaltschaft unterrichtet, gegebenenfalls über die Polizei (Vorabmeldung), die Jugendgerichtshilfe über die geplante Durchführung des vereinfachten Jugendverfahrens mit der Bitte um Mitwirkung.

Formliches Jugendstrafverfahren

In Fällen, in denen bei hinreichendem Tatverdacht weder eine Einstellung im Rahmen der Diversion noch die Einleitung eines vereinfachten Jugendverfahrens in Betracht kommt, teilt die Staatsanwaltschaft dem polizeilichen Sachbearbeiter die erforderlichen Ermittlungsmaßnahmen mit und erhebt gegebenenfalls Anklage im Rahmen des formellen Jugendstrafverfahrens. Sofern erforderlich unterrichtet die Staatsanwaltschaft, gegebenenfalls über die Polizei (Vorabmeldung), die Jugendgerichtshilfe über ihre Entscheidung und bittet um Mitwirkung.

3.3 Jugendgerichtshilfe

3.3.1 Diversion nach § 45 Absatz 1 JGG

Im Rahmen von Verfahren, deren Einstellung nach § 45 Absatz 1 JGG erfolgt, ist eine Befassung der Jugendgerichtshilfe grundsätzlich nicht erforderlich.

3.3.2 Diversion nach § 45 Absatz 2 und 3 JGG

Wird die Jugendgerichtshilfe durch die Staatsanwaltschaft oder die Polizei um Mitwirkung gebeten, wird sie im Rahmen ihres Auftrages in eigener Zuständigkeit tätig. Sie prüft dabei auch, ob weitergehende Hilfen gemäß des Sozialgesetzbuch Achtes Buch einzuleiten sind. Kommt sie nach fachlicher Einschätzung des Einzelfalles zu der Auffassung,

dass die erzieherische Wirkung des Gespräches weitere Einwirkungen erbringt oder dass andere als die von der Staatsanwaltschaft genannten freiwilligen Leistungen erzieherisch angezeigt sind, regt sie bei der Staatsanwaltschaft entsprechende Änderungen an.

Die Jugendgerichtshilfe kann dem Vorrang des Erziehungsgedankens bei der Anwendung der §§ 45 und 47 JGG zudem insbesondere dadurch Geltung verschaffen, dass sie über bereits im sozialen Umfeld ergriffene Erziehungsmaßnahmen informiert, auf vorhandene pädagogische Angebote hinweist und eigene erzieherische Initiativen entfaltet. Insoweit kommt auch die Durchführung eines so genannten „erzieherischen Gespräches“ in Betracht. Im Anschluss berichtet die Jugendgerichtshilfe den Beteiligten über erfolgte erzieherische Maßnahmen.

In Fällen des § 45 Absatz 3 JGG (richterliches Erziehungsverfahren) berichtet sie darüber hinaus auf Bitte der Staatsanwaltschaft auch dem Gericht.

3.3.3 Erledigung außerhalb der Diversion

Vereinfachtes Jugendverfahren nach §§ 76 ff. JGG

Zieht die Staatsanwaltschaft die Einleitung eines vereinfachten Jugendverfahrens in Betracht, bittet sie die Jugendgerichtshilfe, in der Regel über eine entsprechende Mitteilung durch die Polizei, um Mitwirkung. Die Jugendgerichtshilfe vereinbart möglichst zeitnah einen Termin mit dem Beschuldigten (und gegebenenfalls dessen Erziehungsberechtigten bei jugendlichen Beschuldigten) und berichtet, in der Regel schriftlich, der Staatsanwaltschaft beziehungsweise dem Gericht in Fällen über die schon bekannten Tatsachen hinaus, wie im sozialen Umfeld auf die Verfehlung des Beschuldigten reagiert wurde und welche Wirkung dies auf ihn gehabt hat. Weiter regt die Jugendgerichtshilfe eine mögliche Sanktion im Rahmen des vereinfachten Jugendverfahrens an. Auf eine persönliche Teilnahme am vereinfachten Jugendverfahren wird seitens der Jugendgerichtshilfe häufig verzichtet werden können.

Formliches Jugendstrafverfahren

In Fällen, in denen weder eine Einstellung im Rahmen der Diversion noch die Einleitung eines vereinfachten Jugendverfahrens seitens der Staatsanwaltschaft in Betracht gezogen wird, wird die Jugendgerichtshilfe um Mitwirkung gebeten. Der Vertreter der Jugendgerichtshilfe regt in der Hauptverhandlung eine mögliche konkrete Sanktion an.

3.3.4 Weitere Hinweise zur Befassung der Jugendgerichtshilfe

Erscheinen nach Auffassung der Polizei Leistungen, insbesondere bei Vorliegen einer erkennbaren Gefährdung, der Jugendhilfe schon während der polizeilichen Ermittlungen notwendig, unterrichtet diese unverzüglich das Jugendamt. Das Jugendamt prüft, ob und gegebenenfalls welche Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen.

4. Zusammenarbeit in Folge delinquenten Verhaltens von Kindern

Kriminologische Erkenntnisse weisen darauf hin, dass die Begehung von mehreren oder schwerwiegenden Straftaten

sowie das Auftreten sozial auffälligen Verhaltens² bereits im Kindesalter Indikatoren für eine spätere verfestigte Straffälligkeit und zum Teil massive Fehlentwicklungen im Sozialverhalten und damit verstärkten Hilfebedarf darstellen können. Daher ist es erforderlich auf Straftaten und sozial auffälliges Verhalten von Kindern noch frühzeitiger und individueller zu reagieren. Hierbei kommt insbesondere der Kooperation zwischen Polizei und Jugendhilfe entscheidende Bedeutung zu. Zielsetzung dieser Zusammenarbeitsrichtlinien ist daher vor allem eine frühzeitige und persönliche Befassung der Jugendhilfe mit mehrfach delinquenten Kindern im Regelfall ab der zweiten strafrechtlichen Auffälligkeit beziehungsweise bereits bei der ersten Auffälligkeit, sofern nach Einschätzung der Polizei kein kindstypisches, entwicklungsbedingtes Delikt vorliegt und mit der Begehung weiterer Straftaten zu rechnen ist. Auch nach (mehrfacher) sozialer Auffälligkeit von Kindern soll durch eine frühzeitigere persönliche Befassung des Jugendamtes den oben genannten kriminologischen Erkenntnissen Rechnung getragen werden.

Hierzu erhebt die Polizei unter Beachtung der PDV 382 Angaben zur Tat, zur Person und zum sozialen Umfeld des straffälligen Kindes sowie zum Stand seiner sittlichen und geistigen Reife. Dabei sollen in Absprache mit den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe vor Ort weitere bedeutsame Umstände aktenkundig gemacht werden. Über die Ergebnisse der Ermittlungen zur Person und zum Umfeld des tatverdächtigen beziehungsweise sozial auffälligen Kindes berichtet die Polizei schriftlich und gegebenenfalls zusätzlich mündlich umgehend dem Jugendamt.

5. Kooperation von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe zur Umsetzung dieser Richtlinien

Regelmäßige Zusammenkünfte auf allen Entscheidungsebenen von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe einschließlich der beteiligten Ministerien sollen sicherstellen, dass regional und überregional auftretende Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit der mit delinquentem Verhalten junger Menschen befassten Institutionen, Probleme einer ökonomischen und jugendgerechten Gestaltung der Ermittlungen insbesondere im Bereich der Diversion sowie dem vereinfachten Jugendverfahren und Fragen des gedeihlichen Zusammenwirkens rasch und einvernehmlich gelöst werden. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe setzt gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Aufgabenbereiche voraus. Dazu gehört auch, dass die Staatsanwaltschaft der Polizei und Jugendhilfe ihre allgemeinen Entscheidungsmaßstäbe im Jugendstrafverfahren transparent macht, da hiervon maßgeblich der sinnvolle Einsatz der Ressourcen von Polizei und Jugend(gerichts)hilfe abhängt.

Polizeidirektionen, Staatsanwaltschaften, Jugendgerichte, Jugendämter und Bewährungshilfe

Die leitenden Beamten der Staatsanwaltschaft, der Polizeidirektionen und der Jugendämter eines Bezirks treffen einmal

jährlich zu Koordinierungsgesprächen unter Beteiligung von Praxisvertretern der jeweiligen Institutionen zusammen. Hierbei legen die Beteiligten im Rahmen eines Erfahrungsaustausches örtliche Verfahrensweisen, Kommunikationswege und Ansprechpartner zur Umsetzung dieser Richtlinien fest. Hierzu sind soweit möglich auch Vertreter der örtlichen Jugendgerichte, der Bewährungshilfe sowie weiterer mit Fragen der Jugendkriminalität befasster Institutionen einzuladen. Die Polizeidirektionen laden zudem in geeigneten Fällen Vertreter der Staatsanwaltschaft und Jugendamt zu den Dienstbesprechungen der Jugendsachbearbeiter ein. Zu den Dienstbesprechungen der Staatsanwaltschaft und der Jugendämter werden bei entsprechendem Bedarf Vertreter anderer mit Jugendkriminalität befasster Institutionen eingeladen.

Eine der zentralen Zielsetzungen der Kooperation vor Ort ist zudem die Förderung und der Ausbau erzieherischer Maßnahmen insbesondere im Rahmen der Diversion nach § 45 Absatz 2 JGG. Diese haben in erster Linie dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit der Tat erfolgen, konsequent vollzogen und in Bezug zur begangenen Straftat des Beschuldigten stehen, um eine möglichst große erzieherische Wirkung zu entfalten.

Insbesondere die Delikte des Ladendiebstahls, der leichten Körperverletzung und der Sachbeschädigung, denen der weit überwiegende Teil der Kriminalität junger Menschen zuzurechnen ist, bieten hierfür eine Vielzahl von erzieherischen Ansätzen. So sollten die Kooperationspartner vor Ort darauf hinwirken, beispielsweise den Einzelhandel bei Ladendiebstählen, die Verkehrsbetriebe bei Sachbeschädigungen und soziale Einrichtungen im Bereich der Körperverletzungsdelikte zur Durchführung erzieherisch wirksamer Diversionsmaßnahmen einzubeziehen. Hierdurch ist es in besonderer Weise möglich, dem Vorrang des Erziehungsgedankens durch Maßnahmen der Diversion zur Verhinderung jugendstrafrechtlicher Sanktionen Geltung zu verschaffen. Es muss daher das Bestreben aller Kooperationspartner sein, bedarfsgerechte Angebote für Diversionsmaßnahmen vor Ort zu erschließen und vorzuhalten.

Hospitationen

Die örtlichen Polizeidienststellen sollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der für ihren Bereich zuständigen Jugendämter Hospitationen in der polizeilichen Jugendsachbearbeitung anbieten. Die Jugendämter sollen ihrerseits prüfen, ob sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Teilnahme an entsprechenden Hospitationen bei den örtlichen Polizeidienststellen sowie, unter Berücksichtigung der Grenzen von Sozialgeheimnis und Legalitätsprinzip und bei Einverständnis der betroffenen Jugendlichen, den mit der Jugendsachbearbeitung beauftragten Beamtinnen und Beamten der örtlichen Polizeidienststellen die Hospitation im Bereich der Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe ermöglichen können.

6. Inkrafttreten, Außerkrafttreten und Befristung

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Gemeinsamen Richtlinien des Justizministeriums, des Innenministerium und des Sozialministeriums zur Förderung von Diversionsmaßnahmen und zur Zu-

² Beispiele: Vermisstschein, hartnäckiges Schulschwänzen, Trunkenheit in der Öffentlichkeit oder Aufenthalt in bestimmten Milieus (Trinker, Drogen).

sammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe bei Straftaten jugendlicher und heranwachsender Beschuldigter sowie delinquentem Verhalten von Kindern vom 20. Dezember 2004 (Az.: JUM 4201/0017, IM 3-0522.015, SM 42-6301-0522-1, Die Justiz 2005 S. 72) außer Kraft.

Die vorliegende Verwaltungsvorschrift tritt am 31. Dezember 2018 außer Kraft.

Anlage

Allgemeine Straftaten:

- Leichte Fälle der Beleidigung (§ 185 StGB),
- Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB) bei geringer Schuld und leichten Folgen,
- Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242, 246 und 247 StGB) geringwertiger Sachen (§ 248 a StGB),
- Unbefugter Gebrauch eines Fahrzeuges (§ 248 b StGB), soweit eine Fahrerlaubnis nicht erforderlich ist,
- Hehlerei (§ 259 StGB), soweit § 248 a StGB gilt,
- Betrug (§ 263 StGB), soweit § 248 a StGB gilt, auch in Zusammenhang mit Urkundenfälschung (§ 267 StGB),
- Erschleichen von Leistungen (§ 265 a StGB),
- Missbrauch von Ausweispapieren (§ 281 StGB) und
- leichte Fälle der Sachbeschädigung (§§ 303, 304 StGB).

Verstöße gegen strafrechtliche Nebengesetze:

- Geringfügige Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz,
- geringfügige Verstöße gegen das Urheberrechtsgesetz, sofern wirksam auf die Rückgabe der sichergestellten Vervielfältigungsstücke verzichtet oder wirksam in die Löschung eingewilligt wird und
- geringfügige Vergehen nach dem Waffengesetz, sofern wirksam auf die Rückgabe der sichergestellten Gegenstände verzichtet wird.

Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit

Bek. d. JuM vom 14. Dezember 2011 (Az.: 2100.E/0413)
– Die Justiz 2012 S. 14 –

Bezug: Bek. d. JuM vom 12. Oktober 2001
(Az.: 2100.D/0202) – Die Justiz S. 478 –

Nachstehend wird die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg zur Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit nach § 69 LBesGBW vom 7. Dezember 2011 (1-0321.5-21/1) bekannt gegeben.

Die in Nr. 2.3 zitierte Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zur Besoldung, Versorgung und zum Haushaltsrecht bei Beamten und Richtern in Altersteilzeit vom 24. Au-

gust 2001 (GABl. S. 922) wurde im Justizbereich mit der im Bezug genannten Bekanntmachung veröffentlicht.

Zusatz für die personalverwaltenden Stellen:

Auf die Nummern 2.1.6 und 2.4 der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2011 wird besonders hingewiesen.

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zur Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit nach § 69 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg (LBesGBW)

vom 7. Dezember 2011 – Az.: 1-0321.5-21/1 –

1 Auf Grund von § 70 des Landesbeamtengesetzes (LBG) und § 7 c des Landesrichtergesetzes (LRiG) kann voll- und teilzeitbeschäftigten Beamten und Richtern, bei denen die Schwerbehinderteneigenschaft im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) festgestellt ist, auf Antrag unter den dort genannten Voraussetzungen Altersteilzeit im Teilzeit- oder Blockmodell bewilligt werden. Der Antrag muss sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestands erstrecken und die Schwerbehinderteneigenschaft muss im Zeitpunkt der Antragstellung festgestellt sein. Beim Teilzeitmodell sind im gesamten Bewilligungszeitraum grundsätzlich 60 Prozent der bisherigen Arbeitszeit zu leisten. Beim Blockmodell ist während der ersten drei Fünftel des Bewilligungszeitraums die bisherige Arbeitszeit zu erbringen (Arbeitsphase). Zum Ausgleich für die in der Arbeitsphase geleistete Mehrarbeit erfolgt in den restlichen zwei Fünfteln des Bewilligungszeitraums eine volle Freistellung vom Dienst (Freistellungsphase).

2 Zur Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit gibt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft folgende Hinweise:

2.1 Besoldung

2.1.1 Allgemeines

(1) Unabhängig von der Ausgestaltung der Bewilligung von Altersteilzeit (Teilzeitmodell oder Blockmodell) wird nach § 8 Absatz 1 LBesGBW während des gesamten Zeitraums der Altersteilzeit Besoldung entsprechend dem Umfang der Teilzeitbeschäftigung gewährt (grundsätzlich 60 Prozent der bisherigen Arbeitszeit). Daneben besteht Anspruch auf einen Zuschlag nach § 69 LBesGBW. Dieser Zuschlag wird gewährt in Höhe des Differenzbetrags zwischen 80 Prozent der Nettobesoldung, die sich nach der für die Altersteilzeit maßgebenden bisherigen Arbeitszeit ergeben würde (**fiktive Nettobesoldung**) und der Nettobesoldung während der Altersteilzeit (**Altersteilzeit-Nettobesoldung**).

(2) Die fiktive Nettobesoldung und die Altersteilzeit-Nettobesoldung sind auf der Grundlage der in § 69 Absatz 2 LBesGBW genannten Bruttobesoldung zu ermitteln. Hierbei werden von der vorgenannten Bruttobesoldung

- die hierauf entfallende und nach den §§ 39 b ff. Einkommensteuergesetz (EStG) ermittelte Lohnsteuer entsprechend der auf der Lohnsteuerkarte 2010 / Ersatzbescheinigung eingetragenen Steuerklasse (ab 2013: die hierauf

Anlage 6:

Interview mit Hr. Fahrbach, zuständiger Sachbearbeiter im Bereich Jugendkriminalität beim Kriminalkommissariat Freudenstadt

Herr Steffen Fahrbach
Kriminalkommissariat Freudenstadt

Termin: 25.08.2015, 15.00 Uhr

I. Angaben zur Person und zum Beruf

- 1. Herr Fahrbach, darf ich Sie bitten, sich kurz vorzustellen, dabei Ihre Berufsbezeichnung zu nennen und kurz zu erklären, wie lange Sie schon in diesem Beruf arbeiten?**

Hr. Fahrbach:

Mein Name ist Steffen Fahrbach. Meine offizielle Berufsbezeichnung ist „Kriminalhauptkommissar“. Ich bin jetzt bereits schon im 23. Berufsjahr, inklusive Ausbildung und sonstiger Tätigkeiten. Im Jugendbereich selbst bin ich jetzt ungefähr seit 4 ½ Jahren tätig.

- 2. Wie beschreiben Sie Ihre Aufgaben in Ihrem derzeitigen Beruf?**

Hr. Fahrbach:

Meine Aufgabe ist originär die Strafverfolgung, die wir hier bei der Kriminalpolizei betreiben. Am Rande sind wir aber auch noch tangiert, wenn es um die Frage der Prävention geht. Im Jugendbereich gehören dann aber gerade auch Arbeitskreise wie „JugIT“ zum Aufgabenbereich. In erster Linie geht es aber um die Strafverfolgung, also um die Betreibung des Strafverfahrens.

Zwischenfrage: Was heißt Strafverfolgung genau?

Hr. Fahrbach:

Strafverfolgung heißt: Liegt ein Delikt vor, das von staatlicher Seite aus verfolgt werden muss und das in die Zuständigkeit der Kriminalpolizei fällt, dann nehmen wir die Ermittlungen auf. D.h. wir führen alle Ermittlungen durch, die im Rahmen des Strafverfahrens notwendig sind, wie z.B. Zeugenvernehmung, Tatortarbeit, Geschädigtenvernehmung, Beschuldigtenvernehmung, Berichte an andere Institutionen, insbesondere an die Staatsanwaltschaft. Hierzu gehört eben all das, was im Rahmen des Straf-

verfahrens notwendig ist, um letztendlich eine beweissichere Verurteilung oder einen beweissicheren Freispruch zu erreichen.

Zwischenfrage: Das heißt Ihre Aufgaben liegen vor allem im Bereich der Ermittlungstätigkeiten des Strafverfahrens?

Hr. Fahrbach:

Genau. Beim Ablauf und der Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft ist es dabei schon so, dass je nach Art und Schwere des Delikts und natürlich auch nach Umfang der Ermittlungsarbeiten, in manchen Fällen die Ermittlungen vollständig von uns geführt werden, wenn sie in einem zeitlich und organisatorisch überschaubaren Rahmen liegen. Anschließend wird von uns eine Strafanzeige gefertigt und diese dann an die Staatsanwaltschaft übermittelt.

Wenn es allerdings aufwändigere Ermittlungen sind, die sich länger ziehen, oder insbesondere, wenn auch Entscheidungen im Rahmen der Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft notwendig sind z.B. wenn wir für unsere Ermittlungen einen Durchsuchungsbeschluss brauchen, wir einen Haftbefehl beantragen wollen, wir Untersuchungsanträge an andere Stellen benötigen, die von der Staatsanwaltschaft gestellt werden müssen, wir es für notwendig ansehen, andere Gutachter hinzuzuziehen, z.B. die Gerichtsmedizin oder andere Sachverständige, die von der Staatsanwaltschaft beauftragt werden müssen. Dann wird die Staatsanwaltschaft natürlich frühzeitiger von uns informiert. Die Polizei darf nämlich teilweise selbstständig Ermittlungstätigkeiten durchführen, wie z.B. Vernehmungen. Es gibt aber auch Bereiche im Rahmen der Ermittlungen, bei denen auch Grundrechtseingriffe vorliegen, die schützenswerterer Natur sind, wie z.B. der Begriff der Wohnung. Hier darf die Polizei nicht einfach alleine losziehen. Sie braucht dazu eine richterliche Absicherung, einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss. Diesen beantragt sie über die Staatsanwaltschaft.

3. Welche schulische/studentische Laufbahn haben Sie für diesen Beruf durchlaufen?

Hr. Fahrbach:

Ich war auf der Realschule und habe dann direkt im Anschluss an den Realschulabschluss das Wirtschaftsgymnasium besucht. Anschließend habe ich direkt bei der Kriminalpolizei im mittleren Dienst angefangen und habe dann, innerhalb der Polizei von 1999-2001, an der Fachhochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen studiert. Danach habe ich im gehobenen Dienst auf verschiedenen Dienststellen gearbeitet, bis ich hier in Freudenstadt gelandet bin.

II. Das Jugendstrafverfahren

1. Wie sind Sie im Rahmen Ihres Berufes am Jugendstrafverfahren beteiligt?

Was sind dabei Ihre Aufgaben?

Hr. Fahrbach:

Wie bereits vorhin erläutert, sind wir für die Strafverfolgung, für die Ermittlungshandlungen im Strafverfahren zuständig. D.h. wir führen die polizeilichen Ermittlungen durch. Hierzu gehört all das, was eine beweissichere Durchführung des Strafverfahrens vor Gericht dann möglich macht. Die Maßnahmen im Rahmen der Ermittlungen habe ich ja bereits erläutert.

Das Ganze erfolgt dann allerdings unter Berücksichtigung besonderer Vorschriften im Jugendstrafverfahren. D.h. es müssen bei Jugendlichen Richtlinien, Regeln, Gesetze beachten werden, die bei erwachsenen Beschuldigten nicht beachten werden müssen. Das macht die Besonderheit im Jugendstrafverfahren aus. Zum Bsp. wäre da der § 67 JGG zu nennen. Hieraus ergibt sich, dass ein Jugendlicher nach Belehrung nicht einfach vernommen werden darf. Die Vernehmung darf erst durchgeführt werden, wenn auch die Erziehungsberechtigten informiert und belehrt wurden, sodass diese mitentscheiden können und dürfen, ob der Jugendliche überhaupt bei der Polizei aussagen soll oder nicht.

2. Wie sieht dabei die konkrete Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe aus?

Hr. Fahrbach:

Im konkreten Einzelfall ist es so, dass die Jugendgerichtshilfe so früh wie möglich über das Vorliegen eines Strafverfahrens in Kenntnis gesetzt wird. Die Absprache ist bei uns dabei so, dass direkt von uns ein Akten-doppel an die Jugendgerichtshilfe übersandt wird, das alle relevanten Akteninhalte enthält, die für die Jugendgerichtshilfe relevant sind, um reagieren zu können.

Es gibt aber auch Landkreise, bei denen es so geregelt ist, dass die Staatsanwaltschaft von der Polizei ein Aktendoppel bekommt und die Staatsanwaltschaft dieses Aktendoppel dann an die Jugendgerichtshilfe weiterleitet. Die Absprache bei uns ist einfach auch der Örtlichkeit geschuldet. Die Jugendgerichtshilfe sitzt in Freudenstadt, die Polizei sitzt in Freudenstadt und die Staatsanwaltschaft sitzt in Rottweil. Da würde es wenig Sinn machen, die Akten zuerst nach Rottweil zu schicken und dann von Rottweil wieder nach Freudenstadt.

Zwischenfrage: Das heißt, das ist eine interne Regelung?

Hr. Fahrbach:

Das ist eine interne Regelung, eine interne Absprache zwischen diesen drei Professionen.

Diese besteht schon seit vielen Jahren und hat sich auch schon bewährt. Zum einen geht es schneller, zum anderen kann man dann eben auch auf dem kurzen Weg relativ schnell Rückfragen beantworten, wenn noch irgendetwas offen wäre. Die Jugendgerichtshilfe soll einfach so schnell wie möglich informiert werden. Natürlich auch mit dem Interesse, zu besprechen, wenn noch ein Verfahren offen ist. Hier einfach mal das Stichwort „Strafverbrauch“.

3. Mit welchen weiteren Institutionen arbeiten Sie im Rahmen des Jugendstrafverfahrens zusammen?

Hr. Fahrbach:

Wie bereits erwähnt, arbeiten wir generell mit dem Jugendamt, insbesondere natürlich mit der Jugendgerichtshilfe, aber auch mit dem ASD, zusammen. Das Strafverfahren hat ja oftmals auch den Nebenaspekt, dass in der Familie irgendetwas nicht stimmt. In diesem Fall wird dann eine Meldung an den ASD gemacht.

Dann haben wir natürlich Kontakt zu der Stiftung „Eigensinn“. Hierbei geht es um die Vermittlung von irgendwelchen Auflagen, um die sich der Beschuldigte selbst bemühen und die er eventuell auch schon mal im Vorfeld beginnen kann, wie z.B. ein Anti-Aggressions-Training. Dann eventuell mit der Suchtberatungsstelle, der Führerscheinstelle, Waffenbehörde, wenn es um Delikte mit übermäßigen Drogen oder Alkohol geht, dem Arbeitsamt, dem Ausländeramt, der Familienberatungsstelle und mit dem Kinderheim, denn ab und zu ist im Rahmen eines solchen Verfahrens auch die Unterbringung im Kinderheim notwendig. Das sind aber dann Institutionen, mit denen wir nicht nur im Jugendstrafrecht zusammenarbeiten, sondern generell, wenn dementsprechend ein Delikt vorhanden ist.

4. Wie sieht die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen jeweils konkret aus?

Hr. Fahrbach:

Konkret sieht diese in den allermeisten Fällen so aus, dass von unserer Seite aus, nach dem Polizeigesetz, eine Information an diese Stellen erfolgen muss. Wir informieren diese also über die Erkenntnisse, die wir gewonnen haben, das Delikt, das vorliegt und über mögliche Hintergründe, die zu diesem Delikt geführt haben. Wenn der beschuldigte Jugendliche damit einverstanden ist, kommt es in manchen Fällen auch vor, dass wir ihm bei den Stellen irgendwelche Hilfemaßnahmen vermitteln. Die Kontaktaufnahme erfolgt von unserer Seite aus also nicht primär deshalb, weil wir von diesen Stellen irgendwelche Informationen zu dem Jugendlichen abgreifen wollen, sondern weil wir nach dem Polizeigesetz dazu verpflichtet sind, die Stellen zu informieren und dort eventuell auch Hilfestellungen zu geben.

Zwischenfrage: Also eher teilweise auch als Unterstützung für den Jugendlichen?

Hr. Fahrbach:

Ja, das steht ja über allem im Jugendstrafrecht.

III. Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen im Landkreis Freudenstadt

1. Was funktioniert gut an der Zusammenarbeit?

Hr. Fahrbach:

Die Zusammenarbeit funktioniert grundsätzlich und generell eigentlich gut. Das liegt hauptsächlich daran, dass in den meisten dieser genannten Institutionen schon seit längerem die gleichen Personen in diesen Positionen sind, sodass man sich natürlich über die Zeit durch verschiedene Arbeitskreise und Fälle kennen gelernt und auch schon mehrfach zusammen gearbeitet hat.

Man weiß, dass man sich aufeinander verlassen und sich gegenseitig vertrauen kann und dadurch funktioniert die Zusammenarbeit grundsätzlich gut. Natürlich muss man aber auch dazu sagen, dass jede dieser Institutionen zwar das gleiche Ziel verfolgt, die Wege, dieses Ziel zu erreichen, aber andere sind. Natürlich gibt es daher dann auch Punkte, an denen die verschiedenen Institutionen andere Wege gehen oder auch anderer Auffassung sind, was jetzt die richtige Maßnahme ist.

2. Gibt es Probleme/Hindernisse im Bereich der Zusammenarbeit?

Hr. Fahrbach:

Hindernisse aus Sicht der Polizei sind sicherlich die Datenschutzbestimmungen.

Es ist eben so, dass die Polizei von anderen Institutionen eigentlich nichts erfahren darf. Diese dürfen nämlich keine Informationen weiter geben. Das ist für uns oftmals hinderlich, weil es uns natürlich auch darum geht, in Bezug auf die Tataufklärung, die Persönlichkeit des Beschuldigten so umfassend wie möglich zu ermitteln und zusammenzutragen. Dabei wäre es für uns natürlich schon hilfreich, wenn wir von den Institutionen, die vielleicht schon öfter, dauerhafter, länger wie wir mit dem Beschuldigten zusammenarbeiten, dann auch die eine oder andere Information bekommen könnten. Das ist aufgrund der Datenschutzbestimmungen jedoch nicht möglich. Für uns als Polizei ist das schon als Hindernis zu sehen.

Für die Institutionen ist es aber wirklich oftmals auch ein Schutz, eine rechtliche Absicherung dafür, weshalb sie uns keine Information geben

können oder wollen. Die anderen Institutionen verfolgen nämlich oftmals einen anderen Ansatz. Dem Jugendamt geht es z.B. darum, vertrauensvoll mit den Jugendlichen mit der Familie umzugehen, zusammenzuarbeiten. Für dieses Vertrauen zwischen dem Jugendlichen und dem Mitarbeiter des Jugendamtes ist es dann natürlich der „Genickschuss“, wenn der Jugendliche mitbekommt, dass das Jugendamt der Polizei Informationen über ihn weiter gibt. Dann wird der Jugendliche in Zukunft wahrscheinlich seine Mitarbeit gegenüber dem Jugendamt reduzieren, wenn nicht sogar einstellen.

3. Was ist ihrer Meinung nach für eine gute Zusammenarbeit im Hinblick auf die schnelle und effektive Bekämpfung von Jugendkriminalität wichtig?

Hr. Fahrbach:

Für eine gute Zusammenarbeit ist grundsätzlich eine Kooperationsbereitschaft wichtig. Dass man überhaupt den Willen hat, mit den anderen Institutionen zu kooperieren und sich nicht einfach verweigert. Dann sind auch die Akzeptanz des Gegenübers und das Vertrauen in das Gegenüber sehr wichtig.

Da wir den Datenschutz gerade ja schon kurz angesprochen haben, kann auch eine vorliegende Schweigepflichtentbindung des Beschuldigten bzw. seiner Eltern gegenüber bestimmten Institutionen sehr hilfreich sein, da wir dadurch dazu berechtigt werden, uns mit diesen auszutauschen.

4. Könnte die Zusammenarbeit im Landkreis Freudenstadt Ihrer Meinung nach verbessert werden? Wenn ja, wie?

Hr. Fahrbach:

Eigentlich läuft es momentan gut, so wie es läuft. Ich wüsste nicht, wie man es im konkreten Fall verbessern könnte. Das einzige, was intern ab und zu schon auf Sachbearbeiterebene diskutiert wurde, ist so etwas wie das Haus des Jugendrechts. Bzw. es gibt ja auch abgespeckte, kleine Versionen vom Haus des Jugendrechts in Tuttlingen, die sog. JuKoP (Jugendamt-Kooperation-Polizei).

Das wären meiner Meinung nach Dinge, die dann eventuell noch Verbesserungen mit sich bringen würden. Da müsste man natürlich grundsätzlich für den Bereich Freudenstadt auch überlegen: Macht das hier aufgrund der Strukturen des ländlichen Bereichs überhaupt Sinn? Sind die zu beteiligenden Institutionen auch alle gewillt, diesen Schritt zu machen?

Anlage 7:

Interview mit Fr. Wilmsmann, zuständige Jugendstaatsanwältin für den Landkreis Freudenstadt

Frau Pia Wilmsmann
Staatsanwaltschaft Rottweil

Termin: 05.08.2015, 10.00 Uhr

I. Angaben zur Person und zum Beruf

- 1. Frau Wilmsmann, darf ich Sie bitten, sich kurz vorzustellen, dabei Ihre Berufsbezeichnung zu nennen und kurz zu erklären, wie lange Sie schon in diesem Beruf arbeiten?**

Fr. Wilmsmann:

Mein Name ist Pia Wilmsmann. Ich bin Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Rottweil und schon seit März 2006 in der Justiz tätig. Dabei war ich zuerst Strafrichterin beim Amtsgericht Rottweil und bin nun seit September 2007 als Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Rottweil tätig.

- 2. Wie beschreiben Sie Ihre Aufgaben in Ihrem derzeitigen Beruf?**

Fr. Wilmsmann:

Meine Aufgabe ist ganz einfach die Verfolgung von Straftaten. Dazu gehört sowohl das Ermitteln und Feststellen von Straftaten und Straftätern, als auch deren Verfolgung. Meine Aufgabe ist der Abschluss des Strafverfahrens, die Entscheidung über „Anklage, ja oder nein?“ und „Einstellung, ja oder nein?“ und letztendlich sogar auch die Begleitung beim Strafverfahren vor Gericht. Dort vertrete ich die Anklage im Rahmen der Hauptverhandlung und halte eben auch entsprechend das Plädoyer.

Ergänzungsfrage: Und dabei sind Sie gerade speziell im Bereich Jugend tätig?

Fr. Wilmsmann:

Meine Zuständigkeit erstreckt sich derzeit hauptsächlich auf Anzeigen von Jugendstraftaten im Bereich Freudenstadt. Dabei bekomme ich die Anzeigen speziell vom Polizeirevier Freudenstadt auf den Tisch. Neben der Verfolgung von Jugendstraftaten habe ich allerdings auch noch weitere Zuständigkeiten. Ich habe auch noch die Zuständigkeitsgebiete im Bereich Nachstellungen (Stalking) und der Arbeitsunfälle im ganzen Landgerichtsbezirk. Zudem betreue ich die jugendlichen Intensivtäter aus den Bereichen des Polizeireviers Freudenstadt und Horb.

3. Welche schulische/studentische Laufbahn haben Sie für diesen Beruf durchlaufen?

Fr. Wilmsmann:

Nach dem Abitur habe ich Jura an der Humboldt-Universität-Berlin studiert. Dort konnte ich mein erstes Staatsexamen nach fünf Jahren Studium abschließen. Nach dem ersten Staatsexamen schließt eine zweijährige Referendariatszeit beim Land an, die man dann mit dem zweiten juristischen Staatsexamen abschließt. Dieses Referendariat habe ich beim Land Berlin gemacht.

II. Das Jugendstrafverfahren

1. Wie sind Sie im Rahmen Ihres Berufes am Jugendstrafverfahren beteiligt?

Was sind dabei Ihre Aufgaben?

Fr. Wilmsmann:

Grundsätzlich kann ich hier auf die allgemeine Aufgabenbeschreibung in meinem Beruf verweisen. D.h. ich verfolge die Straftaten von Jugendlichen. Ich versuche sie entsprechend zu ahnden.

Eben wie gesagt von Entdeckung der Tat bis zur Aburteilung. Hier greifen im Jugendstrafverfahren allerdings Besonderheiten, die ich im Erwachsenen Strafverfahren nicht habe. Dazu gehören z.B. besondere Einstellungsvarianten oder andere Möglichkeiten auf Straftaten zu reagieren.

Speziell möchte ich hier noch die Aufgabe aufführen, dass ich mich um die jugendlichen Intensivtäter kümmere. Hier kommen nochmal besondere Aufgaben hinzu z.B. insbesondere auch das Teilnehmen an Arbeitskreisen, worauf wir ja noch zu sprechen kommen.

Ergänzungsfrage: Was bedeutet es genau wenn Sie sagen Sie „ahnden die Straftaten“?

Fr. Wilmsmann:

Dazu möchte ich vielleicht grundsätzlich einmal grob und allgemein den Verfahrensablauf eines Jugendstrafverfahrens beschreiben.

In der Regel bekomme ich von der Polizei die Anzeige als Verfahrensakte auf den Tisch. Ich bearbeite die Anzeige dann. D.h. ich schaue mir an: Was ist der Vorwurf? Wer ist der Täter? Gibt es schon weitere Verfahren? etc. und muss dann entscheiden, wie ich diesen Verfahrensvorgang abschließe.

Da gibt es bei den Jugendlichen eben Besonderheiten, da hier die Taten nicht bestraft werden sollen, sondern der Jugendliche erzogen werden soll. Es gilt im Gegensatz zum Erwachsenenstrafrecht also der Erziehungsgedanke. Es geht nicht um die Bestrafung, sondern um die Erziehung und die Zurückführung des Jugendlichen auf den richtigen Weg. Hier habe ich verschiedene Möglichkeiten:

Zum einen kann ich das Verfahren ohne weitere Ahndungen ("Bestrafungen") abschließen, einstellen und den Verfahrensvorgang so beenden.

Ich habe aber auch die Möglichkeit zu sagen: Die vorliegende Straftat des Jugendlichen ist ausreichend schwerwiegend. Daher möchte ich die Straftat ahnden. Ich halte es aber noch nicht für erforderlich das Gericht einzuschalten. In diesen Fällen kann ich dann z.B. das sog. Diversionsverfahren einleiten und in diesem Rahmen Auflagen verhängen z.B. für das Fahren ohne Fahrerlaubnis 30 Arbeitsstunden. Anschließend schicke ich die Akte dann zur Jugendgerichtshilfe. Diese kontrolliert und bewacht die Erledigung der Auflagen durch den Jugendlichen. Hat der Jugendliche alle Auflagen erledigt, dann schickt die Jugendgerichtshilfe die Akte zurück an mich und ich kann das Verfahren dann einstellen.

Die letzte Möglichkeit ist schließlich, den Jugendlichen für seine begangene Tat beim Jugendrichter anzuklagen und die Entscheidung, wie die Tat zu ahnden ist, dem Richter zu überlassen.

Ergänzungsfrage: Können Sie die Aufgaben und die Ziele der Staatsanwaltschaft im Bereich der Jugendstrafverfahren nochmal ganz kurz zusammenfassen?

Fr. Wilmsmann:

Die Aufgabe der Staatsanwaltschaft im Jugendstrafverfahren ist primär die Verfolgung von Straftaten und die Ermittlung der jugendlichen Täter. Ziel ist es, die Jugendlichen nicht zu bestrafen, wie es bei den Erwachsenen der Fall ist, sondern hier ist der Erziehungsgedanke das Ziel. D.h. Die Jugendlichen sollen wieder auf den richtigen Weg zurückgeführt werden und zukünftig straffrei leben.

2. Wie sieht dabei die Konkrete Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe aus?

Pia Wilmsmann:

Die Jugendgerichtshilfe unterstützt mich im Rahmen des Diversionsverfahrens. D.h. sie überwacht in diesen Fällen die Durchführung der Auflagen, z.B. Arbeitsstunden, die abzuleisten sind und teilt mir dann mit einem entsprechenden Nachweis mit, ob, wann und wo diese Arbeitsstunden abgeleistet worden sind. In einigen Fällen ist es so, dass ich mir insbesondere zum Werdegang des Jugendlichen Rat bei der Jugendgerichtshilfe hole und diese Meinung und Hinweise dann in die Entscheidung bezüglich des Ausgangs des Verfahrens einfließen lasse.

Die Jugendgerichtshilfe hole ich deshalb mit ins Boot, weil sie in der Regel definitiv mehr und persönlicheren Kontakt zu den ermittelten Tätern hat wie ich, die als Jugendstaatsanwältin ja nur im Büro „über der Akte hängt“. Die Jugendgerichtshilfe kennt in der Regel nicht nur den Täter, sondern auch die Familie. Oft geht es dabei um Jugendliche, die schon häufiger delinquent waren und somit der Jugendgerichtshilfe wohl bekannt sind. In diesen Fällen hilft mir die Einschätzung der Ju-

gendgerichtshilfe insbesondere zur Frage, ob der Jugendliche mittlerweile Hilfe annimmt oder ob hier weitere Straftaten zu befürchten sind. Das betrifft eben nicht nur die Diversion, sondern auch sonstige Verfahren. In diesen Fällen geht es dann eher um die Frage ob ein Verfahren eingestellt werden kann, oder ob eben Anklage erhoben wird und gegebenenfalls ein weiteres Urteil erwartet wird.

3. Mit welchen weiteren Institutionen arbeiten Sie im Rahmen des Jugendstraßverfahrens zusammen?

Wie sieht die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen jeweils konkret aus?

Fr. Wilmsmann:

*Zunächst einmal ist hierbei natürlich die **Polizei** anzuführen. Bei einfachen Verfahren läuft es so, dass die Polizei die Taten ermittelt und mir die Akte in der Regel letztendlich abschlussreif vorlegt. In umfangreicheren Fällen kommt es durchaus zu Absprachen mit der Polizei, wie weiter vorgegangen werden soll oder welche Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen z.B. Durchsuchungen oder auch Haftsachen/Festnahmen. Diese Maßnahmen sind dann über mich als Jugendstaatsanwältin in die Wege zu leiten. Des Weiteren ist es hier dann gegebenenfalls auch erforderlich, abzusprechen wie die Verfahrensakte aufzubauen ist, oder welche weiteren Tatverdächtigen hier in Betracht kommen.*

*Als weitere Institution kann ich dann noch die **Bewährungshilfe** anführen. Sie spielt in meinem persönlichen Arbeitsalltag allerdings eher eine untergeordnete Rolle. Zwar stehen einige „meiner Jugendlichen“ unter Bewährung, allerdings ist hier der Kontakt aber nicht ganz so eng wie zur Jugendgerichtshilfe. Doch auch hier kommt es vor, dass ich, wenn ich neue Verfahren auf den Tisch bekomme, bei der Bewährungshilfe nachfrage, wie denn die Bewährung läuft und dann diese Mitteilungen ebenfalls in die Entscheidung mit einfließen lassen kann. Wenn ich von „meinen Jugendlichen“ spreche, möchte ich dazu kurz etwas erklären:*

Bei den Erwachsenen gilt im Rahmen der Zuständigkeit das Tatortprinzip. D.h. es wird diejenige Staatsanwaltschaft mit dem Fall betraut, in deren Zuständigkeitsbereich der Tatort liegt. Bei den Jugendlichen ist das anders. Hier gilt das Wohnortprinzip. D.h. ich betreue die Jugendlichen, die im Bereich Freudenstadt wohnen. Begehen diese Straftaten z.B. in Berlin, München oder Hamburg, dann kommen diese Verfahrensvorgänge trotzdem immer zu mir, sodass ich hier eben entsprechend dem Erziehungsgedanken jedes Mal durchgängig mit dem Fall betraut bin. Deshalb spreche ich mittlerweile von „meinen Jugendlichen“. Bei den Erwachsenen bleiben die Verfahren in den jeweiligen Städten und werden dort auch von der Staatsanwaltschaft betreut.

Ergänzungsfrage: Und wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Jugendrichter aus?

Fr. Wilmsmann:

Grundsätzlich muss man hier das Ermittlungsverfahren vom Strafverfahren trennen. So lange das Verfahren bei mir ist spricht man vom Ermittlungsverfahren. Sobald ich Anklage erhebe, geht das Ermittlungsverfahren in das Strafverfahren über. Ab diesem Zeitpunkt hat dann letztendlich der Jugendrichter das Verfahren in der Hand. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft insoweit noch eine gewisse Überwachungskontrollfunktion.

Im Rahmen des Strafverfahrens vertrete ich eben die Anklage vor Gericht und halte entsprechend Plädoyer, der Richter entscheidet. Eine Zusammenarbeit findet dann konkret hauptsächlich nur noch im Rahmen des Bewährungsverfahrens statt. D.h. steht ein Jugendlicher unter Bewährung, hat der Jugendrichter die Bewährungszeit und die zu erfüllenden Auflagen während der Bewährungszeit zu überwachen. Kommt es hier zu Unstimmigkeiten, d.h. erledigt z.B. ein Jugendlicher seine Auflagen nicht, hört der Jugendrichter die Staatsanwaltschaft an und entscheidet dann ggf. im Sinne der Staatsanwaltschaft.

III. Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen im Landkreis Freudenstadt

1. Was funktioniert gut an der Zusammenarbeit?

Fr. Wilmsmann:

Besonders hervorzuheben ist hier der kurze und schnelle Draht zur Jugendgerichtshilfe. Man muss dazu sagen, dass das sicherlich auf dem Land einfacher ist als in der Stadt, denn ich als Jugendstaatsanwältin persönlich habe letztendlich drei konkrete Ansprechpartner bei der Jugendgerichtshilfe.

Der offene Austausch ist ebenfalls hervorzuheben. D.h. mittlerweile kennt man sich und seine Jugendlichen und die Jugendgerichtshelfer, sodass hier ein kurzer offener Austausch an Problemen, Gedanken jederzeit möglich ist. Das ist meiner Meinung nach, vor allem um dem Erziehungsgedanken gerecht zu werden, besonders wichtig.

2. Gibt es Probleme/Hindernisse im Bereich der Zusammenarbeit?

Fr. Wilmsmann:

Bei mir sind keine Probleme, Hindernisse in der Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen vorhanden. Hier möchte ich einfach nochmal betonen, dass das sicherlich auch daran liegen kann, dass man sich untereinander eben kennt und nicht die Verhältnisse wie in einer Großstadt vorliegen. Dort ist viel mehr Personal für den gleichen Bereich zuständig ist. D.h. in den Großstädten gibt es viel mehr Staatsanwälte, die Jugendliche bearbeiten und natürlich auch viel mehr Jugendgerichtshelfer weil die Bevölkerungszahl dies erfordert. Um für je-

den Fall den zuständigen Jugendgerichtshelfer zu finden muss man sich erst durchfragen. Das schreckt natürlich teilweise ab.

Die ständige Fluktuation im Berufsfeld der Staatsanwaltschaft erschwert die Zusammenarbeit in den Großstädten natürlich auch noch besonders.

Auch Datenschutzrechtlich habe ich hier keine Probleme, denn die Polizei schickt ja nicht nur mir den Verfahrensvorgang, sondern auch der Jugendgerichtshilfe. D.h. die Daten und Fakten sind auch der Jugendgerichtshilfe sowieso schon bekannt, sodass man da offen miteinander sprechen kann.

3. Was ist ihrer Meinung nach für eine gute Zusammenarbeit im Hinblick auf die schnelle und effektive Bekämpfung von Jugendkriminalität wichtig?

Fr. Wilmsmann:

Hierbei kann ich letztendlich darauf verweisen was bei uns im Bereich Freudenstadt hinsichtlich der Zusammenarbeit gut funktioniert. Nämlich: der kurze und schnelle Draht, aber auch der offene Austausch an Eindrücken und Meinungen. Das bezieht sich nicht nur auf die Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe, sondern auch mit allen anderen Institutionen.

Wichtig ist natürlich auch noch der schnelle Informationsfluss im Zusammenhang mit der Polizei, denn hier ist es wichtig, gegebenenfalls schnell zu reagieren, nicht nur um die Taten des Jugendlichen zu ahnden, sondern auch im Hinblick auf das Strafverfahren gegebenenfalls Beweismittel zu sichern.

4. Könnte die Zusammenarbeit im Landkreis Freudenstadt Ihrer Meinung nach verbessert werden? Wenn ja, wie?

Fr. Wilmsmann:

Da habe ich eigentlich keine weiteren Verbesserungsvorschläge. Zumindest derzeit. Man weiß nie, wie sich das Personal entwickelt, d.h. in wie weit einzelne Jugendgerichtshelfer, Polizeibeamte oder auch Bewährungshelfer wechseln.

Um den guten Kontakt und die gute Zusammenarbeit auch bei einem Personalwechsel weiter aufrecht erhalten zu können, sollte man sich daher auf jeden Fall regelmäßig treffen und sich eben kennen lernen. Es kommt also primär darauf an, ob bei allen Beteiligten eine entsprechend große Kooperationsbereitschaft vorhanden ist.

Daher ist die derzeitig sehr gute Zusammenarbeit mit Sicherheit vor allem auf das aktuelle Personal zurück zu führen.

Anlage 8:

Interview mit Hr. Benz, Direktor und Jugendrichter des Amtsgerichts Freudenstadt

Herr Axel Benz
Amtsgericht Freudenstadt

Termin: 20.08.2015, 14.30 Uhr

I. Angaben zur Person und zum Beruf

- 1. Herr Benz, darf ich Sie bitten, sich kurz vorzustellen, dabei Ihre Berufsbezeichnung zu nennen und kurz zu erklären, wie lange Sie schon in diesem Beruf arbeiten?**

Hr. Benz:

Mein Name ist Axel Benz. Ich bin der Direktor des Amtsgerichts hier in Freudenstadt. Ich arbeite seit 1976 als Richter und bin seit 1999 Direktor hier beim Amtsgericht Freudenstadt. Seit dem Jahr 2000 bearbeite ich nur noch Fälle im Strafrecht, vorher habe ich aber alle Rechtsgebiete bearbeitet.

- 2. Wie beschreiben Sie Ihre Aufgaben in Ihrem derzeitigen Beruf als Jugendrichter?**

Hr. Benz:

Als Jugendrichter habe ich die Aufgabe, Fälle von der Staatsanwaltschaft, die im Bereich der Jugendkriminalität noch zum Amtsgericht kommen, zu bearbeiten.

Es ist dabei meine Aufgabe zu entscheiden, ob eine Hauptverhandlung durchzuführen ist. Wenn eine Hauptverhandlung erforderlich ist, dann ist es meine Aufgabe, diese durchzuführen, das Urteil zu machen und anschließend auch zu vollstrecken. Der Jugendrichter macht die Vollstreckung selbst. Die Vollstreckung wird also nicht an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

II. Das Jugendstrafverfahren

- 1. Wie sind Sie im Rahmen Ihres Berufes am Jugendstrafverfahren beteiligt?**

Was sind dabei Ihre Aufgaben?

Hr. Benz:

Ich bin hier in Freudenstadt der zuständige Richter im Jugendstrafverfahren. Wenn also von der Staatsanwaltschaft in einer Jugendstrafsache Klage erhoben wird, dann behandle ich den Fall vom Anfang bis

zum Urteil am Schluss. Es ist meine Aufgabe, in der Hauptverhandlung aufzuklären, ob aus erzieherischen Gründen eine Maßnahme notwendig ist, wenn ja, welche und dann auch ein entsprechendes Urteil zu treffen.

Zwischenfrage: Wie sieht denn der grobe Ablauf eines Jugendstrafverfahrens aus?

Hr.Benz:

Es ist so, dass die Polizei ermittelt, wenn ihr eine Straftat gemeldet oder bekannt wird. Wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind, dann schickt die Polizei die Akte an die Staatsanwaltschaft. Gegebenenfalls kann die Polizei aber auch schon im Vorhinein Kontakt mit der Staatsanwaltschaft aufnehmen, wenn sie anfragen will, ob sie im Einzelfall weiter ermitteln soll oder nicht.

Wenn die Staatsanwaltschaft die Akte erhalten hat, dann hat sie mehrere Möglichkeiten, wie in jedem Straf- bzw. Jugendverfahren.

Wenn die Staatsanwaltschaft zur Entscheidung kommt, dass die Akte keinen ausreichenden Tatverdacht hergibt, das ist z.B. dann der Fall wenn der Angeklagte nicht als Täter festgestellt werden kann oder aus irgendwelchen Gründen Zweifel daran bestehen oder die Tat gar nicht strafbar ist, dann kann die Staatsanwaltschaft das Verfahren auch bei Jugendlichen nach § 170 StPO einstellen.

Wenn sie aber einen hinreichenden Tatverdacht bejaht, dann kann die Staatsanwaltschaft nun Anklage beim Jugendrichter erheben, soweit nicht von vornherein eine Jugendstrafe oder ein Schuldspruch nach § 27 JGG zu erwarten ist. Wenn von vornherein als Ergebnis eine dieser Maßnahmen zu erwarten ist, dann hat die Staatsanwaltschaft nicht beim Jugendrichter im Amtsgericht Anklage zu erheben, sondern beim Jugendschöffengericht.

Stellt sich aber erst im Laufe des Verfahrens beim Amtsgericht heraus, dass doch eine Jugendstrafe oder ein Schuldspruch nach § 27 notwendig ist, dann darf der Jugendrichter diese Maßnahmen verhängen. Er darf aber keine Jugendstrafe über einem Jahr verhängen. Wenn sich in der Hauptverhandlung allerdings herausstellt, dass eine Jugendstrafe über einem Jahr zu verhängen ist, dann hat der Jugendrichter das Verfahren an das Jugendschöffengericht abzugeben. Die Staatsanwaltschaft hat dann auch noch die Möglichkeit z.B. bei Straf- unmündigkeit nach § 152 StPO einzustellen.

Neben der Anklage kann sie zudem auch ein so genanntes **Vereinfachtes Jugendverfahren** beantragen.

In diesem Vereinfachten Jugendverfahren wird dann bei hinreichendem Tatverdacht sofort ein Termin bestimmt. Beim Verhandlungstermin des Vereinfachten Verfahrens muss die Staatsanwaltschaft nicht anwesend sein. In diesem Vereinfachten Verfahren, das nur gegen Jugendliche, nicht aber gegen Heranwachsende möglich ist, können nur Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel verhängt werden, nicht aber ein

Schuldspruch ohne Strafe nach § 27 JGG oder eine Jugend-strafe nach § 17 JGG.

*Bei der **Anklage** ist es so, dass die Akte dann dem Richter vorgelegt wird. Der Richter sendet diese Anklage dann an den Jugendlichen und an die gesetzlichen Vertreter. Diese können bis zu einer bestimmten, festgesetzten Frist zu dieser Anklage Stellung nehmen. Nach Ablauf dieser Frist wird dann darüber entschieden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Die Eröffnung des Hauptverfahrens ergeht in der Regel durch einen getrennten Beschluss. Es wird dann auch sofort der Termin zur Hauptverhandlung bestimmt.*

*Wieder zurück zur **Staatsanwaltschaft**. Sie kann also Antrag auf Vereinfachtes Verfahren stellen, oder eine Anklage erheben oder nach verschiedenen Möglichkeiten einstellen und dann hat sie aber auch noch die Möglichkeit, im Rahmen der Diversion gem. §§ 45, 47 JGG zu verfahren. Das geht in der Regel im Zusammenwirken mit dem Jugendamt. Das Jugendamt ist ja näher an dem Jugendlichen dran, als die Staatsanwaltschaft es ist. Diese Einstellungsmöglichkeiten gibt es mit oder ohne Auflage.*

*In der **Hauptverhandlung** vor dem Jugendrichter ist dann alles möglich, was das Gesetz vorsieht. Der Jugendrichter kann bei geringer Schuld nach § 47 JGG ebenfalls mit oder ohne Auflage oder Weisungen einstellen. Er kann Erziehungsmaßnahmen oder Zuchtmittel verhängen, die sich aus den §§ 9 und 13 mit entsprechenden Zwischenvorschriften ergeben und kann auch die Jugendstrafe verhängen. Die Jugendstrafe kann dann mit oder ohne Bewährung verhängt werden, je nachdem, ob der Angeklagte bzw. der Jugendliche oder Heranwachsende schon Voreintragungen hat oder nicht.*

*Zum **Schuldspruch ohne Strafe nach § 27 JGG** ist vielleicht noch darauf hinzuweisen, dass dieser dann verhängt wird, wenn noch nicht sicher ist, ob die Tat, auf die es ankommt, auf schädlichen Neigungen beruht. Wenn das noch nicht sicher ist, dann kann als Vorstufe zur Jugendstrafe ein Schuldspruch ohne Strafe nach § 27 JGG verhängt werden.*

D.h. der Jugendliche oder Heranwachsende wird zwar schuldig gesprochen, die Entscheidung über die Verhängung einer Jugendstrafe aber zur Bewährung ausgesetzt. Dabei ist die maximale Bewährungszeit in diesem Fall zwei Jahre. Länger darf hier keine Bewährungszeit festgesetzt werden. Zeigt der Jugendliche oder Heranwachsende in der Bewährungszeit ein negatives Verhalten, indem er z.B. Auflagen oder Weisungen nicht erfüllt, die ihm im Bewährungsbeschluss auferlegt wurden, oder wird er wieder erneut straffällig, dann wird in dem Verfahren nach § 27 JGG durch einen Beschluss festgestellt, dass jetzt davon ausgegangen wird, dass die Tat auf schädlichen Neigungen beruht. Deshalb wird ein erneuter Hauptverhandlungstermin be-

stimmt. In diesem Hauptverhandlungstermin wird dann schließlich die aufgeschobene Jugendstrafe, mit oder ohne Bewährung, gegen den Jugendlichen bzw. Heranwachsenden verhängt.

Wenn man aber feststellen kann, dass die Entwicklung nicht negativ verläuft, dann bleibt es beim Schuldspruch und dieser wird dann nach der Bewährungszeit erlassen.

2. Wie sieht dabei die Konkrete Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe aus?

Hr. Benz:

Die Jugendgerichtshilfe bereitet in der Regel einen schriftlichen Bericht für das Jugendgericht vor. Der Bericht gelangt schon vor der Hauptverhandlung zu den Akten und wird vom Jugendrichter berücksichtigt. Ausnahme wäre dann, wenn der Jugendliche oder auch die Eltern nicht zum Jugendamt gehen. Dann kann in der Regel erst in der Hauptverhandlung ein solcher Bericht erstellt werden. Der Bericht ist für das Gericht von großer Bedeutung. Ganz einfach deshalb, weil der Jugendrichter selbst, den Jugendlichen oder Heranwachsenden ja im Normalfall erst in der kurzen Hauptverhandlung sieht und nicht näheres aus seinem Umfeld weiß. Darum ist der Bericht der Jugendgerichtshilfe sehr wichtig für den Jugendrichter.

Weiter hat die Jugendgerichtshilfe natürlich die Aufgabe, nach einem Urteil, in dem Weisungen oder Auflagen verhängt wurden, dem Gericht mitzuteilen, ob der Jugendliche diesen Weisungen und Auflagen nachkommt. Sollte letzteres nicht der Fall sein, dann wird wieder ein Termin bestimmt, in dem der Jugendliche vom Jugendrichter angehört wird. Sollte sich dabei ergeben, dass er verschuldet diesen Auflagen oder Weisungen nicht nachkommt, dann wird in der Regel ein Ungehorsamsarrest gegen den Jugendlichen festgesetzt.

In diesem Ungehorsamsarrest wird dann festgesetzt, dass er am Wochenende oder auch eine ganze Woche in den Jugendarrest muss. Damit ist der Jugendliche dann aber noch nicht von seinen Weisungen oder Auflagen entbunden. Diese muss er trotzdem erbringen. Wenn er das auch in Folge nach dem Arrest nicht macht, dann kann nochmals so ein Arrest festgesetzt werden. In der Regel wird aber bereits nach der Festsetzung des Arrestes, ohne dass dieser vollstreckt wird, die Weisung oder Auflage erfüllt. In diesem Fall verzichtet der Jugendrichter dann auch auf die Vollstreckung dieses Arrestes.

Allgemein ist es auch so, dass in der Regel der Antrag der Jugendgerichtshilfe als Vorschlag übernommen wird. Allerdings ist das Gericht daran nicht gebunden. In der Regel wird der Antrag der Jugendgerichtshilfe aber sehr sorgfältig geprüft und ihm weitgehend auch entsprochen.

Zwischenfrage: D.h. die Jugendgerichtshilfe schlägt Maßnahmen bzw. Weisungen vor und berät dadurch den Jugendrichter?

Hr. Benz:

Richtig. Die Jugendgerichtshilfe ist hier ja quasi näher an dem Angeklagten und auch an den Eltern dran und kann daher im Normalfall vernünftiger Maßnahmen vorschlagen als es das Gericht, das den Jugendlichen und seine Eltern ja nur kurz kennt.

3. Mit welchen weiteren Institutionen arbeiten Sie im Rahmen des Jugendstrafverfahrens zusammen?

Hr. Benz:

Im Jugendstrafverfahren arbeite ich im Normalfall mit keinen weiteren Institutionen außer mit der Bewährungshilfe zusammen.

Wenn ich eine Jugendstrafe oder einen Schuldspruch ohne Strafe mit Bewährung festsetze, dann bekomme ich neben der Jugendgerichtshilfe natürlich auch von der Bewährungshilfe Berichte, die für mich in Bezug auf das weitere Vorgehen und für weitere Entscheidungen wichtig sind.

4. Wie sieht die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen jeweils konkret aus?

Hr. Benz:

Die Bewährungshilfe wird von mir in der Regel alle drei Monate, bei Jugendlichen manchmal auch häufiger, um einen Bericht gebeten. Sie nimmt auch häufig telefonisch mit mir Kontakt auf, wenn irgendetwas schief geht. Gelegentlich kommt es dann dazu, dass ich aufgrund des Berichtes der Bewährungshilfe sofort und auch recht schnell einen Anhörungstermin bestimme um mit dem Jugendlichen zu besprechen, dass es nicht gut läuft und ihm aufzuzeigen, welche Folgen es hat, wenn er weiterhin z.B. nicht entsprechend mit der Bewährungshilfe zusammenarbeitet oder seinen Auflagen nicht nachkommt.

III. Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen im Landkreis Freudenstadt

1. Was funktioniert gut an der Zusammenarbeit?

Hr. Benz:

Ich arbeite im Normalfall ja nur mit der Jugendgerichtshilfe zusammen. Die Zusammenarbeit ist hervorragend. Ich schätze hier an der Zusammenarbeit, dass die Jugendgerichtshelfer, die bei mir tätig sind, sehr wohl auch mal hervorheben, wenn härtere Maßnahmen ergriffen werden müssen und auch hervorheben, wenn es in einem Fall mal nicht so läuft wie es laufen sollte.

2. Gibt es Probleme/Hindernisse im Bereich der Zusammenarbeit?

Hr. Benz:

Probleme und Hindernisse gibt es aus meiner Sicht derzeit nicht. Man kennt sich untereinander und es sind kurze Wege vorhanden. Die Jugendgerichtshilfe kann mich kontaktieren. Ich kontaktiere sie aber genauso, wenn ich es z.B. für notwendig erachte, dass in einem Fall schnell etwas geschehen muss. Deshalb kann ich nur sagen, dass die Zusammenarbeit hier in Freudenstadt sehr gut ist.

Zwischenfrage: Wie sieht es mit Datenschutz aus? Liegt dadurch manchmal ein Hindernis vor?

Hr. Benz:

Ich beziehe mich nur auf die Fälle, die ich gemeinsam mit der Jugendgerichtshilfe bearbeite. Sobald die Jugendgerichtshilfe am selben Fall beteiligt ist, gibt es hier keine datenschutzrechtlichen Geschichten, die Probleme machen könnten.

3. Was ist ihrer Meinung nach für eine gute Zusammenarbeit im Hinblick auf die schnelle und effektive Bekämpfung von Jugendkriminalität wichtig?

Hr. Benz:

Meines Erachtens ist die Polizei vor Ort sehr wichtig. Die Polizei kennt die Plätze, an denen sich Jugendliche in der Regel aufhalten und kann dort daher auch rechtzeitig und schnell eingreifen. Ich halte es auch für sehr, sehr wichtig, dass genügend Polizeikräfte da sind, um dann, wenn eine Tat begangen wurde, sehr schnell ermitteln und die Akten sehr schnell der Staatsanwaltschaft vorlegen zu können. Nur dann kann man den Jugendlichen schnell erreichen. Denn das ist das wichtigste, das es überhaupt gibt. Ein schnelles Ermittlungsverfahren, eine schnelle Hauptverhandlung und ein schnelles Urteil sind sehr wichtig. Denn nach einem halben Jahr hat der Jugendliche in der Regel schon vergessen, was er gemacht hat. Wichtig ist einfach auch der Bezug zur Tat und deshalb muss man in diesem Bereich recht schnell tätig sein und das hängt eben auch immer mit der Besetzung der Polizei im Bereich Jugendkriminalität zusammen.

Ich bin mit der Besetzung der Polizei im Landkreis Freudenstadt zufrieden.

4. Könnte die Zusammenarbeit im Landkreis Freudenstadt Ihrer Meinung nach verbessert werden? Wenn ja, wie?

Hr. Benz:

An und für sich eher nein. Ich sehe die zuständigen Jugendgerichtshelfer praktisch wöchentlich, sodass wir bei diesen Treffen auch andere Fälle besprechen können. Durch diesen direkten Kontakt, den ich ständig zu der Jugendgerichtshilfe habe, ist eine Verbesserung aus meiner Sicht gar nicht notwendig.

Anlage 9:

Interview mit Hr. Gaus, Bewährungshelfer im Landkreis Freudenstadt

Herr Reinhard Gaus
Bewährungshilfe NEUStart GmbH Rottweil

Termin: 07.08.2015 um 8.30 Uhr

I. Angaben zur Person und zum Beruf

- 1. Herr Gaus, darf ich Sie bitten, sich kurz vorzustellen, dabei Ihre Berufsbezeichnung zu nennen und kurz zu erklären, wie lange Sie schon in diesem Beruf arbeiten?**

Hr. Gaus:

Reinhard Gaus, 46 Jahre, Bewährungshelfer. Ich bin seit 1999 in der Bewährungshilfe und seit 2006 bei NEUStart als Bewährungshelfer tätig.

- 2. Wie beschreiben Sie Ihre Aufgaben in Ihrem derzeitigen Beruf?**

Hr. Gaus:

Mein gesetzlicher Auftrag nach dem JGG ist, dass ich helfend und betreuend wirken soll und die Auflagen und Weisungen, die dem Klienten vom Gericht auferlegt wurden, zu kontrollieren habe. Man spricht dabei von einem „doppelten Mandat“.

Auf der einen Seite stehen „helfen und betreuen“. Das setzt voraus, dass ein Vertrauensverhältnis zum Klienten besteht. Auf der anderen Seite steht „Auflagen und Weisungen überwachen“. Das bedeutet auch, dass man Druck machen muss, dass man Unregelmäßigkeiten dem Gericht berichten muss.

In der eigentlichen Arbeit ist es so, dass es immer wieder Rückfälle gibt. Die Klienten, die zu uns kommen, haben diverse Schwierigkeiten und Defizite. Diese gilt es zu beheben. Dabei gibt es immer wieder Rückfälle. Wir versuchen in diesen Fällen immer wieder neu zu starten und mit den Klienten die Bewährungszeit nicht nur zu überstehen, sondern den Klienten auch eine Prognose zu geben, die sie befähigt, nachher nicht mehr straffällig zu werden.

Zwischenfrage: Können Sie kurz erklären was Bewährung genau ist?

Hr. Gaus:

Es gibt bei der Bewährung zwei Varianten. Die erste Variante ist, dass jemand verurteilt wird und die Strafe, z.B. 1 Jahr, für eine bestimmte Zeit zur Bewährung ausgesetzt wird z.B. 2 oder 3 Jahre. In der Bewährungszeit darf der Täter nicht mehr straffällig werden d.h. er muss sich bewähren. Der Täter hat verschiedene Auflagen und Weisungen zu erfüllen wie z.B. bei Drogendelikten Urinkontrollen, zur psychologischen Beratungsstelle gehen, gemeinnützige Arbeit leisten. Da gibt es noch diverse andere Möglichkeiten. Wenn der Täter die Bewährungszeit durchsteht ohne neue Straftaten zu begehen und alle Auflagen und Weisungen erfüllt, wird nach Ende der Bewährungszeit die Strafe erlassen und der Täter ist dann so zu sagen wieder ein unbeschuldeter Bürger.

Dann gibt es Klienten, die schon aus dem Gefängnis kommen. Entweder war die Prognose bei der Verurteilung so schlecht oder das Strafmaß war so hoch, dass das Gericht die Strafe nicht mehr zur Bewährung aussetzen konnte. Diese Personen kommen dann aus dem Gefängnis raus und haben eine Reststrafe z.B. 6 Monate. Die Reststrafe wird ebenfalls zur Bewährung ausgesetzt, z.B. für 2-3 Jahre und dann ist der Ablauf gleich wie bei einer sofort ausgesprochenen Bewährung durch den Richter.

Voraussetzung für eine Bewährungsstrafe ist, dass das Strafmaß nicht über zwei Jahren liegt. Es können nur alle Strafen mit einer Dauer bis zu zwei Jahren zur Bewährung ausgesetzt werden.

Man kann unter Bewährung gestellt werden, wenn man beim Amtsgericht verurteilt wird, per Strafbefehl oder wenn man schon in Haft ist und dann aufgrund seines positiven Verhaltens in der Haft, nach zwei Dritteln, das restliche Drittel der Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt bekommt. Bei einer Haftstrafe von 18 Monaten bleiben dann z.B. 6 Monate offen. Diese 6 Monate werden dann über den Zeitraum von ca. 2 oder 3 Jahren zur Bewährung ausgesetzt. Alles weitere funktioniert gleich wie wenn das Amtsgericht sofort eine Bewährungsstrafe erteilt.

3. Welche schulische/studentische Laufbahn haben Sie für diesen Beruf durchlaufen?

Hr. Gaus:

Ich bin über den Zivildienst zur Sozialarbeit gekommen und habe dann in Nürnberg an der Georg-Simon-Ohm Fachhochschule vier Jahre Sozialpädagogik studiert.

II. Das Jugendstrafverfahren

1. Wie sind Sie im Rahmen Ihres Berufes am Jugendstrafverfahren beteiligt?

Was sind dabei Ihre Aufgaben?

Hr. Gaus:

Das Gesetz schreibt vor, dass jeder Jugendliche, der verurteilt wird und mindestens einen Schuldspruch nach §27 JGG erhält, einen Bewährungshelfer zugeteilt bekommt.

Meine Aufgaben sind dabei zum einen die Auflagen und Weisungen des Gerichts zu überwachen und zum anderen den Probanden „helfend und betreuend“ zur Seite zu stehen. Eine Weisung des Gerichts ist auch, dass der Jugendliche der Bewährungshilfe unterstellt ist. Das bedeutet, dass sich der Jugendliche in von der Bewährungshilfe festgelegten Abständen bei der Bewährungshilfe melden und Rede und Antwort stehen muss. Wie oft er sich bei der Bewährungshilfe melden muss, hängt von seinen Defiziten ab. So muss sich z.B. im Erwachsenenbereich ein Familienvater, der in Arbeit steht, keine Schulden hat, seine Suchtproblematik wöchentlich bei der Suchtberatungsstelle bearbeitet, weniger bei der Bewährungshilfe vorsprechen, als ein Jugendlicher, der obdachlos ist und bei dem die Sorge besteht, dass er jede Woche eine neue Straftat verüben könnte.

Wenn die Termine bei der Bewährungshilfe nicht eingehalten werden, wird die Bewährungshilfe das Aufsicht führende Gericht informieren. Das Gericht wird den Jugendlichen dann anschreiben. Wenn es dann immer noch nicht funktioniert, wird der Jugendliche zu einer richterlichen Anhörung einberufen, bei der die Bewährungshilfe dann auch dabei ist und in der besprochen wird, wie es weiter gehen kann. Wenn man sich der Bewährungshilfe im schlimmsten Falle entzieht und weitere Straftaten im Raum sind, erfolgt der Widerruf der Bewährung. Die Bewährungshilfe hat dabei eine Schweigepflicht allen gegenüber, außer dem Gericht. Wenn also etwas unregelmäßig läuft, muss ich das dem Richter mitteilen, aber weder der Polizei, noch der Staatsanwaltschaft, noch der Jugendgerichtshilfe, noch sonst irgendjemand.

Weiter ist die Bewährungshilfe am Jugendstrafverfahren beteiligt, wenn es ein Zweitverfahren gibt d.h. wenn der Proband erneut straffällig wird und deshalb eine neue Verhandlung ansteht. Dann ist im Gesetz verankert, dass die Bewährungshilfe gehört werden soll. Ich habe als Bewährungshelfer also den Anspruch, dass ich beim Zweitverfahren anwesend bin und der Richter die Bewährungshilfe nutzen kann, um aktuelle Informationen über den Probanden zu bekommen. Im Vergleich zur Jugendgerichtshilfe, die der Jugendrichter hören muss und die auch einen Vorschlag zum Strafmaß hat, ist die Bewährungshilfe eigentlich am aktuellen Fall viel näher dran. Aus meiner Sicht ist es so, dass die Jugendgerichtshilfe die Anamnese bis zur Verhandlung macht. D.h. Kindheit, Schule, besondere Vorkommnisse. Ab dem Zeit-

punkt, an dem allerdings ein Bewährungshelfer eingeschaltet ist, ist die Jugendgerichtshilfe eher im Hintergrund.

Der Richter erwartet von der Bewährungshilfe eine Einschätzung, bzw. eine Prognose. Geht die Bewährungshilfe davon aus, dass der Jugendliche, aufgrund seines Verhaltens in der bisherigen Bewährungszeit, erneut straffällig wird? Oder kann die Bewährungshilfe doch erkennen, dass es Fortschritte gegeben hat? Die Bewährungshilfe wird in ihrer Stellungnahme dann auch flankierende Auflagen und Weisungen anregen und dem Richter die passenden Maßnahmen mitteilen. Ob der Richter diese Vorschläge dann annimmt oder nicht ist ihm selbst als Herrn des Verfahrens überlassen.

Zwischenfrage: Was bedeutet „helfend und betreuend“ zur Hilfe stehen genau?

Hr. Gaus:

„Helfend und betreuend“ bedeutet, dass mit dem Probanden eine Anamnese gemacht wird und dabei festgestellt wird, wo seine Defizite sind. Wieso ist er straffällig geworden? Was ist möglich? Was kann man machen? Was kann ich gemeinsam mit dem Probanden machen, dass so was in Zukunft nicht mehr passiert? Das ganze basiert ein Stück weit auf einer Vertrauensbasis zwischen Bewährungshelfer und Proband.

2. Wie sieht dabei die konkrete Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe aus?

Hr. Gaus:

Nach § 38 JGG sollen die Jugendgerichtshilfe und Bewährungshilfe zusammen arbeiten.

Die Jugendgerichtshilfe ist im Erstverfahren mit dem Jugendlichen befasst. Sie ist in der Familie mit drin und hat gewisse Vorarbeit geleistet, indem sie einen Bericht an das Gericht schickt, der eine Anamnese und einen Strafmaßvorschlag beinhaltet.

Die Bewährungshilfe wird erst dann beigeordnet, wenn der Jugendliche beim Erstverfahren verurteilt wird. Die Jugendgerichtshilfe stellt der Bewährungshilfe dann die Vorerhebungen und das Wissen, das sie bis dahin hat, zur Verfügung.

Im Zweitverfahren ist es dann so, dass die Bewährungshilfe näher am Probanden dran ist und die Jugendgerichtshilfe eher im Hintergrund ist. Im Zweitverfahren ist es dann aber ja dennoch so, dass die Jugendgerichtshilfe gehört werden muss und auch einen Vorschlag für das Strafmaß bringen muss. In diesem Fall macht es dann Sinn, dass sich Jugendgerichtshilfe und Bewährungshilfe vor dem Zweitverfahren abstimmen und Informationen austauschen und vielleicht auch gemeinsam überlegen, ob es Sinn macht, nochmal eine Bewährungsstrafe anzuregen oder ob es eher Sinn macht, dass der Jugendliche in Arrest soll.

Des Weiteren sollte es optimaler Weise auch so sein, dass sich Jugendgerichtshilfe und Bewährungshilfe kollegial beraten können und verschiedene Möglichkeiten erörtern können, um dadurch eine passende Maßnahme zu finden.

3. Mit welchen weiteren Institutionen arbeiten Sie im Rahmen des Jugendstraßverfahrens zusammen?

Hr. Gaus:

Zur Zusammenarbeit mit anderen Institutionen muss man voraus schicken, dass die Bewährungshilfe eine Schweigepflicht jedem gegenüber hat, außer dem Aufsicht führenden Gericht. Dem Aufsicht führenden Gericht ist die Bewährungshilfe berichtspflichtig. D.h. immer wenn der Richter einen Bericht haben möchte, bekommt er diesen. Die Bewährungshilfe ist verpflichtet zu berichten, wenn sie von einer neuen Straftat [des Jugendlichen] erfährt oder wenn es dauerhaft Verstöße gegen die Auflagen und Weisungen gibt.

Sonst arbeitet die Bewährungshilfe vor allem mit Institutionen zusammen, die im Rahmen der Auflagen und Weisungen am Einzelfall beteiligt sind wie z.B. die Suchtberatungsstelle oder die psychologische Beratungsstelle. Dabei muss es immer so sein, dass sowohl die Bewährungshilfe, als auch die andere Institution eine Schweigepflichtsentbindung vom Jugendlichen vorliegen hat.

Die Bewährungshilfe darf nicht mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft in Kontakt treten. Sollte es Anfragen von diesen beiden Institutionen geben, muss die Bewährungshilfe auf den Jugendrichter verweisen. An diesen können sich die Staatsanwaltschaft und Polizei dann wenden und dieser wird dann über mich Auskunft geben.

Die Bewährungshilfe soll auch mit den Schulen und den Ausbildungsstellen zusammen arbeiten. Dabei hat die Bewährungshilfe ein Auskunftsrecht. Im wirklichen Leben ist die Umsetzung dieses Auskunftsrechts aber schwierig, da die Bewährungshilfe ja ohne Schweigepflichtsentbindung von der Schule keine Auskunft geben darf.

4. Wie sieht die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen jeweils konkret aus?

Hr. Gaus:

Die Zusammenarbeit mit den Institutionen sieht so aus, dass die Bewährungshilfe die Jugendlichen im Rahmen der Auflagen und Weisungen an die Institutionen vermittelt und, dass sie dann zusammen mit der Institution mit dem Jugendlichen arbeitet und durch Absprachen die Erfüllung der Auflagen überwacht. Zudem ist die Bewährungshilfe Vermittlungsperson zwischen den Institutionen, dem Jugendlichen und dem Gericht.

III. Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen im Landkreis Freudenstadt

1. Was funktioniert gut an der Zusammenarbeit?

Hr. Gaus:

Im Landkreis Freudenstadt sind die einzelnen Institutionen gut vernetzt und es herrscht auch ein Klima des gegenseitigen Respekts. Dadurch gibt es einen zielgerichteten, sinnvollen Umgang mit einander.

Für den Bewährungshelfer vor Ort bedeutet das, dass er sich ein Netzwerk aufbauen muss. Das funktioniert durch persönliche Kontakte und durch Verlässlichkeit.

2. Gibt es Probleme/Hindernisse im Bereich der Zusammenarbeit?

Hr. Gaus:

Als Problem oder Hindernis könnte man anführen, dass wenn Jugendliche nicht kooperativ sind und eben keine Schweigepflichtsentbindung erteilen, dass dann den verschiedenen Institutionen die Hände gebunden sind. Dann kommt man nicht an wichtige Informationen heran, die für eine sinnvolle Betreuung von Jugendlichen wichtig wäre.

Aus meiner Sicht wäre in der Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe auch ein weiteres Hindernis, wenn in anderen Landkreisen der allgemeine Soziale Dienst die Jugendgerichtshilfe in Personalunion mit bewältigen würde. Das bedeutet, dass es keine Spezialisierung gibt was die Jugendgerichtshilfe angeht. Das schlägt sich aus meiner Sicht auf die Fachlichkeit durch. Aus meiner Sicht sollte die Jugendgerichtshilfe als eigenständiges Berufsbild von Kollegen im Landratsamt durchgeführt werden.

3. Was ist ihrer Meinung nach für eine gute Zusammenarbeit im Hinblick auf die schnelle und effektive Bekämpfung von Jugendkriminalität wichtig?

Hr. Gaus:

Aus meiner Sicht kann eine gute Vernetzung und eine gute Kooperation im Landkreis nur so stattfinden, indem sich die einzelnen Institutionen kennen und, dass ein gewisses Vertrauensverhältnis da ist. Wichtig ist der persönliche Kontakt. Dieser findet durch dreier Gespräche, Arbeitskreise, runde Tische und Veranstaltungen der einzelnen Institutionen statt.

Persönliche Beziehung, Verlässlichkeit und gegenseitige Wertschätzung sind die Voraussetzungen und diese kann man nicht verordnen, sondern muss man sich erarbeiten.

4. Könnte die Zusammenarbeit im Landkreis Freudenstadt Ihrer Meinung nach verbessert werden? Wenn ja, wie?

Hr. Gaus:

Aus meiner Sicht funktioniert die Zusammenarbeit im Landkreis Freudenstadt gut. Ich denke das steht und fällt mit den Kontakten, die man hat. Die einzelnen Institutionen bieten immer wieder Möglichkeiten an, dass man sich im Rahmen von Besprechungen trifft und so die persönlichen Beziehungen erneuern kann.

Anlage 10:



Kooperationsvereinbarung und Projektbeschreibung zwischen Polizeidirektion und Landkreis Tuttlingen für die behördenübergreifende Einrichtung **JuKoP¹**

Einleitung

Die Polizeidirektion Tuttlingen und der Landkreis Tuttlingen verstärken die Zusammenarbeit im Rahmen des Jugendschutzes und der Eindämmung der Jugendkriminalität. Zu diesem Zweck wird in der Polizeidirektion Tuttlingen ein Zentrum des Jugendrechts

JuKoP (Jugendamt-Kooperation-Polizei) -

nach dem Vorbild des Hauses des Jugendrechts der Stadt Stuttgart gegründet.

JuKoP ist eine gemeinsame Fachstelle zwischen Polizei und Landkreis, welche der Delinquenz/Jugendkriminalität im Landkreis Tuttlingen auch mit Mitteln der Jugendhilfe schnell und umfassend begegnen will. Als oberstes Ziel wird die langfristige Reduzierung und Verhinderung der Jugenddelinquenz im Landkreis Tuttlingen angestrebt.

Polizei und Fachkräfte der Jugendhilfe können dadurch im Einzelfall individuell auf delinquentes Verhalten von Minderjährigen oder Heranwachsenden umgehend und geeignet reagieren. Insbesondere im Rahmen der Diversion kann so schnell überprüft werden, ob anstelle eines strafrechtlichen Verfahrens ein (sozial)pädagogisches Gegenwirken Erfolg verspricht. Eine Reaktion („Strafe“) auf eine Tat entfaltet in der Regel große Wirkung, wenn sie umgehend nach der Tat einsetzt. Eine schnelle Reaktion kann Wiederholungstaten verhindern. Mit den Fachkräften der Jugendhilfe können Leistungen der Jugendhilfe zentral im JuKoP vorgehalten und ohne langwierige Verfahren rasch eingesetzt werden. Somit entsteht eine neue Qualität der Zusammenarbeit von der alle Seiten profitieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des JuKoP ist die Prävention und der Vollzug des Jugendschutzes.

¹ Stand: 01.11.2011



Projektbeschreibung

Name	JuKoP²
Dienstsitz	78532 Tuttlingen, Stockacher Str. 158, Polizeidirektion Tuttlingen
Laufzeit	Das Projekt wird zunächst für die Dauer von 12 Monaten durchgeführt.
Ziele	<ul style="list-style-type: none">• Beschleunigung staatlicher und kommunaler Reaktionen auf Delinquenz junger Menschen• Schnelles und zeitnahes Reagieren auf normwidriges Verhalten, bereits bei der ersten Verfehlung• Höchstmögliche Effektivität bei der Bekämpfung der Jugenddelinquenz durch einen institutionsübergreifenden, parallelen und ganzheitlichen Ansatz• Abstimmung der Maßnahmen und Hilfen aller am Reaktions- und Interventionsprozess beteiligten Organisationen und Einrichtungen sowohl für den Bereich des Strafverfahrens als auch für die Präventionsarbeit• Weitere Vernetzung mit anderen im Bereich der Jugendgerichtshilfe bzw. Delinquenz tätigen Institutionen
Organisation / beteiligte Einrichtungen	Das JuKoP ist Teil des Amts für Familie, Kinder und Jugend des Landratsamt Tuttlingen und der Polizeidirektion Tuttlingen. Indirekt können andere Stellen, wie Staatsanwaltschaft Rottweil ³ , Jugendrichter, Stadt Tuttlingen und sonstige Fachstellen als Kooperationspartner beteiligt werden.

² JUKOP = Jugendamt – Kooperation - Polizei

³ Z.B. bei Fallkonferenzen

	<p>Polizeidirektion Tuttlingen</p> <p>Dienstaufsicht – Leiter der PD Tuttlingen</p> <p>Fachaufsicht – Jugendkoordinator der PD Tuttlingen</p> <p>Landratsamt Tuttlingen</p> <p>Die Koordination mit dem Sozialen Dienst wird von den Mitarbeitern des JuKoP sichergestellt.</p> <p>Die Dienst- und Fachaufsicht obliegt dem Leiter des Amtes für Familie, Kinder und Jugend des Landratsamts Tuttlingen.</p> <p>Dienstzeitregelung</p> <p>Die Dienstzeiten richten sich nach den jeweiligen behördeninternen Arbeitszeitregelungen. Zu bestimmten Anlässen können zusätzliche Dienste durchgeführt werden.</p>
Personal	<ul style="list-style-type: none"> • 2 Mitarbeiter des Landratsamtes Tuttlingen (Sozialarbeiter oder vergleichbare Ausbildung) • 1 Mitarbeiter der Polizeidirektion Tuttlingen (Jugendsachbearbeiter) und weitere Jugendsachbearbeiter (JSB) bei Bedarf • Indirekt Staatsanwaltschaft Rottweil (Jugendstaatsanwalt/-staatsanwältin) und ggfls. Jugendrichter • Sonstige Stellen nach Bedarf (z.B. Stadt Tuttlingen)
Aufgaben / Ziele	<p>Im JuKoP arbeiten die Fachkräfte der Jugendhilfe und die JSB der Polizei Hand in Hand, um auf delinquentes Verhalten von Minderjährigen oder Heranwachsenden umgehend und zielgruppenorientiert reagieren zu können.</p> <p>Durch die gemeinsame Fallbearbeitung und direkte Kommunikation können so Fälle der</p>

	<p>Jugendgerichtshilfe bereits im Vorfeld bearbeitet und abschließend geregelt werden. Hierzu zählen vor allem Fälle, die im Rahmen der Diversion sofort zum Abschluss führen. Hierdurch werden langwierige Verfahren verhindert und „die Strafe folgt der Tat auf den Fuß“. Durch eine schnelle Reaktion im JuKoP können so Wiederholungstaten verhindert werden.</p> <p>Zudem können mit den Fachkräften der Jugendhilfe auch die Leistungen der Jugendhilfe zentral im JuKoP vorgehalten und ohne lange Absprache mit dem Jugendamt möglichst umgehend eingesetzt werden.</p>
Örtliche Zuständigkeit	Das Zuständigkeitsgebiet des JuKoP umfasst den gesamten Landkreis Tuttlingen.
Sachliche Zuständigkeit	<p>Polizeidirektion Tuttlingen</p> <p>Die sachliche Zuständigkeit der Polizei im JuKoP umfasst grundsätzlich</p> <ul style="list-style-type: none"> • alle Straftaten von Kindern, Jugendlichen und im Einzelfall von Heranwachsenden • ausgenommen sind Fälle der schweren Kriminalität, deren Bearbeitung in den Zuständigkeitsbereich der Kriminalpolizei fällt. <p>Landratsamt Tuttlingen</p> <p>Die Mitarbeiter des Landratsamts Tuttlingen sind für alle im Landkreis Tuttlingen wohnhaften, delinquenten Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden zuständig. Darüber hinaus verantworten sie die verbindliche Information, Einschaltung und Vermittlung anderer notwendiger Institutionen und des Sozialen Dienstes.</p> <p>Staatsanwaltschaft Rottweil</p> <p>Bearbeitung aller Verfahren der Diversion und sonstiger Verfahren die im JuKoP anfallen.</p>

	<p>Polizeidirektion Tuttlingen</p> <p>Dienstaufsicht – Leiter der PD Tuttlingen</p> <p>Fachaufsicht – Jugendkoordinator der PD Tuttlingen</p> <p>Landratsamt Tuttlingen</p> <p>Die Koordination mit dem Sozialen Dienst wird von den Mitarbeitern des JuKoP sichergestellt.</p> <p>Die Dienst- und Fachaufsicht obliegt dem Leiter des Amtes für Familie, Kinder und Jugend des Landratsamts Tuttlingen.</p> <p>Dienstzeitregelung</p> <p>Die Dienstzeiten richten sich nach den jeweiligen behördeninternen Arbeitszeitregelungen. Zu bestimmten Anlässen können zusätzliche Dienste durchgeführt werden.</p>
Personal	<ul style="list-style-type: none"> • 2 Mitarbeiter des Landratsamtes Tuttlingen (Sozialarbeiter oder vergleichbare Ausbildung) • 1 Mitarbeiter der Polizeidirektion Tuttlingen (Jugendsachbearbeiter) und weitere Jugendsachbearbeiter (JSB) bei Bedarf • Indirekt Staatsanwaltschaft Rottweil (Jugendstaatsanwalt/-staatsanwältin) und ggfls. Jugendrichter • Sonstige Stellen nach Bedarf (z.B. Stadt Tuttlingen)
Aufgaben / Ziele	<p>Im JuKoP arbeiten die Fachkräfte der Jugendhilfe und die JSB der Polizei Hand in Hand, um auf delinquentes Verhalten von Minderjährigen oder Heranwachsenden umgehend und zielgruppenorientiert reagieren zu können.</p> <p>Durch die gemeinsame Fallbearbeitung und direkte Kommunikation können so Fälle der</p>



Verfahrensablauf

Bei den im JuKoP anlaufenden Fällen ist generell zwischen strafrechtlich relevanten Handlungen und einem sozial auffälligen Verhalten zu unterscheiden. Sozial auffälliges Verhalten kann der Aufenthalt an jugendgefährdenden Orten, das Streunen von Kindern und Jugendlichen, Schulschwänzen, aggressives Verhalten gegenüber sich selbst und anderen sowie die Delinquenz von Kindern sein.

Ebene JuKoP

Die Polizei im Landkreis Tuttlingen nimmt bei auf frischer Tat betroffenen, bis 18-jährigen, und im Einzelfall bei bis unter 21-jährigen, Personen unverzüglich Kontakt mit dem JuKoP auf. In gegenseitiger Absprache werden auf frischer Tat angetroffene Personen sofort überstellt. Andernfalls werden die angefallenen Akten unverzüglich übersandt. Gleichzeitig werden die Mitarbeiter des Landratsamtes eingebunden und die Staatsanwaltschaft unterrichtet. Dabei können erste Abstimmungen zur Durchführung der weiteren Ermittlungsschritte getroffen werden, um eine effiziente und abgestimmte Vorgehensweise mit dem Ziel eines schnellen Verfahrensabschlusses zu gewährleisten.

Ebene Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft stimmt mit dem JuKoP erforderlichenfalls die weiteren Maßnahmen ab. Diversionsüberlegungen werden mit dem JuKoP erörtert und in die Wege geleitet. Die Abschlussverfügung erfolgt dann entsprechend dem gewonnenen Gesamtbild.

<p>Zusammenarbeit der Beteiligten</p>	<p>Datenschutz</p> <p>Der Informationsaustausch wird eigenverantwortlich und selbstständig unter Beachtung der jeweils geltenden rechtlichen und datenschutzrechtlichen Bestimmungen wahrgenommen.</p> <p>Fallkonferenzen</p> <p>Zu einem möglichst frühen Zeitpunkt werden zwischen JuKoP und Staatsanwaltschaft einzelne Fälle in Fallkonferenzen erörtert und konkrete Verfahrensschritte abgesprochen.</p> <p>Gemeinsame Fortbildung / Hospitation</p> <p>Zur Sensibilisierung für die Aufgaben der jeweiligen Partner und zur Erhöhung der gegenseitigen Akzeptanz können gemeinsame Fortbildungen durchgeführt werden. Hospitationsaufenthalte sind, wenn möglich, durchzuführen.</p> <p>Einbindung anderer Stellen / freier Träger</p> <p>Alle Institutionen, die im Bereich der Jugenddelinquenz, der Jugendgefährdung, des Jugendschutzes und der Jugendgerichtshilfe tätig sind, können regelmäßig in die Arbeit des JuKoP eingebunden werden. Mit allen Schulen im Landkreis wird kooperiert.</p>
<p>Geschäftsverteilungsplan / Dienstanweisungen</p>	<p>Die beteiligten Institutionen organisieren ihre interne Geschäftsverteilung eigenverantwortlich im Sinne des JuKoP.</p>
<p>Öffentlichkeitsarbeit</p>	<p>Die Öffentlichkeitsarbeit wird im Einvernehmen der beteiligten Institutionen wahrgenommen.</p>

Salvatorische Klausel	Die Nichtigkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit dieser Vereinbarung im Übrigen nicht. Die Vereinbarungspartner werden eine nichtige Bestimmung durch eine wirksame ersetzen, die der nichtigen Bestimmung nach Sinn und Zweck am Nächsten kommt.
Schrifterfordernis für Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen	Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung sind nur wirksam, wenn sie schriftlich niedergelegt und von beiden Vereinbarungspartnern unterzeichnet sind. Gleiches gilt für die Aufhebung dieses Schrifterfordernisses
Kostenregelung	Die Räumlichkeiten für das JuKoP werden durch die Polizeidirektion Tuttlingen bereitgestellt. Das Amt für Familie, Kinder und Jugend des Landratsamtes Tuttlingen trägt die Sachkosten für kleinere Beschaffungen, Bürobedarf und Fortbildung. Um die Koordination der Jugendgerichtshilfe des Amtes für Familie, Kinder und Jugend sicherstellen zu können, haben die beiden Fachkräfte des Landratsamtes auch weiterhin einen Arbeitsplatz im Amt für Familie, Kinder und Jugend.
Inkrafttreten / Eröffnung des JUKOP	Das JuKoP nimmt am 01.11.2011 seine Arbeit auf. Die Kooperationsvereinbarung ⁴ zwischen Landratsamt und Stadt Tuttlingen, der Staatsanwaltschaft Rottweil und der Polizeidirektion Tuttlingen ist zu beachten.
Evaluation	Die Polizeidirektion und das Landratsamt Tuttlingen führen intern eine Bewertung der Wirksamkeit der beschriebenen Zusammenarbeit durch.

⁴ Stand: 01.09.2011

Gez.

Landrat Guido Wolf, MdL

Landratsamt Tuttlingen

Gez.

Ltd. Polizeidirektor Ralf Thimm

Polizeidirektion Tuttlingen

Anlage 11:

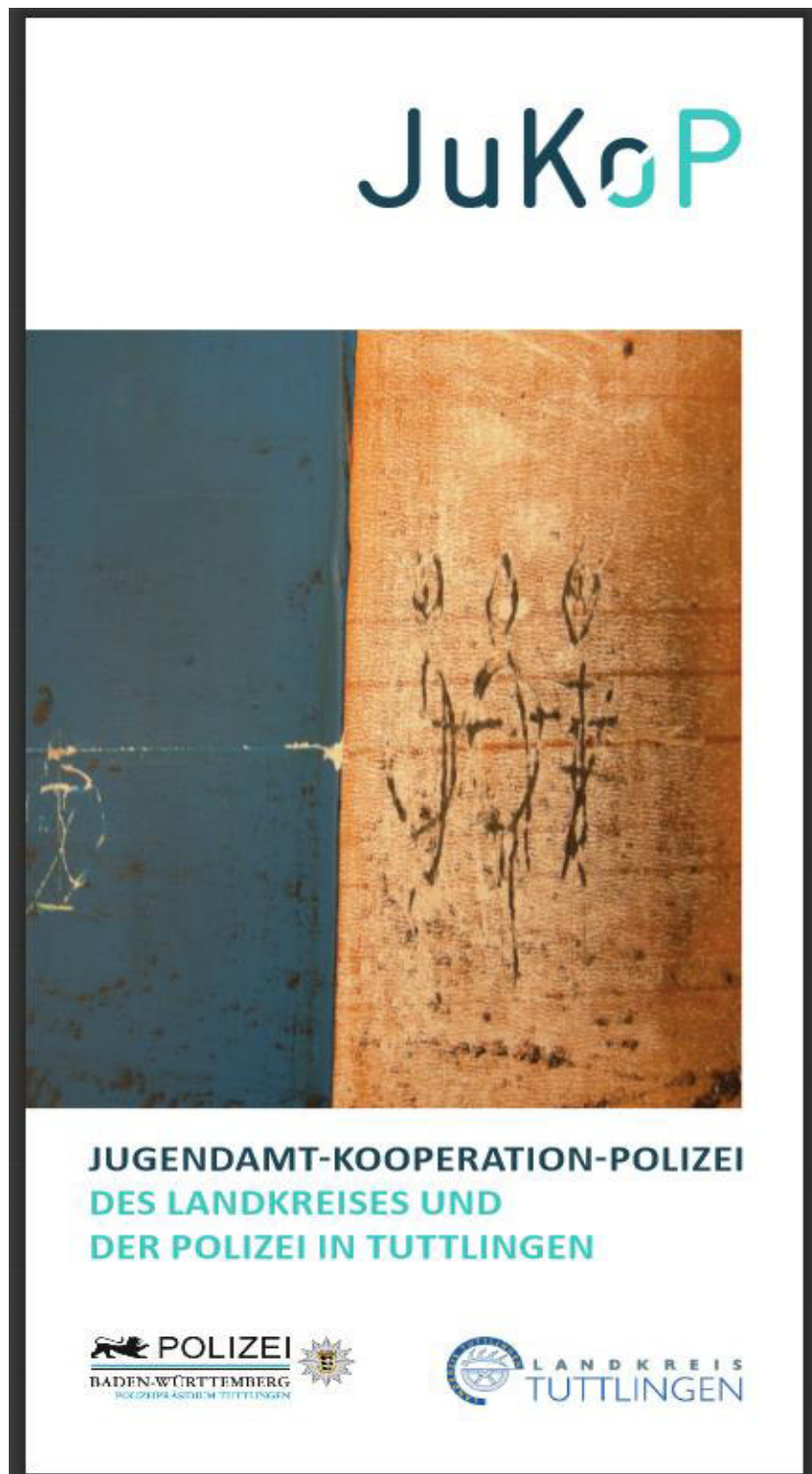
Polizeipräsidium und Landkreis Tuttlingen:

Flyer der Einrichtung JuKop

[https://www.polizei-](https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/PPTuttlingen/Documents/jukop_flyer_140926_web.pdf)

[bw.de/Dienststellen/PPTuttlingen/Documents/jukop_flyer_140926_web.pdf](https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/PPTuttlingen/Documents/jukop_flyer_140926_web.pdf)

[21.08.2015]



DIE KOOPERATION — GEMEINSAM UND GANZHEITLICH

Nach dem Konzept »Haus des Jugendrechts« entstand im November 2011 eine gemeinsame Fachstelle des Landkreises Tuttlingen — in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Rottweil.

Wir kümmern uns um Kinder, Jugendliche und deren Familien, die durch Straftaten oder in sonstiger Weise auffällig werden und Hilfe benötigen.

Durch schnelles und zeitnahes Reagieren auf Ereignisse können langwierige Verfahren und Wiederholungstaten verhindert werden. Unser institutionsübergreifender, paralleler und ganzheitlicher Ansatz ermöglicht höchste Effektivität und Effizienz bei der Bekämpfung von Jugenddelinquenz.

ZIELE

- ... Intensivierung der Zusammenarbeit im Zuge der Gefahrenabwehr
- ... Gewährleistung einer effektiven Strafverfolgung
- ... Bürokratieabbau und Beschleunigung staatlicher und kommunaler Reaktionen auf die Delinquenz junger Menschen
- ... Weitere Vernetzung aller am Reaktions- und Interventionsprozess beteiligten Organisationen und Einrichtungen, sowohl für den Bereich des Strafverfahrens als auch für die Präventionsarbeit

14 %

WENIGER JUGENDKRIMINALITÄT IM
LANDKREIS TUTTLINGEN IN 2013

120

DIVERSIONSVERFAHREN
FÜHRTE JUKOP MIT DER STAATSAN-
WALTSCHAFT RW IN 2013 DURCH

95 %

DER VERFAHREN ENDETEN
ERFOLGREICH

180

TAGE WENIGER DAUERTEN DABEI
IM SCHNITT DIE VERFAHREN
IM VERGLEICH ZU DEN VORJAHREN

ZAHLEN, DIE FÜR SICH SPRECHEN!

UNSERE AUFGABEN

KINDESWOHL & GEFAHRENABWEHR

Das Wohl der Kinder und Jugendlicher steht im Zentrum unserer Arbeit. Dazu gehört nicht nur der richtige Umgang während und nach Delikten, sondern auch das frühzeitige Erkennen und die rechtzeitige Abwehr von Gefahr.

Durch die Polizei werden zeitnah sämtliche polizeilichen Ereignisse aus dem Landkreis Tuttlingen ausgewertet und die für das Jugendamt relevanten Vorkommisse unverzüglich weitergeleitet — eine reibungslose und direkte Zusammenarbeit hierbei ermöglicht eine schnelle Reaktion.

Gemeinsam mit den beteiligten Personen besprechen die JuKop Mitarbeiter die Ereignisse und beraten weitere Maßnahmen, die durch Polizei, Jugendamt oder eine andere Fachstelle erforderlich sind.

Der Allgemeine Soziale Dienst im Jugendamt wird bei Bedarf bei Inobhutnahmen und Hausbesuchen unterstützt.

STRAFVERFOLGUNG

JuKoP kümmert sich um alle Straftaten im Landkreis Tuttlingen, bei denen Kinder, Jugendliche und Heranwachsende beteiligt sind.

Beim Vorliegen einer Straftat wird zunächst festgestellt, ob bei einem jugendlichen oder heranwachsenden Täter die Voraussetzungen für ein Diversionsverfahren vorliegen. Ist dies der Fall, werden die Verfahren forciert. Die im Diversionsverfahren zwischen der Staatsanwaltschaft Rottweil und JuKoP vereinbarten Weisungen oder erzieherischen Maßnahmen werden ereignisnah durchgeführt und gezielt überwacht. Hierbei wird mit allen Kommunen und sozialen Einrichtungen im Landkreis zusammengearbeitet. Im Jahr 2013 waren dies 120 Verfahren. Nur fünf Verfahren scheiterten.

Durch JuKoP konnte die Dauer dieser Verfahren von etwa 7 Monaten auf durchschnittlich 30 Tage reduziert werden.

.....
DIVERSIONSVERFAHREN ist ein vereinfachtes Verfahren im Jugendstrafrecht, in dem die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung absehen kann, wenn eine erzieherische Maßnahme bereits durchgeführt wurde oder schon eingeleitet ist. Zu einem gerichtlichen Verfahren kommt es nur bei Scheitern der Diversion.
.....

PROJEKTE ZUR PRÄVENTION

U14-PROJEKT »FROSCHKÖNIG«

»Bevor das Kind in den Brunnen fällt« — reagieren wir rechtzeitig und bieten Unterstützung an. JuKoP führt zeitnahe Gespräche mit delinquenten Kindern und deren Eltern, bei Delikten die besonders auffällig sind.

DURCHFÜHRUNG VON ALKOHOLTESTEINKÄUFEN

Im Landkreis Tuttlingen werden regelmäßig Alkoholtestkäufe im Einzelhandel und an Tankstellen durchgeführt. Dabei suchen Jugendliche unter Aufsicht von Polizeibeamten und Angehörigen des Jugendamts Geschäfte auf und versuchen »den verbotenen Alkohol zu kaufen«. Die durchgeführten Testkäufe sind Teil eines Maßnahmenbündels, das Polizei, Landratsamt und die Fachstelle Sucht gemeinsam geschnürt haben, um das Abgabeverhalten von unerlaubtem Alkohol an Jugendliche zu überwachen und die Themen Jugendschutz, Alkohol und Festkultur wieder in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken.

»TIMS ABENTEUER« — EIN INTERAKTIVES PRÄVENTIONS- PUPPENTHEATER FÜR KITAS UND GRUNDSCHULEN

In unserer zurückliegenden Arbeit tauchten immer wieder Fälle auf, bei denen ältere Jugendliche jüngere Schüler unter Druck setzten und sie zu Diebstählen zwangen. Erpressung, Mobbing und das Verbot mit irgendjemandem darüber zu sprechen führte mitunter zu erheblichen psychischen Belastungen bei den betroffenen Kindern.

Dadurch wurde die Idee zum Puppentheaterstück »Tims Abenteuer« geboren, das Kinder frühzeitig auf solche Situationen aufmerksam machen soll. Von Beginn an werden die Kinder in die Geschichte mit eingebunden und sollen damit lernen in solchen Fällen Rat und Hilfe zu holen.

An der Entstehung des Stückes waren Schulleiter, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Staatsanwälte, Sozialpädagogen und Polizeibeamte beteiligt.

Das Stück wurde auf dem Deutschen Präventionstag 2014 in Karlsruhe vorgestellt.

KONTAKT

JuKoP Büro

Polizeirevier Tuttlingen
Stockacher Straße 158
78532 Tuttlingen

Haus des
Jugendrechtes
Tuttlingen

ANSPRECHPARTNER

Jugend-und Arbeitstherapeut

Klaus Grathwohl

Jugendamt Tuttlingen

T 07461 926 41 45

k.grathwohl@landkreis-tuttlingen.de



Polizeihauptmeister

Karl-Robert Riedle

Polizeirevier Tuttlingen

T 07461 941 638

karl-robert.riedle@polizei.bwl.de



Polizeioberkommissar

Ramon Schwarz

Polizeirevier Tuttlingen

T 07461 941 635

ramon.schwarz@polizei.bwl.de



Dipl. Sozialpädagoge (BA)

Jürgen Steiert

Jugendamt Tuttlingen

T 07461 926 41 65

j.steiert@landkreis-tuttlingen.de



Erste Staatsanwältin

Beate Philipp

Staatsanwaltschaft Rottweil

Staatsanwältin

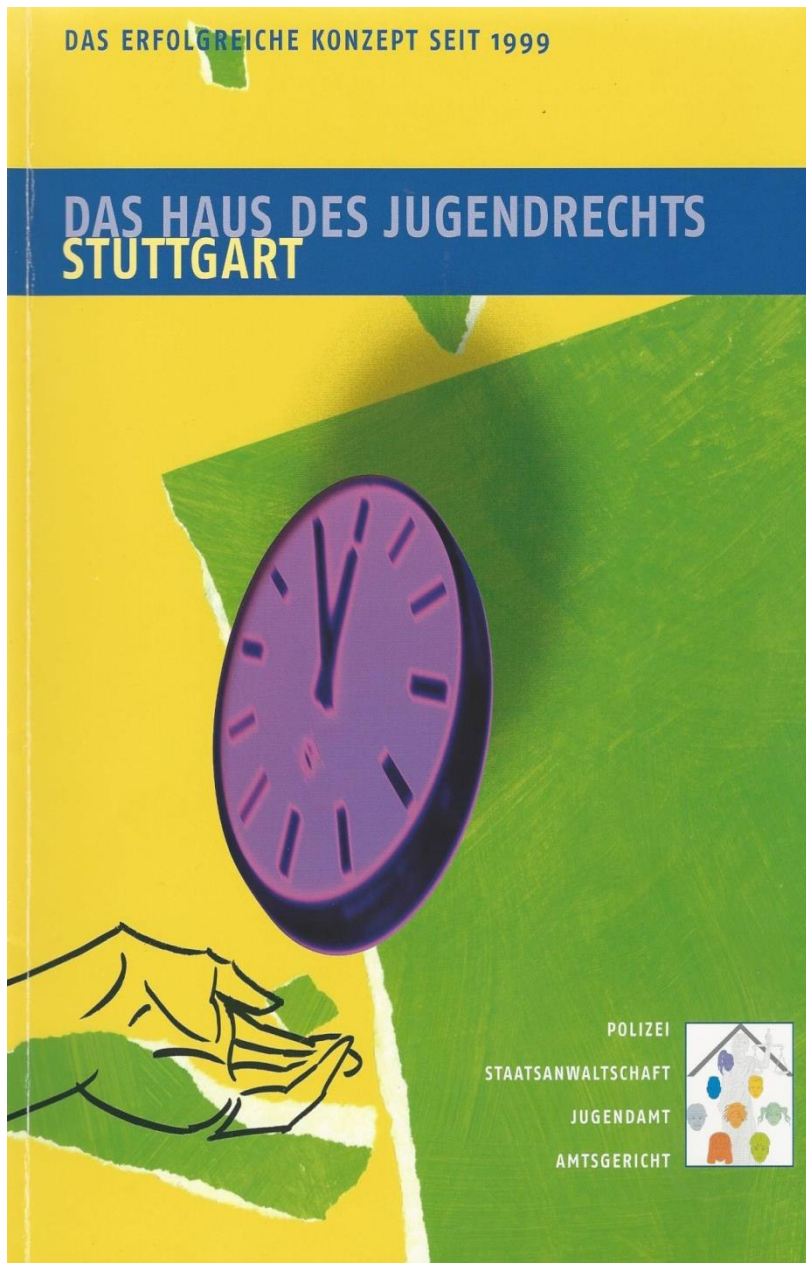
Isabell Gurski

Staatsanwaltschaft Rottweil

Anlage 12:

Broschüre des Haus des Jugendrechts Stuttgart (Auszüge)

Haus des Jugendrechts: Polizeipräsidium Stuttgart, Staatsanwaltschaft Stuttgart, Jugendamt Stuttgart, Amtsgericht Stuttgart Bad Cannstatt (Hrsg.): Das Haus des Jugendrechts Stuttgart, 2014



INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	Seite 4	Prävention	Seite 26
Das Haus des Jugendrechts – die Erfolgsgeschichte	Seite 8	Vernetzung	Seite 26
		Projekte	Seite 28
		Finanzierung	Seite 28
Der Weg zum Haus des Jugendrechts	Seite 11	Fälle aus der Praxis	Seite 31
Die Vision	Seite 11	Das Haus des Jugendrechts im Echo ...	Seite 51
Die Planungsphase	Seite 11	... der Schulen	Seite 51
Das Wohnortprinzip bei der Polizei	Seite 12	... der Jugendhilfeeinrichtungen	Seite 51
Unter einem Dach	Seite 12	... der Bezirksvorsteher	Seite 52
Kosten	Seite 13	... der Interessierten	Seite 52
		... der Medien	Seite 52
Entwicklungen	Seite 15	Impulse	Seite 55
Wir mussten uns zusammenraufen	Seite 15	Bis heute hat diese Vision ihre Kraft nicht verloren	Seite 57
Örtlicher Bereich	Seite 15	Haus des Jugendrechts alles auf einen Blick	Seite 58
Virtuelles			
Haus des Jugendrechts	Seite 15	Daten und Fakten	Seite 61
Politische Bewertung	Seite 16	Historie	Seite 61
Erweiterung		Personalstand	Seite 62
Haus des Jugendrechts	Seite 16	Sachliche Zuständigkeit	Seite 62
		Literaturverzeichnis	Seite 63
Repression	Seite 17	So können Sie uns erreichen	Seite 64
Kernpunkte unserer Arbeit	Seite 17		
Informationswege	Seite 17		
Genutzte Zeit ist sinnvolle Zeit	Seite 20		
Der Täter–Opfer–Ausgleich	Seite 21		
Verteidigung	Seite 22		
Transparenz	Seite 22		
Wissenschaftliches Ergebnis	Seite 23		



Das erste Haus des Jugendrechts nahm am 01.06.1999 als bundesweit einmaliges Modellprojekt seine Arbeit in den Stuttgarter Stadtbezirken Bad Cannstatt und Münster auf. Seither gehen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Amtsgericht gemeinsam erfolgreich neue Wege im Umgang mit der Jugenddelinquenz¹ – vor allem bei der Sanktionierung aber auch in der Prävention.

Vieles hat sich in den vergangenen Jahren getan. Die mit der Gründung verfolgten Ziele, namentlich die Beschleunigung staatlicher Reaktionen auf Straftaten nach dem Vorbild der New Yorker Nachbarschaftsgerichte, die Optimierung behördenübergreifender Zusammenarbeit und nicht zuletzt die langfristige Reduzierung von Jugendkriminalität, haben die Arbeit der beteiligten Institutionen geprägt und in einigen Aspekten wesentlich verändert.

Gewachsen ist in diesen Jahren insbesondere eine neue Kultur der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Vernetzung, die natürlich – um

das Miteinander in den einzelnen Behörden optimieren zu können – organisatorische Änderungen notwendig machte. Anfängliche Schwierigkeiten infolge bislang üblicher und entsprechend eingefahrener Verfahrensabläufe wurden durch das hoch motivierte Team im Haus des Jugendrechts in gemeinsamer Anstrengung bald überwunden.

Der Blick hinter die Kulissen der jeweils anderen Institutionen und ein optimierter Informationsaustausch wirkten sich positiv auf die Zusammenarbeit aus. Der Kenntnisstand aller über Strukturen und Verfahrensabläufe innerhalb der beteiligten Institutionen wurde hierdurch vertieft. Das „ganzheitliche Wissen“ bereichert die Arbeit miteinander und erweitert den fachlichen Horizont. Das Vertrauen zueinander wuchs und stärkte die Gesamtstruktur.

Seit der Gründung haben wir viele neue Ideen und innovative Maßnahmen auf den Weg gebracht, die dazu beitragen, „kriminelle Karrieren“ im Ansatz zu stoppen und auch Kinder und Jugendliche in sozial problematischen Verhältnissen zu erreichen.

¹ Delinquenz: Kriminalität, Straffälligkeit, Gesetzesverstoß

DAS HAUS DES JUGENDRECHTS DIE ERFOLGSGESCHICHTE

Auch Staatsanwaltschaft und Gericht leisten ihren Beitrag in der Prävention und zeigen dabei eine neue Facette in ihrer Arbeit. Im Fokus sämtlicher Aktivitäten und Maßnahmen steht dabei immer und vorrangig der junge Mensch, der sich an der Schwelle zur Kriminalität befindet oder bereits straffällig geworden ist.

Bei unserer Arbeit behalten wir stets im Blick, dass auch mit der Einrichtung des Haus des Jugendrechts kriminelles und sanktionswürdiges Verhalten von jungen Menschen im Zuständigkeitsbereich nicht gänzlich verhindert oder gar „abgeschaltet“ werden kann.

Mit Stolz können wir feststellen, dass sich die Situation in den beiden Stadtbezirken Bad Cannstatt und Münster durch den Kontakt der jungen Menschen, der Bürger, der Schulen und Jugendeinrichtungen mit dem Haus des Jugendrechts wesentlich verbessert hat.

Allein der Umstand, dass Polizei und Staatsanwaltschaft „Tür an Tür“ sitzen und so die Staatsanwaltschaft in Person jederzeit ansprechbar und greifbar ist, erlaubt eine deutlich intensivere Art der Einwirkung auf den jungen Mensch. Dieser kommt so unmittelbar mit der Person in Kontakt, die später über die weitere Vorgehensweise entscheidet. Bereits während der Ermittlungen können ihm die Konsequenzen seines Handelns deutlich gemacht und zugleich Handlungsoptionen aufgezeigt werden, mit denen er im weiteren Verfahren für sich „punkten“ kann.

Auch die Nähe zum Stadtteil schafft eine ständige, fruchtbare Unruhe. Immer wieder gilt es, auf neue oder veränderte Situationen kreativ zu reagieren. Die Bürger des Stadtteils, die dem Haus des Jugendrechts anfangs recht skeptisch gegenüberstanden, arbeiten nunmehr durch frühzeitige Hinweise oder Strafanzeigen aktiv mit uns zusammen und sind froh über unsere Präsenz.

Ein Ausdruck dieser Nähe sind auch die gemeinsamen Stadtteilprojekte. Die enge Zusammenarbeit mit

anderen Institutionen wie Schule und Jugendhilfe ist selbstverständlich geworden.

Wir freuen uns, mit der Einrichtung des Haus des Jugendrechts eine echte Erfolgsgeschichte erzählen zu können.

Der Begriff *Haus des Jugendrechts* ist bundesweit zu einem Markenzeichen geworden. Der Erfolg zeigt sich neben einer spürbaren Optimierung von Verfahrensabläufen und der daraus resultierenden Beschleunigung der Verfahren nicht zuletzt in der Übernahme des Konzepts – in Teilen oder als Ganzes – durch weitere Städte landes- und vor allem bundesweit. Inzwischen gibt es weit über zehn Häuser des Jugendrechts; in Thüringen unter der alternativen Bezeichnung *Jugendstation*.

Die „Mutter der Häuser des Jugendrechts“, wie unsere Einrichtung auch genannt wird, bleibt das Haus des Jugendrechts in Stuttgart-Bad Cannstatt. Wir freuen uns über diese Vorreiterrolle und Vorbildfunktion und wollen auch weiterhin „Impulsgeber“ sein.

DER WEG ZUM HAUS DES JUGENDRECHTS

***„Damit hat ein bundesweit einzigartiges Projekt nach über zwei Jahren einer aufregenden Ide-
enfindung und Konzep-
tionierung seine Gestalt
angenommen. Neue Wege mussten be-
gangen werden, Schatten
mussten übersprungen
werden, ein finanzieller
Kraftakt war vonnöten.“***

Damaliger Polizeipräsident
Dr. Martin Schairer, Projektleiter,
zur Eröffnung des Haus des
Jugendrechts, am 7. Juni 1999 in
seiner Begrüßung.

Die Vision.

1996 erreichte die Diskussion um steigende Tatverdächtigenzahlen im Gewaltbereich und das immer niedriger werdende Einstiegsalter in die Kinder- und Jugenddelinquenz einen neuen Höhepunkt. Der Ruf nach härteren Strafen, Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters und schnellen Sanktionen wurde immer lauter.

Unbefriedigend war zudem, dass die staatlichen Reaktionen vielfach nicht abgestimmt waren und nacheinander erfolgten. Die Zeitdauer zwischen Straftat und Sanktionierung war oft viel zu lang, junge Täter warteten monatelang auf eine Reaktion oder die erste Verhandlung bei Gericht.

1997 war eine Idee des damaligen Präsidenten der Landespolizeidirektion Stuttgart II die Initialzündung, mit der er die Vision einer Stuttgarter Antwort der Öffentlichkeit vorstellte. Die kritische Auseinandersetzung mit den Verfahrensabläufen bei den beteiligten Institutionen – Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Gericht – erforderte eine Phase der gegenseitigen Annäherung.

Politische und institutionelle Bedenken mussten ausgeräumt werden.

Schließlich stimmten der Oberbürgermeister sowie die Leiter von Staatsanwaltschaft und Gericht zu. Zunächst als *Haus der Gerechtigkeit* vorgestellt, schlug Stuttgarts damaliger Oberbürgermeister für diese Vision den Namen *Haus des Jugendrechts* vor. Die Planung für das bundesweit einmalige Modellprojekt konnte beginnen.

Die Planungsphase.

In einer Planungsphase wurden von November 1997 bis Ende 1998 in den vier beteiligten Institutionen eigenverantwortlich neue Aufbau- und Ablaufstrukturen in Teilprojekten erarbeitet und in einem Gesamtprojektbericht festgelegt.

Selbstverständlich waren für die Institutionen die jeweils gültigen gesetzlichen Rahmen und die datenschutzrechtlichen Aspekte Grundlage der Planungsarbeit.

Gemeinsam vereinbarte Ziele liegen der Konzeption zu Grunde:

- Schnelles Handeln bei normwidrigem Verhalten durch Beschleunigung staatlicher und kommunaler Reaktion auf Straftaten junger Menschen;

- Optimierung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit;

- langfristige Reduzierung der Jugendkriminalität.

Die Philosophie, schon an der Schwelle zur Delinquenz gemeinsam zum Wohle junger Menschen und zum Wohle der Gesellschaft zu reagieren, wurde dem Haus des Jugendrechts mit auf den Weg gegeben.

Der gesamte Verfahrensablauf zwischen den Institutionen musste neu gestaltet und abgestimmt werden.

Dazu waren auch die bisherigen Zuständigkeiten neu zu überdenken.

Auf jugendliches Fehlverhalten sollte besser geantwortet und vor allem nicht nur nach der Tat wirkungsvoll reagiert, sondern auch Hilfe angeboten werden.

Um optimal zusammenarbeiten zu können, sollten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt in unmittelbarem Kontakt miteinander,

unter einem Dach, und unter direkter Anbindung des Gerichtes, den Verfahrensablauf neu organisieren und praktizieren.

Das Wohnortprinzip bei der Polizei.

Wesentlich für die zukünftige Zusammenarbeit war die Angleichung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeiten der Institutionen.

Dazu musste die Organisationsstruktur der Polizei an die der Justiz und des Jugendamtes angeglichen werden.

Drei einschneidende Veränderungen waren notwendig:

- Die Umstellung vom Tatort- auf das Wohnortprinzip;

- die Ausweitung der Zuständigkeit in der polizeilichen Jugendsachbearbeitung, die bisher bei der Vollendung des 18. Lebensjahres endete, auf alle Personen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres;

- die Zuständigkeit für einen Großteil aller Straftaten, von der einfachen bis zur schweren Kriminalität.

Damit wurde die zentrale Grundlage für eine neu ausgerichtete und tragfähige Zusammenarbeit geschaffen.

Um eine direkte Übernahme von allen aktuell angetroffenen kindlichen und jugendlichen Tätern, vor allem aus Ladendiebstählen, zu gewähr-

leisten, wurde die Arbeitszeit der Polizei im Haus des Jugendrechts an die üblichen Ladenschlusszeiten – wochentags bis 20.00 Uhr – angeglichen.

Unter einem Dach.

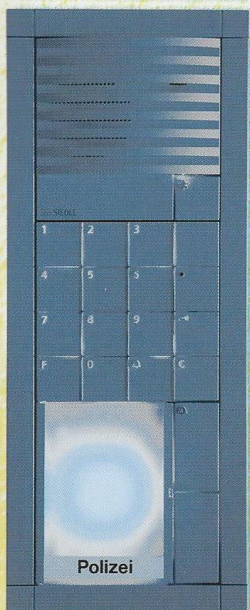
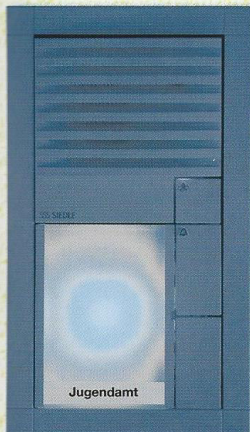
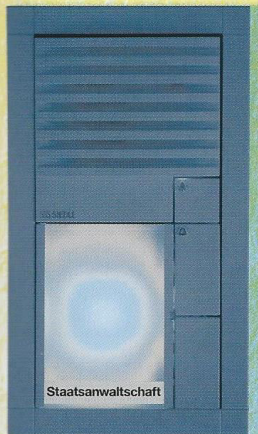
Als geeignete Stadtbezirke für das Modellprojekt wurden Bad Cannstatt und Münster mit ca. 74.000 Einwohnern, darunter ca. 14.000 unter 21 Jahren, ausgewählt.

(Im Vergleich: die Stadt Stuttgart hatte 2012 ca. 580.000 Einwohner, davon ca. 108.000 unter 21 Jahren).

Widerstände aus der Bevölkerung waren zu überwinden. Sie vermuteten in ihrem Stadtteil die Unterbringung von Schwermisdern und gründeten eine Bürgerinitiative. Eine Lokalzeitung titelte „Angst vor Haus des Jugendrechts“.

Die Auswahl eines geeigneten Gebäudes für Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt gestaltete sich aufwändig. Es musste ein Gebäude gefunden werden, das den Raumforderungen der Institutionen entsprach.

Ein städtisches Bürogebäude mitten im Bezirk Bad Cannstatt erwies sich als passend. Die notwendigen, sicherheitsbedingten Umbaumaßnahmen wurden vorgenommen.



Die Jugendhilfe im Strafverfahren (Jugendgerichtshilfe) des Jugendamtes war anfangs in einem Gebäude nebenan untergebracht. Den jungen Menschen und ihren Eltern sollte optisch deutlich gemacht werden, dass sie von den Strafverfolgungsbehörden zur Jugendhilfe im Strafverfahren kommen.

Die befürchteten Irritationen blieben aus.

Die Jugendhilfe im Strafverfahren ist nun mit Polizei und Staatsanwaltschaft im gleichen Gebäude untergebracht.

Alle drei Behörden benutzen einen gemeinsamen Hauseingang und sind durch eigene Zugangsbereiche zu ihren Diensträumen baulich getrennt.

Das Gericht liegt mitten in der Innenstadt von Bad Cannstatt und blieb aufgrund der richterlichen Unabhängigkeit und der Neutralität im Verfahren an seinem bisherigen Amtssitz in unmittelbarer Nähe.

Vor dem Einzug in die neuen Räume kamen alle zukünftigen Mitarbeiter im Haus des Jugendrechts zum gegenseitigen Kennenlernen und zum Einstimmen auf die gemeinsame Aufgabe im Rahmen einer Auftaktveranstaltung zusammen.

Eine wissenschaftliche Begleitung wurde vorgesehen und konzipiert. Ein abschließender Evaluationsbericht sollte nach den festgelegten drei Modellprojektjahren Aufschluss über Erfolg oder Misserfolg der neuen Strukturen geben.

Auf Ebene der Behördenleiter wurde eine Koordinierungsrunde zur Steuerung des Modellprojektes und der wissenschaftlichen Begleitung gebildet.

Die organisatorischen Vorbereitungen in den Institutionen liefen auf Hochtouren.

Kosten.

Zum Einbau der Sicherheitseinrichtungen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, wie Zugangstüren zu den Diensträumen, Waffen- und Verwahrraum, mussten im Jahr 1999 einmalig ca. 100.000 DM investiert werden.

Die monatlichen Mietkosten und sonstigen Aufwendungen, wie EDV-Anschlüsse und Reinigung der Büros, werden von den jeweiligen Institutionen anteilig getragen.

Am 1. Juni 1999 war eine starke, viele überraschende Vision Wirklichkeit geworden.

Die Arbeit im bundesweit einmaligen Modellprojekt Haus des Jugendrechts begann.

ENTWICKLUNGEN ERWEITERUNGEN

Wir mussten uns zusammen- raufen.

Gleich zu Beginn unserer Arbeit wurde sichtbar, dass das lückenhafte Wissen über die Arbeitsinhalte und gesetzlichen Voraussetzungen der jeweils anderen Institutionen zu Spannungen führte. Um organisatorische Abläufe zu harmonisieren wurde es wichtig, sich den Kopf des anderen zu zerbrechen und über den eigenen Tellerrand zu schauen.

Datenschutzfragen führten in der täglichen Arbeit zwischen Polizei und Jugendgerichtshilfe zu Missverständnissen. Ein Datenschutzseminar durch den Sozialdezernenten beim Landkreistag Baden-Württemberg wurde veranstaltet.

Örtlicher Bereich.

Von 1999 bis 2013 umfasste die örtliche Zuständigkeit des Haus des Jugendrechts die zwei Stadtbezirke Bad Cannstatt und Münster mit insgesamt ca. 74.000 Einwohnern, davon ca. 14.000 unter 21 Jahren.

Zum 1. Januar 2014 wurde die optimierte Zusammenarbeit unter Nutzung der Strukturen im Haus des Jugendrechts auf den gesamten Amtsgerichtsbezirk Stuttgart-Bad Cannstatt und damit auf insgesamt neun Stadtbezirke erweitert.

Der Amtsgerichtsbezirk umfasst neben Bad Cannstatt und Münster sieben weitere Stadtbezirke: Weilimdorf, Feuerbach, Zuffenhausen, Stammheim, Mühlhausen, Untertürkheim und Obertürkheim.

Von der Erweiterung profitieren die jungen Menschen der drei weiteren Polizeireviere und drei Beratungszentren. Mit den jahrelang bewährten Strukturen ist das Haus des Jugendrechts nunmehr zuständig für ca. 232.000 Einwohner, davon ca. 46.000 unter 21 Jahren.

Virtuelles Haus des Jugendrechts.

Nachdem mancherorts alternative Überlegungen auf ein „virtuelles“ Haus des Jugendrechts abzielen, soll hierzu kurz Stellung genommen werden.

Verlockend erscheint die kurzfristige und ohne finanziellen sowie organisatorischen Aufwand durchführbare Umsetzung. Das „virtuell“ bedeutet aber, dass das Zusammenwirken auf eine rein elektronische und telefonische Ebene – wie bereits vielerorts üblich – verlagert wird.

Dadurch wird aber gerade der wichtige persönliche Kontakt „face to face“ für den Jugendlichen mit den Ansprechpartnern der einzelnen Institutionen nicht gelebt und zum anderen fehlen die kurzen Wege zwischen den Institutionen „Tür an Tür“ und von „Hand zu Hand“.

Dies wird dem besonderen Anspruch eines „realen“ Haus des Jugendrechts nicht gerecht.

Politische Bewertung.

2011 hat die erfolgreiche Konzeption *Haus des Jugendrechts* neuen Rückenwind durch die neu gewählte grün/rote Landesregierung bekommen.

Im Koalitionsvertrag „Der Wechsel beginnt“ zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg 2011–2016 wird auf Seite 64 ausgeführt:

„Mehr Häuser des Jugendrechts. Ausgehend von den überaus positiven Erfahrungen mit dem Haus des Jugendrechts in Stuttgart-Bad Cannstatt streben wir eine Ausweitung solcher Einrichtungen auf andere geeignete Städte in Baden-Württemberg an.

Wir werden zudem vorhandene Optimierungsmöglichkeiten bei der behördenübergreifenden Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Jugendämtern zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ausschöpfen.

Die auf der Basis der Erkenntnisse aus dem Projekt Haus des Jugendrechts erlassenen Richtlinien für die Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe werden wir überprüfen und anpassen. Unter dem Leitgedanken „Erziehen statt Strafen!“ werden wir das Jugendstrafvollzugsgesetz einer Reform unterziehen.“

Am 6. Februar 2012 öffnete in Pforzheim das zweite Haus des Jugendrechts in Baden-Württemberg seine Türen. Weitere Häuser des Jugendrechts sind in Planung. So soll im Januar 2015 in Mannheim ein Haus des Jugendrechts eröffnet werden.

Erweiterung Haus des Jugendrechts.

Im Oktober 2011 besuchte der rechtspolitische Sprecher der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Landtag das Haus des Jugendrechts in Stuttgart.

Im März 2012 informierte sich der Justizminister des Landes Baden-Württemberg ausführlich vor Ort über unsere Arbeit. Aus der Mitte der Arbeitsebene wurde von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht die Idee zur Erweiterung des Haus des Jugendrechts auf den gesamten Bezirk des Amtsgerichts Stuttgart-Bad Cannstatt mit insgesamt neun Stadtbezirken vorgestellt.

Der Justizminister hat die Anregung spontan aufgegriffen und die Entwicklung eines Konzeptes zur Prüfung der Möglichkeiten einer Erweiterung dem Leiter der Staatsanwaltschaft Stuttgart übertragen.

Im Januar 2014 konnte mit der Umsetzung der Erweiterung begonnen werden.

Der Kern des Haus des Jugendrechts bleibt als dauerhafte Einrichtung in seiner bewährten Gesamtstruktur erhalten.

Mit der Erweiterung wurde die Staatsanwaltschaft im Haus um einen Dezernenten und eine halbe Servicestelle verstärkt.

Von den betroffenen drei Polizeirevieren werden alle 11 Jugendsachbearbeiter und von den örtlichen drei Beratungszentren werden benannte Ansprechpartner mit einbezogen.

Die Akteure in den sieben betroffenen Stadtbezirken arbeiten weiter dezentral in ihren Dienststellen. Die gewachsenen Kontakte, Kooperationen und Personenkenntnisse vor Ort bleiben erhalten und werden weiter gepflegt.

Im Übrigen wurden die Besprechungs- und Kommunikationsabläufe an die bewährten Strukturen im Haus des Jugendrechts angeglichen.

Damit werden die Unterschiede im Stadtbezirk (Kern) und im Flächenbezirk (Erweiterung) berücksichtigt und durch eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen optimiert.

Kernpunkte unserer Arbeit.

Entscheidend für uns alle im Haus des Jugendrechts ist, den jungen Menschen in seiner Gänze zu betrachten und die Maßnahmen und Hilfen aller Beteiligten gut abzustimmen.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen ist dabei von großer Bedeutung – gleichermaßen im Strafverfahren wie auch in der Präventionsarbeit.

Wissen über die Infrastruktur, einheitliche Zuständigkeiten, feste Ansprechpartner und abgestimmtes Handeln sind Basis für präzise, informierte, effiziente und akzeptierte Reaktionen auf und zur Verhinderung von Straftaten.

Besonders wichtig ist die innovative Form der behördenübergreifenden Zusammenarbeit gerade bei den jungen Menschen, die sozial gefährdet sind. In diesen Fällen informiert die Polizei direkt die Jugendhilfe im Strafverfahren, die Sofortgespräche anbietet. Dort wird die momentane Situation analysiert, Hilfe und Beratung angeboten und wenn nötig, werden weitere Hilfen von Institutionen vermittelt.

Sanktionierung in der Strafverfolgung bedeutet bei uns nicht kurzer Prozess oder schnelles Abstrafen. Durch die Neuorganisation ergaben und entwickelten sich zentrale Instrumente und Abläufe, die es uns ermöglichen, die große Bandbreite des Jugendgerichtsgesetzes (JGG), von der erzieherischen Maßnahme bis hin

zur Jugendstrafe, in der Praxis erfolgreich anzuwenden und festgefahrene Abläufe in Frage zu stellen.

„Der entscheidende Erfolgsfaktor beim Haus des Jugendrechts ist die enge und persönliche Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt „Tür an Tür“! Hierdurch ist es möglich, schneller und individueller auf Straftaten junger Menschen zu reagieren.“

Gemeinsame Pressemitteilung des Innenministeriums, des Justizministeriums und der Landeshauptstadt Stuttgart am 11.03.2003.

Informationswege.

Die Informationswege und Postläufe wurden gleich zu Beginn neu geordnet. Für die Staatsanwaltschaft war es wichtig, sofort über alle eingeleiteten Ermittlungen bei der Polizei informiert zu sein, um sich frühzeitig in das Verfahren einbringen zu können.

Um dies zu gewährleisten, wurde vereinbart, eine Mehrfertigung der Anzeigenaufnahme einer Straftat als sogenannte „Vorausmeldung“ der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis vorzulegen. Durch die dauerhafte Präsenz der Staatsanwaltschaft und die kurzen Wege eröffneten sich für die Polizei ganz neue Möglichkeiten in der Ermittlungsarbeit.

So kann zu jedem Zeitpunkt der Ermittlungen sowohl von der Polizei als auch der Staatsanwaltschaft Kontakt aufgenommen werden.

Durch unmittelbare Absprachen können Haftbefehls- und Durchsuchungsanträge vorbereitet werden und es kann auf zeitaufwändige Zeugenvernehmungen und auf umfassende Ermittlungen zu „Nebenstraf-taten“ verzichtet werden.

Ziel ist, die Verfahren zeitnah abzuschließen und unnötige Arbeit zu vermeiden.

Bei besonders gelagerten Fällen – schwere Kriminalität, Begehungsweise mit hoher krimineller Energie, auffällig aggressiver oder uneinsichtiger Täter – wird versucht, im Anschluss an die polizeiliche Vernehmung ein Gespräch im Sinne einer Fallkonferenz¹ bei der Staatsanwaltschaft durchzuführen. Durch sie wird gegebenenfalls die Jugendhilfe im Strafverfahren informiert. Sind die Eltern zur Vernehmung mitgekommen, sind auch sie dabei.

Diese Fallkonferenzen zeigen deutlich, dass die jungen Menschen gut unterscheiden können, bei welcher Institution sie sich gerade befinden. Waren sie während der polizeilichen Vernehmung sehr uneinsichtig und „frech“, wussten sie sich bei der Staatsanwaltschaft gut zu benehmen. Sie nahmen „von Angesicht zu Angesicht“ wahr, dass hier jemand vor ihnen saß, der in ihrem Verfahren die Entscheidungen treffen würde.

Dieser frühzeitige Kontakt – noch während die Ermittlungen laufen – bedeutet einen hohen Informationsgewinn für die Staatsanwaltschaft. Sie erhält einen persönlichen Eindruck von dem jungen Menschen und lernt auch oft schon die Eltern kennen.

Kenntnisse über die persönlichen und familiären Verhältnisse werden vermittelt, die wesentlichen Einfluss auf den weiteren Verfahrenslauf haben können. So können dem jungen Menschen seine Perspektiven und der weitere Verlauf des Verfahrens aufgezeigt werden. Auch für eine spätere Gerichtsverhandlung ist dieser Erstkontakt sehr wertvoll – man kennt sich schon.

Die Jugendhilfe im Strafverfahren kann nach der Fallkonferenz bereits ambulante Hilfen einleiten; das polizeiliche Ermittlungsverfahren ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen!

Auch die Jugendhilfe im Strafverfahren bekommt damit zu einem sehr frühen Zeitpunkt Informationen über ein laufendes Ermittlungsverfahren und zum Umfeld des jungen Menschen. Sie kann frühzeitig reagieren und die gesamte Palette der Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ausschöpfen.

Erneute Auffälligkeiten werden der Staatsanwaltschaft mit einem besonderen Hinweis zur Kenntnis gebracht. Dies hat oft Einfluss auf Entscheidungen im Verfahren. Der ständige, zeitnahe Informationsfluss gerade durch die „Tür- und



¹ Fallkonferenzen siehe Seite 23.



Angelgespräche“ ist dabei von zentraler Bedeutung und wird nur möglich durch die gemeinsame Unterbringung „Tür an Tür“.

Die besondere Verfahrensweise zieht sich durch bis zum Gericht. Auch die Staatsanwaltschaft nutzt die Möglichkeit, dem Gericht besondere Anklagen vorab anzukündigen und auf deren Dringlichkeit und Besonderheiten in der Täter- und/oder Deliktssituation hinzuweisen.

Auch von der Polizei werden solche Informationen an das Gericht weitergegeben. Besonders dann, wenn es darum geht, schnell Signale in einen Stadtteil zu geben. Die Erfahrungen zeigen, dass sich die Clique an einzelnen, besonders kriminell auffälligen Personen orientiert und abwartet, was passiert.

Kommt keine staatliche Reaktion, lassen sich einzelne weiter in die Kriminalität mitziehen. Der Schritt aus der episodenhaften zur mehrfachen Straftatenbegehung ist dann schnell getan.

Die Weitergabe der Anklage „von Hand zu Hand“ an das Gericht ist vor allem in drängenden Verfahren möglich. Die Verhandlung kann auf den Fall abgestimmt und unter Einhaltung der formellen Fristen zeitnah terminiert werden.

Die persönliche Anklagevertretung durch die Staatsanwaltschaft im Haus des Jugendrechts bringt die gesamten Vorkenntnisse zur Tat und zum Täter ins Verfahren mit ein.

Die Kenntnisse des Gerichts über die Zustände im Stadtteil oder aktuelle persönliche Entwicklungen der Angeklagten sind wichtig für das gerichtliche Verfahren.

Die Einwirkungsmöglichkeit auf den jungen Menschen kann größer werden, er merkt, dass es um ihn geht, er fühlt sich ernst genommen.

Dies wird unter anderem dadurch deutlich, dass eine wesentlich höhere Akzeptanz der verhängten Sanktionen im Haus des Jugendrechts spürbar wird.

„Ich find's (Red.: das Haus des Jugendrechts) relativ gut. Sonst hocken die Staatsanwälte alle zusammen und kriegen nur das Schlechte mit von den Leuten. Und dort, da kommunizieren die Staatsanwälte mit Jugendgerichtshilfe und mit der Polizei und dadurch werden sie auch offener für die Probleme der Leute, können auch gezielter irgendwie daran arbeiten, sind nicht so sturköpfig auf den Scheiß, wo die Leute gemacht haben und wollen die Leute nicht verknacken unbedingt. Die helfen auch wirklich. Kümmern sich drum. Das ist nicht nur bei mir, das ist allgemein so, wie ich's jetzt mitbekommen hab.“

Rundfunkinterview des David A. beim SWR 2 am 24.01.2004.



Genutzte Zeit ist sinnvolle Zeit.

Den Zeitraum vor der Gerichtsverhandlung nutzen wir bewusst. Unser oberstes Ziel ist, mit den unterschiedlichen Reaktionen den jungen Menschen in seiner sozialen Entwicklung zu fördern und ihn vor weiterem Fehlverhalten zu bewahren. Dies wird erreicht, indem hingesehen wird: Nicht nur auf die Tat und den Täter, sondern auch auf die Auswirkungen der Tat auf das Opfer.

In der Zeit bis zur Hauptverhandlung kann so bereits *passgenau* reagiert werden.

In einem Fall ist eine rasche Inhaftierung erforderlich, in einem anderen Fall ein Zuwarten angezeigt.

Eine Schlichtung zwischen Gruppen, ein Anti-Gewalt-Training oder der Nachweis über den regelmäßigen Schulbesuch können notwendig sein, ebenso wie Kontakte mit einer Suchtberatung oder eine Schadenswiedergutmachung.

Der junge Mensch ist noch in der Entwicklung, Maßnahmen wirken nur dann, wenn sie *genau passen*. Automatismen müssen vermieden werden.

Das Jugendgerichtsgesetz bietet eine große Auswahl von Reaktionsmöglichkeiten. Diese können kombiniert werden und stehen nicht zwingend in einem Stufenverhältnis. Hierdurch wird ein Aufschaukeln von Sanktionen vermieden und auf *Passgenauigkeit* geachtet.

Die Terminierung einer Gerichtsverhandlung lässt es zum Beispiel zu, auf den Ausgang eines Täter-Opfer-Ausgleichs oder eines Anti-Gewalt-Trainings zu warten.

Das weiß der Beschuldigte dann auch. Er weiß, er ist nicht vergessen, sondern quasi unter Beobachtung. Ihm ist bekannt, was auf ihn zukommen und was er selbst tun kann. Ein individueller Maßanzug für die momentane Lebenssituation des jungen Menschen kann geschneidert werden.

Im Haus des Jugendrechts wird „face to face“ gearbeitet. Die Kenntnisse über die Person und deren Lebenssituation beschränken sich also nicht auf die schriftlichen Unterlagen.

Der Beschuldigte kennt seine/n Polizeibeamtin/Polizeibeamten, seine/n Jugendstaatsanwältin/Jugendstaatsanwalt, seine/n Sozialarbeiter/in, seine/n Richter/in und umgekehrt. An seinem Wohnort, in seinem Umfeld, vor Ort, wird ermittelt, angeklagt, Hilfe geleistet und verhandelt.

Schüler zündet Lehrerin Haare an.

Der zuständige Jugendrichter las auf der Fahrt zum Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt in der Tageszeitung von dieser respektlosen Tat und war entsetzt:

„Als ich am selben Morgen vom Haus des Jugendrechts eine Anklage auf den Tisch bekam, die den gleichen Sachverhalt zum Gegenstand hatte, war ich erneut entsetzt, da ich dachte, diese Vorgänge wiederholen sich offenbar an Schulen.“

Schnell stellte sich heraus, dass es sich um denselben Vorfall handelte. Nach Verständigung durch die Schule hatte die Polizei den Täter unverzüglich ins Haus des Jugendrechts gebracht. Dort konnten noch am selben Tag die Ermittlungen durchgeführt, der Täter von der Staatsanwaltschaft angehört und mit ihm und seinen Eltern ein Gespräch bei der Jugendgerichtshilfe geführt werden.

Am nächsten Vormittag wurde die Anklage dem Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt gebracht. Unter Einhaltung der Fristen wurde innerhalb kürzester Zeit die Hauptverhandlung durchgeführt.“

„Strafe muss auf dem Fuß folgen, aber sie muss vor allem auf dem Fuße beginnen. Dass die Arbeit der Behörden einen Tag nach der Straftat beginnt, ist wichtiger als eine schnelle Abwicklung des Gesamtverfahrens. Manchmal kann es besser sein, bewusst zu verzögern – beispielsweise zu einer Entschuldigung der jugendlichen Straftäter bei ihren Opfern.“

Damalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin bei ihrem Besuch im Haus des Jugendrechts am 12.12.2000.

Der Täter-Opfer-Ausgleich.

Dem Instrument des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) kommt im Haus des Jugendrechts im Verfahrensablauf als begleitende Maßnahme eine besondere Bedeutung zu. Er wird bei geeigneten Sachverhalten von Polizei und Jugendhilfe im Strafverfahren angeregt. Zwischen Staatsanwaltschaft und Täter-Opfer-Ausgleichsstelle wurden zusätzlich regelmäßige Fallsichtungen mit dem Ziel eingerichtet, den TOA früh in das Verfahren einzubinden.

Die Begegnung des Täters mit dem Opfer im Rahmen eines TOA hat zwei wichtige Funktionen:

Zum einen gibt er dem Opfer die Möglichkeit, die Folgen der Tat besser verarbeiten zu können und er ermöglicht dem Opfer, seine passive Rolle zu verlassen und geschützt durch den Mediator dem Täter zu begegnen, ihm seine Gefühle und die Folgen der Straftat darzulegen, sowie einen selbstbestimmten Ausgleich zu erreichen.

Zum anderen muss der Täter sich mit seiner Tat und dem, was er ange richtet hat, auseinandersetzen.

Der TOA erfordert vom Täter Verantwortungsübernahme und unterstützt ihn Wiedergutmachung zu leisten, die auch materiell sein kann.

Der TOA wird sowohl zur Verfahrenseinstellung als auch bei schweren Straftaten, die zu Verurteilungen führen, begleitend, mit der Möglichkeit zur Strafmilderung, genutzt.

Der Bedarf einer TOA-ähnlichen Maßnahme zur Konfliktregelung bei Strafunmündigen wurde festgestellt.

Die starke Nutzung des TOA im Haus des Jugendrechts und die dadurch stark gestiegenen Fallzahlen bei der TOA-Stelle der Jugendhilfe im Strafverfahren, veranlassten den Gemeinderat, eine weitere Personalstelle für den TOA zu genehmigen.

„Nicht nur den Tätern, auch den Opfern von Straftaten gilt im Haus des Jugendrechts besondere Aufmerksamkeit. Den statistischen Beleg findet dies im deutlichen Anstieg der Verfahren, in denen ein Täter-Opfer-Ausgleich durchgeführt wurde, da gerade diese Sanktionsform in besonderer Weise erlaubt, individuell auf den Jugendlichen und das Opfer einzugehen.“

Pressemitteilung des Innenministeriums, des Justizministeriums und der Landeshauptstadt Stuttgart vom 11.03.2003.

Verteidigung.

Dem Verteidiger kommt aufgrund seines Vertrauensverhältnisses zum Täter im Jugendverfahren eine besondere Rolle zu.

Auch er wird schnell informiert und in den Verfahrensablauf mit einbezogen.

Vom Anwaltsverein war im Haus des Jugendrechts, bei der Jugendhilfe im Strafverfahren, in der Zeit von März 2001 bis November 2003 eine wöchentliche kostenlose Rechtsberatung eingerichtet worden.

Wir sehen es in nahezu allen Fällen, bei denen ein Verteidiger mitwirkt, als sehr hilfreich an, mit diesem zusammenzuarbeiten. Der Verteidiger hat das Vertrauen seines Mandanten. Erklärt er ihm die Maßnahmen des Jugendgerichts, besteht die Hoffnung, dass der junge Täter sie noch besser akzeptiert.

Auch zur Frage der Haft oder Haftvermeidung gibt es gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Verteidigern.

Transparenz.

Wichtig in unserer neu ausgerichteten täglichen Zusammenarbeit ist, dass zwischen den Institutionen immer wieder eine Rückkopplung und damit eine Wirksamkeitskontrolle erfolgt. Instrumente hierfür sind unter anderem:

Frühbesprechungen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe im Strafverfahren vor allem zum aktuellen Tagesgeschehen und zum Ausgang von Gerichtsverhandlungen. Anfangs fanden sie wegen organisatorischer Fragestellungen mehrmals wöchentlich, nun finden sie einmal wöchentlich statt.

Hauskonferenzen, um die Abstimmung und Entwicklung von allgemeinen Abläufen immer wieder neu zu justieren und anzupassen. Alle Mitarbeiter der vier Institutionen im Haus des Jugendrechts nehmen daran teil. Anfangs fanden sie monatlich statt, der Bedarf ging aber im Laufe der Jahre zurück. Wir tagen nun in einem Turnus von zwei Monaten, wobei der Vorsitz nach jeweils drei Hauskonferenzen zwischen allen vier Institutionen wechselt.

Diese Begegnungen fördern und unterstützen bis heute die Identifikation mit den neuen Strukturen und tragen entscheidend zur Transparenz der jeweiligen Arbeitsfelder bei.

Die „Tür- und Angelgespräche“ sorgen zudem für einen ständigen Informationsaustausch. Hieraus ergeben sich oft neue Impulse für die weitere Verfahrensbearbeitung.

Fallkonferenzen bei Bedarf zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe im Strafverfahren unter Einbeziehung der jungen Menschen und deren Eltern. Der momentane Verfahrensstand wird besprochen und die möglichen Konsequenzen und Hilfen werden aufgezeigt.

Beratung der jungen Menschen sowie deren Eltern während des gesamten Strafverfahrens.

Wissenschaftliches Ergebnis.

Der Erfolg der neuen Struktur und Arbeitsweise wurde auch durch den wissenschaftlichen Begleitbericht belegt. Nach dieser Analyse ist uns im Haus des Jugendrechts folgendes gelungen:

- Die **Reaktionszeiten** auf jugendliches Fehlverhalten ganz wesentlich zu verkürzen;
- die **Verfahrenszeiten** von der Polizei bis zur staatsanwaltschaftlichen Entscheidung um 51% (von 105,1 auf 51,6 Kalendertage) und bis zur ersten gerichtlichen Entscheidung um 54% (von 229,9 auf 105 Kalendertage) zu reduzieren und damit mehr als zu halbieren;

- die Bearbeitungszeiten innerhalb der Staatsanwaltschaft gingen im Mittelwert um 71% von 52,2 auf 15,3 Kalendertage zurück.

Der wissenschaftliche Begleitbericht kam zu folgendem Ergebnis:

„Im Sinne des ganzheitlich angelegten Arbeitsansatzes des Modellprojektes ist es somit erstmals gelungen, alle Beteiligten, die mit demselben Fall in den unterschiedlichen Kontexten befasst sind, an einen Tisch zu bringen.“

„Das Haus des Jugendrechts sollte zu einer Regeleinrichtung im Sozialraum werden.“

Die Politik folgte dieser Empfehlung:

„Das im Juni 1999 in Stuttgart-Bad Cannstatt gestartete und nach wie vor bundesweit einmalige Modellprojekt hat sich bestens bewährt und wird weitergeführt.“

Gemeinsame Presseerklärung des Innenministers, der Justizministerin und des Oberbürgermeisters Stuttgart am 11.03.2003.

Legende zum Schaubild:

Vergleich 1998:

* 105,1 Tage

** 229,9 Tage

VERFAHRENSDAUER

bis zur staatsanwaltschaftlichen Abschlussverfügung

Durchschnittlich 51,6* Tage

Polizei

Staatsanwaltschaft

Jugendgerichtshilfe

Amtsgericht

bis zur Hauptverhandlung

Durchschnittlich 105** Tage

PRÄVENTION

Vernetzung.

Prävention ist neben der Repression die zweite starke Säule im Haus des Jugendrechts. Wir versuchen auf die Folgen von Straftaten aufmerksam zu machen und Hilfestellungen zu geben, um bei gefährdeten jungen Menschen zukünftiges Fehlverhalten oder die Verfestigung einer „kriminellen Karriere“ zu verhindern.

Prävention ist Aufgabe von Polizei und Jugendamt. Im Haus des Jugendrechts ist auch die Justiz dabei eingebunden und übernimmt damit eine neue Rolle.

„Dieses Haus macht nur Sinn, wenn es eingebettet ist in ein ganzes System von Vorsorgemaßnahmen, wenn es selbst als Vorsorgemaßnahme begriffen und gestaltet wird.“

Damaliger Oberbürgermeister
Dr. Wolfgang Schuster,
am 7. Juni 1999, zur Eröffnung.

Die Inhalte der Prävention waren durch die ursprüngliche Planung nicht vorgegeben, sondern konnten selbst gestaltet werden. Die Bedürfnisse und Anforderungen wurden vor Ort, in den Schulen, in den Jugendhilfeeinrichtungen und an den Treffpunkten der jungen Menschen, erlebt und zeigten uns die drängende Aufgabe, auch hier neue Wege zu entwickeln.

Die breit gefächerte Präventionsarbeit wird aus personellen Gründen hauptsächlich von der Polizei geleistet und umfasst mit ihren ganzen Anforderungen jährlich über 3000 Stunden.

In den Stadtteilen sind 20 Schulen, von der Förderschule bis zum privaten Gymnasium, vier Jugendhäuser, Mobile Jugendarbeit und vier Träger der Hilfen zur Erziehung angesiedelt.

Die Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen sind wichtige Kooperationspartner, mit denen wir in ständigem, vertrauensvollem Kontakt stehen. Dort verbringen die jungen Menschen viel Zeit, sozialisieren sich und sind auch für uns am besten erreichbar.

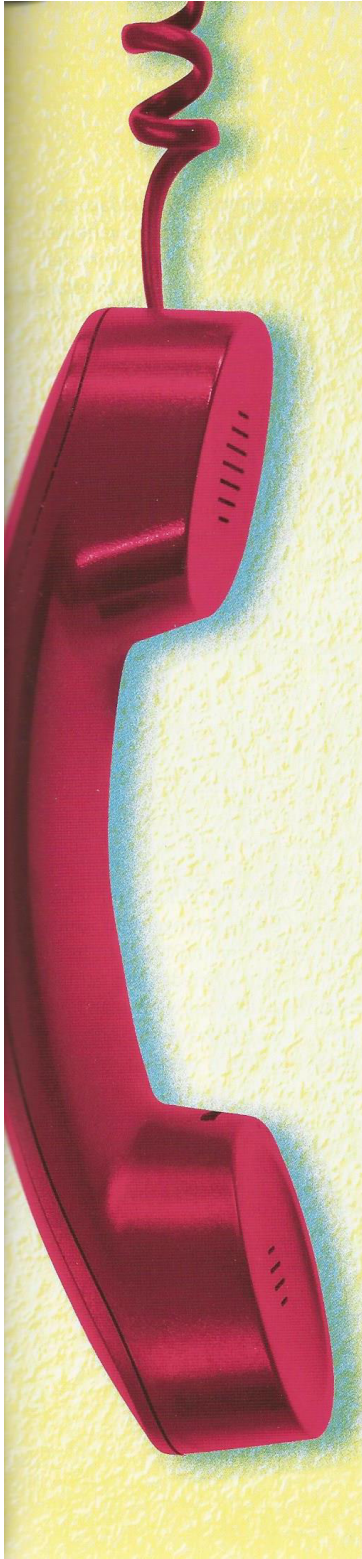
Die präventive Arbeit kann gerade hier passgenau entwickelt, angesetzt und nach sich verändernden Einflüssen modifiziert werden, um Früchte tragen zu können.

Alle Schulen hatten von Beginn an feste Ansprechpartner bei der Polizei.

Ausgerichtet am Bedarf der Schulen wurde schon im Jahre 2000 die ereignisunabhängige „Schulsprechstunde“ entwickelt.

Die Schulsprechstunde ist über das gesamte Schuljahr fest planbar, z.B. jeden zweiten Dienstag, ist die Polizei während der großen Pause und wenn notwendig während der anschließenden Schulstunde für die Schüler/-innen, das Lehrerkollegium und die Eltern präsent.

Die Schulen stellen uns dafür einen Raum zur Verfügung, so kann mit den Gesprächspartnern in Ruhe über jedes Thema in entspannter Atmosphäre gesprochen werden.



„Es hat sich gezeigt, dass ein hoher Informations- und Unterstützungsbedarf zu strafrechtlichen Fragen und zu Konflikten an Schulen insgesamt besteht. Insgesamt betrachtet sind die Schulsprechstunden als ein umfassendes Beratungsangebot durch das Haus des Jugendrechts anzusehen, das neben der Prävention auch Maßnahmen zur Krisenintervention und Konfliktlösung initiiert.“

Feuerhelm/Kügler – Das Haus des Jugendrechts in Stuttgart Bad Cannstatt, Ergebnisse einer Evaluation.

Mit den Schulleitungen wurden spezielle Vereinbarungen im Hinblick auf Schulschwänzer und Absprachen über Informationswege bei Gewaltvorkommnissen im Schulbereich getroffen. Die Telefonnummern der jeweiligen Ansprechpartner dienen so als „Notfallnummern“.

Der Anspruch des Haus des Jugendrechts ist, immer sofort zu reagieren, wenn um Hilfe oder Beratung nachgefragt wird.

In der Praxis ist es üblich, dass wir nach einem Anruf der Schule umgehend dorthin fahren und die Maßnahmen, etwa nach einer Körperverletzung oder einem Diebstahl, direkt vor Ort in Kooperation treffen. Dabei kann es auch notwendig werden, unmittelbar einen Präventionsunterricht in einer Klasse zu halten.

Präventionsunterrichte und Projekttag werden in den Schulen, Vereinen und Jugendhilfeeinrichtungen vor allem zu den Themen „Gewalt und Eigentum“ sowie zu dem

immer wichtiger werdenden Thema „Medienkompetenz und Medienverwahrlosung“ im Bereich Handy und Internet durchgeführt und begleitet.

Seit Jahren wird in den Schulen die polizeiliche Präventionsveranstaltung „Wehr Dich mit Köpfchen – Selbstvertrauen durch Selbstbehauptung“ für Mädchen und Jungen der 4. und 5. Klassen vorgestellt. Die Nachfrage ist hoch. Den Kindern werden über theoretische Erläuterungen und Rollenspiele hinaus auch Möglichkeiten zur Selbstbehauptung in einem praktischen Training vermittelt.

Ein fester Bestandteil der kommunalen Kriminalprävention speziell für Kinder ist sowohl im örtlichen Bereich des Haus des Jugendrechts als auch stadtweit die „Aktion Gute Fee“. Gut erkennbare Anlaufstellen, sogenannte Rettungsinseln, z.B. Geschäfte, fördern die Hilfsbereitschaft in der Nachbarschaft.

Wir nehmen an Stadtteilveranstaltungen mit einem eigenen Stand mit Informationsmaterial für Eltern und Interessierte sowie einem Spiel- und Unterhaltungsangebot für Kinder und Jugendliche teil.

Die regelmäßige Mitwirkung in lokalen Gremien, wie Stadtteilerunden und Arbeitskreisen, pflegt und vertieft die Kontakte und ermöglicht die Mitarbeit an örtlichen Problemstellungen.

IMPULSE, IMPULSE, IMPULSE

„Dass sich das Stuttgarter System auch auf andere deutsche Städte übertragen lässt, daran hat die Ministerin keine Zweifel.“

„Die Empfehlung kann nur sein, dass sich dieser richtige Weg überall kommuniziert. Sie jedenfalls plädiere dafür, das Modell – oder Module davon – weiter zu kopieren.“

Damalige Bundesjustizministerin Frau Herta Däubler-Gmelin am 12.12.2000 in der Stuttgarter Zeitung, nach ihrem Besuch im Haus des Jugendrechts.

Unsere Erkenntnisse, Erfahrungen und Arbeitsweisen wurden zum Teil landesweit übernommen, um von einer „Insellösung“ zu einer „Flächenlösung“ zu kommen.

Zum 1. Januar 2005 wurden zentrale Elemente aus dem Haus des Jugendrechts wie das **Wohnortprinzip**, die **Regionalisierung** und die **Parallelbefassung** in ganz Baden-Württemberg übernommen. Die Bearbeitung von Jugendstrafverfahren wurde landesweit behördenübergreifend durch interministerielle Richtlinien reformiert.

Wohnortprinzip.

Bei Straftätern unter 18 Jahren (im Haus des Jugendrechts unter 21 Jahren) ermittelt die für deren Wohnsitz zuständige Polizei, unerheblich wo die Straftat begangen wurde.

Regionalisierung.

Den Jugendsachbearbeitern der Polizei wurden von den Staatsanwaltschaften und Jugendämtern feste Ansprechpartner benannt. Regelmäßiger Informationsaustausch und Fallkonferenzen wurden initiiert.

Parallelbefassung.

In besonderen Fällen wird die Staatsanwaltschaft von der Polizei sofort über den Beginn des Ermittlungsverfahrens informiert. Die Staatsanwaltschaft bindet zeitnah die Jugendgerichtshilfe mit ein, Ermittlungsschritte und Maßnahmen werden abgestimmt.

Module oder die gesamte Kooperationsstruktur unseres Haus des Jugendrechts waren Vorbild für weitere Einrichtungen in ganz Deutschland, die teils unter der Bezeichnung „Jugendstation“ firmieren.

Bis heute wurden folgende Einrichtungen eröffnet:

Jugendstationen Gera (2000) und Jena (2011).

Häuser des Jugendrechts Ludwigshafen (2005), Mainz (2008), Köln (2009), Kaiserslautern (2009), Wiesbaden (2010), Trier (2010), Frankfurt-Höchst/ Main (2011), Pforzheim (2012). In Mannheim soll ein Haus des Jugendrechts am 1.1.2015 eröffnet werden.

Die breite Anerkennung des Haus des Jugendrechts spiegelt sich auch in der Baden-Württembergischen Landespolitik wieder. Schon in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP/DVP im Jahre 2001 wurde zur Gewährleistung der inneren Sicherheit „eine Ausdehnung des erfolgreichen Modellprojektes Haus des Jugendrechts auf weitere geeignete Standorte“ festgeschrieben.

Auch im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die GRÜNEN und SPD vom 09.05.2011 heißt es:

„Ausgehend von den überaus positiven Erfahrungen mit dem ‚Haus des Jugendrechts‘ in Stuttgart-Bad Cannstatt streben wir eine Ausweitung solcher Einrichtungen auf andere geeignete Städte in Baden-Württemberg an.“

BIS HEUTE HAT DIESE VISION IHRE KRAFT NICHT VERLOREN

„Schon heute, am Tag der Eröffnung, ist der Name ‚Haus des Jugendrechts‘ eine bundesweit bekannte, Markenbezeichnung‘. Sie stößt allseits auf großes Interesse und hohe Erwartungen. Dabei kann man freilich sehr unterschiedliche Reaktionen auf die Bezeichnung und die dahinter stehende Idee erleben: Manche empfinden beides als zu ‚soft‘, auf andere wirkt es zu strafrechtslastig‘. Wie so oft liegt die Wahrheit in der Mitte.“

Erklärung des damaligen Justizministers Prof. Dr. Ulrich Goll zur Eröffnung des Haus des Jugendrechts, am 7. Juni 1999.

Wir wissen, dass wir zur Verwirklichung unserer Vision und für unsere tägliche Arbeit die Unterstützung der Politik brauchen und wir sind sehr dankbar dafür, dass wir auf sie bauen können.

Auch in Zukunft benötigen wir diesen Rückhalt, um in der Auseinandersetzung und Begegnung mit gefährdeten jungen Menschen rechtzeitig kreative Wege gehen zu können.

Genutzte Zeit ist sinnvolle Zeit. Wir können nicht das Leben eines jungen Menschen „umkrempeln“, wollen aber den einen oder anderen Stein ins Rollen bringen oder auch rechtzeitig anhalten. Das genaue Hinschauen ermöglicht es uns, die bessere Maßnahme zu finden.

Der Umgang mit den jungen Menschen ist für Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Gericht ein anderer geworden. Der Kontakt zu ihnen und zu den Eltern ist weniger formal, stattdessen persönlicher und direkter.

Die bessere Kommunikation sorgt für größere Akzeptanz, auch und gerade bei schwierigen Entscheidungen.

Wir wollen auch weiterhin am „Puls der Jugend“ bleiben und neuen Erscheinungsformen von Kriminalität rechtzeitig die Stirn bieten. Die Zusammenarbeit mit Schule und Jugendhilfeeinrichtungen ist unabdingbar.

Wir wollen aufzeigen, was eine optimierte und dynamische Zusammenarbeit leisten kann.

Trotz aller gemeinsamen Anstrengungen ist der junge Mensch aber auch selbst gefordert.

„Mir wurde versucht bewusst zu machen, hey, wenn du so weiter machst, kommst Du auf die falsche Bahn.“

„Ich berate sie (Red.: die Jugendlichen) auch, dass sie zum Haus des Jugendrechts gehen sollen, weil die können dir helfen. Aber wenn du nicht hingehst, dann kann's schlimmer werden.“

Rundfunkinterview des 30-jährigen Hakan beim Deutschlandfunk. Im Alter von 14–18 Jahren hatte er „Kontakt“ mit dem Haus des Jugendrechts.

IMPRESSUM

Unser herzlicher Dank gilt allen, die uns bei der Erstellung der Broschüre mit Rat und Tat unterstützt haben, insbesondere dem Künstler Wolfgang Thiel, der das Cover-Motiv gestaltet hat. Ein ganz besonders großes Dankeschön geht an unsere langjährige, treue Spenderin Helga Vogt-Binné; ohne ihre Unterstützung könnten wichtige Präventionsprojekte wie *„Knast kommt krass“* nicht durchgeführt werden und die Herstellung dieser Broschüre wäre nicht möglich gewesen.

Herausgeber Haus des Jugendrechts:
Polizeipräsidium Stuttgart
Staatsanwaltschaft Stuttgart
Jugendamt Stuttgart
Amtsgericht
Stuttgart-Bad Cannstatt

Verantwortlich für den Inhalt Haus des Jugendrechts

Redaktion Haus des Jugendrechts:
Rainer Rudat
Polizeipräsidium Stuttgart

Dr. Franziska Scheffel
Rosa-Maria Wolff
Staatsanwaltschaft Stuttgart

Sabine Raiser
Jugendamt Stuttgart

Dr. Elisabeth Bingel
Iris Käßler-Krüger
Stephanie Vogt
Amtsgericht
Stuttgart-Bad Cannstatt

**Gestaltungskonzept/Layout/
Druckvorstufe** Klaus Zieher, Grafik-Design

Druck und Verarbeitung W. Kohlhammer Druckerei GmbH
Stuttgart, im Mai 2014



DEN WEG WEISEN
KÖNNEN WIR
DEN WEG GEHEN
MUSS JEDER SELBST



Baden-Württemberg

STAATSANWALTSCHAFT STUTTGART
AMTSGERICHT STUTTGART - BAD CANNSTATT



POLIZEI

BADEN-WÜRTTEMBERG
POLIZEIPRÄSIDIUM STUTTGART



STUTTGART



Anlage 13:

Bals, Nadine: Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht – Die breite Palette des Jugendgerichtsgesetzes verantwortungsvoll nutzen, Beitrag am 13.05.2015 als PDF, in: Onlineportal des DVJJ, http://www.dvjj.de/sites/default/files/medien/imce/documente/bals_richterohnerobe.pdf [27.07.2015]

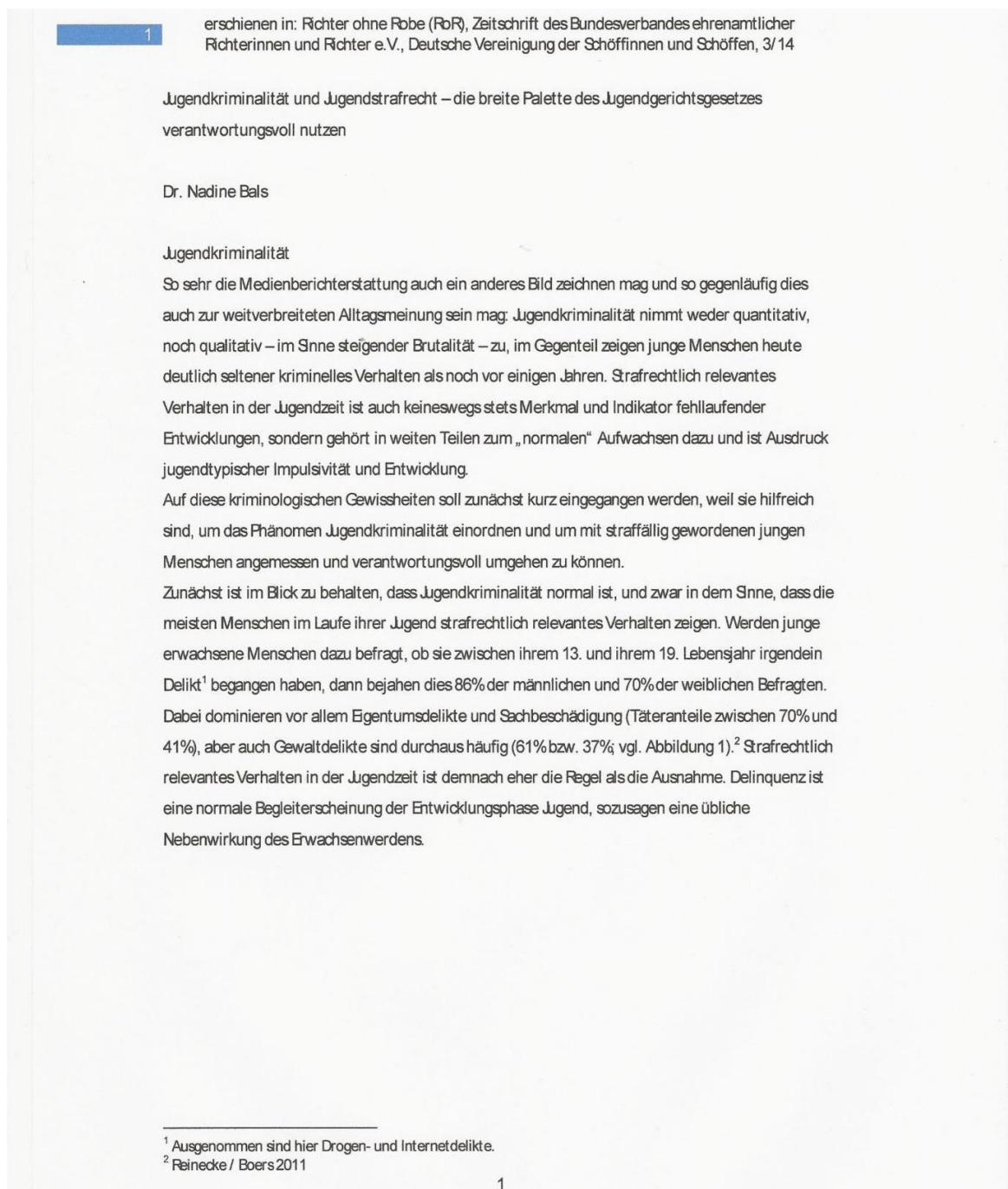
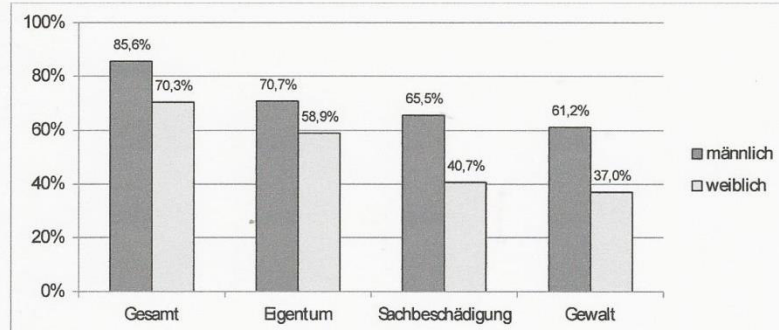


Abbildung 1: Täteranteile selbstberichteter Delinquenz. Kumulierte Prävalenzraten, 13.-19. Lebensjahr (Quelle: Reinecke / Boers 2011, S. 20)



Zur Entwicklung und zum Verlauf von Jugenddelinquenz zeigt sich in internationalen und nationalen Studien übereinstimmend ein sehr deutliches Bild: Delinquentes Verhalten nimmt in der frühen Jugend rasch zu, hat seinen Höhepunkt bei etwa 14, 15 Jahren und nimmt dann sehr stark wieder ab. Bedeutend ist in diesem Zusammenhang, dass dieser rapide Rückgang der Kriminalität im Wesentlichen ohne Eingriffe der formellen Kontrollinstanzen – Polizei und Justiz – erfolgt, sondern sich von selbst im Rahmen der informellen sozialen Kontrolle und der Normensozialisation in der Familie, der Freundesgruppe und in der Schule regelt.

Dies gilt im Übrigen auch für diejenigen, die uns besondere Sorge bereiten, nämlich für die sogenannten Mehrfach- und Intensivtäter mit fünf und mehr Gewaltdelikten pro Jahr. Sie machen zwar insgesamt nur eine kleine Gruppe unter ihren Altersgenossen aus, sind aber verantwortlich für die Hälfte aller Delikte und sogar für über drei Viertel aller Gewaltdelikte. Auch bei ihnen nimmt das delinquente Verhalten allerdings im Laufe ihrer späten Jugend nach und nach ab und setzt sich in der Regel nicht bis ins Erwachsenenalter fort. Von maßgeblicher Bedeutung für den Ausstieg aus delinquenten Karrieren sind übrigens zwei ganz profane, aber ganz zentrale Aspekte: Partnerschaft und Beruf.

Kurz angesprochen sei auch der Mythos einer immer gewalttätigeren, immer kriminelleren Jugend. Die Bilder der Überwachungskameras von brutalen Gewalttaten junger Menschen im öffentlichen Raum stehen sinnbildlich für die Diagnose einer immer gefährlicheren, immer brutaleren Jugend; in der Folge solcher spektakulärer, besonders brutaler Einzelfälle werden immer wieder Rufe nach einer härteren Bestrafung junger Gewalttäter laut.

Tatsächlich nimmt Jugendkriminalität aber keineswegs zu, im Gegenteil: Sowohl mit Blick auf die polizeilich registrierte Kriminalität junger Menschen (so genanntes Hellfeld) als auch mit Blick auf

selbstberichtete Delinquenz (so genanntes Dunkelfeld) zeigen sich in den letzten Jahren deutliche Rückgänge.

Betrachtet man die polizeilich registrierte Kriminalität von Jugendlichen im Vergleich der letzten drei Jahre, werden jeweils erhebliche Rückgänge deutlich. Tabelle 1 zeigt, wie viele tatverdächtige Jugendliche pro 100.000 der Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe jeweils polizeilich registriert wurden. Deutlich wird dabei, dass die sogenannte Tatverdächtigenbelastungsziffer über die Jahre 2011, 2012 und 2013 kontinuierlich zurückgeht, und zwar sowohl über alle Delikte, als auch mit Blick auf die Gewaltkriminalität. Es werden also zunehmend weniger Jugendliche polizeilich registriert – und zwar nicht nur gemessen in absoluten Zahlen, sondern auch in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil.³

Tabelle 1: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen für Jugendliche, 2011 bis 2013

	TVBZ 2013	TVBZ 2012	TVBZ 2011
alle Delikte	5940,6	6244	6701,6
Diebstahl insgesamt	2169,9	2447,9	2754,2
darunter: einfacher Ladendiebstahl	1232,9	1424,2	1603,3
Sachbeschädigung	761,8	901,4	1030,5
Gewaltkriminalität	745,5	844,8	990,2
darunter: schwere/gef. Körperverletzung	567,8	656,8	787,1
darunter: Raub	203,6	218,8	243,4
darunter: Vergewaltigung	21,3	23,3	21,9
darunter: Mord/Totschlag	4,4	4,6	5,2
vorsätzliche, leichte Körperverletzung	828,4	907,4	965,4

Auch Dunkelfeldstudien, also Befragungen von Personen zu eigenen Opfer- und Tätererfahrungen, zeigen einheitlich einen Trend nicht steigender, sondern vielmehr abnehmender oder zumindest stagnierender Jugendkriminalität. „Marktführer“ im Bereich der Dunkelfeldforschung ist das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), das unter anderem regelmäßig Schüler der neunten Klassen verschiedener Schulformen befragt. Das KFN hat nicht deutschlandweit, aber zumindest in verschiedenen Städten und Landkreisen sowohl im Jahr 1998 als auch Mitte der 2000er Jahre repräsentative Stichproben von Neuntklässlern zu verschiedenen Themen befragt, unter anderem auch zu eigenem delinquentem Verhalten. Über alle Untersuchungsgebiete zusammengefasst zeigen sich im Vergleich von 1998 zu 2005 bzw. 2006⁴ Rückgänge sowohl für Ladendiebstahl und Sachbeschädigung, als auch für Gewaltdelikte.

³ Ich danke Herrn Eberhard Mecklenburg, der mir die aufbereiteten Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zur Verfügung gestellt hat.

⁴ In einigen Gebieten ist die Nachfolgeuntersuchung im Jahr 2005, in anderen erst 2006 erfolgt.

Während beispielsweise 1998 noch über ein Drittel der Jungen angegeben hat, schon einmal einen Ladendiebstahl begangen zu haben, sind es 2005 bzw. 2006 nur noch 17,6%, bei den Mädchen gehen die Quoten von 29,1% auf 16,3% zurück. In der Befragung 1998 haben noch 27% der Jungen und 9,7% der Mädchen angegeben, mindestens eine Gewalttat begangen zu haben, 2005/2006 sind es noch 23% bzw. 8,3% (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Prävalenzraten verschiedener Delikte in der Schülerbefragung 1998 und 2005/2006
(Quelle: Baier 2011, S. 360)

	Befragungsjahr	Jungen	Mädchen
Körperverletzung	1998	27,0%	9,7%
	2005/06	23,0%	8,3%
Ladendiebstahl	1998	36,3%	29,1%
	2005/06	17,6%	16,3%
Sachbeschädigung	1998	22,1%	10,3%
	2005/06	18,4%	7,7%
Schwere Gewalt	1998	12,1%	3,3%
	2005/06	7,5%	1,9%

Und schließlich gibt es auch keinerlei empirischen Beleg für die Annahme einer zunehmenden Brutalität von Jugendgewalt. Die Daten der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu sogenannten Raufunfällen an Schulen weisen beispielsweise einen sehr deutlichen Rückgang von tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Schülern in der Schule oder auf dem Schulweg aus, in deren Folge ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden musste.

Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der gemeldeten Raufunfälle und solcher Raufunfälle mit Frakturen in den letzten elf Jahren, und zwar je 1000 versicherte Schüler. Wurden im Jahr 2000 noch 13,6 Raufunfälle pro 1000 Schüler gemeldet, sind es 2011 lediglich noch 9,7. Die Zahl der tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Schülern, die mit Nasenbein-, Rippenbrüchen oder anderen Frakturen endeten, geht im zeitlichen Verlauf der Jahre 2000 bis 2011 von 1,2 auf 0,7 pro 1.000 Schüler zurück.

Tabelle 3: Entwicklung gemeldeter „Raufunfälle“ und Frakturen infolge von Raufereien je 1.000 versicherte Schüler, 2000-2011 (Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung)

	Raufunfälle	Frakturen infolge v. Raufereien
2000	13,58	1,18
2001	12,78	1,18
2002	13,26	1,15
2003	11,70	0,98
2004	11,74	1,18
2005	10,95	0,91
2006	10,75	0,96
2007	11,14	0,93
2008	11,65	0,84
2009	9,70	0,87
2010	9,67	0,72
2011	9,67	0,72

Nach allem, was wir wissen, besteht also kein Anlass zur Besorgnis mit Blick auf die Entwicklung der Jugenddelinquenz, weder von einer zunehmenden Quantität, noch von einer zunehmenden Qualität – im Sinne der nicht selten vernommenen These, heutzutage werde zugetreten, wo früher aufgehört wurde – kann die Rede sein.

Dies vorausgeschickt, wenden wir uns dem Jugendstrafverfahren und dem Instrumentarium des Jugendgerichtsgesetzes zu.

Jugendstrafverfahren und jugendstrafrechtliches Instrumentarium

Ziel des Jugendstrafverfahrens ist es, weitere Straftaten des jungen Menschen zu verhindern, wobei sich sowohl das Verfahren als auch die einzusetzenden Mittel am Erziehungsgedanken zu orientieren haben: „Die Anwendung des Jugendstrafrechts soll vor allem erneuten Straftaten eines Jugendlichen oder Heranwachsenden entgegenwirken. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Rechtsfolgen und unter Beachtung des elterlichen Erziehungsrechts auch das Verfahren vorrangig am Erziehungsgedanken auszurichten“ (§ 2 Abs. 1 JGG).

Erziehung an sich ist wohlgeordnet nicht Ziel des Jugendstrafrechts, aber es sind primär erzieherische Mittel einzusetzen, um Rückfälligkeit zu verhindern und es sind auch bei der Gestaltung des Verfahrens und beim Vollzug der Sanktionen erzieherische Aspekte zu berücksichtigen. Es geht im Jugendstrafrecht nicht um Vergeltung und Abschreckung, sondern es geht um die Auswahl derjenigen Reaktion, die im Einzelfall erforderlich und am ehesten geeignet ist, Rückfallkriminalität zu verhindern, Normlernen zu fördern und Verantwortungsübernahme zu ermöglichen.

Dazu stellt das JGG eine große Bandbreite verschiedener Reaktions-, Interventions- und Sanktionsformen zur Verfügung. Die unterschiedlichen Sanktionen stehen dabei zueinander in einem

Stufenverhältnis. Es gilt der Vorrang der weniger einschneidenden vor den gravierenderen Rechtsfolgen, der Vorrang informeller vor formellen Sanktionen, der Vorrang helfender vor ahndenden und der Vorrang ambulanter vor freiheitsentziehenden Sanktionen.

Diversion

Vor dem Hintergrund, dass Jugendkriminalität in weiten Teilen normales Verhalten ist und ganz überwiegend von allein aufhört, dass häufig schon die Peinlichkeit des Erwischtwerdens und die Reaktionen der Eltern zur Vermeidung weiterer Straftaten ausreichen und mit Blick auf die negativen Folgen formeller Sanktionierungen – zum Beispiel der Gefahr der Stigmatisierung –, sieht das JGG verschiedene Möglichkeiten vor, auf die Durchführung eines formellen Verfahrens bzw. einer Hauptverhandlung zu verzichten (Diversion).

Das Verfahren kann einerseits ohne weitere Maßnahmen eingestellt werden wegen Geringfügigkeit oder mangels öffentlichem Interesse an der Strafverfolgung (§ 45 I JGG) oder wenn eine erzieherische Maßnahme bereits eingeleitet oder durchgeführt ist (§ 45 II JGG), zu denken ist hier zum Beispiel an entsprechende Reaktionen seitens der Eltern oder auch der Jugendhilfe (s.u.). Darüber hinaus kommt ein Absehen von der Verfolgung unter Weisungen und Auflagen in Betracht (§§ 45 III bzw. § 47 JGG).

Erziehungsmaßnahmen

Erziehungsmaßnahmen umfassen einerseits die Erteilung von Weisungen, die im JGG nur beispielhaft und nicht abschließend aufgeführt sind (§ 10 JGG). Diese Weisungen haben das Ziel, die Erziehung des jungen Menschen zu fördern und zu sichern, in dem sie dessen Lebensführung regeln. Dem Jugendlichen kann zum Beispiel auferlegt werden

1. Weisungen zu befolgen, die sich auf den Aufenthaltsort beziehen,
2. bei einer Familie oder in einem Heim zu wohnen,
3. eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle anzunehmen,
4. Arbeitsleistungen zu erbringen,
5. sich der Betreuung und Aufsicht einer bestimmten Person (Betreuungshelfer) zu unterstellen,
6. an einem sozialen Trainingskurs teilzunehmen (wobei dieser Trainingskurs lediglich beispielhaft als mögliche Form sozialpädagogischer Gruppenarbeit zu verstehen ist),
7. sich zu bemühen, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen (Täter-Opfer-Ausgleich),
8. den Verkehr mit bestimmten Personen oder den Besuch von Gast- oder Vergnügungsstätten zu unterlassen,
9. an einem Verkehrsunterricht teilzunehmen.

Weiter ist es möglich, dem Jugendlichen eine heilerzieherische Behandlung, eine Entziehungskur oder weitere Erziehungsmaßnahmen sowie aufzuerlegen, Hilfe zur Erziehung in Anspruch zu nehmen. Nicht übersehen werden darf, dass die Erziehungsmaßnahmen teilweise von hoher Eingriffsintensität sind und für den jungen Menschen durchaus belastend sein können. Im Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) geht es beispielsweise darum, den jungen Menschen mit den Folgen seines Tuns zu konfrontieren und darum, dass er Verantwortung für sein Handeln übernimmt. Dem Opfer ins Gesicht zu sehen und – durch Fachkräfte begleitet –, für die Tat einzustehen und Wiedergutmachung zu leisten, ist für viele junge Menschen schwer und belastend. Im Fokus sozialer Gruppenarbeit in Form von sozialen Trainingskursen steht, die Kommunikations- und Konfliktfähigkeit der Jugendlichen zu stärken, sozial angemessene Verhaltensweisen zu erlernen und Verantwortung für die Tat(en) zu übernehmen. Soziale Trainingskurse laufen häufig über eine Dauer von drei bis sechs Monaten, teilweise auch länger, mit wöchentlichen Sitzungen, parallel zur Gruppenarbeit werden zum Teil Einzelgespräche und Einzelbetreuungen durchgeführt. Das bedeutet für Jugendliche und Heranwachsende große Mühen, Konfrontation und Einstehenmüssen für das, was sie getan haben.

Solche Maßnahmen als „Kuschelpädagogik“ abzutun, geht fehl: Vor dem Hintergrund der Eingriffsintensität der sozialpädagogischen Angebote im Kontext des Jugendstrafverfahrens sind Zielgruppe nicht Jugendliche, die zum ersten Mal mit leichter Delinquenz auffallen oder jene, denen lediglich Bagatellen vorzuwerfen sind, sondern „in strafrechtlicher Hinsicht mehrfach Auffällige, in jugendhilferechtlicher Sicht mehrfach Benachteiligte und – in beiderlei Hinsicht – von Ausgrenzung mehrfach Betroffene: für diese Zielgruppe sollen sozialpädagogische Unterstützungsangebote vorgehalten werden, die sich am individuellen Bedarf der Jugendlichen und Heranwachsenden orientieren und die Stärkung der individuellen Handlungskompetenzen und Teilhabeperspektiven anzielen.“⁵

Zuchtmittel

Zuchtmittel kommen nach dem JGG dann in Betracht, „wenn Jugendstrafe nicht geboten ist, dem Jugendlichen aber eindringlich zu Bewusstsein gebracht werden muss, dass er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat“ (§ 13 JGG). Bei den Zuchtmitteln handelt es sich um

1. die Verwarnung
2. die Erteilung von (abschließend aufgezählten) Auflagen:
 - a. nach Kräften den durch die Tat verursachten Schaden wiedergutzumachen
 - b. sich persönlich bei dem Verletzten zu entschuldigen
 - c. Arbeitsleistungen zu erbringen
 - d. einen Geldbetrag zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung zu zahlen

⁵ Drewniak 2012, S. 18

3. den Jugendarrest

Jugendarrest kann in Form von Freizeit-, Kurz- oder Dauerarrest für eine Dauer von bis zu vier Wochen verhängt werden und wird in speziellen, vom Jugendstrafvollzug getrennten Anstalten vollstreckt. Die Praxis des Jugendarrestvollzugs stellt sich bundesweit ausgesprochen unterschiedlich dar: während in einigen Anstalten durchaus eine Vielzahl von Maßnahmen angeboten wird – etwa sozialpädagogische Angebote zur Förderung sozialer Kompetenzen oder Bewerbungstrainings –, findet in anderen Jugendarrestanstalten reiner Verwahrvollzug statt, mitunter sind die Arrestanten hier 23 Stunden im Einschluss.⁶

Im Jahr 2012 hat der Gesetzgeber – massiver Kritik seitens der Fachöffentlichkeit zum Trotz⁷ – die Möglichkeit eröffnet, einen Jugendarrest auch neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe zu verhängen, was bis dato ausgeschlossen war. Für den mit dem Gesetz zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten eingeführten Jugendarrest nach § 16a JGG⁸ sind drei Anordnungsgründe vorgesehen. Dieser Arrest kann verhängt werden, wenn er geboten ist, um

1. dem Jugendlichen seine Verantwortlichkeit für das begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten zu verdeutlichen,
2. den Jugendlichen zunächst für eine begrenzte Zeit aus einem Lebensumfeld mit schädlichen Einflüssen herauszunehmen und durch die Behandlung im Vollzug des Jugendarrests auf die Bewährungszeit vorzubereiten, oder
3. um im Vollzug des Jugendarrests eine nachdrücklichere erzieherische Einwirkung auf den Jugendlichen zu erreichen oder um dadurch bessere Erfolgsaussichten für eine erzieherische Einwirkung in der Bewährungszeit zu schaffen.

Der Anwendung sind damit sehr enge Grenzen gesetzt, denn

- erstens werden in aller Regel andere Auflagen – etwa die Erbringung von gemeinnütziger Arbeit oder von Wiedergutmachungsleistungen zugunsten des Opfers – geeigneter sein, um dem jungen Menschen das Unrecht seiner Tat zu verdeutlichen,
- zweitens werden andere Möglichkeiten – insbesondere der Jugendhilfe – zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden können (und im Bedarfsfall: müssen!), um eine kurzfristige

⁶ Vgl. unter anderem zu rechtlichen Grundlagen, zur Nutzung in der Jugendstrafrechtspflege und zur Praxis des Jugendarrestvollzugs die Beiträge in Heft 2/14 der Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, das sich im Schwerpunkt dem Thema Jugendarrest widmet. Kostenlose Exemplare der Zeitschrift werden gern zur Verfügung gestellt. Nehmen Sie bei Interesse bitte Kontakt zur Geschäftsstelle der DVJ in Hannover auf.

⁷ Vgl. hierzu auch die auf der Homepage der DVJ dokumentierten Stellungnahmen der im Rahmen der Anhörung im Rechtsausschuss beteiligten Sachverständigen:

<http://www.dvjj.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen/oeffentliche-anhoerung-des-rechtsausschusses>

⁸ Diese Kombination von bedingter Jugendstrafe und Jugendarrest wurde und wird häufig unter dem Begriff „Warnschussarrest“ diskutiert.

erschieden in: Richter ohne Robe (RoR), Zeitschrift des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V., Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen, 3/14

Herausnahme aus einem schädlichen, gefährdenden Lebensumfeld zu bewerkstelligen und die Bewährungszeit konstruktiv vorzubereiten

- und schließlich ist drittens nicht zu vernachlässigen, dass der Vollzug des Jugendarrests nicht zu Beginn, sondern in der laufenden Bewährungszeit stattfindet.⁹ Erfolgsaussichten für eine erzieherische Einwirkung in der Bewährungszeit werden durch den Arrest gerade nicht geschaffen, vielmehr werden im Gegenteil die Anstrengungen des Bewährungshelfers torpediert.

Im Übrigen werden die Möglichkeiten zur Verhängung von Jugendarrest neben Jugendstrafe zur Bewährung darüber hinaus dadurch weiter eingeschränkt, dass er „in der Regel nicht geboten“ ist, wenn der Verurteilte Arresterfahrung hat, indem er zuvor schon Dauerarrest verbüßt hat¹⁰ – dies dürfte aber beim überwiegenden Teil der Jugendlichen und Heranwachsenden, die zu einer Jugendstrafe verurteilt werden, gerade der Fall sein.¹¹

Jugendstrafe

Die Jugendstrafe ist die schärfste Sanktion des Jugendstrafrechts. Sie kann verhängt werden, wenn sie wegen der Schwere der Schuld erforderlich scheint oder wenn andere Sanktionen wegen schädlicher Neigungen des Jugendlichen, die in der Tat hervorgetreten sind, nicht ausreichend erscheinen.

Der Begriff „schädliche Neigungen“ ist ausgesprochen problematisch, denn er ist (wie im Übrigen auch der Begriff „Schwere der Schuld“) einerseits unscharf und unbestimmt. Der Bundesgerichtshof definiert schädliche Neigungen als „erhebliche Mängel, die ohne längere Gesamterziehung die Gefahr der Begehung weiterer (gravierender) Straftaten in sich bergen“ und stellt damit auf die Gefahr wiederholter, massiver Rückfälligkeit ab. Im Sinne einer solchen Rückfallgefahr sind schädliche Neigungen in der Regel erst bei wiederholter Straffälligkeit anzunehmen. Umgekehrt ist wiederholte Delinquenz allerdings keineswegs per se Anzeichen für und Ausdruck von „schädlichen Neigungen“. Der Begriff birgt zudem ein hohes Risiko der Stigmatisierung und Herabsetzung des Jugendlichen. So formuliert beispielsweise Ostendorf sehr zutreffend: „Der Begriff der „schädlichen Neigungen“ ist selbst schädlich“¹².

Die Jugendstrafe hat ein Mindestmaß von sechs Monaten, ein Höchstmaß von zehn Jahren. Bei Heranwachsenden, die wegen Mordes verurteilt werden, beträgt das Höchstmaß fünfzehn Jahre

⁹ Auch wenn der Gesetzgeber sich um Schadensbegrenzung bemüht hat: Gemäß § 87 Abs. 4 S. 2 JGG darf nach Ablauf von drei Monaten seit Eintritt der Rechtskraft nicht mehr mit dem Vollzug des Jugendarrests nach § 16a JGG begonnen werden.

¹⁰ Auch in Fällen, in denen der Verurteilte sich nicht nur für kurze Zeit in Untersuchungshaft befunden hat, ist ein Arrest nach § 16a JGG „in der Regel nicht geboten“.

¹¹ vgl. zu ersten Erfahrungen der Nutzung in der Praxis Gernbeck/Höffler/Verrel 2013.

¹² Ostendorf 2013, Rn 6 zu § 17 JGG.

Jugendstrafe, wenn dies wegen besonderer Schwere der Schuld erforderlich scheint.¹³ Die Vollstreckung von Jugendstrafen bis zu zwei Jahren kann zur Bewährung ausgesetzt werden. Tatsächlich werden etwa 70% der aussetzungsfähigen Jugendstrafen zur Bewährung ausgesetzt – freilich mit Auflagen und Betreuung durch die Bewährungshilfe – und es erfolgt in nur einem geringen Teil (etwa 15%) ein Bewährungswiderruf.

Zur Wirkung jugendstrafrechtlicher Sanktionen

Mit Blick auf den Jugendarrest einerseits, mit Blick auf die Jugendstrafe andererseits ist darauf hinzuweisen, dass allzu optimistische Erwartungen hinsichtlich positiver Wirkungen enttäuscht werden. Laut bundesweiten Untersuchungen liegt die Rückfallquote nach unbedingter Jugendstrafe bei 70%, nach Jugendarrest bei 65%.¹⁴

Zur Wirkung jugendstrafrechtlicher Sanktionen gilt nach wie vor, was 2006 im Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung formuliert wurde: „Entgegen einer weitverbreiteten Alltagsmeinung erscheinen nach dem gegenwärtigen Stand der kriminologischen Forschung die Abschreckungswirkung (negative Generalprävention) von Androhung, Verhängung oder Vollzug von Strafen eher gering. Für den Bereich der leichten bis mittelschweren Kriminalität jedenfalls gilt grundsätzlich, dass Höhe und Schwere der Strafe keine messbare Bedeutung haben. Hinsichtlich der spezialpräventiven Wirkung von Strafen gibt es keinen empirischen Beleg dafür, dass – bei vergleichbaren Tat- und Tätergruppen – die Rückfallrate nach einer Verurteilung niedriger ist als nach einer Verfahrenseinstellung (Diversion). Wo, in vergleichbaren Gruppen, Unterschiede beobachtet wurden, waren die Rückfallraten nach Diversion niedriger. Negative Effekte der Diversion im Vergleich zur formellen Sanktionierung sind nicht belegt. (...) Wenn es eine Tendenz gibt, dann die, dass nach härteren Sanktionen die Rückfallrate bei vergleichbaren Tat- und Tätergruppen höher ist. Insbesondere gibt es bis heute keine Gruppe von Straftätern, für die – in spezialpräventiver Hinsicht – eine Überlegenheit von Jugendarrest oder (unbedingter) Jugendstrafe im Vergleich zu ambulanten Reaktionen empirisch belegt worden wäre.“¹⁵

Fazit

Es gibt also keinen empirischen Beleg für die Annahme, durch härtere Sanktionen Rückfälle besser verhindern und dem Opferschutz besser dienen zu können, keinen Beleg dafür, dass freiheitsentziehende Sanktionen wie der Jugendarrest und die Jugendstrafe im Vergleich zu den

¹³ Studien zeigen übrigens, dass nach spätestens vier bis fünf Jahren Freiheitsentzug die entsozialisierenden Wirkungen größer sind als die resozialisierenden.

¹⁴ Jehle et al. 2010, S. 60. Die bundesweite Rückfallstatistik bezieht sich auf erneute Eintragungen in das Bundeszentral- bzw. Erziehungsregister.

¹⁵ BfM / BMJ 2006, S. 665f.

ambulanten, insbesondere den sozialpädagogisch ausgerichteten Rechtsfolgen, spezialpräventiv wirksamer sind. Und dies ist mit Blick auf das Ziel des Jugendstrafverfahrens – die Verhinderung weiterer Straftaten des jungen Menschen – und vor dem Hintergrund des Verhältnismäßigkeitsprinzips – Geeignetheit, Notwendigkeit und Angemessenheit der Reaktionen – folgenreich: „Sind sie [die staatlichen Reaktionen] nicht notwendig, müssen sie unterbleiben. Sind sie ungeeignet, dürfen sie nicht angewendet werden. Sind sie nicht angemessen, muss man auf sie verzichten. Der schärfere Eingriff muss sich gegenüber dem milderen als überlegen rechtfertigen und nicht etwa umgekehrt.“¹⁶

Gravierende, mehrfache Delinquenz junger Menschen ist in der Regel Ausdruck und Folge einer Kumulation verschiedener familiärer, personaler und sozialer Risikofaktoren, etwa mangelnde Impulskontrolle und Aggressivität, gewaltlegitimierende Einstellungen, familiäre und ökonomische Belastungen, mangelnde Bildungschancen und anderes mehr. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass sich Rückfallkriminalität nicht durch Strafhärte und durch Abschreckung reduzieren lässt, sondern durch Maßnahmen, die Unrechtseinsicht wecken, die Kompetenzen für sozialverantwortliches Handeln stärken, die Empathiefähigkeit fördern, die zur Überwindung von Entwicklungsproblemen und Verhaltensschwierigkeiten beitragen und die Chancen sozialer Teilhabe verbessern. Die breite Vielfalt des Instrumentariums und die Flexibilität, die die Palette des JGG und der Jugendhilfe¹⁷ bereit hält, gilt es, verantwortungsvoll zu nutzen, und dabei insbesondere die Potentiale der sozialpädagogisch ausgerichteten Rechtsfolgen für die Verhinderung wiederholter, gravierender Delinquenz zu realisieren.

Literatur

Baier, D. (2011): Jugendgewalt und Geschlecht – Erkenntnisse aus Kriminalstatistik und Dunkelfelduntersuchungen. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJ), 4/11, S. 356-364.

¹⁶ Viehmann 2010, S. 361

¹⁷ Hier ist auch die Jugendhilfe, der zentrale Kooperationspartner im Jugendstrafverfahren, in der Pflicht – und in die Pflicht zu nehmen –, ihre Aufgaben wahrzunehmen und in ausreichender Quantität und fachlich angemessener Qualität Maßnahmen für junge straffällig gewordene Menschen mit entsprechendem Bedarf zur Verfügung zu stellen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass für das Tätigwerden der Jugendhilfe – auch im Kontext des Jugendstrafverfahrens – nicht die Straffälligkeit des jungen Menschen zentral ist, sondern dessen erzieherischer Bedarf: „Das Jugendamt bietet seine Leistungen nicht an, weil ein junger Mensch eine Straftat begangen hat, sondern weil er und seine (personensorgeberechtigten) Eltern gegebenenfalls (insbesondere auch im Strafverfahren) der Hilfe bedürfen“ (Trenzke 2009, S. 353). Grundlegendes Ziel der Jugendhilfe ist die Verwirklichung des Rechts jedes jungen Menschen „auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 Satz 1 SGB VIII), der Abbau sozialer Benachteiligungen und der Schutz vor Gefährdungen des Wohls von Kindern und Jugendlichen. Dies gilt ohne Wenn und Aber auch im Jugendstrafverfahren. Vgl. zu den Aufgaben der Jugendhilfe bei der Mitwirkung im jugendgerichtlichen Verfahren auch Bals 2012.

Bals, N. (2012): Jugendhilfe im Kontext von Jugenddelinquenz. Mitwirkung der Jugendhilfe im Strafverfahren und sozialpädagogisch ausgerichtete Rechtsfolgen. In Evangelischer Erziehungshilfeverband (Hrsg.), EREV-Fachgespräch „Gewaltbereite Jugendliche“ am 14. Juni 2014 in Hamburg: Dokumentation. EREV-Schriftenreihe, 4/2012. Hannover, S. 110-121.

Bundesministerium des Innern / Bundesministerium der Justiz (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin.

Drewniak, R. (2012). Erziehung statt Strafe? Die Neuen Ambulanten Maßnahmen zwischen Jugendhilfe und Jugendstrafjustiz. In R. Drewniak / N. Bals / BAG Ambulante Maßnahmen nach dem Jugendrecht in der DVJ (Hrsg.), Zukunft schaffen! Perspektiven für straffällig gewordene junge Menschen durch ambulante Maßnahmen. Hannover, S. 13-38.

Gernbeck, U., Höffler, K., Verrel, T. (2013). Der Warnschussarrest in der Praxis – Erste Eindrücke. Neue Kriminalpolitik 25, S. 307-316.

Jehle, J.-M., Albrecht, H.-J., Hohmann-Fricke, S. & Tetel, C. (2010): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2004 bis 2007. Hrsg. Vom Bundesministerium der Justiz. Berlin.

Ostendorf, H. (2013): Jugendgerichtsgesetz. Kommentar. Baden-Baden.

Reinecke J. / Boers K. (2011): Entwicklung der Jugendkriminalität im Längsschnitt - Ergebnisse der Duisburger Längsschnittstudie "Kriminalität in der modernen Stadt". In: Stompe T. / Schanda, H. (Hrsg.), Delinquente Jugendliche und forensische Psychiatrie. Berlin, S. 17-33.

Trenczek, T. (2009): Verhältnis von Jugendhilfe- zu Jugendstrafrecht. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJ), 4/09, S. 352-357.

Viehmann, H. (2010): Die große Illusion. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJ), 4/10, S. 357-362.

Anlage 14:

Deutscher Verband für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.

(DVJJ): Polizeilich registrierte Kriminalität 2014: Jugendgewalt erneut

deutlich zurückgegangen, Beitrag vom 13.05.2015,

<http://www.dvjj.de/nachrichten-aktuell/polizeilich-registrierte-kriminalitaet-2014-jugendgewalt-erneut-deutlich-zurueckgegangen> [27.07.2015]

The screenshot shows the website of the Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ). The browser address bar displays the URL: <http://www.dvjj.de/nachrichten-aktuell/polizeilich-registrierte-kriminalitaet-2014-jugendgewalt-erneut-deutlich-zurueckgegangen>. The website has a green header with the DVJJ logo and navigation links: Home, Kontakt, Kontaktformular, Impressum. A search bar is located in the top right. On the left, there is a sidebar menu with links: Über die DVJJ, BAGen und Regionalgruppen, Nachrichten und Aktuelles, Themenschwerpunkte, Jugendgerichtstage, Veranstaltungen, ZJJ, Veröffentlichungen, Materialservice, Links, and Resolution zur EU-Richtlinie. The main content area features the article title "Polizeilich registrierte Kriminalität 2014: Jugendgewalt erneut deutlich zurückgegangen" dated 13. Mai 2015. The article text discusses the decrease in juvenile crime in 2014 compared to 2013, mentioning a 2% increase in total crime but a decrease in juvenile crime. It also mentions the structure of crimes, with theft being the most common. The article is signed by the DVJJ. On the right, there is a box titled "Förderer" (Sponsors) listing the Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Suchbegriff

Home | Kontakt | Kontaktformular | Impressum

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.

Startseite > Nachrichten und Aktuelles > Polizeilich registrierte Kriminalität 2014: Jugendgewalt erneut deutlich zurückgegangen

Polizeilich registrierte Kriminalität 2014: Jugendgewalt erneut deutlich zurückgegangen

13. Mai 2015

In der vergangenen Woche ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (Bund) für das Jahr 2014 vorgestellt worden. Mit Blick auf die Zahl der insgesamt registrierten Straftaten ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 2%, 2014 wurden 6.082.064 Straftaten polizeilich registriert. Die Aufklärungsquote liegt über alle registrierten Delikte gesehen bei 54,9% (2013: 54,4%). Die Anzahl der registrierten Tatverdächtigen ist gegenüber 2013 um 2,6% (auf 2.149.505 Personen) angestiegen.

Deliktsstruktur

Insgesamt dominieren sehr deutlich die Diebstahlsdelikte, sie machen 40,1% der registrierten Gesamtkriminalität aus und sind 2014 häufiger registriert worden als noch 2013 (+2,4%). Ebenfalls häufiger als im Vorjahr wurden Betrugsfälle (+3,3%) und Delikte registriert, die in der PKS unter dem Schlüssel „Straßenkriminalität“ subsumiert werden (insgesamt + 2,5%; etwa Taschendiebstahl, Diebstahl von Fahrrädern). Keine (wesentlichen) Änderungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich im Bereich der Straftaten gegen die persönliche Freiheit (etwa Bedrohung, Nötigung), rückläufige Zahlen ergeben sich bei der „Nachstellung“ (Stalking; -8,3%) und bei sexuellem Missbrauch von Kindern (-2,4%).

Für den Bereich der Gewaltkriminalität zeigen sich Rückgänge gegenüber dem Jahr 2013 (-2,1%). Hier sind insbesondere Raubdelikte seltener registriert worden als im Vorjahr (-3,7%). Auch Fälle der „vorsätzlichen einfachen Körperverletzung“, die nicht unter den Summenschlüssel „Gewaltkriminalität“ fallen, sondern separat ausgewiesen werden, sind 2014 seltener polizeilich registriert worden als 2013 (-1,1%).

Tatverdächtige

Die im Jahr 2014 registrierten Tatverdächtigen sind in drei Viertel der Fälle männlichen Geschlechts (74,3%), insbesondere bei Raubdelikten und bei der Körperverletzung dominieren männliche Tatverdächtige (90,5% bzw. 80,6%).

Der Anteil der Kinder an den Tatverdächtigen lag 2014 bei 3,2%, die absolute Zahl der polizeilich registrierten Strafmündigen (unter 14-Jährige) ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,4% gesunken. Wenn Kinder polizeilich registriert werden, dann insbesondere wegen Ladendiebstahl (30,3% aller mit kindlichen Tatverdächtigen registrierten Delikte), Körperverletzung (22,3%) und Sachbeschädigung (16,2%).

Förderer

Die DVJJ wird gefördert aus Mitteln des

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Zahl der polizeilich registrierten jugendlichen Tatverdächtigen ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben (+0,1%), ihr Anteil an allen Tatverdächtigen liegt bei 8,9%. Sie wurden vor allem wegen Körperverletzung (20,5%), Ladendiebstahl (19,6%) und „Straßenkriminalität“ (17,6%) polizeilich registriert. Zunahmen im Vergleich zu 2013 zeichnen sich vor allem im Bereich der Rauschgiftdelikte ab (+16,3%).

Insbesondere mit Blick auf die Jugend-Gewaltkriminalität ergeben sich erhebliche Rückgänge: Für die Gewaltkriminalität allgemein ergibt sich ein Rückgang um 9,3%, für die gefährliche und schwere Körperverletzung im Besonderen ein Rückgang um 9,3%, bei „Körperverletzung“ um 6,5%.


Heranwachsende (18 bis unter 21-Jährige) wurden demgegenüber 2014 etwas häufiger registriert als im Vorjahr (+1,9%), ihr Anteil an den Tatverdächtigen liegt bei 8,9%. Deliktsschwerpunkte ergeben sich vor allem bei Betrug (23,8%), bei der Körperverletzung (21,5%) und beim Diebstahl (insgesamt 21,2%).

Mit Blick auf die Anzahl der polizeilich registrierten Erwachsenen (21 Jahre und älter) ergibt sich im Vergleich zu 2013 eine Steigerung um 3,2%, sie stellen 79% aller Tatverdächtigen.

Zur **PKS 2014** 

Zwei Beiträge zur Entwicklung der Jugendkriminalität **zum Weiterlesen:**

Dirk Baier, Christian Pfeiffer & Michael Hanslmaier (2013) : Rückgang der Jugendkriminalität: Ausmaß und Erklärungsansätze, erschienen in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), 3/13

Nadine Bals (2014) : Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht, erschienen in: Richter ohne Robe (RoR), Zeitschrift des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V. 3/14


Anlage 15:

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb):

Jugendstrafrecht, Jugendgerichte

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22429/jugendstrafrecht>

[14.08.2015]



eurotopics.net | fluter.de | hanisauland.de | apuz | izpb | deutschlandarchiv

RSS | Newsletter

Die bpb | Presse | Kontakt | Partner

Nach Stichwort suchen

Start

Politik

Internationales

Geschichte

Gesellschaft

Nachschlagen

Veranstaltungen

Lernen

Mediathek

Shop

Dialog

Nachschlagen | Lexika | Recht A-Z | **Jugendstrafrecht**

Jugendstrafrecht

Jugendgerichte

Bestandteil: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht
Bestandteil: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht	Jugendstrafrecht: Jugendstrafrecht

Jugendstrafrecht: Aufbau der Jugendgerichtsbarkeit

das für Jugendliche (14- bis 17-Jährige) und z. T. auch für Heranwachsende (18- bis 20-Jährige) geltende Straf- und Strafprozessrecht; es weicht in wesentlichen Grundsätzen vom allgemeinen Strafrecht ab. In Deutschland beginnt nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) vom 11. 12. 1974 in Verbindung mit § 10 StGB die strafrechtliche Verantwortlichkeit mit der Vollendung des 14. Lebensjahres, wenn der Jugendliche zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung reif genug war, das Unrecht der Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln (§ 3 Satz 1 JGG). Kinder unter 14 Jahren sind schuldunfähig (§ 19 StGB). Auf Heranwachsende wird trotz zivilrechtlicher Volljährigkeit das J. angewendet, wenn im Einzelfall der Täter zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstand oder es sich bei dem Charakter der Tat um eine Jugendverfehlung handelt (§ 105 JGG).

Das J. definiert keine eigenen Jugendstrafbestände. Der Unterschied zum Erwachsenenstrafrecht liegt beim materiellen Strafrecht im Bereich der Rechtsfolgen der Tat. Eine Jugendstrafat ist in erster Linie durch **Erziehungsmaßregeln** (Erteilung von Weisungen; Anordnung, Hilfe zur Erziehung nach § 12 JGG in Anspruch zu nehmen) zu ahnden; wenn diese nicht ausreichen, um dem Täter das Unrecht der Tat und seine Einstandspflicht hierfür bewusst zu machen, wird die Straftat mit **Zuchtmitteln** (Verwarnung; Erteilung von Auflagen, z. B. Schadensersatz, Zahlung von Bußen; Jugendarrest) oder mit **Jugendstrafe** geahndet. Amtsunfähigkeit, Wahlrechtsverlust und Berufsverbot dürfen nicht verhängt werden. Als Maßregeln der Besserung und Sicherung können die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt, die Führungsaufsicht oder die Entziehung der Fahrerlaubnis angeordnet werden. Nachträgliche Sicherungsverwahrung bei Verurteilungen nach J. kann gemäß § 106 JGG erfolgen.

Jugendgerichtsbarkeit

Über Verfehlungen Jugendlicher entscheiden die **Jugendgerichte**, und zwar grundsätzlich je nach der Schwere des Tatvorwurfs die amtsgerichtlichen Jugendrichter als Einzelrichter (wenn nur Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel zu erwarten sind; der Jugendrichter kann jedoch bei Bedarf auch Jugendstrafe verhängen), das Jugendschöffengericht am Amtsgericht (mit einem Richter und zwei Jugendschöffen) oder die Jugendkammer beim Landgericht (große Jugendkammer, drei bzw. zwei Richter und zwei Jugendschöffen; sie ist auch zuständig für Berufungen gegen Urteile des Jugendschöffengerichts; die kleine Jugendkammer, Vorsitzender und zwei Jugendschöffen, entscheidet dagegen ausschließlich über Berufungen gegen Urteile des Einzelrichters). Von der Jugendkammer ist die Jugendschutzkammer zu unterscheiden, die grundsätzlich kein Spruchkörper der Jugendgerichtsbarkeit ist, sondern die Straftaten Erwachsener an Kindern und Jugendlichen (Jugendschutzsachen im Sinne von § 74 b Gerichtsverfassungsgesetz) behandelt. Die Anklage vor den Jugendgerichten soll von Jugendstaatsanwälten vertreten werden. Jugendrichter wie Jugendstaatsanwalt sollen erzieherisch befähigt sein (§ 37 JGG).

Das Verfahren ist auf die Besonderheiten des J. ausgerichtet. Im Vorverfahren sollen so bald als möglich die Lebens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten ermittelt werden. Erziehungsberechtigte, Lehrer, Ausbilder sollen, soweit möglich, gehört werden. Dies ist vorrangig die Aufgabe der **Jugendgerichtshilfe**. Die Hauptverhandlung ist bei jugendlichen Angeklagten nicht öffentlich. Gesetzliche Vertreter (Eltern) haben ein Recht auf Anhörung, sind aber auch zur Teilnahme an der Hauptverhandlung verpflichtet, wenn das Gericht sie lädt. Ferner soll die Jugendgerichtshilfe in der Hauptverhandlung präsent sein. Anders als im Erwachsenenrecht verhängt der Richter im Jugendstrafverfahren nur eine **Einheitsstrafe**. Er ist an die Strafrahmen der Straftatbestände des StGB nicht gebunden.


Lexika-Suche

Nach Stichwort suchen


Alle

Publikationen im Shop bestellen

Das Bundesverfassungsgericht



Dossier



Urheberrecht

Früher interessierte es nur Autoren, Künstler und Verlage. Heute betrifft das Urheberrecht uns alle: meist als Treibstoff der Informationsgesellschaft - manchmal aber auch als Sand in ihrem Getriebe. Weiter...

Um die strafrechtlichen Folgen der Tat rasch wirksam werden zu lassen, sind die Rechtsmittel nach § 55 Abs. 2 JGG insofern eingeschränkt, als sich Berufung und Revision ausschließen. Hat jedoch etwa der Angeklagte gegen das Urteil Berufung eingelegt, so kann gegen das Urteil des Berufungsgerichts nunmehr der Staatsanwalt, sofern er nicht ebenfalls bereits Berufung eingelegt hatte, Revision einlegen und umkehren.

Rechtsmittel gegen einen Rechtsfolgenausspruch, der lediglich Erziehungsmaßnahmen oder Zuchtmittel enthält, sind nicht möglich (§ 55 Abs. 1 JGG). Untersuchungshaft ist an sich zulässig, soll aber möglichst durch mildere Mittel, v. a. durch einstweilige Unterbringung in einem Jugendheim (§ 71 JGG) oder durch Vollstreckung in einer Jugendarrestanstalt, abgewendet werden. Von großer praktischer Bedeutung sind die Möglichkeiten, im Vor- und Hauptverfahren von der Strafverfolgung abzusehen oder das Verfahren einzustellen, wenn eine Ahndung entbehrlich erscheint und andere Maßnahmen (z. B. Auflagen, Aufgabe von Arbeitsleistungen, Ermahnungen) Erfolg versprechen (§§ 45, 47 JGG; Diversion). – Privatklage, Nebenklage und das beschleunigte Verfahren sind gegen jugendliche Angeklagte nicht zulässig (wohl aber gegen heranwachsende Angeklagte).

Vollstreckung und Vollzug

Für die Vollstreckung und den Vollzug (§§ 82 ff. JGG) der im Jugendgerichtsverfahren ausgesprochenen Maßnahmen wie auch in manchen Bundesländern für eine **Begnadigung** ist grundsätzlich der Jugendrichter als Vollstreckungsleiter zuständig. Rechtspfleger wirken bei den Geschäften der Vollstreckung mit. Das Vollstreckungsverfahren wird u. a. von dem Gedanken getragen, dass durch einen raschen Vollzug der Maßnahmen dem Jugendlichen der innere Zusammenhang zwischen Tat, Urteil und Vollstreckung bewusst gemacht werden soll. Die Erfüllung richterlicher oder staatsanwaltlicher Weisungen und Auflagen wird von der Jugendgerichtshilfe organisiert und kontrolliert. Verwarnungen sollen in Gegenwart des Erziehungsberechtigten ausgesprochen werden. Der Jugendarrest wird in Jugendarrestanstalten oder Freizeitarräumen der Landesjustizverwaltungen unter Aufsicht des örtlichen Jugendrichters vollzogen. Die Mitarbeiter des Vollzugsleiters sollen erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein. An die Jugendlichen sind während des Vollzugs dieselben Anforderungen zu stellen, die bei wirksamer Erziehung in der Freiheit an sie gestellt werden; sie sind grundsätzlich mit »Sie« anzureden.

Die Jugendstrafe wird, auch wenn der Inhaftierte das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat, grundsätzlich in einer Jugendstrafanstalt vollzogen. Durch den Vollzug soll der Verurteilte dazu erzogen werden, künftig ein rechtschaffenes und verantwortungsbewusstes Leben zu führen, wobei Ordnung, Arbeit, Unterricht, Sport und sinnvolle Freizeitbeschäftigung die Grundlage dieser Erziehung bilden sollen. Der Vollzug kann aufgelockert und in geeigneten Fällen weitgehend in freien Formen (also außerhalb herkömmlicher Anstalten) durchgeführt werden. Die Beamten und andere Mitwirkende müssen für diese Aufgaben geeignet und ausgebildet sein.

Quelle: Duden Recht A-Z. Fachlexikon für Studium, Ausbildung und Beruf. 2. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus 2010. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.



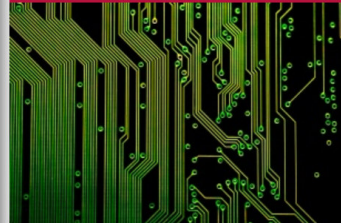
Dossier



Menschenrechte

Auf der Flucht vor Zwangsheirat, hinter Gittern wegen der "falschen" Meinung, in der Textilfabrik von Kindesbeinen an: Auch sechzig Jahre nach Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte ist die Frage nach Freiheit und Würde des Menschen aktuell. Sind Menschenrechte universell? Wer verfolgt Verstöße gegen Menschenrechte? Und wie sieht die Situation in verschiedenen Regionen aus? Weiter...

Dossier



Datenschutz

Was bedeutet Datenschutz? Wie ist er

Anlage 16:

Lorenz, Alexander: Jugendkriminalität in Deutschland,

Beitrag vom 24.01.2008, in: DESTATIS, Onlineportal des Statistischen Bundesamtes,

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Rechtspflege/2008_1/2008_1Jugendstrafen.html [17.07.2015]



Statistisches Bundesamt

[Sitemap](#) | [Jobs](#) | [Barrierefrei](#) | [Kontakt](#) | [Impressum](#) | [RSS/News](#)

[ZAHLEN & FAKTEN](#) | [PUBLIKATIONEN](#) | [PRESSE & SERVICE](#) | [METHODE](#)

[Startseite](#) > [Publikationen](#) > [STATmagazin](#) > [Rechtspflege](#) > [Jugendkriminalität in Deutschland](#)

[Thematische Veröffentlichungen](#)

[Statistisches Jahrbuch](#)

[WISTA – Wirtschaft und Statistik](#)

[Datenreport](#)

[Statistische Wochenberichte](#)

[Statistik und Wissenschaft](#)

[Verzeichnisse](#)

[Qualitätsberichte](#)

[STATmagazin](#)

Jugendkriminalität in Deutschland

Destatis, 24. Januar 2008

Als Jugendkriminalität werden im Allgemeinen strafrechtlich relevante Verstöße junger Menschen im Alter von 14 Jahren bis unter 21 Jahren bezeichnet. Die herrschende Definition richtet sich nach dem Altersrahmen des Jugendstrafrechts, das auf Jugendliche ab 14 bis unter 18 Jahren sowie – unter bestimmten Voraussetzungen – auch auf Heranwachsende ab 18 bis unter 21 Jahren angewendet werden kann.

Delinquentes Verhalten junger Menschen lässt sich seit der Einführung von Kriminalstatistiken für alle sozialen Schichten und für alle westlichen Länder gehäuft nachweisen, ist somit ein im statistischen Sinne „normales“ Phänomen. Es bleibt nach gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Regel auf den Entwicklungsabschnitt des Erwachsenwerdens begrenzt. Selten entwickeln sich kriminelle Karrieren mit fortgesetzten schweren Straftaten, wie dem [1. Periodischen Sicherheitsbericht](#) der Bundesregierung zu entnehmen ist. Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion über Jugendkriminalität stehen oft die jungen Intensiv- und Gewalttäter, insbesondere wegen ihrer großen Bedeutung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Mehr Jugendstraftaten angezeigt



Jahr	Tatverdächtige	Verurteilte
1990	~100	~50
1995	~120	~60
2000	~140	~70
2004	~180	~80
2006	~200	~90

Tatverdächtige und verurteilte junge Menschen

Im Berichtsjahr 2006 wurden laut [Polizeilicher Kriminalstatistik \(PKS\)](#) insgesamt 520 300 junge Menschen ab 14 bis unter 21 Jahren als Tatverdächtige registriert, das waren knapp ein Viertel der 2 182 600 insgesamt registrierten strafmündigen Tatverdächtigen (24%).

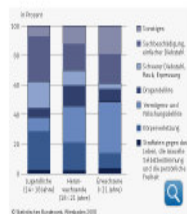
Seit Anfang der 1990er Jahre haben sich die Tatverdächtigenzahlen junger Menschen ab 14 bis unter 21 Jahren erheblich und zunächst kontinuierlich erhöht; seit 2004 sind die Zahlen wieder leicht rückläufig. Insgesamt wurden 2006 im früheren Bundesgebiet 30 % mehr Tatverdächtige registriert als 1990; bei den Jugendlichen und Heranwachsenden lag der Anstieg bei 45%.

Eine entsprechende Zunahme bei der registrierten Kriminalität junger Menschen zeigen auch die Zahlen der [Strafverfolgungsstatistik](#) über Verurteilte, also über den Teil der Tatverdächtigen, der von der Staatsanwaltschaft auch angeklagt und vom Strafgericht schuldig gesprochen wurde. Die Verurteilungsrate als das Verhältnis von Verurteilten zu Tatverdächtigen ist dabei weitgehend unverändert geblieben.

Besonders augenfällig ist nach [PKS](#) und Strafverfolgungsstatistik der Anstieg registrierter Körperverletzungsdelikte. Die Verurteiltenzahlen wegen dieser Delikte haben sich zwischen 1990 und 2006 bei jungen Menschen unter 21 Jahren mehr als verdreifacht, bei Erwachsenen verdoppelt.

Wissenschaftliche Erkenntnisse aus Opfer- und Täterstudien sowie Zahlen der Unfallversicherer legen allerdings nahe, dass es sich bei der Zunahme registrierter Gewaltkriminalität lediglich um eine Verschiebung von den nicht registrierten zu den polizeilich bekannt gewordenen Straftaten handelt. Insgesamt sei die Zahl der Gewaltdelikte auch junger Menschen über die Zeit nahezu unverändert geblieben. Der Anstieg der registrierten Gewaltkriminalität sei auf die - gesellschaftlich erwünschte - geschwundene Toleranz gegenüber Gewalt und ein geändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen.

Diebstahls- und Körperverletzungsdelikte überwiegen



Struktur der gerichtlich registrierten Kriminalität 2006

gilt, dass die Schwere der begangenen Straftaten von der Altersgruppe der Jugendlichen bis zu den Erwachsenen ansteigt.

Jugendkriminalität ist ein vorwiegend männliches Phänomen: 76% der tatverdächtigen Personen ab 14 bis unter 21 Jahren waren laut PKS 2006 junge Männer. Wegen der durchschnittlich geringeren Straftatenschwere und der günstigeren Sozialprognose bei Frauen nimmt der Männeranteil im Strafverfolgungsablauf noch zu. Unter den Strafgefangenen lag laut Strafvollzugsstatistik 2006 der Männeranteil bei 95%.

Die registrierte Kriminalität junger Menschen unterscheidet sich in ihrer Struktur erheblich von der Erwachsenenkriminalität. Junge Menschen werden hauptsächlich wegen Diebstahls- und wegen Körperverletzungsdelikten auffällig. Die mit hohem finanziellem Schaden verbundene schwere Vermögenskriminalität sowie die schweren Formen der Gewaltkriminalität werden dagegen in der Regel von Erwachsenen begangen. Insgesamt

Verhängte Strafen

Bei der Aburteilung von Straftaten Heranwachsender, die im Zeitpunkt der Tat 18, aber noch keine 21 Jahre alt waren, prüft das Strafgericht, ob sie nach ihrem „Reifegrad“ oder der Art ihrer Tat noch einem Jugendlichen gleichgestellt und nicht nach allgemeinem, sondern nach Jugendstrafrecht verurteilt werden sollen. Das Jugendstrafrecht stellt die Erziehung des Jugendlichen sowie die Verhinderung weiterer Straftaten in den Vordergrund und bietet dafür ein spezielles, gegenüber dem allgemeinen Strafrecht stärker abgestuftes Sanktionensystem, das von Erziehungsmaßnahmen über Zuchtmittel bis zur Jugendstrafe reicht.

In der Praxis wird bei heranwachsenden Tätern überwiegend Jugendstrafrecht angewandt. Im Jahr 2006 war das bei 64% (48 400) der verurteilten Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren der Fall. Allgemeines Strafrecht kommt bei Heranwachsenden insbesondere nach Straßenverkehrsdelikten und einfachen Straftaten mit eindeutigem Sachverhalt zur Anwendung. In diesen Fällen erfolgt häufig eine Verurteilung durch Strafbefehl.

Erziehungsmaßnahmen sind die mildeste Sanktion des Jugendstrafrechts. Durch Erziehungsmaßnahmen werden etwa Weisungen zur Lebensführung (zum Beispiel an einem sozialen Trainingskurs teilzunehmen) erteilt. Die Straftat eines Jugendlichen wird mit Zuchtmitteln (zum Beispiel gemeinnützige Arbeitsleistungen, Zahlung eines Geldbetrags, Jugendarrest bis 4 Wochen) geahndet, wenn Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen. Sie sind die am häufigsten nach Jugendstrafrecht verhängten Sanktionen.

In wenigen Fällen verhängt der Richter Jugendstrafe, wenn Zuchtmittel zur Erziehung nicht ausreichen oder wegen der Schwere der Schuld. Im Jahr 2006 wurden bei 16% (16 900) der mit einer Hauptstrafe nach Jugendstrafrecht Verurteilten eine Jugendstrafe verhängt. In 60% der Fälle wurden diese Strafen zur Bewährung ausgesetzt, etwa damit der Straftäter Ausbildung oder Arbeitstätigkeit nicht abbrechen muss und sich ein Leben ohne weitere Straftaten aufbauen kann.

Tabelle: Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen beziehungsweise sonstige Maßnahmen

Autor: Alexander Lorenz - Statistisches Bundesamt


Auskünfte zum Thema erhalten Sie über unser [Kontaktformular](#).

[nach oben](#) ↑

Anlage 17:

Miesner, Christian: Jugendkriminalität – Tatsachen und öffentliche Wahrnehmung,


Beitrag vom 14.06.2012, in: Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/77562/jugendkriminalitaet?p=all> [14.08.2015]



eurotopics.net | fluter.de | hanisauland.de | apuz | izpb | deutschlandarchiv

RSS | Newsletter

Die bpb | Presse | Kontakt | Partner

Nach Stichwort suchen 

StartPolitikInternationalesGeschichteGesellschaftNachschlagenVeranstaltungenLernenMediathekShopDialog

Politik | Innenpolitik | Innere Sicherheit | Sicherheitsprobleme | **Jugendkriminalität**

DOSSIER


Innere Sicherheit

Jugendkriminalität - Tatsachen und öffentliche Wahrnehmung

Überfälle in der U-Bahn, emotionale Debatten: Spektakuläre Fälle lassen den Eindruck entstehen, dass schwere Gewalttaten unter Jugendlichen stark zugenommen haben. Immer wieder werden schärfere Sanktionen gefordert. Tatsächlich begehen Jugendliche hauptsächlich Bagatelldelikte, und härtere Strafen erscheinen oft kontraproduktiv.

Christian Miesner

14.6.2012




Gewalttaten gilt oft besondere Aufmerksamkeit. Sie erzeugen Furcht, Ratlosigkeit und Unsicherheit. Vor allem nach Gewaltexzessen junger Menschen im öffentlichen Raum werden immer wieder höhere Strafen gefordert. Richtern wird in vielen Fällen vorgeworfen, zu milde zu urteilen. Die abschreckende Wirkung von Strafen ist umstritten. Viele Fachleute fordern stattdessen mehr Prävention. Die Gewaltkriminalität ist zwischen 2007 und 2010 zurückgegangen. (© AP)

Innere Sicherheit

Inhalt:

- Sicherheitsbegriff
- Sicherheitsprobleme
- Cyberkriminalität
- Wirtschafts- und organisierte Kriminalität
- "Ausländerkriminalität"
- Politisch motivierte Gewalt
- Wie entsteht kriminelles Verhalten?
- Kriminalitätsfurcht
- Sicherheitsarchitektur
- Sicherheitsproduktion
- Glossar
- Bildergalerie: Die Themenfelder der Inneren Sicherheit
- Bildergalerie: Kriminalitätsfelder
- Redaktion



Jugendkriminalität: Aktuelle Entwicklung und Ausstieg

Die Zahlen sind eindeutig: Jugendkriminalität ist rückläufig. Zugleich gibt es jugendliche Intensivtäter, die für Angst und Gewalt sorgen -

Kaum ein Kriminalitätsthema ist in den vergangenen Jahren so intensiv diskutiert worden wie das der Straffälligkeit Jugendlicher und Heranwachsender. Dabei wurden im öffentlichen, nicht akademischen Diskurs Forderungen laut, die Strafpraxis zu verändern und härtere Strafen zu verhängen. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die meist von den Medien getragene Debatte mit den jüngsten U-Bahn-Überfällen und dem posthum veröffentlichten Buch "Das Ende der Geduld" der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig.

Jugendkriminalität = schwere Kriminalität?

Durch die Fokussierung der Berichterstattung auf besonders schwerwiegende Taten entsteht der Eindruck, Jugendkriminalität sei in erster Linie schwere Kriminalität. Darüber hinaus kann durch überregionale Berichterstattung der lokale Zusammenhang der Tat in den Hintergrund gedrängt werden. Dadurch entsteht der Eindruck, dass von Jugendlichen an jedem Ort eine potenzielle Gefahr ausgehe und dass, wenn es zu Gewalttaten kommt, diese für die Opfer meist schlimme Folgen habe.

Ist die Furcht vor Jugendkriminalität begründet?

Aus der Statistik geht hervor, dass ein Großteil der Straftaten Jugendlicher einfache Diebstahlsdelikte und Sachbeschädigungen sind, sich also im Bereich von Bagatelldelikten mit relativ niedriger Schadenssumme bewegen.

Für Aufmerksamkeit sorgen jedoch weniger die zahlreichen Diebstähle oder die Graffiti an Gebädefassaden in den Innenstädten, sondern hauptsächlich die öffentlich begangenen schweren Körperverletzungen. Die PKS gibt darüber in erster Linie durch die Einzelschlüssel Körperverletzung bzw. schwere/gefährliche Körperverletzung sowie den Summenschlüssel Straßenkriminalität Auskunft. Auch hier zeigt sich eine besonders hohe Belastung von Jugendlichen. Ist die Angst vor dieser Altersgruppe also doch begründet? Wächst hier eine Generation heran, für die Gewalt, Vandalismus und Diebstahl auch im Erwachsenenalter Handlungsoptionen sind? Diese Fragen sind aus verschiedenen Gründen zu verneinen.

Merkmale jugendlicher Straftaten

Zunächst einmal ist festzustellen, dass statistisch gesehen eine höhere Kriminalitätsbelastung von Jugendlichen bereits seit Einführung der PKS im Jahr 1953 zu verzeichnen ist.[4] Diese Höherbelastung erklärt sich vor allem dadurch, wie und wo Jugendliche ihre Taten begehen. Jugendkriminalität findet zu einem großen Teil in der Öffentlichkeit, auf Straßen und Wegen statt. Die meisten Taten sind weder geplant noch zeichnen sie sich durch besonderen kriminellen Einfallsreichtum aus. Sie sind als opportunistisch einzuschätzen, das heißt, im sozialen und örtlichen Nahraum gegebene Tatgelegenheiten und Tatanreize begünstigen eine spontane Tatbegehung. Peergroups, die Clique oder Gleichaltrigengruppe, spielen eine große Rolle.[5] Sie können kriminelles Verhalten aufgrund von Gruppendruckphänomenen mit Mutproben u.ä. begünstigen und verstärken.[6]

Hohe Fallzahlen beim Ladendiebstahl

Beispielhaft für diese Zusammenhänge ist der Ladendiebstahl. "Gelegenheit macht Diebe" - das trifft auch auf junge Menschen zu. Oft übersteigen die materiellen Wünsche die finanziellen Möglichkeiten Jugendlicher, die wirtschaftlich meist noch an die Eltern gebunden sind. Daher suchen sie vermeintlich einfache, alternative Möglichkeiten, um an begehrte Güter zu gelangen. Läden und Supermärkte bieten dabei die kleinsten Hürden. Obendrein ist die "frische Beute" besonders geeignet, um vor Freunden den eigenen Mut und eine gewisse Verwegenheit zu demonstrieren.

Allerdings wird, wie man es in vielen Eingangsbereichen moderner Supermärkte lesen kann, jeder Diebstahl zur Anzeige gebracht. Die Kombination von meist dilettantischer, spontan-unüberlegter Tatausführung einerseits und verstärkter Überwachung durch Sicherheitspersonal der Kaufhäuser andererseits lässt die Zahlen in diesem Deliktfeld für diese Gruppe ansteigen.

Überwiegend leichte Delikte bei der Körperverletzung

Auch bei der Körperverletzung gilt: Die Taten spielen sich meist in der Öffentlichkeit ab und sind in der Mehrzahl den leichten Körperverletzungsdelikten zuzuordnen.[7] Selbst die Kategorie der schweren und gefährlichen Körperverletzung muss bezogen auf Jugendliche relativiert werden, denn hier werden nicht nur solche Delikte erfasst, die schwere Verletzungsfolgen haben, sondern auch solche, die laut §224 Strafgesetzbuch (StGB) "mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich" begangen werden.

an der Schule, im Stadtteil. Diese Täter bestimmen meist auch die öffentliche Diskussion über Jugendkriminalität. Weiter...

Publikationen zum Thema



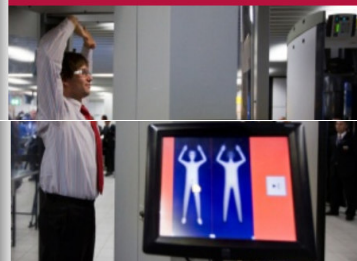
Organisierte Kriminalität

In Fachkreisen wird seit Jahren um die "richtige" Definition Organisierter Kriminalität

gerungen. S...

[Zum Shop](#)

Europa kontrovers



Freiheit oder Sicherheit

Online-Durchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, Ganzkörper-Scanner: Die staatlichen Reaktionen auf den Terrorismus sind vielfältig. Vier Experten diskutieren: Wie stark muss die Freiheit eingeschränkt werden, um Sicherheit zu gewährleisten? Weiter...



Dossier

Sicherheitspolitische Presseschau

Die Anschläge vom 11. September haben die Welt verunsichert. Seit 2001 stellt die bpb eine ausführliche und kommentierte Linkliste zusammen zu den Folgen des Terrorismus und den verschiedenen Aspekten der internationalen Sicherheitspolitik. Weiter...

Dies ist "also gerade die jugendtypische Konstellation bei Raufhandeln unter Gruppen Gleichaltriger [...], die sich im Regelfall gerade nicht durch die von der Tatbestandsbezeichnung suggerierte besonders gefährliche Tatintention oder -ausführung auszeichnet."^[8] Diese Zusammenhänge bestätigt auch die Opferbelastungszahl, die in der PKS analog zur TVBZ gebildet wird. Vor allem männliche Jugendliche sind überdurchschnittlich stark gefährdet, Opfer von Körperverletzungsdelikten zu werden.^[9]

Jugendkriminalität: episodenhaft und ubiquitär

Diese Ausführungen machen deutlich, dass Jugendkriminalität wesentlich differenzierter betrachtet werden muss, als dies häufig geschieht. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der Dunkelfeldforschung, die einen tendenziellen Rückgang der Jugendgewalt belegt.^[10] Die Forschung hat auch bestätigt, dass kriminelles Verhalten von jungen Menschen normal oder - wie es in der Kriminologie heißt – "ubiquitär" (überall verbreitet) ist. Demnach ist davon auszugehen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit wohl jeder Jugendliche und letztendlich auch jeder Erwachsene einmal straffällig wird.

Dies lässt den Schluss zu, dass Jugendkriminalität grundsätzlich nicht den Einstieg in eine kriminelle Laufbahn bedeutet, sondern für die große Mehrheit lediglich eine Episode im Leben ist, die sich mit den persönlichen und sozialen Veränderungen und Reifungsprozessen im Laufe der Zeit legt. Daher und auch aufgrund der schlechteren Erfolgsprognose bei Jugendstrafen ist von einer Sanktionsverschärfung, womöglich nach Erwachsenenrecht, abzuraten.

Literatur

- Bundeskriminalamt (Hrsg.): Die Polizeiliche Kriminalstatistik - Kurzbericht 2010, Bundesrepublik Deutschland, 2011.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.): Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2009, Bundesrepublik Deutschland, 2010.
- Brunner, Rudolf; Dölling, Dieter; Brunner-Dölling: Jugendgerichtsgesetz. Kommentar. 11., neubearb. Aufl. Berlin: de Gruyter (De-Gruyter-Kommentar), 2002.
- Danwitz, Klaus-Stephan von: Examens-Repetitorium Kriminologie. Heidelberg: Müller (Unirep Jura), 2004.
- Dollinger, Bernd; Schmidt-Semisch, Henning: Sozialpädagogik und Kriminologie im Dialog. Einführende Perspektiven zum Ereignis "Jugendkriminalität". In: Dollinger, Bernd; Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Schwind, Hans-Dieter: Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. 19., neubearb. und erw. Aufl. Heidelberg: Kriminalistik-Verlag (Grundlagen, 28), 2009.
- Spiess, Gerhard: Jugendkriminalität in Deutschland - zwischen Fakten und Dramatisierung. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde, Konstanz: Universität Konstanz, 2010.
Im Internet: <http://www.uni-konstanz.de/rf/gs/Spiess-Jugendkriminalitaet-2010.pdf> (Stand: 16.07.2010)

Anlage 18:

Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pks__node.html?__nnn=true [17.07.2015]

The screenshot shows the official website of the Bundeskriminalamt (BKA) for the Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). The browser address bar shows the URL: www.bka.de/nn_205960/sid_1F558B194D8F7DB64869476E7CF9AA91/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pks__node.html?__nnn=true. The page features a navigation bar with links like 'Aktuell', 'Das BKA', 'Fahndung', 'Berufsperspektiven', 'Presse', 'Publikationen', 'Themen A-Z', and 'Links'. The main content area is titled 'Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)' and includes a search bar, a list of publications, and a detailed description of the PKS data. A sidebar on the left contains links to 'Allgemeine Hinweise zur PKS', 'PKS 2014', 'PKS 2013', 'PKS 2012', 'PKS-Ältere Ausgaben', 'IKPO-Kriminalitätsstatistik', 'Internationale Statistiken', 'Jahresberichte & Lagebilder', 'BKA-Herbsttagungen', 'Forum KI', 'BKA-Broschüren', and 'Projekt "BKA-Historie"'. The main text explains that the PKS contains data on criminal offenses reported to the police, including attempts, suspects, and victims. It also lists exclusions such as state protection offenses, traffic offenses, and administrative offenses. A map of Germany is shown with a computer monitor displaying the PKS data. The page concludes with a disclaimer about the use of the data and a link to the data license.

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Die PKS enthält die der Polizei bekannt gewordenen rechtswidrigen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche, die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen und eine Reihe weiterer Angaben zu Fällen, Opfern oder Tatverdächtigen.

Nicht enthalten sind

- Staatsschutzdelikte
- Verkehrsdelikte
- Ordnungswidrigkeiten
- Delikte, die nicht zum Aufgabenbereich der Polizei gehören (z.B. Finanz- und Steuerdelikte) und
- Straftaten, die unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Die PKS für die Bundesrepublik Deutschland wird vom Bundeskriminalamt auf der Grundlage der von den 16 Landeskriminalämtern gelieferten Landesdaten erstellt. Die zur Verfügung gestellten Informationen werden tabellarisch und grafisch aufbereitet und kommentiert.

Als Ergänzung zu den PKS-Jahrbüchern (Gesamtausgaben) ab 1953 werden dazugehörige PKS-Zeitreihen, die auf der PKS-Datenbank des Bundeskriminalamtes basieren, für den Zeitraum ab 1987 in elektronischer Form angeboten.


Hinweis:
Die Nutzung der Daten (vollständig oder auszugsweise) ist nur mit Quellenangabe (PKS Bundeskriminalamt, Angabe des Berichtsjahres) zulässig.
Es gilt die Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0
> <https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>

Ab dem Berichtsjahr 2014 werden die PKS-Tabellen (Standard und BKA) sowie die PKS-Zeitreihen nicht mehr im PDF-Format, sondern als Excel- und CSV-Dateien angeboten.

Anlage 19:

Ostendorf, Heribert: Ziele und Aufgaben des Jugendstrafrechts,

Beitrag vom 27.04.2010, in: Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/izpb/7770/ziele-und-aufgaben-des-jugendstrafrechts> [14.08.2015]



europics.net | fluter.de | hanisauland.de | apuz | izpb | deutschlandarchiv

RSS | Newsletter

Die bpb | Presse | Kontakt | Partner

Nach Stichwort suchen

Start

Politik

Internationales

Geschichte

Gesellschaft

Nachschlagen

Veranstaltungen

Lernen

Mediathek

Shop

Dialog

IZPB | Kriminalität und Strafrecht | **Ziele und Aufgaben des Jugendstrafrechts**

INFORMATIONEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG NR. 306/2010


Kriminalität und Strafrecht

Ziele und Aufgaben des Jugendstrafrechts

Jugendlichen begegnet der Staat mit größerer Nachsicht. Mit Rücksicht auf dieses Entwicklungsstadium wurde ein spezielles Jugendstrafrecht geschaffen.

Heribert Ostendorf

27.4.2010



Junge Strafgefangene spielen Fußball auf dem Sportplatz der Jugendanstalt in Schleswig. (© AP)

Einleitung

Für **Jugendliche** (14- bis 17-Jährige einschließlich) und **Heranwachsende** (18- bis 20-Jährige einschließlich) gilt ein spezielles Jugendstrafrecht. Dies ist im Jugendgerichtsgesetz (JGG) geregelt. Das erste Jugendgerichtsgesetz, dessen Entwurf von dem damaligen Reichsjustizminister Gustav Radbruch eingebracht wurde, datiert aus dem Jahre 1923. Mit dem JGG von 1923 wurde die Strafbareitsgrenze auf 14 Jahre - vorher zwölf Jahre - festgelegt, das heißt, jugendliche Tatverdächtige mussten mindestens 14 Jahre alt sein, um mit Strafgewalt gegen sie vorzugehen, wobei die strafrechtliche Verantwortlichkeit im Einzelfall geprüft werden musste. Diese Grenze gilt in **Deutschland** auch heute noch und ebenso in den meisten europäischen Staaten. Es gibt allerdings Länder mit abweichenden Regelungen. So beginnt zum Beispiel das Strafbareitsalter in England mit zehn Jahren, in den skandinavischen Ländern **Dänemark**, **Finnland**, **Norwegen** und **Schweden** mit 15 Jahren. Strafbareitsgrenzen sind abhängig von dem jeweiligen Jugendhilferecht, das heute in Deutschland in dem **Kinder- und Jugendhilfegesetz** (KJHG) vom 26. Juni 1990 geregelt ist. Vormalig galt das Jugendwohlfahrtsgesetz, das ebenfalls aus dem Jahre 1923 stammt.

Strafrechtliche Verantwortlichkeit – sachliche Zuständigkeit und Rechtsfolgen bei Straftaten

Altersgruppe	Kinder (unter 14 Jahre)	Jugendliche (über 14 – noch nicht 18 Jahre)	Heranwachsende (über 18 – noch nicht 21 Jahre)	Erwachsene (über 21 Jahre)
Strafrechtliche Verantwortlichkeit	strafunmündig (§ 19 StGB)	bedingt strafrechtlich verantwortlich (gem. § 3 JGG)	generell strafrechtlich verantwortlich (Ausnahme: § 20 StGB)	generell strafrechtlich verantwortlich (Ausnahme: § 20 StGB)
sachliche Zuständigkeit	- Jugendamt - Familiengericht - daneben die Polizei als Gefahrenabwehrbehörde	- Jugendstaatsanwaltschaft* - Jugendgericht (Ausnahme: §§ 102, 103 Abs. 2 Satz 2 JGG)	- Jugendstaatsanwaltschaft* - Jugendgericht (Ausnahme: §§ 102, 103 Abs. 2 Satz 2 JGG) - § 112 Satz 1 JGG)	- Erwachsenenstaatsanwaltschaft* - Erwachsenengericht (Ausnahme: § 103 Abs. 2 Satz 1 JGG)
Rechtsfolgen	- Hilfe bzw. Maßnahmen nach dem KJHG - Schutzmaßnahmen nach dem BGG (§§ 1631 Abs. 3, 1631 b, 1666) - keine strafrechtlichen und strafprozessualen Maßnahmen	Sanktionen nach dem JGG und bestimmte Maßregeln der Besserung und Sicherung (gem. § 7 JGG)	Entscheidung über die Anwendung der Sanktionen aus dem Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht (gem. § 105 JGG) bei Anwendung des Erwachsenenstrafrechts Milderung (gem. § 106 JGG)	Sanktionen und Maßregeln nach dem StGB

* daneben die Polizei als Ermittlungsbehörde
Heribert Ostendorf

Strafrechtliche Verantwortlichkeit - sachliche Zuständigkeit und Rechtsfolgen bei Straftaten

Kriminalität und Strafrecht

Inhalt:

- ▶ Editorial
- ▶ Lagebild der Kriminalität
- ▶ Ursachen von Kriminalität
- ▶ Vom Sinn und Zweck des Strafers
- ▶ Politische Strafjustiz in Deutschland
- ▶ Strafrechtsprinzipien und Strafverfahren
- ▶ Sanktionensystem
- ▶ **Ziele und Aufgaben des Jugendstrafrechts**
- ▶ Beispiele schwerer Formen der Kriminalität
- ▶ Aufgaben und Ausgestaltung des Strafvollzugs
- ▶ Literaturhinweise
- ▶ Autor und Impressum

ZUR BESTELLUNG

Informationen 306 zur politischen Bildung

Kriminalität und Strafrecht

Publikationen zum Thema

Strafvollzug

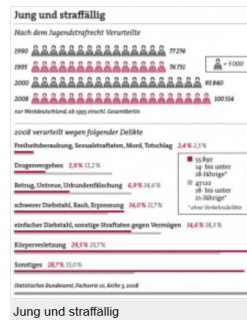
Lexika-Suche

Nach Stichwort suchen

Alle

1

Mit der Änderung des Jugendgerichtsgesetzes im Jahre 1943 wurde die strafrechtliche Verantwortlichkeit vorübergehend wiederum auf zwölf Jahre herabgesetzt, "wenn der Schutz des Volkes wegen der Schwere der Verfehlung eine strafrechtliche Ahndung fordert". Auch war das allgemeine **Strafrecht**, damit in vielen Fällen ebenfalls die **Todesstrafe**, auf Jugendliche anzuwenden, wenn diese in ihrer **Entwicklung** über 18 Jahre alten Tätern gleichgestellt wurden und "wenn das gesunde Volksempfinden es wegen der besonders verwerflichen Gesinnung des Täters und wegen der Schwere der Tat fordert" (§ 20 Abs. 1). Die nationalsozialistische Strafrechtsideologie zeigt sich auch in Absatz 2 dieser Bestimmung, wonach das allgemeine Strafrecht anzuwenden war, "wenn der Jugendliche" - so die damalige für die gesamte Lebenszeit abstempelnde Formulierung - "ein charakterlich abartiger Schwerverbrecher ist und der Schutz des Volkes diese Behandlung fordert."



Diese Bestimmungen wurden mit dem Jugendgerichtsgesetz aus dem Jahre 1953 wieder rückgängig gemacht. Gleichzeitig wurden die so genannten Heranwachsenden mit in das Jugendstrafverfahren hineingenommen. Trotz der (zivilrechtlichen) **Volljährigkeit** ab 18 Jahren kommen alle Angeklagten, die zum Tatzeitpunkt noch keine 21 Jahre alt waren, vor ein Jugendgericht. Dieses muss dann entscheiden, ob bei den Heranwachsenden jugendstrafrechtliche Sanktionen erfolgen sollen oder das Erwachsenenstrafrecht angewendet werden soll. Während bei Jugendlichen die strafrechtliche Verantwortlichkeit im Einzelfall geprüft werden muss, sind Heranwachsende wie Erwachsene - von ausnahmsweiser Schuldunfähigkeit abgesehen - immer strafrechtlich verantwortlich.

Das Jugendstrafrecht wird bei Heranwachsenden angewandt, wenn der Täter nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung zur Tatzeit einem Jugendlichen entsprach oder die Tat als eine "Jugendverfehlung" eingeordnet werden kann. Unter Letzterem versteht man Straftaten, die Ausdruck einer typischen jugendlichen Lebenssituation sind, beispielsweise aus Imponiergehabe, jugendlichem Leichtsinn, Neugier oder Gruppendruck begangen worden sind.

Zielsetzung

"Die Anwendung des Jugendstrafrechts soll vor allem erneuten Straftaten eines Jugendlichen oder Heranwachsenden entgegenwirken. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Rechtsfolgen und unter Beachtung des elterlichen Erziehungsrechts auch das Verfahren vorrangig am Erziehungsgedanken auszurichten", heißt es in § 2 Abs. 1 des Jugendgerichtsgesetzes.

Dementsprechend gilt das Jugendstrafrecht traditionell als Erziehungsstrafrecht. Dem oder der Jugendlichen soll - in Abweichung vom Erwachsenenstrafrecht - im Hinblick auf die Entwicklung zum Erwachsenen jugendadäquat begegnet werden. Dies erfordert sowohl ein pädagogisch befähigtes Personal, ein besonderes Verfahren als auch entsprechende Reaktionen. Abschreckende Wirkungen dürfen mit dem Jugendstrafrecht nicht verfolgt werden.

Kritiker des Erziehungsstrafrechts sprechen demgegenüber von einer im **Gesetz** angelegten und von der Praxis verfolgten Erziehungsideologie, mit der der strafende Charakter des jugendgerichtlichen Verfahrens sowie der jugendrichterlichen Sanktionen geleugnet werde. Dies habe unter dem "Deckmantel" der Erziehung teilweise zu einer Benachteiligung jugendlicher beziehungsweise heranwachsender gegenüber erwachsenen Straftätern geführt. So sind beispielsweise die Rechtsmittelmöglichkeiten für Jugendliche aus "erzieherischen Gründen" eingeschränkt. Ein jugendlicher Verurteilter kann etwa eine ihm auferlegte Arbeitsmaßnahme - 40 Stunden **Arbeit** in einem Pflegeheim - nicht anfechten, wenn er dieses Urteil als zu hart empfindet.

Übereinstimmung besteht darin, dass das Ziel staatlicher Strafmaßnahmen nicht der "gute Mensch" als Idealtypus sein darf, sondern dass alle Maßnahmen, und somit auch die erzieherischen, darauf gerichtet sein müssen, zukünftige Straftaten zu verhindern. Schädigende Wirkungen für die Entwicklung des Jugendlichen beziehungsweise Heranwachsenden sollen vermieden werden. Aus diesem Grunde sind die Dauer des Freiheitsentzuges im Jugendstrafrecht eingeschränkt und die Anordnung einer Untersuchungshaft an engere Voraussetzungen geknüpft, insbesondere müssen zuvor alternative Maßnahmen ausgeschöpft sein.

Einigkeit besteht auch, dass jugendlichen Straftätern möglichst mit pädagogischen Sanktionen begegnet werden sollte, um sie so von weiteren Straftaten abzuhalten.

Anlage 20:

Polizei Bayern: Straßenkriminalität

Beitrag vom 21.05.2015,

http://www.polizei.bayern.de/oberbayern_nord/kriminalitaet/statistik/index.html/89760 [17.07.2015]



The screenshot shows the official website of the Bavarian Police (Polizei Bayern) for the Oberbayern Nord region. The page is titled 'POLIZEI BAYERN Präsidium Oberbayern Nord'. The main navigation bar includes links to 'Aktuelles', 'Fahndung', 'Kriminalität', 'Verkehr', 'Schützen und Vorbeugen', and 'Wir über'. The left sidebar contains a search section with 'Dienststellensuche' and 'Volltextsuche' fields, and a map of the region with 'Ingolstadt' highlighted. The main content area is titled 'Straßenkriminalität' and contains the following text:

Polizei Bayern » PP Oberbayern Nord » Kriminalität » Statistik

21.05.2015, PP Oberbayern Nord

Straßenkriminalität

Die Delikte der Straßenkriminalität sind im Jahr 2008 um 997 Fälle oder 6,6 % auf schließlich 14.052 Straftaten gesunken.

Die Straßenkriminalität umfasst alle Straftaten, die zu öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen einen speziellen Bezug haben. Dazu zählen beispielsweise Raubüberfälle auf Geld- und Werttransporter, der Handtaschenraub, Sachbeschädigungen an Kfz, Diebstähle in/aus Kiosken, Schaufenstern und Vitrinen, Fahrraddiebstähle, Automatenaufrüche etc.

Die Straßenkriminalität entspricht einen Anteil von 22,9 % an der Gesamtkriminalität.

Die Aufklärungsquote bei der Straßenkriminalität liegt bei 20,4 % (der Vorjahreswert lag bei 20,5 %).

Anlage 21:

Polizei Baden-Württemberg: JuKoP (Jugendamt-Kooperation-Polizei)

Beitrag vom 02.10.2014,

<https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/PPTuttlingen/Seiten/02.10.2014--->

Vorstellung-der-Jugendamt-Kooperation-Polizei-%28JuKoP%29-im-Landkreis-Tuttlingen.aspx [30.08.2015]



The screenshot shows the official website of the Police Baden-Württemberg. At the top is a blue header with the police logo, the word 'POLIZEI', and the 'BADEN-WÜRTTEMBERG' logo. To the right is a red circular emergency call button with a telephone handset icon and the text 'IM NOTFALL 110'. Below the header is a navigation bar with links: 'Polizeipräsidium Tuttlingen', 'Übersicht Erreichbarkeiten', 'Presse', 'Berufsinfo', 'Prävention', 'Polizei-BW', and 'Impressum'. The main content area has a left sidebar with links: 'Übersicht', 'Erreichbarkeiten', 'Einstellungsberater des Polizeipräsidiums Tuttlingen', 'Jahresberichte', 'Stellenausschreibungen', and 'Impressum'. The main title is 'JuKoP' in large, stylized letters. To the right of the title is the date and topic: '02.10.2014 - Vorstellung der Jugendamt-Kooperation'. The text below the title reads: 'Die Jugendamt-Kooperation-Polizei (JuKoP) des Landkreises und der Polizei im Landkreis Tuttlingen stellt sich mit einem neuen Flyer vor.' This is followed by three paragraphs of text describing the JuKoP initiative, its purpose, and its goals. The text is in German and discusses the collaboration between the police and the youth welfare office to address juvenile crime and provide support to young offenders.

Polizeipräsidium Tuttlingen Übersicht Erreichbarkeiten Presse Berufsinfo Prävention Polizei-BW Impressum

Übersicht
Erreichbarkeiten
Einstellungsberater des
Polizeipräsidiums
Tuttlingen
Jahresberichte
Stellenausschreibungen
Impressum

JuKoP

02.10.2014 - Vorstellung der Jugendamt-Kooperation

Die Jugendamt-Kooperation-Polizei (JuKoP) des Landkreises und der Polizei im Landkreis Tuttlingen stellt sich mit einem neuen Flyer vor.

JUKOP wurde im Landkreis Tuttlingen als gemeinsame Fachstelle an der Schnittstelle Jugendamt-Polizei im Jahr 2011 ins Leben gerufen. Angesichts des stetig steigenden Anteils jugendlicher und heranwachsender Straftäter im Rahmen der landesweiten Kriminalstatistik war es ein Anliegen, die durch das Jugendgerichtsgesetz gebotenen pädagogischen-erzieherischen Sanktionsmöglichkeiten enger mit den Strafverfolgungsbehörden abzustimmen und zu verzahnen.

Im Rahmen von JUKOP arbeiten daher zwei Jugendsachbearbeiter des Polizeireviers Tuttlingen eng mit zwei Sozialpädagogen des Jugendamtes zusammen. Dienstsitz ist das Polizeirevier Tuttlingen, wo Mitarbeiter beider Institutionen gemeinsame Räumlichkeiten haben.

Auf dem Hintergrund des erzieherischen Grundgedanken des Jugendgerichtsgesetzes ist es maßgeblich, dass Reaktionen auf eine Tat zeitnah und unmittelbar erfolgen. Auch hat eine schnelle Reaktion häufig entscheidenden Einfluss auf die Zahl der Wiederholungstaten.

Durch die enge Zusammenarbeit von Polizei und Jugendamt können im Falle einer begangenen Straftat zeitnah tatbezogene erzieherische Gespräche mit den Jugendlichen/Heranwachsenden erfolgen und ggf. erforderliche Maßnahmen in zeitlichem Zusammenhang mit der verübten Tat umgesetzt werden./JuKoP

Flyer von JuKoP